

Bestimmungsfaktoren und Bedeutungsinhalte des Begriffs »Jugend« im Jugendstrafrecht

*Eine soziologische Analyse
der Institution Jugendgerichtsgesetz*

Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Grades
Doctor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt von
Ursula Höpfl - Diplom-Soziologin

München 1975

Referent: Prof. Dr. K. M. Bolte

Korreferent: Prof. Dr. W. Hornstein

Promotionsabschlußberatung: 21. Juli 1975



Bestimmungsfaktoren und Bedeutungsinhalte des Begriffs »Jugend« im Jugendstrafrecht

*Eine soziologische Analyse
der Institution Jugendgerichtsgesetz*



Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Grades
Doctor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt von
Ursula Höpfl - Diplom-Soziologin

München 1975

Bestimmungsfaktoren
und Bedeutungsinhalte
des Begriffs »Jugend«
im Jugendstrafrecht

Eine soziologische Analyse
der Institution Jugendstrafwesen



Das Buch ist eine Dissertation zur Erlangung des Grades
Doktor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Referent: Prof. Dr. K. M. Bolte
Korreferent: Prof. Dr. W. Hornstein

Promotionsabschlußberatung: 21. Juli 1975

Ich danke Herrn Prof.Dr. K.M. Bolte für die inhaltliche Beratung bei der Durchführung der Arbeit sowie Herrn Prof.Dr. W.Hornstein für die Anregung zur Bearbeitung der Thematik und deren inhaltliche Fragestellung.

Ferner danke ich Herrn Dr.H.Mantler, Leiter des Jugendgerichts München, für die Hinweise aus der Sicht des Jugendrichters sowie für die Genehmigung, in Akten des Jugendgerichts Einsicht nehmen zu können.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
TEIL I FORSCHUNGSINTERESSE UND PROBLEMSTELLUNG	1
I. <u>Einführung</u>	2
1. Allgemeines und spezifisches Forschungsinteresse an der Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im Jugendgerichtsgesetz	2
1.1. Allgemeines Forschungsinteresse	2
1.2. Spezifisches Forschungsinteresse	3
2. Erläuterung des Untersuchungsmaterials (Kommentare zum JGG)	4
II. <u>Die soziologische Fragestellung nach den institutionellen Bestimmungsfaktoren der Bedeutungsinhalte von 'Jugend'</u>	6
1. Die Relevanz dieser Fragestellung in der Jugendsoziologie	6
1.1. Das Problem der durch Institutionen geprägten Verhaltensformen Jugendlicher	7
1.2. Das Problem des institutionalisierten Interesses an der Jugend	7
1.3. Das Problem 'Jugend' als Produkt gesellschaftlich bestimmter sozialer Praxis	10
1.4. Anregungen, die sich aus den soziologischen Problemstellungen für die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im Jugendgerichtsgesetz anbieten	12
1.4.1. Das soziale Problem des Anstiegs der Jugendkriminalität	13
1.4.2. Die Institutionalisierung von Maßnahmen auf ein soziales Problem	14
1.4.3. Der Entwurf eines 'Bildes vom Jugendlichen' durch die Institution Jugendstrafrecht	15
2. Die Hypothese der institutionellen Bestimmung der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im Jugendgerichtsgesetz	15
3. Methodisches Vorgehen	17
TEIL II SYSTEMATISIERUNG DER NORMATIVEN BESTIMMUNGSFAKTOREN UND DIE ENTWICKLUNG DARAUF BEZOGENER ANALYTISCHER KRITERIEN	19
I. Die Systematisierung der Grundannahmen und der Besonderheiten des Jugendgerichtsgesetzes als Voraussetzung für die Entwicklung von Kriterien der soziologischen Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend'	20
1. Die Abgrenzung der soziologischen Analyse gegenüber der Rechtswissenschaft	20

2.	Die normativen Grundannahmen des allgemeinen Strafrechts	21
2.1.	Die Rechtsnormen als empirische Bedingungen der dogmatischen Grundannahmen	25
2.2.	Das Axiom des deutschen Strafrechts	29
2.2.1.	Willensfreiheit als Wesensbestandteil des Menschen	29
2.2.2.	Existenz und Vorwerfbarkeit individueller Schuld	33
2.3.	Die rechtsdogmatische Legitimation strafrechtlicher Reaktion	37
3.	Die Modifikation der Grundannahmen des allgemeinen Strafrechts im Jugendstrafrecht	38
3.1.	Die Abgrenzung des Anwendungsbereichs von Rechtsnormen im Jugendgerichtsgesetz	39
3.2.	Die Loslösung vom Schuldstrafrecht und die Hinwendung zum Täterstrafrecht	40
3.3.	Die Modifikation des Theorems des allgemeinen Strafrechts im Jugendstrafrecht: Die Rechtfertigung strafrechtlicher Reaktion durch den Erziehungsgedanken	43
3.3.1.	Das Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG)	45
3.3.2.	Das Jugendgerichtsgesetz (JGG)	46
3.3.3.	Die Dualität von JWG und JGG	49
3.3.4.	Die Folgen der Modifikation der Grundannahmen für die Legitimation strafrechtlicher Reaktionen	49
3.3.5.	Die pragmatische Rechtfertigung strafrechtlicher Reaktionen im JGG	54
4.	Zusammenfassung der Systematisierung der Grundannahmen und der Besonderheiten des Jugendgerichtsgesetzes	55
II.	<u>Die Entwicklung von analytischen Kriterien und deren Stellenwert für die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im Jugendgerichtsgesetz</u>	58
1.	Das täterstrafrechtliche Kriterium	58
2.	Das schuldstrafrechtliche Kriterium	59
3.	Das Kriterium der Legitimation der Strafzwecke	59
4.	Die Vermittlungsfunktion des Jugendrichters	60
III.	<u>Die Einbeziehung soziologischer Kategorien in die Kriterien: Status, Rolle, Sozialisation</u>	61
1.	Die Kategorie des Status und ihre Relevanz für die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' anhand des täterstrafrechtlichen Kriteriums	64
2.	Die Kategorie der Rolle und ihre Relevanz für die Analyse anhand des täterstrafrechtlichen Kriteriums	69
3.	Das Jugendgerichtsgesetz als gesellschaftliche Rahmenbedingung für Interventionen in den Sozialisationsprozeß	73

TEIL III	DIE ANALYSE DER BEDEUTUNGSINHALTE VON 'JUGEND' IM JUGENDGERICHTSGESETZ (JGG)	76
I.	<u>Die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' anhand des täterstrafrechtlichen Kriteriums</u>	77
1.	Die Einschätzung des Entwicklungsstandes Jugend- licher durch das JGG	77
1.1.	Die Beschreibung der Indikatoren	77
1.2.	Die Analyse der Indikatoren	80
1.2.1.	Die juristischen Kriterien der Statuszuweisung	83
1.2.2.	Die außerjuristischen Kriterien der Statuszuweisung	85
1.2.3.	Die verallgemeinernden Bewertungs- schemata des Entwicklungsstandes der Alterskategorie Jugend	87
1.3.	Zusammenfassung der Ergebnisse	90
2.	Die Erwartungen des JGG an das soziale Verhalten Jugendlicher	91
2.1.	Die Beschreibung der Indikatoren	91
2.2.	Die Analyse der Indikatoren	99
2.2.1.	Verhaltenserwartungen, die sich auf eine Verinnerlichung der Rechtsord- nung beziehen	102
2.2.2.	Verhaltenserwartungen, die an die Willenskraft appellieren	104
2.2.3.	Erwartungen, die an die Überwindung von Sozialisationsdefiziten durch den Jugendlichen selbst gestellt werden	105
2.3.	Die an Jugendliche gestellten Verhaltenserwar- tungen in ihrem Zusammenhang mit den normati- ven Bestimmungsfaktoren des JGG	106
3.	Zusammenfassung der Analyse der täterstrafrecht- lichen Elemente unter einem gemeinsamen Aspekt	107
II.	<u>Die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' anhand des schuldstrafrechtlichen Kriteriums</u>	
1.	Die Beschreibung der Indikatoren	110
2.	Interpretation der Indikatoren als Projektion emotionaler Bedürfnisse auf den Jugendlichen	113
III.	<u>Die Analyse der strafrechtlichen Sanktionen in ihrem Verhältnis zu den Zielen des Erziehungsgedankens, aufgezeigt am Kriterium der Legitimation der Straf- zwecke</u>	116
1.	Die Interdependenz dieses Kriteriums mit dem täterstrafrechtlichen und dem schuldstrafrecht- lichen Kriterium	116

2. Die Beschreibung der unmittelbaren Erziehungszwecke und des allgemeinen Erziehungsziels	118
2.1. Argumentation zur Erziehung durch Erziehungsmaßregeln (§ 9 JGG)	118
2.2. Argumentation zur Erziehung durch Zuchtmittel (§ 13 JGG)	121
2.3. Argumentation zur Erziehung durch Jugendstrafe (§ 17 JGG)	124
3. Die Analyse der Indikatoren. Der unmittelbare und mittelbare Charakter der Erziehungszwecke in Beziehung zur vollen Rechtsfähigkeit des Individuums	129
3.1. Die Konkurrenz täterstrafrechtlicher und schuldstrafrechtlicher Elemente bei der Legitimation der Erziehungszwecke	129
3.2. Zum Verständnis der Legitimation der Erziehungsziele des JGG	131
3.2.1. Unmittelbare Erziehungszwecke und -ziele	132
3.2.2. Mittelbare, an Wertvorstellungen orientierte Erziehungsziele	135
3.2.3. Die Wertkategorien der mittelbaren Erziehungsziele	139
IV. <u>Die Übertragung der Bedeutungsinhalte auf den Jugendlichen im Gerichtsverfahren.</u>	145
1. Die Vermittlungsfunktion des Jugendrichters in der Rechtsprechung	145
2. Diffus-emotionale Rollenerwartungen an das Leitbild des Jugendrichters	152
2.1. Die juristische Selbsteinschätzung des allgemeinen Richter-Leitbildes	152
2.2. Spezifische Rollenerwartungen an das Leitbild des Jugendrichters	156
3. Die instrumentellen Rollenerwartungen an das Leitbild des Jugendrichters	159
4. Die Erforschung der Täterpersönlichkeit durch die Jugendgerichtshilfe	166
TEIL IV ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE DER ANALYSE: ASPEKTE GESELLSCHAFTSPOLITISCHER EINFLÜSSE AUF DIE BEDEUTUNGSINHALTE VON 'JUGEND'	170
I. <u>Vorbemerkung</u>	171
II. <u>Die Zusammenfassung des Untersuchungsergebnisses nach dem täterstrafrechtlichen Kriterium</u>	173
1. Die Einschätzung des psychologischen Entwicklungsstandes Jugendlicher	173
2. Die an straffällig gewordene Jugendliche gestellten Verhaltenserwartungen	176

III.	<u>Die Ergebnisse der Analyse anhand des schuldstrafrechtlichen Kriteriums</u>	179
IV.	<u>Die Ergebnisse der Analyse der Legitimation der Strafzwecke</u>	180
V.	<u>Die Ergebnisse der Analyse der Funktion des Jugendrichters</u>	186
VI.	<u>Aspekte gesellschaftspolitischer Einflüsse auf die Bedeutungsinhalte von 'Jugend'</u>	189
TEIL V	DIE RELEVANZ DER ERGEBNISSE DER ANALYSE DER BEDEUTUNGSINHALTE VON 'JUGEND' IM KONTEXT DES FORSCHUNGSINTERESSES (AUSBlick)	197
I.	<u>Die Ergebnisse der Analyse im Kontext zum politisch-praktischen Forschungsinteresse</u>	198
II.	<u>Die Ergebnisse der Analyse im Kontext mit dem wissenschaftlichen Forschungsinteresse</u>	201
LITERATURVERZEICHNIS		205
1.	Kommentare zum Jugendgerichtsgesetz (JGG)	206
2.	Stenographische Protokolle	206
3.	Sammelwerke	207
4.	Alphabetisches Literaturverzeichnis	208
5.	Benützte Abkürzungen für Zeitschriften	214
Lebenslauf		216

TEIL I

FORSCHUNGSINTERESSE UND PROBLEMSTELLUNG

I. Einführung

1. Allgemeines und spezifisches Forschungsinteresse an der Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im Jugendgerichtsgesetz

Sozialwissenschaftliche Analysen vollziehen sich nicht im luftleeren Raum. Sie stehen im Zusammenhang mit dem Bewußtwerden von Problemlagen, deren gesellschaftliche Wirkungen bislang nur ungenügend reflektiert wurden und die deshalb in den gesellschaftlichen Problemlösungsprozeß nur am Rande oder gar nicht einbezogen werden. Sie stehen ferner im Zusammenhang mit der Frage nach dem Beitrag, den die Sozialwissenschaften selbst - hier im engeren Sinne die Soziologie - in diesem Prozeß leisten können und inwieweit ihr eigenes theoretisches Instrumentarium in der Lage ist, Problemlagen zu verdeutlichen und an politische Instanzen heranzutragen.

Es gilt deshalb, zunächst das Forschungsinteresse an der Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im Jugendgerichtsgesetz zu artikulieren.

1.1. Allgemeines Forschungsinteresse

Ein allgemeines Forschungsinteresse ist ablesbar einmal aus der politisch-praktischen Diskussion um eine bestimmte Thematik, zum anderen aus postulierten wissenschaftlichen Fragestellungen, die einer Lösung oder Weiterentwicklung zugeführt werden sollen. Dieses allgemeine Forschungsinteresse soll kurz umrissen werden.

Einmal ist es ein politisch-praktisches Interesse, das zusammenhängt mit der Reform des Jugendrechts und dem inzwischen

vorliegenden Diskussionsentwurf eines neuen Jugendhilferechts, in dessen Diskussionsbereich durch seinen Zusammenhang mit dem Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) zwangsläufig auch das Jugendgerichtsgesetz (JGG) gerät.

Dem derzeitigen Diskussionsstand entsprechend, stehen bislang Fragen im Vordergrund, die sich auf die Abgrenzung des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) gegenüber dem geplanten Jugendhilfegesetz¹⁾, die Zuständigkeit der Durchführung von Maßnahmen des JGG, der Verschiebung der Altersgrenzen, für die das JGG Gültigkeit hat, und die sozialpädagogischen Funktionen des JGG²⁾ beziehen.

Zum zweiten ist es ein wissenschaftliches Interesse, das sich auf den Zusammenhang bezieht, der zwischen Jugend als allgemeiner Alterskategorie und der Institutionalisierung der auf Jugend gerichteten gesellschaftspolitischen Ziele sowie deren Verwirklichung in spezifischen Organisationsformen besteht.

Eine Analyse dieses Zusammenhangs zwischen 'Jugend' (als Begriff, als Phänomen, als Alterskategorie mit spezifischen Bedürfnissen) und den auf 'Jugend' ausgerichteten Institutionen (z.B. Verbände, Jugendhilfe, Jugendgericht), steht sowohl auf der politisch-praktischen als auch auf der wissenschaftlichen Ebene noch aus. Sichtbar werden könnte in einer solchen Analyse, in welcher Weise das Bild vom 'Jugendlichen' in institutionalisierten Bereichen von vorneherein in spezifischer Sichtweise festgelegt und wodurch das bedingt ist.

1.2. Spezifisches Forschungsinteresse

Neben dem vorweg angeführten Kontext des allgemeinen Interesses, gilt das spezifische Forschungsinteresse dieser Arbeit einem detaillierten Aspekt dieser umfassenden Analyse. Dieser Aspekt

1) Dieses Gesetz soll das geltende JWG ablösen

2) B.Simonsohn, Jugendstrafrecht und Jugendhilferecht - ihr Verständnis im neuen Entwurf eines Jugendhilfegesetzes, in: Neue Praxis. Sonderheft 1973, Kritik am Diskussionsentwurf eines neuen Jugendhilfegesetzes, S.98 ff.

zielt auf die Frage nach denjenigen Bedeutungsinhalten von 'Jugend', mit denen die auf Jugendliche bezogenen Institutionen 'Jugend' bestimmen, mit denen sie operieren und auf die sich ihre Argumentationen beziehen.

Forschungsgegenstand dieser Arbeit sind konkret die im Rechtsinstitut Jugendgerichtsgesetz auffindbaren Bedeutungsinhalte von Jugend schlechthin, sowie Vorstellungen über die Zielgruppe der straffällig gewordenen Jugendlichen und Heranwachsenden.

Dieser Aspekt steht sowohl in Beziehung mit der vorerwähnten politisch-praktischen Diskussion um ein neues Jugendhilferecht als auch mit der wissenschaftlichen Diskussion des Zusammenhangs von Institutionen und deren jugendlicher Zielgruppen.

Auf beiden Diskussionsebenen versucht die Analyse einen Beitrag zu erbringen.

2. Erläuterung des Untersuchungsmaterials

Untersuchungsmaterial sind die Kommentare zum JGG¹⁾ sowie juristische Sekundärliteratur zum JGG. Der Inhalt der Kommentare ist ausgerichtet und zugleich beschränkt darauf, Handlungsanweisungen für die Jurisprudenz zu formulieren. Insofern konnte darauf geschlossen werden, dort Indikatoren über Bedeutungsinhalte eines 'Bildes vom Jugendlichen' zu finden²⁾.

1) Potrykus, Kommentar zum JGG 1955

Dallinger-Lackner, Kommentar zum JGG 1955

Grethlein-Brunner, Kommentar zum JGG 1970

2) Zur Zitierweise: Die Darstellung ausführlicher Zitate mag auf den ersten Blick umständlich, verwirrend, vielleicht überflüssig erscheinen. Die ausführliche Zitierweise ist jedoch aus zweierlei Gründen erforderlich. Erstens handelt es sich bei den Zitaten um den Nachweis von Befunden, ohne daß der Leser selbst ca. 3000 Seiten Kommentartext zur Hand nehmen muß. Zweitens ist es erforderlich, dem Nicht-Juristen die Rechtsmaterie so unmittelbar wie das in einer solchen Arbeit möglich ist, nahezubringen.

Kommentare entsprechen schon allein deswegen in den meisten Fällen der Realität der Rechtssprechung auf dem jeweilig kommentierten Gebiet, weil sie die Entscheidungen von Obergerichten enthalten, die Untergerichte in der Regel aber geneigt sind, die Entscheidungen von Obergerichten zu bestimmten Problemen zu übernehmen.

Nun könnte natürlich angenommen werden, daß die handlungsrelevanten Interpretationsschemata der Kommentare zum JGG bezüglich ihrer Indikatoren über das Bild des Jugendlichen nicht unbedingt mit der Realität der Hauptverhandlung übereinzustimmen brauchen.

Deshalb wurden als empirisches Material Beispiele aus 56 stenographischen Protokollen von Jugendgerichtsverhandlungen des Jugendgerichts am Amtsgericht München, im Zeitraum von März 1971 bis Juni 1971 herangezogen. Zu jedem der stenographischen Protokolle wurde auch Einsicht in die in den Akten fixierten Beschuldigtenvernehmungen, Gerichtsbeschlüsse, Jugendgerichtshilfe-Berichte und Urteile genommen¹⁾. - Sicher ist dieses Material zahlenmäßig zu gering, um auch nur annähernd quantitative Aussagen machen zu können. Es soll in dieser Arbeit deshalb nur soweit herangezogen werden²⁾, um illustrativ sichtbar zu machen, daß sowohl im Gerichtsverfahren als auch in den Akten dieselben qualitativen Indikatoren auftauchen wie in den Kommentaren.

Die Kommentare können damit als ein für die Analyse stichhaltiges Untersuchungsmaterial betrachtet werden.

Besonderes Gewicht hat im Gerichtsverfahren der Jugendrichter. Seiner Vermittlerfunktion zwischen Rechtsdogmatik und außerjuristischen Argumentationen ist ein eigenes Kapitel gewidmet.

1) Mit freundlicher Genehmigung von Amtsgerichtsdirektor Dr. Mantler.

2) Die stenographischen Protokolle werden in dieser Arbeit einerseits wegen ihres Umfangs, andererseits wegen ihrer diesem Umfang keineswegs entsprechenden Aussagekraft nicht veröffentlicht. Sie liegen jedoch zur Einsichtnahme vor.

II. Die soziologische Fragestellung nach den institutionellen Bestimmungsfaktoren der Bedeutungsinhalte von 'Jugend'

1. Die Relevanz dieser Fragestellung in der Jugendsoziologie

Die Frage der institutionellen Bestimmung der 'Jugend' in der Praxis und die damit verbundenen Auswirkungen auf den theoretischen Gegenstand 'Jugend' in der Jugendsoziologie bedarf einer zunehmend notwendiger erscheinenden Analyse.

Das zeigen die in der neueren Jugendsoziologie aufgezeigten Postulate, die zum Teil auf das Problem hinweisen¹⁾ oder eine Forschungstätigkeit in dieser Richtung fordern²⁾, beziehungsweise für notwendig erachten³⁾.

Die Problematisierung der Jugendsoziologie wird von einigen Soziologen mit der Forderung nach der prinzipiellen Erneuerung der theoretischen Grundorientierung der Jugendsoziologie

-
- 1) L.Rosenmayr, Zur theoretischen Neuorientierung der Jugendsoziologie, in: K.R.Allerbeck/ L.Rosenmayr, Aufstand der Jugend? Neue Aspekte der Jugendsoziologie, München 1971, S.241.

W.Hornstein, Aspekte und Dimensionen erziehungswissenschaftlicher Theorien zum Jugendalter, in: F.Neidhardt u.a.(Hrsg.), Jugend im Spektrum der Wissenschaften, München 1970, S.186 f. "Die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft haben je verschiedene Interessen an der Jugend und verschiedene Auffassungen darüber, wie die Bedingungen für die Jugend optimal zu gestalten sind - und dabei ist nicht nur die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen pädagogischen Schulen und Richtungen und deren je verschiedenartiger weltanschaulicher Hintergrund gemeint, sondern auch die Tatsache, daß Arbeitgeberverbände ein andersgeartetes Interesse an der Gestaltung des Jugendlebens haben als - möglicherweise - Gewerkschaften und daß Interessen, die auf die Gewinnung der Jugend als Nachwuchs, als Mitglied oder was immer zielen, ebenfalls in die Gesamtproblematik einbezogen werden müssen."

- 2) A.Flitner, Soziologische Jugendforschung, Heidelberg 1963, S. 121. -
Ferner W.Hornstein in persönlichem Gespräch.
- 3) K.Mollenhauer, Jugendhilfe. Soziologische Materialien. Heidelberg 1968, S.16.

verbunden¹⁾. Dabei werden unterschiedliche Problemstellungen und theoretische Positionen sichtbar, die kurz umrissen werden sollen.

1.1. Das Problem der durch Institutionen geprägten Verhaltensformen Jugendlicher

Vom Standpunkt durch Institutionen geprägter Verhaltensformen Jugendlicher ausgehend, unterbreitet L. Rosenmayr²⁾ eine Reihe von Vorschlägen zur Umgrenzung der Jugendsoziologie. Jugendsoziologie erweise sich unter anderem auch als ein "interinstitutionelles und interorganisationelles" Studium, in dessen Zusammenhang es sich als ihre Aufgabe stelle, auch die Wirkungen der verschiedenen gesellschaftlichen Einrichtungen auf die Jugend differentiell und systematisch zu beschreiben und zu erklären. L. Rosenmayr betrachtet es ferner als ein spezielles Gebiet der Jugendsoziologie, das in der Ausarbeitung von Ergebnissen des Verhältnisses der Jugend zu speziellen Organisationen und Institutionen liege. L. Rosenmayr nennt für diesen Bereich Studien über das Verhältnis zu Schule, Betrieb und Arbeitsplatz, Heimen, Militär, Jugendorganisationen, Studien über Familienbeziehungen etc.³⁾

1.2. Das Problem des institutionalisierten Interesses an der Jugend

Von einem Interessenstandpunkt an der Jugend aus gesehen, wäre prinzipiell in der Jugendsoziologie folgende Frage einer Analyse zu unterziehen. Inwieweit ist 'Jugend' generell durch Institutionen bedingt? Mit anderen Worten, inwieweit sind Institutionen Auslöser für die Herausbildung von spezifischen Er-

-
- 1) K.R.Allerbeck/L.Rosenmayr, Neue Theorien und Materialien zur Soziologie der Jugend - Ergebnisse eines internationalen Symposiums, in: K.R.Allerbeck/L.Rosenmayr, a.a.O., S.17
 - N.Abboud, Jugend: Strukturbegriff oder historische Konstellation, in: K.R.Allerbeck/L.Rosenmayr, a.a.O., S. 29 ff.
 - 2) L.Rosenmayr, Zur theoretischen Neuorientierung der Jugendsoziologie, in: K.R.Allerbeck/L.Rosenmayr, a.a.O., S.241.
 - 3) L.Rosenmayr, a.a.O., S.242.

scheinungsweisen von 'Jugend', wahrnehmbar als Gruppen von Jugendlichen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen¹⁾.

Danach bilden sich Jugendgruppen als ein spezifisches Produkt differenzierter Ausbildungsinstitutionen heraus, die durch fortschreitende oder zu einem bestimmten Zeitpunkt abgeschlossene oder abgebrochene Ausbildung (Ungelernter, Lehrling, Schüler, Student) geprägt sind. Die sich dadurch ausformenden Bedürfnisse und Interessen von Jugendlichen werden zusätzlich in ihrer Spezifizierung verstärkt und 'pluralisiert' durch Institutionen der Jugendpflege, bis zu jenem Punkt hin, wo nach K.R.Allerbeck/L.Rosenmayr die "... höher gebildete Jugend als Machtgruppe in der Gesellschaft"²⁾ gesehen werden muß.

Wird andererseits diese Fragestellung auf die Auswirkungen der Institution Jugendgerichtsgesetz samt ihren Organisationsformen des Jugendgerichts, der Fürsorgeerziehung, der Bewährungshilfe und des gesamten Jugendstrafvollzugs auf Jugend bezogen, so wäre empirisch zu untersuchen, inwieweit diese Organisationsformen - theoretisch untermauert durch die aus dem symbolischen Interaktionismus ableitbaren Stigmatisierungs- und Kriminalisierungsprozesse (labeling approach) - ebenfalls einen Faktor zur Bildung von devianten Jugendgruppen bilden, die Tendenzen zur Verletzung von Rechtsnormen verstärken oder sogar initiieren, bzw. ein Faktor sind, der die Mitglieder devianter Jugendgruppen stets von neuem in ihrer Unterprivilegiertheit produziert und damit rekrutiert.

-
- 1) H.Schelsky, Das Bild der Jugend und des Jugendgemäßen in unserer Gesellschaft. Aus: Die skeptische Generation, in: L.v.Friedeburg, Jugend in der modernen Gesellschaft, S.112 ff. Schelsky kritisiert den dogmatischen Charakter der Auffassung eines westdeutschen Jugend-Leitbilds, nach dem die kleingruppenhafte Gemeinschaftsbildung, die der Jugend schlechthin angemessene, jugendgemäße Sozialform darstelle; demgegenüber sei der größte Teil der Jugend nicht gemeinschaftsgebunden, sondern 'freigesetzt'.
 - 2) K.R.Allerbeck/L.Rosenmayr, Neue Theorien und Materialien zur Soziologie der Jugend - Ergebnisse eines internationalen Symposiums, in: K.R.Allerbeck/L.Rosenmayr, a.a.O., S.17 "Die Jugendsoziologie wird in Hinkunft ihre theoretischen Grundorientierungen erneuern müssen. Sie wird die höher gebildete Jugend als Machtgruppe in der Gesellschaft sehen müssen und die Möglichkeiten des Dauerkonfliktes und spontaner partieller Umformung als theoretische Begriffe ständig mitkonzipieren müssen. Die Soziologie wird die Diskrepanz zwi-

An das Problem des institutionalisierten Interesses an der Jugend wäre weitestgehend die Frage zu knüpfen, ob nicht der theoretische Begriff Jugend schlechthin ein Abbild der Institutionalisierung von gesellschaftspolitischen, auf Jugendliche gerichteten Aktivitäten ist, und daher 'Jugend' von institutionalisierten Zielen und Intentionen her begriffen werden müßte. Im Zusammenhang damit müßten dann konsequenterweise auch spezifische Differenzierungen wie Altersgruppen, Interessengruppen, Subkultur und der unterschiedliche Status von Jugendlichen gesehen werden. Dieser Gedanke soll im letzten Teil der Arbeit nochmals aufgegriffen werden.

Ferner gelte es dann zu vergleichen, worin Gemeinsamkeiten eines institutionellen Begriffs von Jugend bestehen, die sich beispielsweise in dem sich in Institutionen manifestierenden Interesse der Gesellschaft an der Jugend niederschlagen, inwiefern solches Interesse der Immunisierung von Konflikten dient oder Zwangscharakter aufweist, und ob sich daraus Hypothesen ableiten lassen, die den institutionellen Charakter des Begriffs Jugend erfassen¹⁾.

schen der 'Ausrüstung', die durch die gesellschaftlichen Einrichtungen für die Jugend bereitgestellt wird, und den Anforderungen und Herausforderungen der politischen, ökonomischen und sozialen Situationen zu studieren haben. Sie wird sich im Kapitalismus wie im Sozialismus auf Fehlplanungen, auf die Diskrepanz zwischen Ausbildungssystemen und Berufschancen beziehen müssen, auf die Normunsicherheit in der Gesellschaft und die Veränderungen im Grad der Zugänglichkeit von gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen: manche Zugangschancen sind gesenkt, manche gehoben worden. - Langfristige Studien, Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Wissenschaften, in der Jugendforschung eine Neuorientierung und Verfeinerung der Beobachtungs- und Befragungsmethoden durch die Verstärkung von Selbstaussagen, Tiefeninterviews und dergleichen sind dringlich. Alles, was auf Jugendforschung hinzielt, ist selbst mit der ideologischen und emotionalen Bedeutung des Begriffs 'Jugend' befrachtet. Denn der Jugendbegriff ist mit der Zukunftsvorstellung jeder Gesellschaft aufs engste verknüpft. Er ist entweder für oder gegen bestehende Konzepte artikuliert. Selbst biologische und psychologische Vorstellungen, welche jugendliches Verhalten definieren wollen, sind von den Bestimmungen abhängig, welche die Gesellschaft, einschließlich der Jugend selber, über Jugend erzeugt bzw. welche aus der Spannung zwischen Jugend und Gesellschaft hervorgehen." (Hervorhebung durch U.H.)

- 1) An dieser Fragestellung ist die Verf. besonders interessiert, kann aber im Verlauf der Arbeit nur bruchstückhaft erfaßt werden.

1.3. Das Problem 'Jugend' als Produkt gesellschaftlich bestimmter sozialer Praxis¹⁾

Die umfassendste Problemstellung wirft N. Abboud auf. Sie weist auf die Problematik einer Soziologie hin, welche die Jugend tendenziell ausschließlich als Strukturelement per se betrachte. N. Abboud wirft die Frage auf, ob nicht vielmehr Jugend als "... mehr oder weniger direktes Produkt der durch die Arbeit politischer und ideologischer Organisationen in der Gesellschaft bestimmten sozialen Praxis"²⁾ zu sehen sei, einer

-
- 1) N. Abboud, Jugend: Strukturbegriff oder historische Konstellation? in: K.R. Allerbeck/L. Rosenmayr (Hrsg.), a.a.O., S. 29. Die Problemstellung von N. Abboud ist es "... solche Problemkreise in Angriff zu nehmen, die einen theoretischen Bezug zur Dynamik von Prozessen der sozialen Basis aufweisen. - Die manifesten Lebensformen und Intentionen von sozialen Akteuren müßten daher in jeder soziologischen Theorie auf die Vorgänge innerhalb jener sozialen Systeme zurückgeführt werden, die als Voraussetzungen für den Geschehensablauf in der Gesamtgesellschaft anzusehen sind." - "Die Forderung nach einer kritischen Haltung in Hinsicht auf das Konkrete erscheint besonders wichtig, wenn man zugibt, ... daß der Soziologe immer als Beobachter einer Gesellschaft fungiert, die gleichzeitig über sich selbst reflektiert und sich wandelt, oder mit anderen Worten; daß seine Denkkategorien zum Zeitpunkt der Durchführung einer Forschung eng an der jeweils gegebenen Praxis der Gesellschaft orientiert sind. Damit zeigt sich die Notwendigkeit, den Gegenstand der Analyse als historisches Produkt der sozialen Praxis definieren".
- 2) N. Abboud, Jugend: Strukturbegriff oder historische Konstellation? in: K.R. Allerbeck/L. Rosenmayr (Hrsg.), a.a.O. S. 34 ff. - "Vielleicht wäre ein theoretischer Fortschritt durch die Erkenntnis zu erreichen, daß die Jugend soziologisch gesehen nicht als Strukturelement per se existiert, sondern vielmehr als mehr oder weniger direktes Produkt der durch die Arbeit politischer und ideologischer Organisationen in der Gesellschaft bestimmten sozialen Praxis. Dieses methodische Vorgehen dürfte auch die beste Erklärung dafür liefern, wie eine nichttraditionelle Gesellschaft, d.h. eine solche, die dem Prinzip kultureller Überlieferung von Generation zu Generation nicht mehr entspricht, dazu geführt werden kann, sich in Altersklassen zu strukturieren, die Jugend als abstrakte universelle Kategorie anzusetzen und die Autonomie sowie das Prestige partikulärer Verhaltensweisen von Jugendlichen hervorzuheben oder, im Gegensatz dazu, Jugendliche und Erwachsene innerhalb des Bezugsrahmens der politischen und sozialen Kräfte des Klassenkampfes miteinander zu verschmelzen. Diese Vorgehensweise führt einerseits zur Analyse der Beziehungen, die zwischen dem Kohäsions- und Politisierungsniveau der sozialen Praxis und der Bedeutung der Frucht-

Praxis, die sich nach ihrer Meinung in den Begriffen der Kohäsion und der Politisierung definiere. Diese Fragestellung - die zugleich Methode ist -, charakterisiert ihre noch nicht durchgeführte, jedoch als Programm vorliegende Analyse von Jugend als potentielllem Träger sozialen Wandels unter Einbe-

barkeit von Kategorien wie 'Jugend' und 'Jugendliche' für die Arbeit politischer Organisationen und die Verbreitung dominanter Ideologien existieren; andererseits erlaubt sie eine Erklärung des vorherrschenden Rekurses auf funktionalistisch oder marxistische Theoreme bei der Analyse jener Phänomene, welche zur Aktivierung der Jugend beitragen." Ebd. S. 35. "Die Problematik einer Soziologie, welche die Jugend als Strukturelement sieht, eröffnet ein weiteres Untersuchungsfeld: Neben den Ursachen für das Auftreten des Phänomens Jugend in Verbindung mit der Arbeit politischer Organisationen und der Verbreitung von Ideologien durch die herrschende Klasse müssen auch die Entwicklungsbedingungen der verschiedenen politischen Organisationsformen in bezug auf das Alter und die unterschiedlichen Arten der Ideologien über die Jugend erforscht werden:

--- politische Organisation: liberale Toleranz hinsichtlich der 'Jugenden' innerhalb jener politischen Kräfte, deren 'junge Garde' sie darstellen; totalitäre Politik, welche die Jugendbewegungen als Symbol der Willenskraft des Staates ausnützt; Aufsplitterung der Jugendlichen in Verbindung mit einer Intensivierung des Trends zur Entpolitisierung;
--- Ideologien: liberal, messianistisch, technokratisch-entpolitisiert.

Die hier erläuterte Vorgehensweise führt auch zur Untersuchung der Verknüpfung zwischen diesem Niveau sozialer Praxis (definiert in den Begriffen der Kohäsion und Politisierung) und dem Vorherrschen der angeführten Theoreme (Funktionalismus, marxistisch-dialektische Methode usw.) in den soziologischen Arbeiten zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt. ..." Ebd. S. 36. "... So verstanden wäre eine Soziologie der Jugend ... - unter anderem eine Anwendung der Soziologie sozialer Bewegungen ..., die den Übergang von der Politisierung sozialer Aktion zur Entfremdung der Akteure in den von den herrschenden Klassen gebildeten Strukturen und Ideologien untersucht."

beziehung einer umfassenden Gesellschaftsanalyse¹⁾.

Eine meines Erachtens wenig adäquate Einschätzung des wissenschaftlichen Vorhabens von N.Abboud nimmt H.Kreutz²⁾ vor, wenn er deren Vorgehen als problematische Vorentscheidung bezeichnet, kausale Wirkungen lediglich von den Institutionen der Erwachsenengesellschaft ausgehen zu lassen, und das Problem so eindeutig an den Interessen der Erwachsenen festzumachen. Ein solches Mißverständnis scheint m.E. aufgrund eines sehr unterschiedlichen theoretischen Vorverständnisses der Problematik zustandegekommen zu sein, denn die Gleichsetzung von 'Gesellschaft und deren sozialer Praxis' mit 'Erwachsenengesellschaft' beinhaltet bereits eine die eigentliche Problematik immunisierende Leerformel.

1.4. Anregungen, die sich aus den soziologischen Problemstellungen für die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im Jugendgerichtsgesetz anbieten

Bezogen auf die Fragestellung der vorliegenden Analyse des Jugendgerichtsgesetzes und der darin aufzufindenden Bedeutungsinhalte von 'Jugend', gibt insbesondere der Ansatz von N.Abboud Anregung dafür zu fragen, inwieweit nicht das Problem Jugend - statt Strukturelement per se zu sein - als eine Funktion des Strukturelements 'Institutionen' zu begreifen ist und Institutionen, die im Zusammenhang mit Jugend stehen, wiederum eine Reaktion bzw. ein Reflex auf gesellschaftliche Probleme insgesamt sind, die sich dann als spezifische, auf 'Jugend' bezogene Interessen³⁾ ausweisen.

1) N.Abboud, a.a.O., S.40. - Dieser Gesellschaftsanalyse liegt nach Abboud folgende Hypothese zugrunde: "Je ausgeprägter die Fähigkeit des Staates ist, den Konsensus zu realisieren, umso geringer erweist sich das Politisierungs-niveau der sozialen Praxis im Rahmen der politischen (z.B. Parteiensystem, Parlamentarismus), ökonomischen (Regulierung der Beziehungen zwischen Berufsgruppen und Unternehmertum) und kulturellen Institutionen (besonders des Erziehungssystems) und um so weniger erweist sich die Jugend als generelle Kategorie der politischen Organisation der Gesellschaft und als ideologisches Thema." (S. 36)

2) H.Kreutz, Soziologie der Jugend, München 1974, S.22

3) Eine Auswahl von Texten, welche die Haltung des Staates im Hinblick auf die Jugendpflege deutlich erkennen läßt (Textauswahl von 1901 - 1950) sind in 'Staat und Jugend' bearb. von U.Panter, Weinheim 1965, enthalten.

Das bedeutet zwar eine Einengung oder mag sogar ein Mißverständnis der Fragestellung von N.Abboud sein und vernachlässigt vor allem die Einbeziehung und explizite Darstellung einer umfassenderen Gesellschaftsanalyse, hätte jedoch den Vorteil, an Hand einer spezifischeren Fragestellung den Zusammenhang zwischen einer sozialen Problemlage, der Institutionalisierung der Maßnahmen im Rechtssystem mit dem Zweck, die Problemlage zu beheben oder abzuschwächen, und dem Entwurf eines Bildes vom Jugendlichen durch eine solche Institution zu analysieren. Dieser Gedankengang soll, die Arbeit abschließend, nach Durchführung der Analyse nochmals aufgegriffen werden.

1.4.1. Das soziale Problem des Anstiegs der Jugendkriminalität

Die Anfänge der Entwicklung eines Jugendstrafrechts stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit einem sprunghaftigen Anstieg der Jugendkriminalität, diese wiederum als Folge der Freisetzung von Kindern und Jugendlichen aus traditionellen Gesellschafts- und Familienstrukturen und damit als Folge der frühzeitigen Eingliederung in den Produktionsprozeß (Kinderarbeit) Anfang des 19. Jahrhunderts. Dieser zeitliche Zusammenhang ist nicht zufällig, sondern ist unmittelbare Folge gesellschaftlicher Entwicklungsgesetzlichkeiten, die im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Frühkapitalismus im 19. Jh. stehen.

Einen historischen Überblick über die Entstehung der Institution Jugendgerichtsgesetz gibt B.Simonsohn¹⁾. Nun macht jedoch gerade der historische Abriß von B.Simonsohn deutlich, daß die Institution Jugendgerichtsgesetz nicht allgemein auf die Entstehung des 'Phänomens Jugend' zurückzuführen ist, sondern eindeutig auf ein äußerst akutes soziales Problem, nämlich der ansteigenden Jugendkriminalität²⁾, der es als Vorstufe zur

1) B.Simonsohn, Vom Strafrecht zur Jugendhilfe. Ein geschichtlicher Überblick, in: B. Simonsohn (Hrsg.), Jugendkriminalität, Straffjustiz und Sozialpädagogik, Frankfurt/M., 1969, S. 7 ff, S. 13 ff.

2) Siehe dazu auch M.Nowicki, Zur Geschichte der Sozialarbeit. Historischer Abriß und politischer Stellenwert von Sozialarbeit in einer 'Geschichte von Klassenkämpfen', in: W.Hollstein/M.Meinhold (Hrsg.), Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt/M 1973, S.44 ff, S.78. - Siehe dazu in dieser Arbeit S. 46-48, S.55.

Gewohnheitskriminalität Erwachsener entgegenzutreten gilt. Die damit verbundene Bedrohung der Rechtsordnung¹⁾, die der Staat zu schützen hätte, und die Erfahrung, daß die bis 1890 allen Erwachsenen völlig gleiche Behandlung der Jugendlichen nicht nur erfolglos, sondern geradezu verderblich sei²⁾, führten schließlich zu Überlegungen einer Sonderstellung Jugendlicher im Allgemeinen Strafrecht.

Steigende Jugendkriminalität wurde in den Anfängen der Diskussion um ein eigenständiges Jugendstrafrecht am Ende des 19. Jahrhunderts vornehmlich als Folge "... der sozialen Entwurzelung und Verelendung weiter Bevölkerungsschichten in der industrialisierten Massengesellschaft und der damit verbundenen Erziehungsnot der Jugend³⁾" gesehen. Heute spielt in der seit jeher primär von engagierten Juristen (Jugendgerichtsbewegung) getragenen Diskussion das Schlagwort der 'Wohlstandskriminalität', häufig mit kulturkritischen Anmerkungen⁴⁾ verbunden, eine vordergründige Bedeutung.

1.4.2. Die Institutionalisierung von Maßnahmen auf ein soziales Problem

In diesem Zusammenhang wäre die Entstehung der Institution Jugendstrafrecht als eine, einem bestimmten historischen Entwicklungsstand der Gesellschaft entsprechende, adäquate Antwort auf ein akutes soziales Problem zu sehen. Einer Antwort jedoch, die sich nicht in unmittelbaren Reaktionen äußert, sondern die ihrerseits eingebettet ist in ein normatives System bereits bestehender Rechtsregeln und deshalb auch von daher analysiert werden soll.

1) H.Appelius, Die Ursachen der hohen Kriminalitätsziffer der Jugendlichen, 1892, in: B.Simonsohn (Hrsg.), a.a.O., S.30.

2) G.Potrykus, Die tragenden Gedanken des Jugendstrafrechts, in: UJ, 7.Jg., 1955, Heft 1, S.6.

3) R.Sieverts, Das Jugendgerichtsgesetz von 1953 und die deutsche Jugendgerichtsbewegung, in: B.Simonsohn (Hrsg.), a.a.O., S. 123.

4) Diese Kulturkritik bezieht sich auf die Inhalte von Massenmedien, auf das Fehlen von Leitbildern, auf die Konsumorientierung und eine materialistische Lebenseinstellung der Menschen.

1.4.3. Der Entwurf eines 'Bildes vom Jugendlichen' durch die Institution Jugendstrafrecht

Im Zusammenhang mit der vorzunehmenden Analyse tritt das soziale Problem - die Jugendkriminalität - zwangsläufig in den Hintergrund. Zwangsläufig insofern, als sich das Jugendgerichtsgesetz ausdrücklich nicht mit den Ursachen der Jugendkriminalität auseinandersetzt, sondern sich ausschließlich in normativ-wertenden Reaktionen AUF dieses soziale Problem bezieht.

Ausgangspunkt der Analyse ist daher die Frage, wie diese normativ-wertenden Reaktionen auf 'Jugend' selbst durchschlagen, ferner ob und wie eine solche Institution eine sozialwissenschaftliche Betrachtungsweise des Begriffs 'Jugend' aufgreift und mit welchen Bedeutungsinhalten sie diesen Begriff besetzt.

2. Die Hypothese der institutionellen Bestimmung der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im Jugendgerichtsgesetz

Die Hypothese einer Beziehung zwischen dem Charakter der Institution Jugendgerichtsgesetz (JGG) und den Vorstellungen, die in dieser Institution über 'Jugend' vorherrschen, warf zunächst die Frage auf, ob die im JGG enthaltenen außerjuristischen Implikationen über den 'Jugendlichen' dem aktuellen wissenschaftlichen Stand der Jugendsoziologie entsprechen, oder ob hier ein 'Lag' besteht.

Einer Klärung könnte diese Fragestellung dadurch zugeführt werden, den Status und die Rolle des Jugendlichen in der Jugendgerichtsgesetzgebung zu beschreiben und das Resultat dieser Beschreibung mit denjenigen Inhalten zu konfrontieren, die der augenblickliche Stand der Diskussion um eine theoretische Bestimmung des Begriffs 'Jugend' nahelegen würde.

Die Hypothese wäre also auf einen institutionellen Rückstand des JGG bezüglich der darin enthaltenen Bedeutungsinhalte von

'Jugend' ausgerichtet.

Institution JGG <--> lag <---> bezüglich sozial-
wissenschaftlicher
Erkenntnisse über
'Jugend'

Diese Fragestellung impliziert jedoch die Annahme, daß Institutionen, die sich auf Jugend beziehen - und im engeren Sinne auch das JGG - , generell die Inhalte ihrer Vorstellungen über 'Jugend' an wissenschaftlichen Erkenntnissen über 'Jugend' gewinnen. Das heißt, daß solche Institutionen an einer sozialwissenschaftlichen Begriffsbestimmung des Gegenstandes 'Jugend' orientiert sind, wobei jedoch Diskrepanzen aufgrund einer verzögerten Einbeziehung des jeweils aktuellen sozialwissenschaftlichen Forschungsstandes entstehen können.

Assoziativ verknüpft ist damit die Frage nach der Effizienz des JGG seitens der juristischen Praxis und damit die Hoffnung, die Effizienz des JGG durch den Einbezug sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse zu verbessern. Zum Beispiel durch eine qualifiziertere außerjuristische Ausbildung von Jugendrichtern oder durch eine Verbesserung des Vollzugs von Maßnahmen. Seit Erlass des JGG im Jahre 1923 durchzieht diese Vorstellung die Literatur¹⁾.

Diese Fragestellungen waren der ursprüngliche Ausgangspunkt dieser Arbeit (Erster Konzeptionsentwurf).

Dabei wird jedoch folgender - m.E. grundsätzlicherer - Aspekt der Fragestellung verbaut und nicht in den Bereich der Analyse einbezogen, nämlich die normativen Grundbedingungen der Institution selbst. In diese sind sowohl das soziale Problem (Jugendkriminalität) als auch die auf die Zielgruppe der Jugendlichen bezogenen Reaktionen eingeschlossen.

1) Daß außerjuristische Argumente, insbesondere 'soziologische' und als marxistisch abgestempelte sozialwissenschaftliche Erkenntnisse als Bedrohung empfunden werden, zeigt die Diskussion des Jugendhilfeentwurfs in der parlamentarischen Öffentlichkeit. Nachrichten vom 6.11.74 im ARD od. ZDF.

Deshalb muß die Ausklammerung der institutionellen Bedingungen des JGG aufgelöst und die Fragestellung erweitert werden. Es muß geklärt werden, welchen normativen Bestimmungsfaktoren das Jugendgerichtsgesetz selbst unterliegt und welche Wirkungen von diesen Bestimmungsfaktoren auf die im JGG enthaltenen Bedeutungsinhalte von 'Jugend' ausgehen.

Damit werden die Annahmen der ersten Fragestellung erweitert und die normativen Bestimmungsfaktoren der Institution JGG zum Ausgangspunkt der Analyse gemacht.

Normative Be-	Institu-	bzgl. sozial-	Lag? Oder
Stimmungsfakto-	tion JGG	wissch. Erkennt-	liegen Bedeu-
ren des JGG	<->	nisse üb. ihren	tungsinh. von
		Gegenstand Ju-	vornherein
		gend	fest?

Eine auf den Forschungsgegenstand 'Vorstellungen über Jugend' bezogene Analyse der Institution JGG bezieht sich damit nicht nur auf die außerjuristischen, sozialwissenschaftlichen Inhalte des Gesetzes, sondern schließt das Rechtsregelsystem in die Analyse mit ein. Dieser Einbezug erfolgt allerdings nur soweit, als es erforderlich ist, seinen Zusammenhang mit den im JGG enthaltenen außerjuristischen Bewertungsmaßstäben bezüglich 'Jugend' herzustellen. Damit kann derjenige Aspekt der Erklärung für das Vorhandensein bestimmter Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im JGG herausgearbeitet werden, der durch das Rechtsregelsystem bestimmt ist.

3. Methodisches Vorgehen

Um das 'Bild des Jugendlichen' im JGG einer soziologischen Analyse unterziehen zu können, ist es m.E. erforderlich, als ersten Schritt der Untersuchung die normativen Bestimmungsfaktoren des deutschen Allgemeinen Strafrechts zu systematisieren. Ein Einstieg zu einer solchen Systematisierung bietet sich über die Rechtsdogmatik an, allerdings nicht in einem pro und contra divergierender Rechtstheorien, sondern vielmehr in einem

abstrahierenden Herausarbeiten jener Grundprinzipien, die in unserem heutigen allgemeinen Strafrecht, sowie in den Besonderheiten des Jugendstrafrechts dem Soziologen sichtbar werden und die sich auf allgemeine normative Handlungsstrukturen beziehen (Teil II, Kapitel I).

Der zweite methodische Schritt (Teil II, Kapitel II) besteht darin, aus der vorgenommenen Systematisierung der Rechtsdogmatik heraus analytische Kriterien zu entwickeln. Mit Hilfe dieser analytischen Kriterien kann eine bloße Sichtung außerjuristischer Bewertungsmaßstäbe, die sich auf Jugendliche beziehen, hinterfragt werden, um damit zwei Zusammenhänge zu erfassen:

1. Ob ein Zusammenhang besteht zwischen den rechtsdogmatischen Inhalten des JGG und den Vorstellungen, die über Jugendliche vorherrschen; sowie
2. ob und wieweit die rechtsdogmatischen Inhalte auch die außerjuristischen (psychologischen, soziologischen) Bewertungsmaßstäbe, die an Jugendliche herangetragen werden, selektiv bestimmen.

Beide Zusammenhänge sind interdependent und können an ein- und denselben analytischen Kriterien sichtbar gemacht werden.

Der dritte methodische Schritt besteht darin, die entwickelten analytischen Kriterien und die in ihnen aufgewiesenen deskriptiven Indikatoren in einen analytischen Bezugsrahmen (Teil II, Kapitel II,3) zu stellen, der explikative Aussagen über die sichtbar gewordenen Bedeutungsinhalte von 'Jugend' ermöglicht (Teil III).

TEIL II

SYSTEMATISIERUNG DER NORMATIVEN BESTIMMUNGSFAKTOREN DES JGG
UND DIE ENTWICKLUNG DARAUF BEZOGENER ANALYTISCHER KRITERIEN

1. Die Systematisierung der Grundannahmen und der Besonderheiten des Jugendgerichtsgesetzes als Voraussetzung für die Entwicklung von Kriterien der soziologischen Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend'

1. Die Abgrenzung der soziologischen Analyse gegenüber der Rechtswissenschaft

Die normativen Bestimmungsfaktoren des Jugendgerichtsgesetzes werden in der ihm zugrundeliegenden rechtsdogmatischen Grundannahme sichtbar. Werden rechtsdogmatische Grundannahmen in die soziologische Fragestellung nach den Bedeutungsinhalten von 'Jugend' im Jugendgerichtsgesetz einbezogen, so erfordert das jedoch eine Abgrenzung der Thematik gegenüber den Rechtswissenschaften.

Eine solche Abgrenzung erscheint problematisch, da 'Jugend' sowohl Gegenstand der Rechtssprechung und damit der Rechtswissenschaft als auch Gegenstand der Sozialwissenschaften ist. Eine Abgrenzung zwischen Wissenschaftsdisziplinen, die sich auf einen gemeinsamen Gegenstand beziehen, unterliegt häufig dem Zwang, sich auf definitorische Kriterien zurückzuziehen, die auch dem Gegenstand selbst eine inhaltliche Trennung auferlegen. Es soll deshalb versucht werden, die Abgrenzung methodisch vorzunehmen, was gerechtfertigt ist durch die analytische Vorgehensweise bei der Bearbeitung der Thematik.

Deshalb muß der Einstieg über rechtsdogmatische Grundannahmen darin gesehen werden, daß eine solche Systematisierung in erster Linie als heuristisches Hilfsmittel zur Entwicklung von Kriterien der soziologischen Analyse dienen soll. Das bedeutet, daß die soziologische Analyse nicht die Rechtsdogmatik selbst zu ihrem Gegenstand macht, jedoch auf einem Vorverständnis rechtsdogmatischer Grundannahmen basiert, um von daher die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' anzugehen und einen explikativen Zusammenhang mit rechtsdogmatischen Inhalten aufzeigen zu können.

Rechtssoziologische und rechtswissenschaftliche kritische Anmerkungen zur Rechtsdogmatik haben daher nur einen illustrativen Stellenwert, der die Problematik rechtsdogmatischer Grundannahmen nicht klären kann, sondern lediglich anreißen soll.

2. Die normativen Grundannahmen des allgemeinen Strafrechts

Die strafrechtliche Dogmatik befaßt sich primär mit der Begründung und Rechtfertigung des Eingreifens des Rechtssystems gegenüber einzelnen Individuen, sofern diese positiv gesetzte Rechtsnormen verletzt haben¹⁾.

Um das Eingreifen von Rechtsinstituten gegenüber Individuen zu legitimieren, bemüht sich die Rechtsdogmatik darum, Rechtsregelerklärungen in ein Rechtssystem einzubauen, das in sich widerspruchsfrei und logisch ist und damit "... zur Kunst der Regelanwendung"²⁾ wird.

Das Rechtssystem stellt sich damit - juristisch gesehen - als ein System normativer Schlußregeln dar, dessen Widerspruchslosigkeit und Logik ausschließlich teleologischen Intentionen folgt und damit der Rechtssicherheit dient. Das ist gleichbedeutend mit der Absicherung richterlicher Urteilsfindung in der Jurisprudenz.³⁾

-
- 1) Kriminalität selbst, die Analyse ihrer Ursachen und Bedingungen im weitesten Sinn ist nicht ihr Gegenstand. Auch die Auswirkungen der Rechtssprechung auf Individuen (z.B. labeling-Wirkung, Stigmatisierung) bleiben außerhalb ihres Denkbereichs. - Diese Trennung eines gemeinsamen Problembereichs durch wissenschaftliche Teilaspekte läßt sich auch auf die Soziologie ausdehnen, indem dort abweichendes Verhalten und Formen der Reaktion auf dieses Verhalten zwischen Rechtssoziologie und Kriminalsoziologie etc. aufgeteilt und unterschiedlich behandelt werden, obwohl beides in inhaltlichem Zusammenhang steht.
 - 2) E.E.Hirsch, Die Rechtssoziologie als wissenschaftliche Disziplin, in: E.E.Hirsch, Das Recht im sozialen Ordnungsgefüge, Beiträge zur Rechtssoziologie, Berlin 1966, S.41.
 - 3) K.Zwingmann, Zur Soziologie des Richters in der BRD, Berlin 1966, S.128.

Die Schlußregeln des Rechtssystems sind damit Legitimationsverfahren für staatliche Reaktionen auf die Verletzung von Rechtsnormen durch die diesem Rechtssystem angehörenden Personen.

Die Funktion der Rechtsdogmatik wird m.E. von Th.Viehweg¹⁾ zutreffend erfaßt:

"Dogmatisches Denken kann sinnvoll als Meinungsdenken bezeichnet werden, weil es dadurch gekennzeichnet ist, daß es an einer fixierten Meinung (Dogma oder Dogmata) festhält, sie einerseits außer Frage stellt und andererseits in vielfältiger Weise ausdenkt. Auf dem Felde des Rechts geschieht das mit dem Ziele, in einer mehr oder weniger großen sozialen Gruppe ein möglichst störungsfreies, rechtliches Verhalten zu bewirken, sowie Störungen dieses Verhaltens angemessen zu beseitigen. Das rechtsdogmatische Denken hat also primär eine näher angebbare soziale Funktion, die bei seiner Beurteilung stets im Auge behalten werden muß. Denn diese Funktion strukturiert dieses Denken und determiniert es in seinem Fortgang. Sie verlangt des näheren einerseits einen stabilen gedanklichen Kern, der nicht mehr diskutiert wird (Grunddogma oder Grunddogmata), und andererseits eine hinreichende gedankliche Flexibilität (Interpretierbarkeit, Deklinierbarkeit und Diskutierbarkeit) des Kerngedankens, um diesen durch mannigfache situative Veränderungen hindurch festhalten zu können. Man bemerke, daß das hier interessierende Gedanken- und Sprachgebilde bereits durch seine Fixierung in mehrfacher Hinsicht eine soziale Funktion erhält. Es teilt eine Überzeugung anderen mit²⁾, es beeinflusst andere³⁾ und es wird, wie hier, schließlich zur Verhaltensvorschrift⁴⁾; denn diese Art des Denkens und Sprechens ist immer schon darauf angelegt, das Gedachte und Ausgesprochene performativ zu machen."

Die Grundannahmen dieses Legitimationsverfahrens sollen im folgenden systematisch verdeutlicht werden.

Wissenschaftstheoretisch betrachtet, werden speziell im Strafrecht die dogmatischen Ableitungen, die ein Eingreifen des

-
- 1) Th.Viehweg, Ideologie und Rechtsdogmatik, in: W.Maihofer (Hrsg.), Ideologie und Recht, Frankfurt/M., 1969, S.85. Dort Bezugnahme auf die folgenden Fußnoten 2), 3) und 4).
 - 2) Hierzu A.J.Ayer, On the Analysis of Moral Judgements, in: Philosophical Essays, London 1959, S.231 ff.
 - 3) Hierzu: C.L.Stevenson, Ethics and Language, New Haven, 1st ed. 1944, 2nd ed. 1960.
 - 4) Hierzu: R.M.Hare, The Language of Morals, Oxford ect.

Staates¹⁾ gegenüber der Verletzung von Rechtsnormen rechtfertigen, deduktiv aus bestimmten Grundannahmen über das Wesen des Menschen schlechthin gewonnen, die - um mit J.Habermas²⁾ zu sprechen - keiner rationalen Erfassung zugänglich sind und allein auf Entscheidung beruhen.

Das Rechtssystem muß deshalb bezüglich seiner dogmatischen Grundannahmen unter dem Aspekt einer normativen Axiomatik erfaßt werden.

In diese Axiomatik³⁾ gehen normative Grundannahmen des Strafrechts ein, die sich folgendermaßen darstellen lassen:

Prämisse: Die Existenz legislativ verankerter Rechtsnormen (strafrechtliche Tatbestände), deren Verletzung staatliche Reaktionen hervorrufen (empirisch nachweisbar im StGB).

Axiom: (Basissatz) Die Verabsolutierung eines bestimmten Menschenbildes, das heißt bestimmter Annahmen über das Wesen des Menschen (1.Teilsatz) sowie über individuelle Schuld (2.Teilsatz).

Prämisse und Axiom bilden das Explanans des logischen Aussagesystems und setzen Maßstäbe, nach denen Verletzungen von Rechtsnormen bewertet werden.

Theorem: Die Deduktion der Legitimation von Sanktionen in Form eines staatlichen Strafanspruchs, der sich als strafrechtliche Reaktion auf individuelles schuldhaftes Handeln darstellt.

-
- 1) Rechtssystem als Institution des Staates mit bürokratischer Organisationsform.
 - 2) J.Habermas, Theorie und Praxis (1963), 4.Aufl. Frankfurt/M., 1971, S. 319.
 - 3) Siehe zur Anwendung logischer Erklärungssysteme in den Sozialwissenschaften C.G.Hempel/P.Oppenheim, The Logic of Explanation, in: H.Feigl/M.Brodbeck (eds.), Readings in the Philosophy of Science, New York 1953, S.319-352.
Ferner R.Prim/H.Tilmann, Grundlagen einer kritisch-rationalen Sozialwissenschaft, Heidelberg 1973, S. 119 ff.

Wenn im folgenden der Prämisse und dem Axiom (explanans) des Strafrechtssystems und dem daraus logisch abgeleiteten Legitimationsschluß gesellschaftlichen Strafens (explicans) nachgegangen wird, so muß dabei hervorgehoben werden, daß rein formal die Schlußregeln des Rechtssystems keinen explikativen, sondern einen voraussagenden (predicativen) Aussagewert¹⁾ implizieren. Sowohl bezüglich ihrer axiomatischen Ableitung als auch ihrer definitorischen und präskriptiven Aussagen²⁾ weisen sie à-priori-Charakter auf. Die deduktiven Ableitungen des Rechtssystems haben somit ihren Sinn in der Aufstellung performativer Aussagen³⁾ sowie in der praktischen Handhabung der Anwendung von Rechtsregeln.

Insofern weist die deduktive Ableitung von Regeln der Rechtsprechung, wie K.Zwingmann feststellt⁴⁾, im wesentlichen eine Wertlogik auf, die aus dem juristischen Begriffssystem folgt. Diese Wertlogik ist jedoch nicht eindeutig, sondern muß in der Rechtsprechung (Gerichtsverfahren) stets von neuem nachvollzogen werden, so daß an dieser Stelle bereits auf die Bedeutung der Vermittlerrolle des Richters (Teil III, Kap. IV) hingewiesen wird.

Ob aus dem Inhalt des Axioms, nämlich bestimmten Grundannahmen über die Natur des Menschen im Sinne von 'Grundwerturteilen', nach G.Weisser⁵⁾ nicht logische Fehlschlüsse⁶⁾ folgen, muß im Rahmen dieser Arbeit dahingestellt bleiben. Auch kann es in dieser Arbeit nicht um einen Versuch der Widerlegung dieses 'Grundwerturteils'⁷⁾ gehen.

1) C.G.Hempel/P.Oppenheim, a.a.O.

2) R.Prim/H.Tilman, a.a.O., S.68

3) H.Albert, Wertfreiheit als methodisches Prinzip, in: E.Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln-Berlin 1966 (3.Aufl.), S.184. Performative Aussagen sind nach Albert als wesentliche Bestandteile des Vollzugs in ihnen erwähnter Handlungen anzusehen.

4) K.Zwingmann, Zur Soziologie des Richters in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1966, S.160 f.

5) Nach R.Prim/H.Tilman, a.a.O., S. 122

6) R.Prim/H.Tilman, a.a.O., S. 120

7) R.Prim/H.Tilman, a.a.O., S.123. - In diesem Zusammenhang verbietet es sich nach R.Prim/H.Tilman, a.a.O.S.130 f., - die dem wissenschaftstheoretischen Anspruch des Kritischen Rationalismus folgen -, den Geltungsanspruch von Werturteilen aus der 'Natur der Sache', aus dem 'Wesen' heraus abzuleiten und damit eine dogmatische Geltungsinstant anzuerkennen, die sich den Spielregeln intersubjektiver Kritik entzieht.

Gegenstand dieser Arbeit ist es vielmehr, die Inhalte solcher normativen Aussagesysteme zu ermitteln und deren Selektionswirkungen auf die Bedeutungsinhalte von Jugend im JGG aufzuzeigen.

Der hierzu erforderliche erste methodische Schritt ist es demzufolge, zunächst das normative Aussagesystem des Strafrechts in adäquaten Schritten bis zu den Implikationen des Jugendgerichtsgesetzes zu verfolgen, dessen spezifische Form aus der entwickelten normativen Axiomatik abzuleiten und die dabei eingeführten Modifikationen aufzuzeigen.

2.1. Die Rechtsnormen als empirische Bedingungen der dogmatischen Grundannahmen

Die Existenz legislativ verankerter positiver Rechtsnormen, wie sie als strafrechtliche Tatbestände im Strafgesetzbuch festgelegt sind, stellen sich als empirisch nachweisbare (Rand)Bedingungen des Explanans dar. Strafrechtliche Normen können im Sinne H.Alberts¹⁾ als Wertprämissen bezeichnet werden, insofern sie abweichendes Verhalten als kriminell definieren. Darin ist eine weitere empirische Bedingung eingeschlossen, nämlich daß die Verletzung strafrechtlicher Tatbestände²⁾ staatliche Reaktionen in Form von Sanktionen hervorruft.

-
- 1) H.Albert, Wertfreiheit als methodisches Prinzip, in: E.Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, S.196.
 - 2) Hervorgehoben werden muß, daß sich strafrechtliche Normen einmal auf verbindliche, allgemein anerkannte und relativ konstante Normen sozialen Verhaltens beziehen und - zumindest in ihren wesentlichen Bestandteilen - in hohem Maße bewußt oder unbewußt internalisiert sind. Veränderungen im öffentlichen Bewußtsein gegenüber Rechtsnormen können zur Folge haben, daß diese mit mehr oder weniger großen zeitlichen Verzögerungen diesem veränderten Bewußtsein angepaßt werden. Die Novellierung des § 175 StGB und die Diskussion des § 218 StGB mögen als Beispiel dafür genannt werden. - Andere Rechtsregelsysteme wiederum, beispielsweise Gesetze, die wirtschaftspolitischen Zwängen unterliegen, wie Wettbewerbsregelungen, Verbraucherschutz, Banken- und Unternehmensrecht etc. unterliegen sehr viel schnelleren Anpassungsprozessen an soziale und ökonomische Veränderungen.

Wie konstruieren sich Rechtsnormen? Diese Frage wird seitens der Rechtssoziologie je nach den ihr jeweils unterlegten theoretischen Annahmen der allgemeinen Soziologie beantwortet.

Th.Geiger¹⁾ bezeichnet das Recht als eine Sonderart sozialer Ordnung, dessen besondere Form des positiven Rechts von dem Gedanken des Staates²⁾ assoziativ begleitet sei, d.h. Recht werde gedacht als eine soziale Ordnung, die in ihrer Aufrechterhaltung staatlich garantiert sei. Positive Rechtsnormen seien daher mit der Herausbildung einer übergeordneten Zentralmacht³⁾ und einer Institutionalisierung (Veranstaltlichung) dieser Ordnung in der Form des Rechts und der Rechtsprechung verbunden, die sich als ein in bestimmten Händen befindlicher Mechanismus sozialer Ordnungskontrolle⁴⁾ erweise, dessen Organe dem einzelnen in einem förmlichen Verfahren und mit normierten Reaktionsweisen als eine objektive Macht außerhalb seiner selbst gegenüberstehen.

Im Kontext der strukturell-funktionalen Theorie hat Recht seinen Ursprung im menschlichen Sozialleben schlechthin. E.E.Hirsch⁵⁾ definiert Recht als Gegenstand der Rechtssoziologie mit folgen-

1) Th.Geiger, Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts, 1.Auflage Kopenhagen 1947, Neuwied 1964, S. 126 f.

2) Siehe dazu auch: H.Kelsen, Aufsätze zur Ideologiekritik, Neuwied 1964, S.80. "... dann hat das positive Recht wegen seiner Natur als menschlich-willkürliche Satzung, deren Normen - mangels Evidenz ihrer Richtigkeit - Zwangsnormen sein müssen, und der damit verbundenen Notwendigkeit eines den Zwangsakt realisierenden Organs die immanente Tendenz, aus einer Zwangsordnung zu einer spezifischen Zwangs-'Organisation' zu werden. Diese Zwangsordnung, wenn sie Zwangsorganisation ist, ist der Staat. Und so kann man auch sagen, daß der Staat die vollendete Form des positiven Rechts ist."

3) Th.Geiger, a.a.O., S.130. "Von einer Rechtsordnung also sprechen wir nur dann, wenn innerhalb eines nach einzelnen, nebeneinanderstehenden oder ineinander verschränkten Gruppen differenzierten Gesellschaftsmilieus eine übergeordnete Zentralmacht sich gebildet hat. Das ist der allgemeinste und indifferente Ausdruck für den Gedanken eines 'Volkes mit oberster Herrschaftsorganisation'."

4) Th.Geiger, a.a.O., S. 133, 168, 293.

5) E.E.Hirsch, Die Rechtssoziologie als wissenschaftliche Disziplin, in: E.E.Hirsch, Das Recht im sozialen Ordnungsgefüge, Beiträge zur Rechtssoziologie, Berlin 1966.

den Worten: "Menschliches Sozialleben umfaßt das Faktum des Miteinanderlebens von Menschen 'in Gesellschaft'." ¹⁾ -- "Wenn wir dieses menschliche Sozialleben als faktisches soziales Ordnungsgefüge in Beziehung setzen zu der rechtlichen Ordnung, so verstehen wir unter 'Recht' eine normative Ordnung, ein Gedankengebilde, dessen Verwirklichung im sozialen Leben gefordert (postuliert) und mit bestimmten Einrichtungen und Mitteln durchgesetzt oder jedenfalls durchzusetzen versucht wird. Das was wir Recht im objektiven Sinn nennen, ist nicht selbst ein soziales Ordnungsgefüge, sondern eine Institution innerhalb des sozialen Ordnungsgefüges ²⁾, dazu bestimmt, die faktische soziale Ordnung entweder so, wie sie ist, zu stabilisieren oder sie in irgendwelchen Punkten in irgendeiner Richtung umzugestalten." ³⁾ Recht stellt sich demnach dar als eines von mehreren normativen Regelungssystemen ⁴⁾ innerhalb des sozialen Ordnungsgefüges, dessen Faktizität ⁵⁾ sich in einem Ist-Zustand und dessen Normativität sich in einem Soll-Zustand darstellt.

1) E.E.Hirsch, a.a.O., S.25

2) E.E.Hirsch, Aufriß einer Vorlesung 'Rechtssoziologie', in: E.E.Hirsch, Das Recht im sozialen Ordnungsgefüge, Beiträge zur Rechtssoziologie, Berlin 1966, S.329. E.E.Hirsch weist an dieser Stelle auf die Schwierigkeit der Abgrenzung der Rechtsordnung von anderen sozialen Ordnungen, insbesondere Moral, Brauch, Sitte, Konvention hin.

3) E.E.Hirsch, Die Rechtssoziologie als wissenschaftliche Disziplin, in: E.E.Hirsch, Das Recht im sozialen Ordnungsgefüge, Beiträge zur Rechtssoziologie, Berlin 1966, S. 27. - Ähnlich R.Wassermann (Präsident des Landgerichts Frankfurt), Politisierung der Rechtssprechung, in: DRiZ 1970, S.79. "Das Recht ist eine Funktion des sozialen Lebens aber auch ein Instrument, dessen Ablauf zu beeinflussen und zu lenken. Als eine normative Ordnung, deren Verwirklichung im gesellschaftlichen Leben gefordert und nötigenfalls zwangsweise durchgesetzt wird, ist es ein Mittel, die soziale Wirklichkeit zu formen und zu steuern. Ob die Gesetzgebung die Erhaltung des Bestehenden bestärkt oder aber sich die Aufgabe stellt, das soziale Leben nach den Leitbildern einer besseren Ordnung zu gestalten, stets wirkt sie politisch."

4) F.Sack, Neue Perspektiven in der Kriminologie, in: F.Sack/R.König, Kriminalsoziologie, Frankfurt/M. 1968, S.454,457..

5) Z.B. der Begriff Jugend, abweichendes Verhalten, Vorhandensein von Kriminalität, soziale Daten etc.

Von einer vergleichbaren Betrachtungsweise¹⁾ geht N.Luhmann²⁾ aus, wenn er Recht "... als Struktur eines sozialen Systems, die auf kongruenter Generalisierung normativer Verhaltenserwartungen beruht ..." definiert.

Auf die Bindung von Rechtsnormen an eine 'Rechtsidee' weist R.König hin, indem er betont, "... daß Rechtsnormen stets an eine Rechtsidee" gebunden sein müßten, die "... ihrerseits die Wirklichkeit nicht übernimmt, wie sie ist, sondern an einem rechtsethischen Maßstab mißt."³⁾

Aus einer Rechtsidee sich deduktiv herausbildende normative Ordnungssysteme spiegeln Machtstrukturen wider, auf die im Zusammenhang mit unserem Thema der Analyse des Jugendgerichtsgesetzes und dem darin implizierten Bild vom Jugendlichen, nicht mit der erforderlichen Sorgfalt eingegangen werden kann.

Wir müssen deshalb auf die Analyse von Machtstrukturen durch M.Weber hinweisen⁴⁾ sowie auf die Auffassung des Phänomens 'Macht' durch Th.Geiger. Th.Geiger versteht unter Macht, in Anlehnung an die M.Weber'sche Definition: "Die Chance, gewisse Ereignisabläufe steuern zu können,"⁵⁾ und sucht unter Einbeziehung von analytischen Begriffen wie 'interkursive Machtverhältnisse', 'integrale Macht' und 'funktionelle Macht', die gesamte gesellschaftliche Machtstruktur, und damit auch die Beziehung zwischen Recht und Macht zu verdeutlichen.

-
- 1) Eine gegenüber der strukturell-funktionalen Theorie vergleichbare Betrachtungsweise müßte differenziert werden. Da es aber hier nur darauf ankommt, Standorte zu erläutern, soll auf eine Differenzierung von Positionen an dieser Stelle verzichtet werden.
 - 2) N.Luhmann, Rechtssoziologie, Reinbek b.Hamburg 1972, Band I, S. 105.
 - 3) R.König, Das Recht im Zusammenhang der sozialen Normensysteme, in: E.E.Hirsch/M.Rehbinder (Hrsg.), Studien und Materialien zur Rechtssoziologie, Köln/Opladen 1967, Sonderheft 11, KZfSS, S.45.
 - 4) M.Weber, Soziologische Grundbegriffe, Sonderdruck, 4. neu herausgegebene Auflage, Tübingen 1960, S.62. "Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht". - Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden ... 'Herrschaft' ... kann nur die Chance bedeuten: Für einen Befehl Fügsamkeit zu finden."
 - 5) Th.Geiger, Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts, 1.Aufl. Kopenhagen 1947, Neuwied 1964, S.340 ff.

Ein ähnliches Verständnis liegt den Ausführungen von E.E.Hirsch zugrunde, der Macht als Chance definiert, das Verhalten der Menschen irgendwie steuern zu können¹⁾ und damit dem Zweck der Generalprävention und dem Prozeß der Normverdeutlichung verglichen werden kann.

2.2. Das Axiom des deutschen Strafrechts

Das deutsche Strafrecht ist Schuldstrafrecht. Daran haben sich auch die Reformentwürfe von 1962/1965 orientiert²⁾.

Das Schuldstrafrecht geht von zwei Grundannahmen aus, die in der Axiomatik des Strafrechts die Geltung dogmatischer Basis-sätze beanspruchen.

Die erste dieser Grundannahmen besteht darin, daß (1) Willensfreiheit ein Wesensbestandteil des Menschen sei, die (2) zweite beinhaltet die Existenz und die Vorwerfbarkeit individueller Schuld.

Diese beiden Annahmen sowie die Prämisse positiv gesetzter, allgemein verbindlicher Rechtsnormen, sind die Voraussetzung für die daraus ableitbare Legitimation sühnender Strafe bei Verletzung von Rechtsnormen.

Beide Annahmen sollen im folgenden differenzierter dargestellt werden.

2.2.1. Willensfreiheit als Wesensbestandteil des Menschen

Als eine der Grundannahmen des geltenden Strafrechts stellt sich die Willensfreiheit des Menschen dar. Willensfreiheit nach der Rechtssprechung des Bundesgerichtshofes³⁾ setzt voraus, daß der Mensch "... auf freie, verantwortliche, sittliche Selbstbestimmung angelegt ist und deshalb befähigt ist, sich für das Recht und gegen das Unrecht zu entscheiden, sein Verhalten nach den Normen des rechtlichen Sollens einzurichten und das rechtlich Verbotene zu vermeiden."

1) E.E.Hirsch, Die Rechtssoziologie als wissenschaftliche Disziplin, in: E.E.Hirsch, Das Recht im sozialen Ordnungsgefüge, Beiträge zur Rechtssoziologie, Berlin 1966, S.39.

2) Siehe dazu in dieser Arbeit S. 33

3) BGHSt. 2/194 (200).

Unter dem Blickwinkel sozialwissenschaftlichen empirisch-analytischen Erkenntnisinteresses kritisiert Th.Geiger das rechtsdogmatische Axiom der Willensfreiheit, gegen das er sowohl logisch als auch psychologisch argumentiert¹⁾. Logisch insofern, als der Satz von der Willensfreiheit indeterministisch voraussetze, daß der Mensch triebbestimmt - und damit dem Ursachengesetz folgend - handeln könne und es in gewissen Fällen auch tue, aber der freie Wille ihm vermeintlich instand setze, die Ursächlichkeit aufzuheben, sich von ihr zu emanzipieren. Eine solche rechtswissenschaftliche Folgerung gehe naiv davon aus, daß alle Menschen von Natur gleich seien. Nach Th.Geiger sind jedoch 'Handlungsaugenblicke' "... selbst Ergebnisse verschiedener longitudinaler Ursachreihen und transversaler Ursachverkettungen"²⁾. Psychologisch argumentiert Th.Geiger, daß die "Irrvorstellung der Willensfreiheit" nicht nur eine logische, sondern auch eine psychologische Quelle habe, weil der einzelne selbst glaube, daß er aus freiem Entschluß gehandelt habe³⁾, weil er zwischen Handlungsalternativen habe wählen können⁴⁾. Gestützt werden die damit verbundenen Bewußtseinsinhalte durch den "Mythos von der Freiheit des Willens"⁵⁾, der - über eine moralisierende Erziehung vermittelt - jenes Gewissen (soziale Angst) züchte, "... das den Menschen regierlich macht"⁶⁾.

1) Th.Geiger, Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts, 1.Aufl. Kopenhagen 1947, Neuwied 1964, S.54 ff. "Der Satz von der Willensfreiheit stellt eine große Kategorie von Ereignissen, die sogenannten bewußten Handlungen der Menschen, außerhalb des vom Ursachengesetz beherrschten Bereichs. Solcher Indeterminismus setzt eine dualistische Unterscheidung zwischen stofflicher und geistiger Welt voraus. Das wissenschaftliche Weltbild dagegen kann nur monistisch sein, und die allgemeine Geltung des Ursachengesetzes ist sein tragendes Axiom."

2) Th.Geiger, a.a.O., S.55

3) Th.Geiger, a.a.O., S.56

4) Th.Geiger, a.a.O., S.56. "Die besondere Art des Geschehens, die wir als menschliche Handlungen bezeichnen, hat die Eigenart, daß die Konkurrenz der Ursachen (hier Motive genannt) von dem den Ursachen ausgesetzten Objekt - dem Menschen - selbst bewußt erlebt wird. Daher ist dies Objekt geneigt, die Ursachen mit den sie begleitenden Bewußtseinsinhalten und -vorgängen zu verwechseln. In Wirklichkeit konnte der Kampf der Motive im Handelnden, so wie dieser nun einmal beschaffen ist, keinen anderen Ausgang nehmen."

5) Th.Geiger, a.a.O., S.56

6) Th.Geiger, a.a.O., S.56. "Die geplante Fiktion des freien Willens ist eine künstlich gesetzte Ursache, die Triebursachen

Ethisch bedeutet nach Th.Geiger die Ablehnung der Willensfreiheit, daß dem Handelnden sein Tun und Lassen nicht sittlich angerechnet, ihm keine sittliche Verantwortung dafür aufgebürdet werden könne. Sozial gesehen könne man durch positive/negative Sanktionen willensbestimmende Ursachen festsetzen; gesellschaftlich gesehen, sei es ziemlich gleichgültig, ob man mit sittlichen Vorstellungen an den frei sich entscheidenden Willen appelliere oder durch künstlich gesetzte Bedingungen einen Kausalverlauf auslöse¹⁾.

Th. Geiger kritisiert damit die wissenschaftliche Ableitung eines Rechtsregelsystems aus einer philosophischen Doktrin, nicht die Existenz dieses Rechtsregelsystems selbst und seine normativen Inhalte²⁾.

Die Grundannahmen der Strafrechtsdogmatik müssen jedoch auch in ihrem historischen Zusammenhang gesehen werden, der allerdings hier nur angedeutet werden kann.

Die Autonomie des menschlichen Subjekts in unserer Rechtssphäre hat ihren geistigen Ursprung im philosophischen Idealismus des 19. Jahrhunderts und setzt sich fort im heutigen Rechtsdenken wie auch realiter in der Jurisprudenz. Das Menschenbild unserer Rechtsordnung entspringt der Vorstellung von der freien und verantwortlichen, in Gemeinschaft lebenden, vom unbedingten Sittengesetz gebundenen Persönlichkeit³⁾. Dieses Menschenbild ist identisch mit dem des Besitz- und Bildungsbürgertums des 19. Jahrhunderts⁴⁾, beeinflußt durch das Denken Kant's in der

abdrängt oder aufhebt. Ein 'du sollst' oder 'du darfst nicht', ausgesprochen von einer Instanz, die diesen Sätzen Nachdruck der Macht gibt, wird erträglicher gemacht durch den Glauben, ihnen entspreche ein 'du kannst es auch'. Gewissen ist soziale Angst."

1) Th.Geiger, a.a.O., S.57

2) Es wäre an dieser Stelle angebracht, sich mit dem positivistischen Ansatz von Th.Geiger differenzierter auseinanderzusetzen. Das kann in Anbetracht der Zielsetzung dieser Arbeit hier nicht geleistet werden. Deutlich wird jedoch hier die Tendenz der Unvereinbarkeit zwischen normativ-wertenden Wissenschaften und empirisch-analytischen Sozialwissenschaften.

3) Recht und Unrecht als moralische Kategorien

4) R.Wiethölter, Rechtswissenschaft, 1.Aufl.Frankfurt/M.1968, 3.Aufl.1971, S.63

Philosophie, durch dasjenige Savigny's in der Rechtswissenschaft. Nach R.Wiethölter handelt es sich bei diesem Menschenbild um einen völligen Verzicht auf jeglichen Wirklichkeitsbezug; es sei ein gedachtes, intelligibles Menschenbild, das metaphysisch-spekulativ orientiert ist¹⁾. R.Wiethölter stellt dieses Menschenbild in Frage²⁾. Die Existenz von "... möglichst mündigen Menschen in möglichst mündigen und offenen Gesellschaften"³⁾ stellt sich ihm als Alternative und politische Aufgabe eines demokratischen Rechts- und Sozialstaates.⁴⁾

Wichtig für die Arbeit scheint es m.E. zu betonen, daß das Axiom der Willensfreiheit des Menschen unangetastet durch sozialwissenschaftliche Diskussionen als absolute Grundannahme formuliert wird. Von daher werden auch Besonderheiten der Argumentation im Jugendstrafrecht logisch durchschaubar. Vom sozialwissenschaftlichen Standpunkt aus jedoch müssen die Argu-

-
- 1) R.Wiethölter, a.a.O., S.179 f. "(Hervorh. d.d.Verf.) ... es ist metaphysisch-spekulativ orientiert, geht vom Begriff des Menschen, nicht vom Menschen der Wirklichkeit aus. Der Mensch aus dem Reiche des Geistes bestimmt - bei Kant wie bei Hegel, wie insbesondere bei Savigny - den Menschen des Bürgerlichen Rechts. Er ist sittlich autonom und deshalb frei, ist eine 'unendliche Persönlichkeit' (Hegel). Im Bürgerlichen Recht lebt dieser gedankliche Mensch kraft seiner Freiheit.
1. privatautonom: er verwirklicht sich frei, bestimmt sich selbst und versorgt sich deshalb auch rechtlich selbst;
 2. aus seinem Willen: er übt seine Willensherrschaft aus in gesicherten Herrschaftszonen ('subjektives Recht'); ohne willentlichen Anstoß keine freiwillige Beziehung mit anderen ('Rechtsgeschäft') oder unfreiwillige Beziehung ('Schuldhaftung');
 3. von seinem Eigentum: ohne Sach- und Vermögensbesitz (jenseits der eigenen Arbeitskraft!) keine Freiheitsverwirklichung, denn nur bei Verfügungsfreiheit über Güter außerhalb der eigenen Person verwirklicht sich der Mensch freiwillig ('willkürlich'); wird er dagegen gezwungen, entbehrt er der 'bürgerlichen Persönlichkeit' (Kant); für Kant trat deshalb zu Freiheit und Gleichheit als Existenzbedingungen des Staatsbürgers die Selbständigkeit; Eigentum erst gewährleistet substantielle, nicht nur formale Freiheit."
- 2) R.Wiethölter, a.a.O., S.75. "Ein derartiges Menschenbild gibt es nicht, so wenig wie es den Wettbewerb, die Sittlichkeit, die Gerechtigkeit, das Recht gibt."
- 3) R.Wiethölter, a.a.O., S.75
- 4) Es ist hier, einleitend in die spezifische Problematik der Arbeit ebenfalls nicht möglich, diesen Standpunkt Wiethölters näher zu reflektieren. Er kann nur als Position eines Juristen vorgestellt werden.

mentationen kritisch betrachtet werden, wenn bedacht wird, welche - in der Arbeit noch sichtbar zu machenden - Konsequenzen diese Grundannahme für die durch das Jugengerichtsgesetz betroffenen Jugendlichen und Heranwachsenden hat.

2.2.2. Existenz und Vorwerfbarkeit individueller Schuld

Anknüpfend an die Rechtssprechung des Bundesgerichtshofes begreift die heutige REchtsauffassung Schuld als Vorwerfbarkeit. Das heißt, dem Täter wird vorgeworfen, er habe sich gegen das Recht entschieden, obwohl er sich für das Recht hätte entscheiden können und müssen.

Als Beleg dafür mag die Einleitung der Begründung des Regierungsentwurfes eines StGB von 1962/65 stehen¹⁾:

"Der Entwurf bekennt sich zum Schuldstrafrecht. Das bedeutet, daß die Strafe, die ein sittliches Unwerturteil über menschliches Verhalten enthält und als solches immer empfunden werden wird, nur dann und grundsätzlich nur insoweit verhängt werden darf, als dem Täter sein Handeln sittlich zum Vorwurf gemacht werden kann. Ohne solchen Schuldvorwurf strafen zu wollen, würde den Sinn der Strafe verfälschen und sie zur sittlich farblosen Maßnahme machen, die zu politischen Zwecken mißbraucht werden könnte. Schuldstrafrecht setzt allerdings voraus, daß es menschliche Schuld gibt, daß sie festgestellt und gewogen werden kann. Der Entwurf bekennt sich zu diesen Voraussetzungen. Der Begriff der Schuld ist im Volk lebendig. Ohne ihn gibt es kein Leben nach sittlichen Wertvorstellungen. Ohne sittliche Wertvorstellungen ist menschliches Leben aber nicht möglich. Auch die Wissenschaft vermag nicht der Überzeugung die Grundlage zu entziehen, daß es Schuld im Handeln des Menschen gibt. Neuere Forschungen geben dem Raum. Die Schuld kann auch festgestellt und gewogen werden, wenn auch nur im Rahmen menschlicher Erkenntnismöglichkeiten. Es handelt sich dabei nicht um eine kausalwissenschaftliche Feststellung, sondern um einen sittlichen Wertungsvorgang innerhalb der Rechtsgemeinschaft, der gerade das eigentümliche Wesen des Richterspruches ausmacht."

In diesem Entwurf wird nicht operationalisiert, was sittlich ist, und die Existenz menschlicher Schuld wird lediglich dadurch begründet, daß der Begriff der Schuld im Volke lebendig sei.

Um einen weiteren Juristen (S.Weitl) zu zitieren, der sich eindeutig, auch für das Jugendstrafrecht, auf den Boden des

1) Zitiert nach R.Wiethölter, a.a.O., S. 83.

Schuldstrafrechts stellt¹⁾:

"Einig ist man sich auch darüber, daß es überhaupt eine Schuld gibt, daß sie feststellbar, meßbar und in eine Strafe umsetzbar ist. Lehren, die die Existenz einer Schuld verneinen (z.B. Ferri, der die Willensfreiheit bestreitet) oder die sie nicht für feststellbar halten (v.Liszt), so daß der ohnehin unsühnbaren Straftat unbedenklich das Zweckmäßige folgen könne, haben im Entwurf keinen Niederschlag gefunden und entsprechen wohl auch nicht mehr dem heutigen Strafrechtsdenken."

Auch bei A.Weitl ist die Existenz von Schuld postuliert, nicht aber begründet und rechtsdogmatisch analysiert. Schuld erscheint auch hier als ein willkürlich gesetzter Begriff, der als Maß für die Festsetzung der Strafe dient.

Von juristischer Seite werden erst in jüngerer Zeit kritische Stimmen zum Schuldbegriff laut. R.Wiethölter²⁾ skizziert den historischen Entwicklungsgang des Strafrechts und gelangt zu der Schlußfolgerung, daß heute im Strafrecht nicht mehr überzeugend von Schuld und Sühne gesprochen werden könne. "... Denn Schuld und Sühne sind ausschließlich auf metaphysische 'Gerichtsinstanzen' bezogen."

Nach R.Wiethölter³⁾ hat Schuld als Rechtsbegriff zweierlei Dimensionen, nämlich eine individualethische und eine sozialetische. Die individualethische Dimension geht von der Vorstellung individuellen Gewissens aus, das den Maßstab für das 'richtige' Bewußtsein rechtswidrigen Handelns ergibt und letztlich auf der Internalisierung 'sittlicher Wertvorstellungen' beruht. Innerhalb der sozialetischen Dimension des Schuldbegriffs wird vorausgesetzt, daß der Täter dieselbe Auffassung vom Unrecht der Tat habe wie der Gesetzgeber. Schuld wäre nach dieser Dimension "... Vorwurf der Abweichung von Gruppennormen".

Auf diese sozialetische Dimension bezieht sich nachstehende Definition des Bundesgerichtshofes⁴⁾: "Die Schuld des Überzeugungstäters liegt darin, daß er bewußt an die Stelle der Wertordnung der Gemeinschaft seine eigene setzt und von dieser

1) A.Weitl, Die dogmatischen Grundlagen des geltenden Jugendstrafrechts (JGG), München 1965, Dissertation, S.17

2) R.Wiethölter, a.a.O., S. 87 ff.

3) R.Wiethölter, a.a.O., S.93 f

4) Zitiert nach R.Wiethölter, a.a.O., S.93

her im Einzelfall falsch wertet. Der abgestumpfte Gewohnheitsverbrecher hat durch strafbare Lebensführungsschuld die Ansprechbarkeit durch sittliche Werte und damit die Fähigkeit eingebüßt, durch Gewissensanpassung zur Unrechtskenntnis zu gelangen. Seine Schuld ist Lebensführungsschuld."¹⁾ Im Fall des Überzeugungstäters überwiege das sozialetische, im Fall des Gewohnheitstäters das individualetische Prinzip.

N.Luhmann²⁾ führt den Begriff der Schuld darauf zurück, daß die Erklärung abweichenden Verhaltens in der modernen Rechtsordnung bisher an unüberschreitbare Grenzen stoße, und es daher praktikabel sei, jedes Verhalten auf soziale oder für den Handelnden nicht verfügbare psychische Ursachen zu beziehen und daher durch eine weitgehend fiktive Erklärung ersetzt werde: durch die Annahme individueller Schuld. N.Luhmann bezeichnet solche Prozesse als Enttäuschungserklärungen, deren Funktion es sei, ein Festhalten der Erwartungen angesichts diskrepanter Ereignisse zu ermöglichen.

Historisch entwickle sich Schuld³⁾ im Rahmen der jüdisch-christlichen Tradition aus der Personalisierung des religiösen Verhältnisses des einzelnen zu Gott in der Vorstellung einer individuellen Schuld. Schuld werde dadurch als dominierende Enttäuschungserklärung institutionalisiert. "... Das führte⁴⁾ dazu, daß Schuld als eine ('innere') Tatsache gesehen wurde - und nicht etwa als Fragwürdigkeit einer normativen Struktur. Selbst die heutige Strafrechtswissenschaft und Rechtsgeschichte behandelt die Entwicklung des Verschuldensprinzips so, als ob es sich um die Entdeckung einer Tatsache handelt, um die Entdeckung des eigentlichen Grundes der Strafwürdigkeit, also um einen 'Fortschritt'⁵⁾. ... Das Unwahrscheinliche dieser Institution, ..., liegt nicht nur in der Verfeinerung der Zurechnungsweisen oder Motivationsmittel, sondern vor allem darin,

1) BGHSt. 2, 194 (208)

2) N.Luhmann, Rechtssoziologie, Reinbek b.Hamburg 1972, Bd.I, S.58

3) N.Luhmann, a.a.O., Bd.I, S.119

4) N.Luhmann, a.a.O., Bd.I, S.119

5) Fußnote bei Luhmann: Siehe statt anderer Hans Fehr, Deutsche Rechtsgeschichte, 4.Aufl., Berlin 1948, S.146 f.

daß Schuld Erlösung ermöglicht - also in der Zeitdimension ein Ende der Folgen abweichenden Verhaltens in Aussicht nimmt."

"Erst in ... entwickelten Gesellschaften konnten Schuld und Erlösung als Modus des Erlebens und Behandelns von abweichendem Verhalten institutionalisiert werden. Die Verlegung des Grundes für Strafe nach 'innen' als Schuld symbolisiert zugleich, daß dazu eine Neutralisierung gesellschaftlicher Rollen und Interessen und ein Abschneiden mitverursachender externer Kausalfaktoren erforderlich ist. Und dazu mußte jener vom älteren Recht aus zweifellos paradoxe und unverständliche Weg gefunden werden, den eigentlichen Rechtsgrund der Sanktion nicht mehr in der Enttäuschung des Verletzten zu sehen, sondern in dem Täter selbst. ... Auch wenn man den Motivwert des religiösen Erlösungsglauben geringer einschätzt, kann man an seiner Ausformung die Gesellschaftsstruktur ablesen: Die Sperre pragmatisch-rationaler Kalkulation der Erlösung symbolisiert, daß die Gesellschaft den Schuldmechanismus konkret als Faktum und Enttäuschungserklärung benötigt und ihn deshalb nicht als bloße Durchgangsstation zur Erlösung hin funktionalisieren kann."¹⁾

P.R.Hofstätter²⁾ äußert sich anlässlich des Entwurfs 1962 des neuen Strafgesetzbuches zu der juristischen Auffassung von 'Schuld', daß die Kategorie der 'Schuld' sich der menschlichen Verwendung entziehe. Sie passe ausschließlich in eine Beschreibung des Verhältnisses zwischen menschlichen Individuen und Gott, da sie der Allwissenheit und die absolute Gerechtigkeit dessen impliziere, der allein das Maß der Schuld abzuwägen vermöge. "Ein Strafrecht aber, das auf den Bahnen einer säkularisierten Theologie wandert, dürfte dem Vorwurf der Blasphemie kaum entgehen." ... "Ganz sicher wird bei Richtern und Laien das Unbehagen mit dem aus dem Sakralverhältnis erborgten Schuldbegriff in den nächsten Jahrzehnten ständig zunehmen. Denn - gestehen wir es uns ruhig ein - der demokratische Staat gerät sich selbst gegenüber in eine peinliche

1) N.Luhmann, a.a.O., Bd.I, S.120. Luhmann sagt, er könne der Frage des 'Motivstaus' hier nicht nachgehen.

2) P.R.Hofstätter, in: Die Zeit, Nr.33, v.17.8.62, zit.nach E.E.Hirsch, Die Rechtssoziologie als wissenschaftliche Disziplin, in: E.E.Hirsch, Das Recht als soziales Ordnungsgefüge, Beiträge zur Rechtssoziologie, Berlin 1966, S.47 f.

Verlegenheit, wenn er sich in die Rolle des Stellvertreters Gottes auf Erden projiziert. Über ein solches Mißverständnis hilft auch kein 'Bekenntnis' hinweg!").

Sozialwissenschaftliche Gegenpositionen zur Vorwerfbarkeit individueller Schuld, können im Rahmen dieser Arbeit nicht ausdiskutiert werden; ebensowenig kann die Grundannahme der Vorwerfbarkeit von Schuld selbst inhaltlich weiterverfolgt werden. Sie muß in dieser Arbeit als Faktum betrachtet werden, als Faktum allerdings, das nachzuweisende Konsequenzen für die Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im JGG hat.

2.3. Die rechtsdogmatische Legitimation strafrechtlicher Reaktion

Aus der Existenz empirisch festgelegter Rechtsnormen (StGB)¹⁾ und den Grundannahmen 'menschlicher Willensfreiheit' und 'individuell vorwerfbarer Schuld' erfolgt die Deduktion gesellschaftlicher Sanktionen in Form strafrechtlicher Reaktionen auf 'individuell schuldhaftes Verletzungen von Rechtsnormen':

Als rechtswissenschaftliche Konzeption des heutigen deutschen Strafrechts sei wiederum auf den Regierungsentwurf des StGB von 1962/65 zurückgegriffen:²⁾

"Das Reichsstrafgesetzbuch ... entsprach der rechtsphilosophischen Grundlage des Gesetzes, das, ohne den Sinn und den Zweck der Strafe ausdrücklich zu erwähnen, das Ziel des Strafrechts im Anschluß an Kant in der Vergeltung des Unrechts und im Anschluß an Hegel und seine Schule darin sah, das Recht, das durch die Straftat verneint war, durch deren Verneinung im Wege der vergeltenden Strafe wieder herzustellen und zu bewähren.

... Der Entwurf sieht den Sinn der Strafe nicht allein darin, daß sie die Schuld des Täters ausgleicht. Sie hat damit zugleich auch den allgemeinen Sinn, die Rechtsordnung zu bewähren. Außerdem dient sie bestimmten kriminalpolitischen Zwecken, in erster Linie dem Zweck, künftige Straftaten zu verhüten. Das kann dadurch geschehen, daß der Täter und andere davon abgeschreckt werden, derartige Straftaten zu begehen. Es kann nachhaltiger dadurch geschehen, daß auf den Täter eingewirkt wird, um ihn der Gemeinschaft wieder zu gewinnen und ihn gegen neue Versuchungen innerlich widerstandsfähiger zu machen. Es kann schließlich auch dadurch geschehen, daß die Allgemein-

1) Die im StGB positiv definierte Tat ist Grundlage und Maßprinzip der Schuld.

2) Zit.nach R.Wiethölter, Rechtswissenschaft, Frankfurt, 1. Aufl. 1968, 3. Aufl. 1971, S. 80 f.

heit vor dem gefährlichen Täter gesichert wird. Alle diese Zwecke werden zum Teil von selbst durch die Strafe erreicht. Sie können aber auch im einzelnen Falle durch Art und Maß der Strafe besonders angestrebt werden." -- Einem gewissen Spielraum bei der Strafzumessung wird stattgegeben, jedoch "... darf sich die Strafe aber nicht soweit von dem durch die Schuld gebotenen Maß entfernen, daß sie aufhört, Strafe, nämlich gerechter Ausgleich für menschliche Schuld zu sein."

Nach A.Weitl¹⁾ stellt diese Grundposition des Entwurfs die Schuldvergeltung als überragendes Grundprinzip der strafrechtlichen Reaktion dar. Damit beruht die Legitimation der Strafe im Schuldstrafrecht²⁾ auf der Vergeltung des durch die Tat hervorgerufenen Unrechts.

Nach dem Regierungsentwurf liegt heute der Sinn der Strafe nicht mehr allein in der Vergeltung und Sühne, sondern ebenso in der Generalprävention (Abschreckung der Allgemeinheit) wie auch - und das trifft gravierend für das Jugendstrafrecht zu - in der Spezialprävention (Besserung und Erziehung des Täters) und in der Sicherung der Gesellschaft (défense sociale). Trotz dieser unterschiedlichen Strafzwecke lautet jedoch das Grundprinzip der Strafzumessung, gerechter Ausgleich für menschliche Schuld; ein Theorem, das sich 'logisch und widerspruchsfrei' aus der vorstehend nachgezeichneten Axiomatik des heutigen Strafrechts entwickeln läßt.

3. Die Modifikation der Grundannahmen des allgemeinen Strafrechts im Jugendstrafrecht

Das Jugendstrafrecht unterliegt zunächst den axiomatischen Implikationen des allgemeinen Strafrechts, erfährt jedoch durch bestimmte Modifikationen der Rechtsnormen, der dogmatischen Grundannahmen sowie der daraus abgeleiteten Legitimation staatlicher Reaktion seine spezifische Eigenart. -

1) A.Weitl, Die dogmatischen Grundlagen des geltenden Jugendstrafrechts (JGG), München 1965, Diss., S.10
2) A.Weitl, a.a.O., S.8

Diese Modifikationen beruhen auf dem Einbezug außerjuristischer, sozialwissenschaftlicher Argumentationen, die sich primär auf psychologische und pädagogische Erkenntnisse stützen.

3.1. Die Abgrenzung des Anwendungsbereichs von Rechtsnormen im Jugendgerichtsgesetz

Die Rechtsnormen des Jugendstrafrechts sind die gleichen wie die des allgemeinen Strafrechts, nämlich die strafrechtlichen Tatbestände des Strafgesetzbuches (StGB). Sie gelten grundsätzlich für alle in einem Rechtssystem lebenden Individuen und Altersgruppen. Es gibt also dem Grundsatz nach keine strafrechtlichen Normen, gegen die ausschließlich Jugendliche und Heranwachsende bzw. ausschließlich Erwachsene verstoßen können¹⁾.

Die sich auf Rechtsnormen beziehende Modifikation besteht infolgedessen in der Eingrenzung des Anwendungsbereiches von Rechtsnormen bzw. spezifischer Reaktionen. Das hat zur Folge, daß die Verletzung strafrechtlicher Tatbestände für Personen bestimmter Altersgruppen entweder keine oder zumindest andersgeartete Sanktionen²⁾ herausfordert. Die Festlegung des Strafmündigkeitsalters ist somit Bestandteil der Rechtsnormen.

Lag nach dem (noch heute geltenden) Strafgesetzbuch von 1871 das Strafmündigkeitsalter bei 12 Jahren, so nach dem Jugendgerichtsgesetz von 1923 bei 14 Jahren. Nach dem Diskussionsentwurf für ein neues Jugendhilferecht ist die Heraufsetzung der Strafmündigkeit auf 16 Jahre geplant.

Die Altersabgrenzung nach oben ist mit einer graduellen Aufhebung der absoluten Strafunmündigkeit (die bei 21 Jahren liegt) verbunden³⁾.

-
- 1) Das schließt nicht aus, daß in bestimmten Strafnormen manche Beteiligten ausschließlich geschützt sind, die selbst also gegen die Strafnorm nicht verstoßen können (vgl. dazu etwa § 176 StGB alter Fassung). Auch ist das eine Frage von Zugangschancen zur Verletzung strafrechtlicher Tatbestände.
 - 2) Siehe in dieser Arbeit S.43, S.49 f.
 - 3) Strafunmündigkeit für Kinder unter 14 Jahren; uneingeschränkte Gültigkeit des JGG für Jugendliche von 14-18 Jahren; eingeschränkte Gültigkeit des JGG für Heranwachsende von 18-21 Jahren.

3.2. Die Loslösung vom Schuldstrafrecht und die Hinwendung zum Täterstrafrecht

Um nochmals zu verdeutlichen: Die axiomatischen Grundannahmen des allgemeinen Strafrechts bestehen

- (1) in der Willensfreiheit als Wesensbestandteil des Menschen;
- (2) sowie in der Existenz und Vorwerfbarkeit individueller Schuld.

Die Ableitung des Theorems, nämlich die Legitimation der Strafe als gesellschaftliche Reaktion auf die Verletzung von Rechtsnormen, weist sich

- (3) folgerichtig als Schuldstrafrecht aus, dessen Sinn der Strafe in der Vergeltung des durch die Tat hervorgegangenen Unrechts besteht.

Ausgehend vom Standort des Jugendrechts der Jahre 1922/23 bedeutete die vorstehend erwähnte Hereinnahme psychologischer und pädagogischer Erkenntnisse einen eminent wichtigen Fortschritt für die Gesetzgebung. Bei der Legitimation der Strafe (Theorem) wurde der Resozialisierung des Täters (Spezialprävention) noch mehr als im EStR der Vorrang vor der reinen Vergeltung gegeben (v.Liszt). Damit wurde der Schritt vom reinen Schuldstrafrecht zum Täterstrafrecht vollzogen¹⁾.

Der Anstoß zu dieser Entwicklung kam also nicht aus der Rechtsdogmatik selbst, sondern resultierte aus einer andersartigen Auffassung des Strafvollzugs.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung wird häufig das Jugendgerichtsgesetz als Schrittmacher für Strafrechtsreformen, insbesondere jedoch für den Strafvollzug betrachtet. Stärker als im Erwachsenenstrafrecht wird daher im Jugendstrafrecht das Prinzip der Resozialisierung betont. Erziehungsmaßnahmen sollen daher in stärkerem Maße an die Stelle der Strafe treten als das im Erwachsenenstrafrecht möglich ist.

1) Einen kurz gefaßten Abriß über die relevanten Zusammenhänge der Entwicklung des Täterstrafrechts aus kriminologischer Sicht gibt F.Sack, Neue Perspektiven in der Kriminologie, in F.Sack/R.König (Hrsg.), Kriminalsoziologie, Frankfurt/M., 1968, S. 436 ff.

Der erste Teilsatz des Axioms, nämlich die Annahme der Willensfreiheit des Menschen bleibt dabei als 'Grundwerturteil' unberührt.

Die Modifikation des Axioms bezieht sich vielmehr ausschließlich auf den 2. Teilsatz, in dem die Existenz und Vorwerfbarkeit individueller Schuld einer abgeänderten Reifizierung¹⁾, d.h. Verdinglichung, unterzogen wird.

Ein rechtsdogmatischer Standpunkt, der das Täterstrafrecht zutreffend zu reifizieren scheint, ist derjenige von Bockelmann²⁾. Nach Bockelmann liegt die Schuld des Täters in der Nichtbeachtung der Pflicht, sich zu einer gefestigten Persönlichkeit heranzubilden und die moralischen Kräfte in sich zu entfalten. Wer durch Nichtachtung dieser Pflicht sein schlechteres Ich siegen lasse, haftet für den Erfolg, das schlechte Sosein (Lehre von der Lebensentscheidungsschuld). Hierin zeigt sich auch im Täterstrafrecht ein deutlicher Zusammenhang mit dem rechtsdogmatischen 'Bild vom Menschen' (1. Teilsatz des Axioms).

Nach wie vor bleibt jedoch auch das Schuldstrafrechtsdenken Bestandteil des Jugendgerichtsgesetzes, insbesondere in § 17 JGG (Verhängung der Jugendstrafe). So lange das Jugendstrafrecht der Intention nach Strafrecht ist, wird es spezifische Charakteristika des Schuldstrafrechts³⁾ aufweisen und Verteidiger dieses Charakteristikums finden, sei es aus überzeugtem Festhalten am Schuldgedanken⁴⁾, sei es, weil ein als Schuldstrafrecht ausgestaltetes JGG eine praktikablere Judifikation verspricht⁵⁾.

In der Literatur stellt sich dieser Sachverhalt folgendermaßen dar: Das 'Wesen' des Jugendgerichtsgesetzes verkörpert sich nach F. Schaffstein in der "... Ahndung schuldhafter Tat durch sühnende Strafe"⁶⁾. Die Begründung hierfür wird daraus abge-

1) Zur Reifizierung wissenschaftlicher Aussagen siehe R. Prim/H. Tilmann, Grundlagen einer kritisch-rationalen Sozialwissenschaft, Heidelberg 1973, S. 39.

2) Bockelmann, Studien zum Täterstrafrecht, Berlin 1939, 1940, Bd. II, S. 145 f./S. 155.

3) Siehe in dieser Arbeit 2.2.2. (S. 33 ff)

4) Regierungsentwurf eines StGB von 1962/65, i. d. Arb. S. 33 u. 37

5), 6) bitte wenden

leitet, daß das JStR einerseits ein Sonderstrafrecht für junge Täter ist, andererseits aber auch echtes Strafrecht, "... weil seine Rechtsfolgen die Begehung einer schuldhaften Tat zur Voraussetzung haben und wenigstens eine dieser von ihm vorgesehenen Rechtsfolgen die Sühne der Schuld durch Strafe ist"¹⁾

Bezüglich der Feststellung von strafrechtlichen Tatbeständen und der Vorwerfbarkeit individueller Schuld bleibt das JStR also wie das EStR Schuldstrafrecht. Der schuldstrafrechtliche Gedanke ist am eindeutigsten in der Sanktion (Rechtsfolge) der Jugendstrafe (§ 17 JGG) zu finden, bei der die Schwere der Schuld ein primäres Abwägungskriterium bildet.

Bezüglich des Schuldbegriffes geht auch das JStR Hand in Hand mit dem allgemeinen Strafrecht (EStR). Nach J.Hellmer²⁾ ist die Schuld ein zutiefst soziales Prinzip, das sich als Diskrepanz³⁾ zwischen dem Verhalten und dem Sosein der Persönlichkeit zeige.

Eine prinzipielle Infragestellung des Strafgedankens im JGG wird in dem Sammelband von B.Simonsohn⁴⁾ vorgenommen und auf die Zielvorstellung hin diskutiert, inwiefern eine Aufhebung des Jugendstrafgesetzes und die Ersetzung der Strafe durch die Konzeption eines Sozialisations-Programms ermöglicht werden könne.

Auch Juristen stellen den Strafgedanken in Frage, so z.B. G.Roestel, der - hier stellvertretend für ähnlich denkende Juristen - darauf hinweist, daß das Bemühen des JGG um erzieherische Wirksamkeit beim Überwiegen des strafrechtlichen und strafprozessualen Charakters des Gesetzes im ganzen seiner Realisation beraubt werde⁵⁾.

Fortsetzung der Fußnoten von S.41:

- 5) A.Weitl, Die dogmatischen Grundlagen des geltenden Jugendstrafrechts (JGG), München 1965, Diss., S.79 ff, insb.S.185
6) F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.24.

1) F.Schaffstein, a.a.O., S.9

2) J.Hellmer, Schuld und Gefährlichkeit im Jugendstrafrecht, Tübingen 1962, S.10.

3) J.Hellmer, a.a.O., S.13

4) B.Simonsohn, Jugendkriminalität, Strafjustiz und Sozialpädagogik, Frankfurt/M., 1969

5) G.Roestel, Das Jugendgerichtsgesetz wird den erzieherischen Aufgaben nicht gefeiert, in: ZBlJR 2/1970, S.40

3.3. Die Modifikation des Theorems des allgemeinen Strafrechts im Jugendstrafrecht: Die Rechtfertigung strafrechtlicher Reaktionen durch den Erziehungsgedanken

Die Ausgestaltung des Jugendstrafrechts als Täterstrafrecht hat entscheidende Konsequenzen für die Ableitung der Legitimation der Strafe. So macht das Täterstrafrecht, im Unterschied zum Schuldstrafrecht, prinzipiell das 'Sosein', d.h. die individual-psychologische Determiniertheit des Täters zur Grundlage der Strafe¹⁾. Bezogen auf den straffälligen Jugendlichen heißt das, daß dessen 'Sosein' durch einen psychischen Entwicklungszustand geprägt ist, der der ('sittlichen, ethischen, intellektuellen') 'Reife des Erwachsenen' noch nicht entspreche. An die Verletzung von Rechtsnormen durch Jugendliche und Heranwachsende sei daher ein anderer Wertungsmaßstab anzulegen.

Infolgedessen sind auch die Rechtsfolgen des JGG von denen des allgemeinen Strafrechts verschieden²⁾.

Das Jugendstrafrecht in seiner Festlegung im JGG kann nicht isoliert betrachtet werden. Es steht in engem Zusammenhang mit dem Jugendrecht schlechthin, insbes. mit dessen Ausprägung im Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG).

Verkörpert das JWG (§ 1 JWG) einen Anspruch des Jugendlichen auf Erziehung, so das JGG einen Anspruch des Staates auf ein erzogenes Individuum. Dieser Anspruch des Staates wird allerdings durch die Verquickung mit dem JWG in einen Anspruch des Jugendlichen umdefiniert³⁾.

1) A.Weitl, a.a.O., S.3

2) Dallinger-Lackner, Kommentar zum JGG 1955, S.96

3) Grethlein-Brunner, Kommentar zum JGG 1970, S.5 f. "Die Bestrafung von Jugendlichen mit den Strafen des Erwachsenenrechts ist nicht nur nicht gerechtfertigt, (...), sondern meist auch für deren weitere Entwicklung gefährlich. Der Staat aber hat nicht das Recht, junge Menschen zu vernichten (Dallinger-Lackner § 17 N 4); vielmehr liegt es im Interesse des Staates, Jugendliche, die gefehlt haben, wieder in die Gemeinschaft der Rechtschaffenen einzugliedern. - Die Lösung ist nicht leicht. Einerseits wird der jugendliche Straftäter meist als Opfer mangelnder Einführung in die soziale Welt angesehen (Hellmer ...), wodurch in letzter Konsequenz das Jugendstrafrecht als Anrecht der Jugend auf die erzieherische Hilfe erscheint, die die persönliche Umwelt und oft allgemein die

Schematische Darstellung des materiellen Bezugsrahmens des Jugendgerichtsgesetzes

Anspruch des Jugendlichen
Jugendwohlfahrtsgesetz

Anspruch der Gesellschaft
(Staat)

Anspruch des Jugendlichen
auf Erziehung (§ 1 JWG)

Normative Bestimmungsfaktoren
des allgemeinen Strafrechts,
Ableitung der Strafe
aus der Schuld des Täters,
Strafe als Sühne

Erziehungsgedanke

Durch-
dringung
im JGG

Schuldprinzip

Pädagogische
Vorstellungen

Soll-Vorstellungen der
Gesellschaft (Moralen)

täterstraf-
rechtliche
Elemente des
JGG

Einschränkung
durch das
Grundgesetz

Verhältnisse dem asozialen Jugendlichen schuldig geblieben
sind."

3-3.1. Das Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG)

Dem Naturrechtsdenken folgend¹⁾, steht den Eltern das natürliche Recht auf Erziehung ihrer Kinder zu. Eine Einschränkung dieses Elternrechts erfolgte erstmalig in der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11.8.1919 mit der Argumentation, "...daß durch den Wandel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur des Volkes die Familie in ihrer Erziehungsfunktion der Ergänzung bedürfe."²⁾ Diese Einschränkung des Elternrechts zugunsten eines Rechts des Kindes führte zur Begründung des Jugendwohlfahrtsgesetzes von 1922, das 1953 novelliert und 1961 einer weiteren Reform unterzogen wurde. Nach wie vor unverändert blieb der § 1 JWG³⁾, nämlich das Recht des Kindes auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit.

Aus § 1 JWG darf jedoch kein subjektiver, einklagbarer Rechtsanspruch abgeleitet werden. Es geht im § 1 JWG in erster Linie um 'pädagogische Hilfe', denn: "Aufgabe der Erziehung ist es, den Menschen zur Persönlichkeit heranzubilden, in ihm den

-
- 1) E.E.Hirsch, Die Rechtssoziologie als wissenschaftliche Disziplin, in: E.E.Hirsch, Das Recht im sozialen Ordnungsgefüge, Beiträge zur Rechtssoziologie, Berlin 1966, S.49.
"Irrationalität gilt auch ... für den äußerst vieldeutigen Ausdruck 'Naturrecht' (Pechner, bei Maihofer, Naturrecht und Rechtspositivismus, Darmstadt 1962, S.257 f.). Ein dem positiven Recht vorgegebenes, immanentes System von Rechtsnormen läßt sich nicht erweisen. Die im Laufe einer 2500jährigen Geschichte des Naturrechtsgedankens als verbindlich behaupteten 'vorpositiven' Normen beruhen auf Dogmen und sind von solcher Allgemeinheit, daß sie sog. 'Leerformeln'" (Topitsch) ..." darstellen, die als solche nur politisch brauchbar und vielseitig manipulierbar sind. Deshalb ist der Naturrechtsgedanke ein Kampfmittel der um die Macht ringenden Gruppen, mit dem diese ihr Streben nach Änderung oder Erhaltung einer bestimmten Ordnung durch ideologische Berufung auf 'das' Naturrecht zu legitimieren suchen."
- 2) Jans-Happe, Kommentar zum JWG, S.45
- 3) §1 JWG (Recht auf Erziehung) "(1) Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit.
(2) Das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten ist ein Eingreifen nur zulässig, wenn ein Gesetz es erlaubt.
(3) Insoweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt, unbeschadet der Mitarbeit freiwilliger Tätigkeit, öffentliche Jugendhilfe ein."

freien Willen zu wecken und wachsen zu lassen, der dann erst die höheren Bindungen an oberste Werte der Religion, der Kultur und des Rechts ermöglicht." Das sei Aufgabe der Lebensordnung überhaupt.¹⁾

Primäre Sozialisationsinstanz dieser obenstehend definierten Aufgabe der Erziehung ist die Familie²⁾. Eine Delegation der Erziehung an gesellschaftliche Institutionen der Jugendhilfe erfolgt erst, wenn die Familie als primärer Sozialisationsfaktor die oben pauschal und allgemein definierten Aufgaben der Erziehung nicht zu erfüllen vermag (liberale Wächterfunktion des Staates).

3.3.2. Das Jugendgerichtsgesetz (JGG)

Mehr noch als das JWG ist die Entwicklung und Ausgestaltung des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) eine pragmatische Reaktion auf die seit Ende des 19. Jahrhunderts steigende Jugendkriminalität³⁾.

Die kriminalpolitischen Intentionen des JGG beziehen sich auf das frühzeitige Erkennen von Kriminalität und die rechtzeitige erzieherische Beeinflussung krimineller Jugendlicher⁴⁾. Die sozialpädagogischen Absichten werden deutlich in der Einbeziehung außerrechtlicher Gesichtspunkte.

Seine legislative Eigenständigkeit hat das JGG in seiner bis heute nahezu unveränderten Formulierung von 1923⁵⁾ gefunden. Die Instanz des Jugendgerichts selbst gab es jedoch schon seit 1908 (Köln), allerdings nicht als eigene Jugendgerichtsorganisation, sondern lediglich auf dem Wege der innerdienstlichen Geschäftsverteilung durch die Präsidien großer Amtsgerichte⁶⁾.

1) Jans-Happe, Kommentar zum JWG, S.61

2) Jans-Happe, a.a.O., S.61

3) J.Hellmer, Jugendkriminalität, Neuwied 1969, S. 19 ff.

4) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.1. "Der Schwerpunkt der Kriminalpolitik müßte also beim Jugendrecht liegen. Denn eine erfolgreiche Kriminalpolitik ist nur möglich, wenn die Gruppe der Kriminellen frühzeitig erkannt und in jungen Jahren erzieherisch nachhaltig beeinflußt, also von weiteren Straftaten abgehalten wird."

5) Novellierungen 1944 und 1953

6) Potrykus, Komm.JGG 1955, S.301.

Im Jugendstrafrecht konstituiert sich ein Anspruch der Gesellschaft an den Jugendlichen und Heranwachsenden auf Erzogenheit, hinter dem der im JWG verankerte Individualanspruch auf Erziehung zunächst zurückzutreten scheint.

Da der Verstoß gegen Rechtsnormen als Symptom für ein Noch-nicht-Erzogensein, d.h. als 'Erziehungsnotstand' bzw. Sozialisationsdefizit, gewertet wird, soll durch das Eingreifen des Jugendgerichts der Erziehungsanspruch seitens der Gesellschaft, vermittelt durch einen staatlichen Strafanspruch¹⁾, realisiert werden

Das Jugendstrafrecht ist daher in der Absicht und Zielsetzung vornehmlich Erziehungsrecht²⁾, dessen strafrechtlicher Sinn nicht "... die Vergeltung fragwürdiger Schuld, sondern die Verhütung künftiger Straftaten, wenn möglich und erforderlich durch erzieherische Resozialisierung des Straffälligen³⁾ sei.

Die Besonderheit des Jugendstrafrechts liegt dementsprechend darin, eine Skala strafrechtlicher Reaktionen von Erziehungsmaßregeln und Zuchtmitteln⁴⁾ bis hin zur Jugendstrafe⁵⁾ zu ermöglichen. Dabei sollen nach dem Subsidiaritätsprinzip die

-
- 1) H.Maul, Jugendstrafe; Aussetzung der Vollstreckung zur Bewährung und Entlassung zur Bewährung, in: RdJ 1966, S.259
 - 2) F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.9 .JStR ist Erziehungsstrafrecht, "... weil in ihm Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel die Strafe in weitem Umfang ersetzen und weil auch die sühnende Strafe selbst, stärker als im allgemeinen Strafrecht auf den Zweck einer erzieherischen Resozialisierung des Täters ausgerichtet ist." - O.Scheunemann, Die Einheitsstrafe im Jugendstrafrecht, in: UJ 1952, S.413. "Das moderne Jugendstrafrecht wertet die Tat in der Regel nur als Symptom eines Erziehungsnotstandes und stellt demgemäß die Persönlichkeit des jugendlichen Täters in den Vordergrund der Betrachtung. Es ist in der Absicht und Auswirkung vornehmlich Erziehungsrecht." - Potrykus, KommJGG 1955, S.302. "Das Jugendgericht ist nicht in erster Linie Strafgericht, sondern Erziehungsgericht und legt nicht nur auf die Ermittlung des Sachverhaltes als auf die Erforschung der Täterpersönlichkeit und deren richtige Behandlung, ferner nicht so sehr auf Sühne, als auf Fürsorge entscheidendes Gewicht..."
 - 3) F.Schaffstein, a.a.O., S.22
 - 4) Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel werden nicht in das Strafregister eingetragen und gelten daher juristisch nicht als 'Strafe'.
 - 5) Jugendstrafe bedeutet Freiheitsentzug von mindestens 6 Monaten; sie gilt als juristische Strafe, die im Strafregister vermerkt wird, aber unter besonderen Voraussetzungen auch wieder gelöscht werden kann.

strafrechtlichen Sanktionen der Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel stets den Vorrang vor Jugendstrafe haben, sofern die 'Schwere der Schuld' nicht dagegenspricht.

Hat das JWG das Defizit eines Individualanspruches bei Ausfallen oder Versagen primärer Sozialisationsinstanzen auszugleichen, so das JGG ein Defizit, das den an Rechtsnormen orientierten Verhaltenserwartungen der Gesellschaft widerspricht. Dieses Defizit soll durch Anordnung von Sanktionen erzieherischen und/oder strafenden Charakters behoben werden, wobei bei der Feststellung des jeweiligen Grades der 'Erziehungsbedürftigkeit' eines Angeklagten der im JWG verankerte Individualanspruch auf Erziehung wieder in den Vordergrund tritt.¹⁾

So betont beispielsweise Th.Würtenberger²⁾ den Primat der Erziehungsbedürftigkeit - basierend auf dem Begriff der Erziehungsmündigkeit - im Zusammenhang damit, daß schwachsinnige Täter der breiten Skala des JGG entbehren müßten. Im Hinblick auf eine Heraufsetzung der Altersgrenze für Strafmündigkeit auf 16 Jahre argumentiert Th.Würtenberger, daß dann die 14-16jährigen Jugendlichen nicht in den Genuß von Erziehungsmaßregeln kämen. - In solcher Argumentation werden die erzieherischen Maßnahmen des JGG als Wohltat für den Jugendlichen dargestellt.

Aus dem Individualanspruch auf Erziehung gegenüber der 'Allgemeinheit'³⁾ läßt sich jedoch im JGG auch juristisch ableiten, daß die Strafzumessung (z.B.Dauer der Jugendstrafe), über das im allgemeinen Strafrecht vorgesehene Höchstmaß hinausgehen

1) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.114, S.137

2) Th.Würtenberger, Referat auf der Jugendrichtertagung in Fischbachau 1970, persönliches Stenogramm

3) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955, (§ 17 JGG), S.190 f.
"... Die Jugend hat einen Anspruch gegen die Allgemeinheit, daß die Tatsache der im Fluß befindlichen Reifeentwicklung auch im Bereich des kriminellen Strafrechts Berücksichtigung findet und daß die Strafe in jedem Falle an ihrer Tauglichkeit für die Erziehung gemessen werde. Erkennt man diesen Gesichtspunkt nicht an, so räumt man dem Staat das Recht ein, dem Jugendlichen aus allgemein strafrechtlichen Gründen ein Übel zuzufügen, das u.U. über die mit der Strafe bezweckte Wirkung weit hinausgeht und einen viel schwerwiegenderen, vielleicht nie mehr zu behebenden Erziehungsschaden anrichtet."

kann¹⁾, weil eine entsprechend erzieherische Einwirkung auf den Jugendlichen möglich sein müsse²⁾ und deshalb insbesondere die Jugendstrafe von unbestimmter Dauer (§ 19 JGG) der Verwirklichung des Erziehungsgedankens im JGG diene³⁾.

3.3.3. Die Dualität von JWG und JGG

Das Nebeneinander von JWG und JGG und der damit verbundene doppelte Gerichts- und Behördenapparat hat tiefgreifende Konsequenzen für die Gestaltung eines einheitlichen Jugendrechts.

F.Schaffstein⁴⁾ weist darauf hin, daß diese zweigleisige Entwicklung des Jugendrechts sich auf lange Sicht als Irrweg erwiesen habe, den zu überwinden einen Kraftaufwand erfordern würde, der in der derzeitigen gesetzgeberischen Situation kaum erbracht werden könne.

Im Zusammenhang mit einer fortschreitenden Rechtsreform hängt denn auch das JGG in einer Zwischenstellung, in der es zum einen im Zusammenhang der großen Strafrechtsreform zur Diskussion gestellt werden soll⁵⁾, zum anderen im Rahmen des Referentenentwurfs eines Jugendhilfegesetzes (1974) nur unwesentlich berührt wird.

3.3.4. Die Folgen der Modifikation der Grundannahmen für die Legitimation strafrechtlicher Reaktionen

Mit den Modifikationen des allgemeinen Strafrechts im Jugendstrafrecht verschiebt sich jedoch auch der Bewertungsmaßstab von Verletzungen von Rechtsnormen durch jugendliche und heranwachsende Individuen⁶⁾ ohne jedoch - und das muß hinlänglich

1) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§18 JGG), S.199
Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 18 JGG), S.213

2) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955, (§ 18 JGG), S.200
Potrykus, Komm.JGG 1955, (§ 18 JGG), S.214

3) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 19 JGG), S.88

4) F.Schaffstein (Hrsg.), Weg und Aufgabe des Jugendstrafrechts, Darmstadt 1968, Einleitung S.XII

5) G.Roestel, Das JGG wird den erzieherischen Aufgaben nicht gerecht, in: ZBlJR, 2/1970, S.36 f.

6) Nach dem JGG sind 'Jugendliche' die 14-18jährigen, 'Heranwachsende' die 18-21jährigen. - Die vom Gesetzgeber intendierte Unterscheidung des Anwendungsbereichs des JGG für Jugendliche und Heranwachsende soll für die durchzuführende Analyse nicht relevant sein, da in der Praxis - insbesondere in Großstädten - der Rechtsprechung die Tendenz vorherrscht, auf Heranwachsende in erster Linie das JGG anzuwenden und nicht das EStR.

betont werden - das Grundaxiom des allgemeinen Strafrechts anzutasten. Die Modifikation der Grundannahmen lassen daher in der Jurisprudenz lediglich eine in der Dimension verschobene andersartige Bewertung¹⁾ von Normverletzungen und andersartige Reaktionsmittel zu, die wiederum Auswirkungen auf die Ableitung der Rechtfertigung gesellschaftlichen Strafers haben.

Die schuldstrafrechtlichen Elemente der rechtsdogmatischen Grundannahmen sind dadurch im Jugendstrafrecht zwar erheblich eingeschränkt, keineswegs jedoch außer Kraft gesetzt. Sie werden ergänzt durch psychologische (Täterstrafrecht) und pädagogische (Erziehungsgedanke) Implikationen. Die Folge ist, daß im JGG nunmehr zwei Theoreme als Legitimationsgrundlagen für die Rechtfertigung strafrechtlicher Sanktionen nebeneinander stehen und in der Jurisprudenz bei der Strafzumessung miteinander abgewägt und gerechtfertigt sein müssen:

Einmal die logische Deduktion der Bewertung von Normverletzungen und der Strafe aufgrund der schuldstrafrechtlichen Charakteristika und damit die Legitimation der Strafe als 'Vergeltung des durch die Tat hervorgegangenen Unrechts' (insbes. im § 17 JGG), zum anderen die Legitimation der Sanktionen aufgrund der täterstrafrechtlichen Charakteristika, wobei die Tat primär als Symptom des 'Soseins' des Täters gewertet wird und damit Anlaß für einen Eingriff des Staates gibt. Der Strafzweck des Jugendstrafrechts ist somit die Besserung des Täters²⁾; das ihm adäquate Mittel 'Erziehung'.

-
- 1) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955, S.96, S. 116
"... Nur die Rechtsfolgen einer Straftat sind wegen der Unfertigkeit des jugendlichen Täters grundlegend verschieden von denen des allgemeinen Strafrechts."
"Die Notwendigkeit eines selbständigen Rechtsfolgensystems ergibt sich aus der im Laufe der letzten Jahrzehnte gewonnenen Erkenntnis, daß der Jugendliche kein 'kleiner Erwachsener', sondern ein Mensch ist, der besonderen biologischen, charakterologischen und soziologischen Eigengesetzlichkeiten unterliegt."
- 2) F.v.List, zit.nach F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.22. V.Liszt forderte "... die Umwandlung des alten tatvergeltenden Strafrechts in ein Spezialpräventives Täterstrafrecht. Sinn des Strafrechts sei nicht die Vergeltung fragwürdiger Schuld, sondern die Verhütung künftiger Straftaten, wenn möglich und erforderlich durch erzieherische Resozialisierung des Straffälligen."

Wenn auch im Jugendstrafrecht das sog. Prinzip der Subsidiarität von Jugendstrafe gegenüber Zuchtmitteln und Erziehungsmaßregeln vorherrscht - d.h. die Reaktionsmittel des JGG sollen in erster Linie der Erziehung des Täters dienen -, so führt die Subsidiarität der Strafe gegenüber erziehenden Maßnahmen doch dazu, daß das JGG durch das Vorhandensein zweier Theoreme der häufig auftretenden Widersprüchlichkeit¹⁾ zwischen Schuldprinzip und Erziehungsprinzip ausgesetzt ist. Damit ist das JGG in der Jurisprudenz wesentlich schwieriger zu handhaben als das reine Schuldstrafrecht, so daß von juristischer Seite die Forderung erhoben wird, beim JGG solle nur die Jugendstrafe (§ 17 JGG, Freiheitsentzug) verbleiben, während das Vormundschaftsgericht für alle Arten von Erziehungsmaßnahmen zuständig sein solle²⁾.

-
- 1) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.5. "... Andererseits wird gerade der jugendliche Täter von der Einsicht beherrscht, daß Schuld, also auch sein Fehlverhalten, nach Strafe verlangt (Maurach, S.703). - Ähnl. Spranger, Psychologie des Jugendalters, S. 170 ff. ...".
G.Blau, Erziehungsgedanke und Tatadäquanz im Jugendstrafrecht, in: F.Schaffstein (Hrsg.), Weg und Aufgabe des Jugendstrafrechts, Darmstadt 1968, S.482. "Die Rechtsgemeinschaft ist - jedenfalls bei uns in Deutschland - grundsätzlich nicht bereit, verbrecherische Handlungen Jugendlicher als sozialetisch indifferenz anzusehen und darauf zu verzichten, sie durch den Schuldspruch eines Strafgerichtes als 'unerträgliches Beispiel' (Roeling) zu brandmarken. Sie ist dagegen bereit, die Sanktionen des allgemeinen Strafrechts jugendgemäß abzuwandeln, unter Berücksichtigung der mangels Vollreife geringeren Schuld des jugendlichen Täters und seiner besonderen Erziehungsbedürftigkeit und -empfänglichkeit, ohne daß die Sanktion jedoch dadurch den Charakter eines 'bezweckten Übels' verlieren muß. 'Ein Jugendrecht, welches sich bewußt auf Erziehungsmaßregeln unter ängstlichem Verzicht auf jeden Übelscharakter derselben beschränken wollte, würde sich, von seiner Undurchführbarkeit abgesehen, seiner praktischen Wirksamkeit berauben. Auch und gerade der jugendliche Täter ist durchaus von der Einsicht beherrscht, daß Schuld nach Strafe verlangt.' (Maurach)"
- "Der Gesetzgeber hat dieser auch von jugendpsychologischer Seite als richtig bestätigten" ... (Spranger) "... Erkenntnis Rechnung getragen, indem er in den §§ 5 Abs.II, 13, 17-19 JGG deutlich zum Ausdruck gebracht hat, daß jedenfalls Zuchtmittel und Jugendstrafe als Tatreaktion aufzufassen sind. Dem Jugendlichen soll (wie es in § 13 JGG heißt) bei der 'Ahndung der Straftat durch Zuchtmittel' eindringlich zum Bewußtsein gebracht werden, daß er für das von ihm begangene Unrecht einzustehen hat."
- 2) Riedel, Kommentar zum JGG 1965, § 12/1.

So äußert sich beispielsweise die Widersprüchlichkeit zwischen Schuldprinzip und Erziehungsprinzip in dem aus dem Jahr 1955 stammenden Kommentar zum JGG von Dallinger-Lackner¹⁾ in einer tautologischen Abwägung beider Prinzipien, ohne daß den Argumentationen eindeutige Handlungsweisen für die Rechtsprechung entnommen werden könnten.

Wenn auch diese Beispiele für die Kontradiktorik im JGG, die auf die Konkurrenz zwischen Schuldstrafrecht und Täterstrafrecht, zwischen Schuldvorwurf und Erziehung hinweisen bzw. zurückzuführen sind, nicht Inhalt dieser Analyse sind, sollen sie hier doch zur Veranschaulichung der juristischen Schlußfolgerungen aus den zwei Theoremen (Schuldprinzip - Erziehungsprinzip) angeführt werden. Insbesondere bei Verhängung der Jugendstrafe (§ 17 JGG) wird diese Kontradiktorik sichtbar.

Eine spezifische Eigenart dieser Kontradiktorik ist es, daß die Verfasser der Kommentare zum JGG und der ausführenden

-
- 1) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955, (§ 17 JGG), S.191, 194.
"Der Schuld- und der Erziehungsgedanke sind im Jugendstrafrecht selbständige Elemente, die sich gegenseitig durchdringen, während im allgemeinen Recht der Besserungszweck dem Sühnezweck der Strafe untergeordnet ist ..."
"a) Der Schuldvorwurf wird gebildet aus der sog.Schuldintensivität (Nagle, § 4 Anm.II), also der Stärke des verbrecherischen Willens und dem verschuldeten Erfolg der Tat. Die Schwere der Verfehlung ist demnach im Einzelfall auf Grund dieser beiden Maßstäbe nach ihrer Strafwürdigkeit vom Standpunkt des Sühnebedürfnisses zu beurteilen. In diesem Bereich scheiden Erziehungselemente aus; sie gewinnen erst wieder Bedeutung, wenn die Frage der Strafzumessung zu beantworten ist (vgl. § 18 N.10 ff.).
b) Bei der Ermittlung der Schwere des Schuldvorwurfs ist jedoch die Reife des Jugendlichen und sein ganzes Persönlichkeitsbild von erheblicher Bedeutung. Es ist durchaus denkbar, daß eine nach allgemeinen Maßstäben sehr schwere Tat dem Betroffenen an der Grenze der Zurechnungsfähigkeit (§ 3) stehenden Täter nur zu verhältnismäßig geringem Schuldvorwurf gereicht (z.B. schwere Körperverletzung aus Abenteuerlust; Tötung eines Liebhabers der Mutter aus Familiensinn usw.). Gerade hier können sich typisch entwicklungsbedingte Motivationen mildernd auf die Schwere der Schuld auswirken.
c) Kommt der Richter zu dem Ergebnis, daß bei Würdigung der Schwere der Tat, des verbrecherischen Willens des Täters und seines Entwicklungsstandes eine Sühne durch Strafe - und zwar eine solche von mindestens sechs Monaten (§ 18 Abs.1) - zur Bewährung der Rechtsordnung unvermeidlich ist, hat er auf sie zu erkennen. ...".

Literatur zum Jugendstrafrecht gerade dadurch eine Kongruenz zwischen dem logisch widersprüchlichen Schuld- und Erziehungsprinzip herstellen wollen. Auch der Gesetzgeber hat ein Primat des einen oder anderen Prinzips nicht ausgesprochen bzw. fordert beide Prinzipien und überläßt das Problem ihrer Vereinbarkeit bzw. Nichtvereinbarkeit der Jurisprudenz.

Grethlein-Brunner sehen in ihrem Kommentar zum JGG aus dem Jahre 1970 eine Begrenzung des Schuld- wie auch des Erziehungsprinzips im verfassungsrechtlichen Rahmen und vertreten damit die Meinung von A.Weitl¹⁾, ohne allerdings dessen konsequente Forderung nach alleiniger schuldstrafrechtlicher Bemessung von Strafen zu folgen²⁾.

1) A.Weitl, Die dogmatischen Grundlagen des geltenden Jugendstrafrechts (JGG), Dissertation, München 1965.

2) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S. 85 f.

"(b) Der Grundsatz: Nulla poena sine culpa hat den Rang eines Verfassungsgrundsatzes (BVerfG NJW 67/195). Wie Strafe ohne Schuld rechtsstaatswidrig, so auch eine über das Maß der Schuld hinausgehende Strafe eine mit dem Rechtsstaatsprinzip unvereinbare Vergeltung über das hinaus, was der Betroffene zu verantworten hat; auch für diesen Sektor des Strafens kann die Relation der Strafe zum Maß der Schuld nicht eingeschränkt werden ...

(c) Da es um Verfassungsgrundsätze geht, gelten diese für jede Verhängung von Strafe, im JRecht führt das zu einer Begrenzung des Erziehungsgedankens.

Das JStrafrecht muß die ihm durch die Verfassung gesetzten Schranken einhalten, mag dies auch einen Verzicht auf ungehinderte Einwirkung nach pädagogischen Gesichtspunkten bedeuten (Hellmer, ...).

Zudem steht eine das Maß der Schuld überschreitende Strafe gerade dem Erziehungsgedanken entgegen, der die Überschreitung begründen soll. Denn nur die gerecht vergeltende Strafe hat pädagogischen Wert; der junge Mensch hat ein besonders ausgeprägtes und empfindliches Gefühl für die Gerechtigkeit (Spranger, Psychologie des Jugendalters, S.192 ff) Gerechtheit erscheint dem sühnebereiten, aber auch dem 'abwärtenden' J die Strafe nur, wenn sie nach der Schwere der Schuld (und Tat) und nicht über diese hinaus nach dem unergründlichen Erziehungsbedürfnis bemessen wird (vgl. A.Weitl, Die dogmatischen Grundlagen des geltenden JR, Dissertation, München 1965, S. 192) ...

(d) Kommt man sohin zum Ergebnis, daß auch bei evidenter ErzBedürftigkeit und ErzFähigkeit des Täters, die Erziehung nur im Rahmen gerechter Schuldvergeltung angestrebt werden darf (...), so bleibt im Rahmen der Schuld für Anwendung und Auswirkung des Erziehungsgedankens genügend Raum. Wo man Erziehungsmaßnahmen über das Maß der Schuld hinaus für not-

F.Schaffstein¹⁾ bezweifelt, ob sich angesichts dieses Dilemmas auf dem Boden eines Kompromisses zwischen schuldproportionaler und erziehungsangemessener Strafe überhaupt jemals eine befriedigende Strafzumessungspraxis der Jugendgerichte realisieren lasse.

Das Austragen dieses Kompromisses allein dem Jugendrichter aufzubürden - wie Kap.IV im Teil III zeigt - scheint m.E. eine außerordentliche Belastung und ständige Intrarollenkonflikte (Dahrendorf) heraufbeschwörende Situation im Gerichtsverfahren zu produzieren, die vom Jugendrichter nur durch den Abbau kognitiver Dissonanzen (Festinger) gelöst werden kann.

3.3.5. Die pragmatische Rechtfertigung strafrechtlicher Reaktionen im JGG

Die axiomatischen Sätze der Rechtsdogmatik beinhalten - wie vorstehend systematisiert - die Ableitung und Rechtfertigung strafrechtlicher Sanktionen aus dem 'Wesen des Menschen' (Willensfreiheit) und der Vorwerfbarkeit individueller Schuld. Beide Kategorien setzen Normen, die auf einem individualistischen Prinzip der Rechtfertigung strafrechtlicher Reaktionen gegenüber einzelnen Personen beruhen.

In die Rechtfertigung strafrechtlicher Reaktionen geht jedoch auch ein allgemeines Ordnungsinteresse ein, das im JGG mit staatlichen Interessen im Hinblick auf die Ordnung der Gemeinschaft²⁾ und der Wiedereingliederung Jugendlicher und

wendig hält, muß der Vormundschaftsrichter eingreifen. Will man schlechterdings den Vorrang der Erziehung, muß man das Jugend-Straf-Gericht abschaffen, wie es Peters (MKrim. 66 (49)/(49) und Weitl (a.a.O., S.74 f.) in Erwägung ziehen."

- 1) F.Schaffstein, Die Bemessung der Jugendstrafe. Erfahrungen und Folgerungen, in :B.Simonsohn (Hrsg.), Jugendkriminalität, Strafjustiz und Sozialpädagogik, Frankfurt/M. 1969, S. 248 ff.
- 2) G.Potrykus, Die tragenden Gedanken des Jugendstrafrechts, in: UJ, 7.Jg, 1955, S.8. Die Absicht des JGG ist darauf gerichtet: "...auf die Besserung und Erziehung des Täters, der dahin gebracht werden soll, daß er in Zukunft die Ordnung der Gemeinschaft nicht mehr stört."

Heranwachsender in diese Ordnung¹⁾ umschrieben wird. Dieses allgemeine Ordnungsinteresse äußert sich in einer pragmatischen Rechtfertigung strafrechtlicher Reaktionen, insofern die Aufgaben des JGG in einer Verhinderung des Rückfalls²⁾, in der Abhaltung von künftigen Rechtsverletzungen³⁾ und in der Wiedereingliederung in die Gemeinschaft gesehen werden. Schließlich soll auch dem Schutzbedürfnis der Allgemeinheit⁴⁾ Rechnung getragen werden.

Im Vordergrund der pragmatischen Rechtfertigung strafrechtlicher Reaktionen des JGG steht somit der Zweck, kriminelle Karrieren durch erzieherisch ausgestaltete Maßnahmen zu unterbinden.

4. Zusammenfassung der Systematisierung der Grundannahmen und der Besonderheiten des Jugendgerichtsgesetzes

Ergebnis des ersten methodischen Schrittes: Die systematische Analyse der Axiomatik des Strafrechts zeigte, daß die normativen Grundannahmen des Strafrechts auf der Prämisse von Rechtsnormen (StGB), dem Basissatz menschlicher Willensfreiheit (1. Teilsatz) und der Vorwerfbarkeit individueller

-
- 1) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.5. - "Die Bestrafung von Jugendlichen mit den Strafen des Erwachsenenrechts ist nicht nur nicht gerechtfertigt (...), sondern meist auch für deren weitere Entwicklung gefährlich. Der Staat aber hat nicht das Recht zu vernichten (Dallinger-Lackner § 17 N 4); vielmehr liegt es im Interesse des Staates, Jugendliche, die gefehlt haben, ~~weder~~ in die Gemeinschaft der Rechtsschaffenen einzugliedern."
 - 2) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.1
 - 3) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955, S.119
 - 4) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955, S.119.
R.Werner, Jugendstrafe und Fürsorgeerziehung, in: RdJ, 1964 S. 116. - "Die öffentliche Erziehung geht aus von der Aufgabe, dem Jugendlichen aus seinem Erziehungsnotstand zu helfen; sie leistet dadurch einen wesentlichen Beitrag zum Schutze der Gesellschaft. Die Jugendstrafe geht aus vom Schutze der Gesellschaft, der nur zu verwirklichen ist, wenn dem sozial Gefährdeten Hilfe durch wirksame Erziehung gegeben wird."

Schuld (2. Teilsatz) beruhen. Die Legitimation der Strafe leitet sich daraus als Vergeltung von Schuld (Theorem) ab.

Die Besonderheiten des JGG können in Form von drei Modifikationen der Axiomatik des allgemeinen Strafrechts herausgearbeitet werden. Diese Modifikationen beruhen auf dem Einbezug außerjuristischer Argumentationen, die sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse aus den Gebieten der Psychologie und Pädagogik stützen.

1. Die erste Modifikation beruht darauf, daß die Rechtsnormen (StGB) bezüglich ihres Anwendungsbereiches im JGG auf Jugendliche und Heranwachsende anders gewertet werden. Den Jugendlichen und Heranwachsenden unter 21 Jahren wird als Alterskategorie generell ein anderer Stellenwert bezüglich der Verantwortlichkeit für strafrechtliche Delikte zuerkannt als der Alterskategorie der Erwachsenen. Zugleich erfolgt damit eine andersartige moralische Bewertung (z.B. Konfliktsituation) des Verstoßes gegen diejenigen Rechtsnormen, zu denen Jugendliche Zugang haben.

2. Damit erfährt als zweite Modifikation der Grundannahmen des allgemeinen Strafrechts die Vorwerfbarkeit individueller Schuld eine stärkere Einschränkung als im EStR. Gegenüber der Vorwerfbarkeit absoluter individueller Schuld wird der Begriff der 'Schuld' anders interpretiert und dem 'Sosein' des Täters (daraus ableitbar Lebensführungsschuld) Rechnung getragen. Mit anderen Worten, es werden bestimmte Erwartungen an das soziale Verhalten gestellt. Damit wird weder der Schuldbegriff eliminiert, noch wird die Grundannahme über die Willensfreiheit des Menschen angetastet.

Diese Modifikation ermöglicht jedoch, neben einem an der Tat orientierten Schuldvorwurf, auch die Lebensführung, das 'Sosein', oder anders ausgedrückt, die Auswirkungen eines vorangegangenen Sozialisationsprozesses auf das Individuum zum individuellen Schuldvorwurf zu erheben. Damit wird die tatsächliche Verletzung von Rechtsnormen einem - durch das Individuum potentiell vermeidbaren - negativen sozialen

Verhalten zugeschrieben, dem individuelle Faktoren zugrunde liegen oder das als Folge von Erziehungsmängeln gesehen wird.

3. Die dritte Modifikation geht aus von einer andersartigen Auffassung der Strafzwecke, die noch mehr als im Erwachsenenstrafrecht¹⁾ primär die Resozialisierung des Täters (Spezialprävention) bezwecken. Dieser Modifikation entspricht die Hereinnahme des 'Erziehungsgedankens' in das JGG. Strafrechtliche Sanktionen legitimieren sich daher nicht nur als Strafe (Vergeltung von Schuld), sondern vorrangig als Interventionen in die Lebensführung in Form von Resozialisierung durch Erziehung (Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel). Diese Interventionen sind mit dem Zweck verbunden, künftige Rechtsverletzungen zu verhindern (pragmatische Zielsetzung des JGG).

1) Strafzwecke im Erwachsenenstrafrecht: Generalprävention, Spezialprävention, Maßregeln der Sicherung und Besserung.

II. Die Entwicklung von analytischen Kriterien und deren Stellenwert für die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im Jugendgerichtsgesetz

Die Systematisierung der rechtsdogmatischen Grundannahmen und deren Modifikationen im JGG ermöglicht nunmehr die Entwicklung von analytischen Kriterien, die die normativen Bestimmungsfaktoren des JGG bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Bedeutungsinhalte von 'Jugend' strukturieren können¹⁾.

Diese analytischen Kriterien beziehen sich inhaltlich
erstens auf die täterstrafrechtlichen Elemente des JGG,
zweitens auf die schuldstrafrechtlichen Elemente des JGG,
drittens auf die Legitimation der Strafzwecke im JGG.

Diese Kriterien sollen sowohl zu den außerjuristischen Bewertungsmaßstäben von Jugendlichen und den auf Jugendliche bezogenen Verhaltenserwartungen systematischen Zugang verschaffen, als auch den Zusammenhang der normativen Bestimmungsfaktoren mit den im JGG vorherrschenden Bedeutungsinhalten von 'Jugend' sichtbar machen. Es kann somit überprüft werden, ob die Inhalte dieser Kriterien zugleich einen Selektionsprozeß für die außerjuristischen Argumentationen im JGG auflösen.

Die obengenannten analytischen Kriterien sollen nunmehr bezüglich ihres heuristischen Stellenwertes für die Analyse konkreter definiert werden.

1. Das täterstrafrechtliche Kriterium

In das täterstrafrechtliche Kriterium gehen die außerjuristischen Argumentationen des JGG im Zusammenhang mit den Implikationen des Täterstrafrechts ein. Wenn ein Gesetz als

1) Siehe in dieser Arbeit S.17

Täterstrafrecht ausgestaltet ist, so wird das 'Sosein' des Täters als Ausprägung eines mehr oder weniger erfolgreichen Verlaufs des Sozialisationsprozesses zum Ausgangspunkt für die Beurteilung seiner Tat, seiner Verantwortlichkeit, seiner Einsichtsfähigkeit wie auch der zu verhängenden Maßnahmen gemacht. Damit müssen jedoch auch Merkmale aufgestellt werden, nach denen sich die Persönlichkeit des Täters beurteilen läßt. Diese können nicht allein aus der Rechtsdogmatik abgeleitet werden, sondern müssen durch außerjuristische Merkmale vervollständigt werden, die sich im JGG auf Bewertungen des psychologischen Entwicklungsstandes und Erwartungen an das soziale Verhalten Jugendlicher beziehen.

Das täterstrafrechtliche Kriterium wird durch die noch zu erläuternden soziologischen Kategorien des sozialen Status und der sozialen Rolle ergänzt.

2. Das schuldstrafrechtliche Kriterium

Dieses Kriterium erfaßt die am Schuldstrafrecht orientierte Betrachtung des Jugendlichen. Diese Betrachtungsweise bezieht sich in erster Linie auf ein unterstelltes Verhältnis des Jugendlichen zu Schuld und Sühne. Indem hier vom Jugendlichen und nicht vom Menschen schlechthin gesprochen wird, wird eine Wechselbeziehung zum täterstrafrechtlichen Kriterium deutlich. Es geht unausgesprochen die Annahme ein, daß die Beziehung zu Schuld und Sühne beim Jugendlichen eine andere sei als beim Erwachsenen.

3. Das Kriterium der Legitimation der Strafzwecke

Dieses Kriterium erfaßt den Legitimationsprozeß bezüglich der Strafzwecke und Erziehungsziele des JGG. Dieser Legitimationsprozeß ist charakterisiert durch die Interdependenz

der täterstrafrechtlichen und schuldstrafrechtlichen Argumentationen, die miteinander abgewägt werden müssen.

In der Legitimation der Strafzwecke können die mit dem Selbstverständnis des JGG als Erziehungsrecht verbundenen außerjuristischen Bedeutungsinhalte erfaßt werden. Ersichtlich wird anhand dieses Kriteriums die inhaltliche Zielrichtung der auf Jugend gerichteten Sanktionszwecke und Sozialisationsziele.

Im Zusammenhang mit diesem Kriterium muß auf die später folgende Erläuterung theoretischer Aspekte zum Sozialisationsprozeß hingewiesen werden¹⁾.

4. Die Vermittlungsfunktion des Jugendrichters

Mit dem analytischen Kriterium der Legitimation der Strafzwecke kann gleichzeitig verdeutlicht werden, daß dieser Legitimationsprozeß in der Jurisprudenz in einem Ausbalancieren der sich zum Teil kontradiktorisch zueinander verhaltenden täter- und schuldstrafrechtlichen Kriterien besteht und einen im Gerichtsverfahren auszutragenden Abwägungsprozeß erfordert.

Deshalb muß in die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im JGG die Vermittlungsfunktion des Jugendrichters miteinbezogen werden, ob und mit welchen Auswirkungen die ermittelten Bedeutungsinhalte im Gerichtsverfahren an den Jugendlichen selbst herangetragen werden.

1) In dieser Arbeit S. 73 ff.

III. Die Einbeziehung soziologischer Kategorien¹⁾ in die Analyse: Status, Rolle, Sozialisation

Die drei vorstehend entwickelten analytischen Kriterien durchziehen die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im JGG. Sie strukturieren damit auch deren Ergebnisse, können aber auch gleichzeitig den Zusammenhang mit den normativen Bestimmungsfaktoren des Gesetzes herstellen.

Die Bearbeitung der gestellten Thematik konfrontiert jedoch auch mit dem Problem, die Jugendsoziologie selbst, ihre ideologischen Hintergründe, die Vorläufigkeit ihrer Konzeptionen²⁾, ihre Bestimmung durch allgemeine soziologische Theorieansätze zu bedenken³⁾.

Dabei kann die Entscheidung darüber, von einem bestimmten theoretischen Ansatz der Allgemeinen Soziologie auszugehen, keine adäquate Behandlung des Themas versprechen, da theoretische Ansätze selbst die Analyse sozialer Phänomene mitbestimmen und versuchen, sie mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Erkenntnisabsichten und -ausschnitten in den Griff zu bekommen.

So würde beispielsweise die vorzunehmende Analyse im Rahmen der Bezugskategorien der strukturell-funktionalen Theorie durchaus schlüssig beschrieben und nachvollzogen werden können und ein mit den immanenten Bedingungen der Theorie kongruentes Ergebnis aufzeigen.

-
- 1) R.König (Hrsg.), Handbuch der Empirischen Sozialforschung, Bd.I, Erster Teil, Geschichte und Grundprobleme der empirischen Sozialforschung, Einleitung von R.König, S.3/6. In diesem Sinne dienen soziologische Kategorien weniger dem Erkenntnisgebrauch, vielmehr haben sie in erster Linie Ordnungsfunktionen.
 - 2) L.Rosenmayr, Einleitung zu K.R.Allerbeck/L.Rosenmayr (Hrsg.), Aufstand der Jugend? Neue Aspekte der Jugendsoziologie, München 1971, S.9. - L.Rosenmayr betont den Charakter der Vorläufigkeit jugendsoziologischer Konzeptionen; die Jugendsoziologie müsse sich bemühen, einerseits zu präzisieren, auf der anderen Seite die Vergegenständlichung ihrer eigenen Disziplin zu vermeiden.
 - 3) Z.B. durch die Definition von Jugend durch F.Neidhardt, Die junge Generation, Opladen 1967.

Dabei würde jedoch die Analyse an den Interaktionsprozessen im Jugendgerichtsverfahren, der Definition dieser Situation durch die an diesem Verfahren beteiligten Personen, insbesondere des Jugendrichters, und die damit verbundene Interpretation des Objekts - in unserem Fall das 'Objekt' Jugend - vorbeigehen. Die sich im Verfahren vollziehenden interpretativen Interaktionen und deren Auswirkung auf die betroffenen Jugendlichen, würden eine Analyse im Bezugsrahmen des symbolischen Interaktionismus nahelegen.

Normative wie interpretative Elemente¹⁾ spielen aber im Zusammenhang mit einer näheren Bestimmung der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im JGG gleichermaßen eine Rolle und können nicht eindeutig voneinander getrennt werden.

Im folgenden geht es darum, einen Zusammenhang mit soziologischen Kategorien herzustellen, in deren Rahmen die im JGG sichtbar werdenden Bedeutungsinhalte von 'Jugend' untersucht werden können. Dabei muß zunächst gefragt werden, aufgrund welcher Wahrnehmungsvorgänge sich Bedeutungsinhalte von 'Jugend' herausbilden und welche Bewertungen ihnen zugrundeliegen.

Bei der Entwicklung der analytischen Kriterien wurde bereits angedeutet, daß sich diese einmal auf Bewertungs- und Einschätzungsprozesse beziehen, zum anderen auf Verhaltenserwartungen. Beide stehen in bezug zu Vorstellungen über das Wertsystem der Gesellschaft. Als dritte Bezugsebene ist im Zusammenhang mit der Legitimation der an Jugendliche gerichteten Interventionsformen sichtbar geworden, daß damit Vorstellungen über Sozialisation und Sozialisationsverläufe verbunden sind.

Insoweit es sich um Vorstellungen handelt, die auf Bewertungs- und Einschätzungsprozessen beruhen, kann die soziologische Kategorie des Status herangezogen werden. Diese kann einerseits Bedeutungsinhalte von 'Jugend' und den Prozeß der

1) Die angeführte Trennung normativer und interpretativer Elemente bezieht sich auf Th.P.Wilson, Theorien der Interaktion und Modelle soziologischer Erklärung, in: Arbeitsgemeinschaft Bielefelder Soziologen; Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit, ro-ro-ro Studium Nr.54, S.54 ff.

damit verbundenen Statuszuweisung im JGG sichtbar machen und zum anderen einen Zusammenhang mit der Jugendsoziologie herstellen.

Die Eignung der Kategorie des Status ist deshalb gegeben, weil es sich bei den zu analysierenden Bedeutungsinhalten von 'Jugend' zugleich um Merkmale handelt, nach denen Jugendliche beurteilt werden. Das heißt, es finden allgemeine und individuelle Bewertungsprozesse statt, die von der Institution JGG ausgehen, sich auf Jugendliche beziehen und mit der Zuerkennung von Rechten und Pflichten in Zusammenhang stehen.¹⁾

Insoweit es sich bei den zu ermittelnden Bedeutungsinhalten um Erwartungen handelt, die sich auf soziales Verhalten beziehen, soll die Kategorie der Rolle - die ohnehin im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Institutionalisierung steht - herangezogen werden, um die von der Institution JGG ausgehenden Erwartungen an die Status-Rolle des Jugendlichen zu verdeutlichen.

Sicher mag es fragwürdig sein, den Menschen - wie es in Ansätzen der Rollentheorie geschieht - als Inhaber eines bestimmten Status bzw. als einen in ein Set von Rollen aufgesplitteten Rollenträger zu sehen, der nur im Bezug zum jeweiligen Status bzw. zur jeweilig dominierenden Rolle handelnd aufzufassen ist. Das ist eine Frage, die hier nicht aufgegriffen werden kann²⁾. Wichtig für eine Reflexion der Ansätze der Rollentheorie wäre es aber, folgenden Aspekt dieser Arbeit in Betracht zu ziehen: Ob und inwieweit die Institution JGG nicht nur ein Faktor ist, der zu dieser Sichtweise beiträgt, oder auch Inhalte prägt, die das Bild vom Jugendlichen über den Bereich der Institution hinausgehend mitbestimmen.

1) Nach E.Q.Campbell, Adolescent Socialization, in: D.A.Goslin (Ed.), Handbook of Socialization. Theory and Research, Chicago 1969, S.821, ist Adoleszenz "... a status given defined rights and duties, and assigned a set of expected behaviors" und synonym "... we define adolescence as a system of rights and duties, a social role ...".

2) Siehe dazu F.Haug, Kritik der Rollentheorie, 1972; W.Gottschalk u.a., Sozialisationsforschung, Frankfurt 1971.

Die Im JGG enthaltenen Vorstellungen über Sozialisation stehen in einem engen inhaltlichen Zusammenhang mit Bewertungs- und Einschätzungsprozessen sowie mit den Erwartungen, die an die Rolle des Jugendlichen geknüpft werden. Sie dienen der Legitimation von Eingriffen in den Sozialisationsverlauf von Individuen, die sich in einer Operationalisierung von Erziehungszwecken und -zielen niederschlägt.

1. Die Kategorie des Status und ihre Relevanz für die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' anhand des täterstrafrechtlichen Kriteriums

Die soziologische Kategorie des Status, wie sie sich als bisheriges Ergebnis der Statusforschung darstellt, bezieht sich auf den Grad der Wertschätzung, der einzelnen Individuen von anderen Menschen zugeordnet wird¹⁾. Diese soziale Wertschätzung geht zurück auf die Zuordnung von verhaltensrelevanten Merkmalen²⁾, die in der Soziologie entweder unter dem Aspekt erworbener³⁾ oder zugeschriebener⁴⁾ Positionen oder unter dem Aspekt sog. subjektiver bzw. objektiver Merkmale⁵⁾ systematisiert werden.

Objektive Merkmale im Hinblick auf andere Individuen stellen sich nach K.M.Bolte⁶⁾ als ein Satz spezifischer, objektiv zurechenbarer und im Bereich großer sozialer Gebilde relevanter Positionen dar. Solche Merkmale sind Einkommen, Berufsposition, Bildung, Konfessionszugehörigkeit, die für andere Menschen in Form von äußeren Symbolen oder als Ver-

1) K.M.Bolte u.a., Soziale Schichtung, Opladen 1968, S.14

2) K.M.Bolte u.a., a.a.O., S. 12

3) Achieved positions; Beispiel: Beruf

4) Ascribed positions; Beispiel: Geschlecht, Alter, soziale Abstammung, Konfessionszugehörigkeit.

5) K.M.Bolte u.a., a.a.O., S.12 f.

6) K.M.Bolte u.a., a.a.O., S.12 f.

'Objektive' (weil sichtbare) Merkmale, die mit Positionen verbunden sind, wie beispielsweise Kleidung, Auto und Autotyp, Ausstattung der Wohnung etc.

haltensautonomie, soziale Sicherheit, Macht, Prestige, Privilegien¹⁾ sichtbar werden.

Das mit solchen Merkmalskombinationen verbundene methodische Vorgehen der Statusforschung wird im allgemeinen soziologischen Verständnis als 'objektiver Ansatz' bezeichnet²⁾.

Subjektive Merkmale hingegen resultieren aus Beurteilungen individuellen Verhaltens und schlagen sich in Attributen wie fleißig, treu, ehrlich usw. nieder. Subjektive Merkmale sind nach K.M.Bolte³⁾ im Nahbereich von Menschen relevant und hängen damit zusammen, "... daß man bestimmte Vorstellungen davon hat, wie sich der Inhaber einer bestimmten Position in bestimmten Situationen verhalten sollte, und daß man sein tatsächliches Verhalten mit dem von ihm erwarteten vergleicht."⁴⁾ - Subjektive Merkmale beziehen sich damit auf das "persönlichkeitsbestimmte Verhalten eines Positionsinhabers."

Diese vier genannten Systematisierungskriterien der Kategorie des Status beziehen sich auf deren Operationalisierung für die empirische Forschung der gegenseitigen Wertschätzung von Menschen durch Menschen. Das heißt, gegenseitige soziale Einschätzung ist mit Wertungen verbunden, die ihrerseits gesellschaftlich vermittelt sind.

Diese gesellschaftliche Vermittlung des Prozesses sozialer Wertung selbst erfährt in der Soziologie unterschiedliche Interpretationen. Sie wird auf Erziehungseinflüsse und persönliche Erfahrungen zurückgeführt, wobei unterschiedliche Wertakzente auftreten können⁵⁾; oder mit prinzipiellen Unterschieden des historischen und ökonomischen Zustandes von Gesellschaften verbunden⁶⁾; oder mit der unterschiedlichen gesellschaftlichen Relevanz von Positionen (strukturell-funktionalen Theorie) erklärt⁷⁾. Im weitesten Sinn wird die gesellschaftliche Vermittlung des Prozesses sozialer Wertung

1) R.Kreckel, Soziale Ungleichheit und 'offene Gesellschaft?', in: SW, Jg.23,1972, Heft 1

2) K.M.Bolte u.a., Soziale Schichtung, Opladen 1968, S.20

3) K.M. Bolte u.a., a.a.O., S.17

4) K.M. Bolte u.a., a.a.O., S.13

5) K.M. Bolte u.a., a.a.O., S.13

6) K.M. Bolte u.a., a.a.O., S.13

7) K.M. Bolte u.a., a.a.O., S.25

mit dem Phänomen sozialer Ungleichheit in einen Zusammenhang gebracht¹⁾, wofür wiederum divergierende theoretische Ansätze einen Anspruch auf Erklärung erheben. So führt K.M.Bolte vier Ansätze zur Erklärung sozialer Ungleichheit an²⁾, die diese auf 'natürliche' Unterschiede, als Folge von Privateigentum, von Arbeitsteilung, dem Vorhandensein von mehr oder weniger zwingenden Normen des Verhaltens zurückführen, ohne zu einer hinreichenden Erklärung zu gelangen.

K.M.Bolte verbindet das Problem des Ursprungs sozialer Ungleichheit unmittelbar mit den unterschiedlichen Wertungen im Sinne der Zuordnung höherer oder geringerer Wertschätzung³⁾, wobei die Wertungen eines Menschen einmal aus der Bewertung von Positionen⁴⁾, zum anderen aus der Bewertung persönlichkeitsbestimmten Verhaltens resultieren.

Als Zusammenfassung der Bestimmungsgründe der Zuordnung sozialer Wertschätzung und damit des gesellschaftlichen Status von Individuen definiert K.M. Bolte: die der Statuszuordnung zugrundeliegende soziale Wertschätzung als "Grad der Teilhabe an Werten der Gesellschaft"⁵⁾. Von diesem Standpunkt aus sucht

- 1) K.M.Bolte u.a., a.a.O., S.23
R.Kreckel, a.a.O., S.20 ff.
- 2) 1. Soziale Ungleichheit beruht auf 'natürlichen' Unterschieden der Menschen (Aristoteles)
2. Bestimmungsfaktor sozialer Ungleichheit ist die Entstehung und Existenz von Privateigentum, insbesondere an den Produktionsmitteln (J.-J.Rousseau, L.v.Stein, K.Marx)
3. Mit Punkt zwei gleichrangiger Bestimmungsfaktor sozialer Ungleichheit ist die Arbeitsteilung (E.Durkheim, K.Bücher, G.Schmoller u.a.)
4. Soziale Ungleichheit als Folge der 'Existenz von mit Sanktionen versehenen Normen des Verhaltens' (Dahrendorf).
- 3) K.M.Bolte, a.a.O., S.26
- 4) K.M.Bolte u.a., a.a.O., S. 26. - "a) Die Bedeutung einer Position im Sinne von gradueller Teilhabe an und Vermittlung von primären gesellschaftlichen Zielsetzungen (...), b) der einer Position zuzurechnende Grad legitim erscheinender Verhaltenskontrolle und c) der Grad der in einer Position für ihren Inhaber enthaltenen Verhaltensautonomie genannt."
- 5) K.M.Bolte u.a., a.a.O., S.27. - Zusammenfassend definiert K.M.Bolte: "... daß hinter der Wertung von Menschen durch Menschen - vor allem im Sinne der Zuordnung von höherer oder geringerer sozialer Wertschätzung - ganz offenbar das Bewußtsein steht, sich und jene, mit denen man Umgang hat, in ein Verhältnis zu den zentralen 'Werten' der Gesellschaft (d.h. zu den Konzeptionen vom letztlich als wünschens- und erstrebenswert Erachteten) zu bringen. Soziale Wertschätzung

K.M.Bolte nach Bestimmungsfaktoren für die empirische Erforschung des Status von Individuen, in denen sich das Verhältnis zu den zentralen Werten einer Gesellschaft manifestiert und als Bedingungen sozialer Wertschätzung im Bewußtsein der Menschen verfestigt und von ihnen bewertet werden¹⁾. Solche Kriterien für die 'Wertteilhabe' sind primär der Beruf, das Erreichen einer Berufsposition aufgrund der Leistungsfähigkeit (nicht aufgrund der Herkunft)²⁾, das Bewußtsein in einer Gesellschaft, daß zwischen Einkommen und dem Aufwand eines Menschen (Statussymbole) sowie dessen 'Leistung' ein Zusammenhang bestehe³⁾. Kriterien also, die sich im Verhalten der Mitglieder eines sozialen Gebildes⁴⁾ niederschlagen und die von K.M.Bolte als 'verhaltensrelevante Differenzierung sozialer Wertschätzung' bezeichnet werden.

Verhaltensrelevante Differenzierungen sozialer Wertschätzung sind jedoch auch auf Alterskategorien bezogen. Die Alterskategorie der Jugend und deren Wert- und Einschätzung durch das Jugendgerichtsgesetz sollen im analytischen Teil der Arbeit ausführlich behandelt werden.

Nun muß jedoch für die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im JGG folgender Unterschied gemacht werden. Die bisherigen Erläuterungen der soziologischen Kategorien des Status bezogen sich auf die Entwicklung von Kriterien für die empirische Erforschung des Status von Individuen. Diese sind jedoch für die hier vorzunehmende Analyse nur von geringer Relevanz. Von ausschlaggebender Bedeutung ist vielmehr die Frage nach den Bewertungskriterien, die im JGG selbst manifestiert sind und den Statuszuweisungsprozeß bestimmen.

In soziologischer Betrachtungsweise sind die Bewertungsschemata selbst, nach denen das einzelne Individuum die Wertung anderer Menschen - als prozessualer Vorgang zu verstehen - vornimmt, gesellschaftlich vermittelt in allgemein anzustrebenden

erscheint damit also als Inbegriff des einem Menschen zugeordneten Grades der Teilhabe an den vom Betrachter internalisierten (übernommenen und geglaubten) gesellschaftlichen Werten" (Im Text kursiv U.H.)

1) K.M.Bolte u.a., a.a.O., S.28

2) Eine forschungsorientierte Beurteilung des Kriteriums 'Berufsprestige' im Zusammenhang mit der Analyse sozialer Mobilität nimmt R.Kreckel, a.a.O., S. 26 ff. vor.

3) und 4) K.M.Bolte u.a., a.a.O., S.28 und 14

Werten. Diese unterliegen darüberhinaus einer schichtspezifischen Akzentuierung, die im Verlauf der Erziehung ausgeprägt wird. Solche Bewertungsschemata selbst müssen keineswegs dem bewertenden Individuum ständig bewußt sein¹⁾.

Als allgemein anzustrebende und durch das herrschende Selbstverständnis kapitalistischer und parlamentarisch-demokratisch geregelter Gesellschaften vermittelte Werte können nach R. Kreckel²⁾ gelten: gleiche Rechte und gleiche Chancen eines Individuums, seinen eigenen Platz (U.H. wohl zu interpretieren als Status) in der Gesellschaft im Rahmen seiner Fähigkeiten frei und ohne Behinderung zu bestimmen, d.h. gleiche Zugangschancen zu ungleichwertigen sozialen Positionen³⁾. Solche Werte manifestieren sich im Zusammenhang mit der historischen Entwicklung des Liberalismus und dessen historischer Verknüpfung mit der Entwicklung des auf Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Kapitalismus. Diese ideologische Form 'allgemeiner Werte' schlägt sich auch in der formalen Gleichheit aller Mitglieder eines staatlichen Gebildes vor dem Gesetz nieder und kommt auch in den normativen Grundannahmen des deutschen Strafrechts sowie im Jugendgerichtsgesetz zum Ausdruck. Ein Aspekt des Bewertungsschematas ist somit die Gleichheit aller Jugendlicher vor dem Gesetz.

Die schichtspezifische Akzentuierung der Bewertungsschemata findet, bezogen auf die Thematik der Arbeit, ihre Ausprägung im Gerichtsverfahren, in dem sich die am Verfahren Beteiligten nicht nur in der dichotomen Dimension Jugend - Erwachsene gegenüberstehen, sondern der Bewertungsvorgang sozialer Wertschätzung bestimmt ist durch deren Zugehörigkeit zu disparitären Lebensbereichen, wie das in der Richtersozio-logie wiederholt empirisch erforscht wurde.

Der Gleichheitsgrundsatz vor dem Gesetz verbietet es jedoch, Jugendliche in den Kommentaren zum JGG als in Schichten differenzierte und damit sozial ungleiche Individuen zu betrachten.

1) K.M.Bolte u .a., a.a.O., S.28

2) R.Kreckel, a.a.O., S.24

3) R.Kreckel, a.a.O., S.26

Die Frage nach den Kriterien, nach denen der Statuszuweisungsprozeß im JGG bestimmt ist, läßt sich nicht allein und allgemein als vermittelt durch gesellschaftliche Werte darstellen. Die Frage muß im Sinne der aufgestellten Arbeitshypothese spezifiziert werden, das heißt die Kriterien bzw. Bewertungsschemata müssen zwar auch durch allgemeine Werte vermittelt, aber insbesondere durch die rechtsdogmatischen Grundannahmen des Jugendstrafrechts bestimmt gesehen werden¹⁾.

2. Die Kategorie der Rolle und ihre Relevanz für die Analyse anhand des taterstrafrechtlichen Kriteriums

Die theoretischen Zusammenhänge, in denen die Kategorie der sozialen Rolle angesiedelt ist, sollen hier als vertraut vorausgesetzt werden. Ohne in dieser Arbeit auf die diversen Ansätze der Rollentheorie (Dahrendorf, Popitz, Tenbruck, Dreitzel, Goffman) eingehen zu können, interessiert hier die Frage: Welche Bedeutungsinhalte werden sichtbar, wenn eine Institution - in unserem Falle das JGG - an Jugendliche Rollenerwartungen heranträgt? Auf welche Ausschnitte sozialen Handelns und Verhaltens beziehen sich diese und wie kommt es zu spezifischen Erwartungsschemata?

Eine erste Sichtung der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im JGG zeigte, daß es einmal um normative Rollenerwartungen geht, zum anderen um Erwartungen an das tatsächliche Rollenverhalten. Der normative Aspekt wird von R.Dahrendorf vertreten, der Aspekt faktischen Rollenverhaltens steht im Mittelpunkt des Ansatzes von H.Popitz. Es sollen deshalb nur diese beiden Auffassungen der Kategorie der Rolle referiert werden, mit denen sich im analytischen Teil der Arbeit die Bedeutungsinhalte über Jugendliche im JGG erfassen lassen.

R.Dahrendorf geht aus vom Axiom, daß der Mensch Träger sozial vorgeformter Rollen²⁾ und dieser homo sociologicus kein Ab-

1) Siehe in dieser Arbeit, S. 58 ff.

2) R.Dahrendorf, Homo Sociologicus, in: R.Dahrendorf, Pfade aus Utopia, München 1967, S.133

bild der Wirklichkeit, sondern eine wissenschaftliche Konstruktion¹⁾ sei, die im Schnittpunkt des Einzelnen und der Tatsache der Gesellschaft²⁾ stehe. R.Dahrendorf verknüpft den Begriff der Rolle aufs engste mit dem der sozialen Position, als ebenfalls etwas prinzipiell unabhängig vom Einzelnen Denkbare.³⁾

Infolgedessen handelt es sich bei dem von R.Dahrendorf entwickelten Rollenbegriff stets um Ansprüche bzw. Erwartungen der Gesellschaft an das Verhalten von Trägern von Positionen (Rollenverhalten), aber auch um Ansprüche an sein Aussehen, seinen 'Charakter' (Rollenattribute)⁴⁾. "Soziale Rollen sind Bündel von Erwartungen, die sich in einer gegebenen Gesellschaft an das Verhalten von Trägern von Positionen knüpfen"⁵⁾ und die durch folgende analytische Merkmale näher bezeichnet sind: Soziale Rollen sind vom einzelnen Individuum unabhängige Komplexe von Verhaltensvorschriften⁶⁾, ihr Inhalt ist durch Normen bestimmt⁷⁾ und deren Verbindlichkeit wird durch Sanktionen reguliert⁸⁾.

1) R.Dahrendorf, a.a.O., S.134

2) R.Dahrendorf, a.a.O., S.157

3) R.Dahrendorf, a.a.O., S.141

4) R.Dahrendorf, a.a.O., S.144. - "Weil Herr Schmidt Studienrat ist, sind von ihm gewisse Attribute und ein gewisses Verhalten verlangt; das gleiche gilt für jede seiner 15 Positionen."

5) R.Dahrendorf, a.a.O., S.144. - "Obwohl die soziale Rolle, die zu einer Position gehört, uns nicht verraten kann, wie ein Träger dieser Position sich tatsächlich verhält, wissen wir doch, wenn wir mit der Gesellschaft, die diese Rolle definiert, vertraut sind, was von ihrem Spieler erwartet wird."

6) R.Dahrendorf, a.a.O., S.145. - "(1) Soziale Rollen sind gleich Positionen quasiobjektive, vom Einzelnen prinzipiell unabhängige Komplexe von Verhaltensvorschriften." Frage: Wie werden die vorgeprägten Rollen zum Teil des Sozialverhaltens Einzelner?

7) R.Dahrendorf, a.a.O., S.145. - "(2) Ihr besonderer Inhalt wird nicht von irgendeinem Einzelnen, sondern von der Gesellschaft bestimmt und verändert." - Frage: Wer oder was ist 'die Gesellschaft'?

8) R.Dahrendorf, a.a.O., S.145. - "(3) Die in Rollen gebündelten Verhaltenserwartungen begegnen dem Einzelnen mit einer gewissen Verbindlichkeit des Anspruches, so daß er sich ihnen nicht ohne Schaden entziehen kann." - Frage: Wie kann die Verbindlichkeit von Rollenerwartungen garantiert werden?

Die Frage ist nunmehr, inwieweit sich der Dahrendorf'sche Rollenbegriff zur Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' eignet.

Der Begriff der sozialen Rolle bei Dahrendorf ist ausschließlich mit der Kategorie der Position verknüpft. Jugendliche haben jedoch nur in beschränktem Umfang gesellschaftliche Positionen erreicht. Außerdem bezieht sich der Anwendungsbereich des JGG auf eine Alterskategorie und nicht auf Positionsinhaber. Daher ist der Dahrendorf'sche Rollenbegriff nur bedingt geeignet. Wodurch er sich jedoch als brauchbar für die vorzunehmende Analyse erweist, ist das Merkmal der normativen Bestimmung von Rolleninhalten. Damit ist die Frage verbunden, welche organisierten Bezugsgruppen¹⁾ - öffentliche Organisationen, Institutionen, Standesorganisationen, Betriebe, Parteien etc. - die Rollenerwartungen und -ansprüche an den Einzelnen festlegen.

Auch bei H.Popitz ist die Kategorie der sozialen Rolle ein analytisches Mittel, um soziale Handlungszusammenhänge zu erfassen. Gleichzeitig ist diese aber auch ein Konstruktionsmittel zur abstrahierenden Darstellung sozialer Strukturen²⁾, die bei Dahrendorf durch die Verknüpfung mit dem Strukturbegriff der Position vorweggenommen ist³⁾.

Bei der Ableitung seiner Rollenkategorie setzt H.Popitz deshalb verbindend als Axiom die umfassenderen Kategorien der sozialen Normierung und der sozialen Differenzierung⁴⁾. Er kommt damit zum Begriff der Normfächerung. Danach können soziale Normen einmal für alle Mitglieder einer Gesellschaft gelten, zum anderen aber auch nur für bestimmte Klassen von Individuen. Ferner kommt H.Popitz dadurch zum Begriff der positionellen Verfestigung, mit dem bestimmte Differenzierungs-

1) R.Dahrendorf, a.a.O., S.157

2) H.Popitz, Der Begriff der sozialen Rolle als Element der soziologischen Theorie, Tübingen 1967, S.7

3) Hat der Dahrendorf'sche Rollenbegriff eine rein analytische Funktion, so der Rollenbegriff bei Popitz zusätzlich eine konstruktive Funktion.

4) H.Popitz, a.a.O., S.8

phänomene bezeichnet werden können¹⁾ und an die verbindlich erwartete Verhaltensweisen (Rollennormen) fixiert sind.

"Soziale Rollen sind dementsprechend Bündel von Rollennormen, spezialisierte, aufeinander bezogene normative Subsysteme."²⁾ Den Verhaltensnormen komme deshalb bei der Analyse der sozialen Rolle besondere Bedeutung zu.

Verhaltensnormen beziehen sich nach H.Popitz - im Gegensatz zu R.Dahrendorf - auf tatsächlich ablaufendes Verhalten³⁾ zwischen Normadressat und Normbenefizier⁴⁾. Ferner setzt nach H.Popitz die Entwicklung von Verhaltensnormen voraus, daß Verhaltensregelmäßigkeiten festgestellt werden können⁵⁾, die mit Merkmalen spezifischer Situationen verbunden sind. Weiter müssen Verhaltensnormen von anderen Verhaltensregelmäßigkeiten durch das Merkmal unterschieden werden, daß auf abweichendes Verhalten negativ sanktionierende Reaktionen erfolgen⁶⁾. Dabei werden Reaktionen dann als Sanktionen gewertet, wenn diese deutlich als Reaktion auf Abweichung von anderen erkennbar sind. Nicht zuletzt soll der Begriff der Rolle die besondere normative Situation der Inhaber bestimmter Positionen bezeichnen⁷⁾, was die Einbeziehung von gebräuchlichen Verhaltensregelmäßigkeiten und sozialen Gewohnheiten ermöglicht.

Die Auffassung des Rollenbegriffs von H.Popitz wird für die vorzunehmende Analyse dann relevant, wenn es - wie eine erste Sichtung der Indikatoren zeigte - um Verhaltenserwartungen an straffällig gewordene Jugendliche geht, denen antizipatorisch ein faktisches (negatives) Verhalten, bezogen auf die spezifische Situation der Straftat, unterstellt wird.

1) H.Popitz, a.a.O., S.10

2) H.Popitz, a.a.O., S. 11, 21

3) H.Popitz, a.a.O., S.22. - "Wir beziehen uns also auf ein tatsächlich ablaufendes Verhalten, nicht auf ein gewünschtes oder als verbindlich gedachtes und auch nicht auf subjektiv erwartetes Verhalten."

4) Empirisch-methodisch wären solche Verhaltensnormen durch Befragung zu erschließen.

5) H.Popitz, a.a.O., S.26

6) H.Popitz, a.a.O., S.28 f.

7) H.Popitz, a.a.O., S. 30 f.

Es ist zwar wichtig, die unterschiedlichen Dimensionen der Kategorie der sozialen Rolle nach Rollenbegriffen von R.Dahrendorf und H.Popitz einsichtig zu machen, um deren analytische Brauchbarkeit einschätzen zu können. In der Analyse der Bedeutungsinhalte von Jugend im JGG soll jedoch auf eine explizite Trennung der Begriffe verzichtet werden, zumal es ja nicht darum geht, die Rolle des Jugendlichen empirisch zu untersuchen, sondern vielmehr darum, aufzuzeigen, in welcher Form und mit welchem Inhalt die an den Jugendlichen gestellten Verhaltenserwartungen im JGG ausgewiesen sind.

3. Das Jugendgerichtsgesetz als gesellschaftliche Rahmenbedingung für Interventionen in den Sozialisationsprozeß

Wenn sich die vorzunehmende Analyse der Bedeutungsinhalte von Jugend im JGG mit den Vorstellungen befaßt, die im JGG über den Prozeß der Sozialisation und dessen Zielrichtung vorherrschen, so muß Sozialisation als ein allgemeines Problemfeld der Soziologie begrifflich soweit eingeschränkt werden, als es für die Arbeit zulässig erscheint.

In der Sozialisationsforschung nimmt die Frage 'Wie vollzieht sich Sozialisation?' einen breiten Raum ein. Zwei theoretische Auffassungen darüber sollen kurz erläutert werden.

T.Parsons analysiert im Rahmen der strukturell-funktionalen Theorie den Sozialisationsprozeß als Erlernen komplementärer Rollenerwartungen¹⁾ (Regeln, Normen, Werte, Sanktionen), die an das Verhalten des einzelnen Individuums gestellt und in ihrer Verklammerung durch die Internalisation wertorientierter Verhaltensmuster²⁾ gesehen werden müssen. Eine Projizierung dieser Auffassung auf die Funktion des JGG ist möglich, weil das der strukturell-funktionalen Theorie eigene theoretische Interesse auf institutionalisierte Handlungsverläufe und deren integrativer Wirkung gerichtet ist (mit der Tendenz zum Systemgleichgewicht), die auch auf die Aufrechterhaltung der Rechts-

1) T.Parsons, The Social System, New York 1951, Paperback, 2. Aufl.1965, S.204 ff.

2) T.Parsons, a.a.O., S.208.

ordnung, als einem Subsystem, bezogen werden kann.

Anders verhält es sich mit dem Theorieansatz des symbolischen Interaktionismus, der von der Annahme ausgeht, daß zwischen Individuum und Gesellschaft eine Identität besteht. Diese Identität wird - grob umrissen - im Verlauf der Sozialisation dadurch hergestellt, daß sich Individuen gegenseitig erfahren und ihre gegenseitigen Erwartungen in einem kontinuierlichen Prozeß eines über sprachliche Symbole vermittelten 'taking the role of the other' (G.M.Mead)¹⁾ internalisieren. Dabei wird die soziale Kontrolle als Selbstkontrolle in das Individuum hineinverlegt.

Sozialisation beruht hier nicht auf dem Erlernen normativer Erwartungsstrukturen, sondern auf der Voraussetzung, daß sich soziales Handeln in einem interpretativen Prozeß vollzieht, der auf der Wahrnehmung von Bedeutungsinhalten einer Situation und deren Vermittlung in der sozialen Interaktion mit anderen Individuen²⁾ beruht. Gesellschaftliches Verhalten besteht danach aus dem Verhalten von Individuen, die ihre 'Handlungslinien'³⁾ aneinander anpassen und gemeinsame Handlungen immer wieder von neuem entwickeln. Eine solche Auffassung des Sozialisationsprozesses bezieht sich damit auf soziales Handeln im Vorraum institutionalisierter, normativer Rollenerwartungen. Institutionalisiertes Handeln wird als gemeinsames Handeln betrachtet, das aus ständigen Interpretationsprozessen früherer Handlungen der Teilnehmer hervorgeht.

Mit diesem Ansatz wäre durchaus befriedigend der im Jugendgerichtsverfahren zwischen den Beteiligten ablaufende Interaktionsprozeß und die daraus resultierende Urteilsfindung des Jugendrichters zu beschreiben und theorie-immanent zu erklären.

1) G.M.Mead, Mind, Self and Society, Chicago 1934, 9.Aufl. 1952, S.254.

2) Siehe dazu H.Blumer, Der methodologische Standort des symbolischen Interaktionismus, in: Arbeitsgemeinschaft Bielefelder Soziologen (Hrsg.), Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit,rororo-Studium 54,S.80ff.

3) H.Blumer, a.a.O., S.96

Nun bezieht sich das Jugendgerichtsgesetz auf institutionalisierte Entscheidungen, die nicht nur interpretierend, sondern mit faktischen Folgen in den Sozialisationsprozeß von Individuen eingreifen und darauf gerichtet sind, 'Sozialisationsdefizite' zu beseitigen. Auf der anderen Seite müssen solche Eingriffe legitimiert werden.

Es kommt deshalb nicht sosehr darauf an, im Rahmen der Arbeit auf das 'Wie' von Sozialisationsprozessen und deren Auswirkungen auf das Individuum auszugehen, sondern vielmehr das Jugendgerichtsgesetz als Sozialisationsinstanz und damit als eine (neben anderen) gesellschaftliche Rahmenbedingung für Sozialisation bzw. Resozialisierung zu sehen.

Als Institution versteht sich das Jugendgerichtsgesetz selbst sowohl als Sanktions- als auch als Sozialisationsinstanz¹⁾.

Mit Ausnahme der 'erzieherisch zu gestaltenden' Jugendgerichtsverhandlung braucht sich die Instanz des Jugendgerichts nicht selbst mit der Durchführung erzieherischer Maßnahmen zu befassen²⁾. Das Jugendgericht ist primär eine Entscheidungsinstanz und damit bloßes Vehikel zur Sozialisation bzw. Resozialisierung. Hier werden im Urteilsspruch Art und Dauer von Erziehungsmaßnahmen und Strafe entschieden und festgelegt, deren Ziel es ist, künftige Rechtsverletzungen zu verhindern, den Täter zu bessern und die Rechtsordnung durch Strafe wieder herzustellen.

Die vorzunehmende Analyse muß sich deshalb nicht mit der Art und Weise befassen, wie Sozialisationsprozesse vor sich gehen, sondern vielmehr mit den Vorstellungen und Inhalten, die den Entscheidungen für/gegen bestimmte Sozialisationsmaßnahmen zugrunde gelegt werden.

-
- 1) Auf die Widersprüchlichkeit dieses Sowohl-als-auch und die Überwindung dieser Widersprüchlichkeit wurde auf S. 49 ff dieser Arbeit ausführlich hingewiesen.
 - 2) Aufgaben bestehen, wenn der Jugendrichter selbst die Bewährungshilfe übernimmt, wenn er als Vollzugsleiter einer Strafanstalt eingesetzt ist oder wenn er Erziehungsgespräche im Jugendarrestvollzug wahrnimmt.

TEIL III

DIE ANALYSE DER BEDEUTUNGSINHALTE VON 'JUGEND' IM JUGENDGERICHTSGESETZ (JGG)

I. Die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' anhand des täterstrafrechtlichen Kriteriums¹⁾

In diesem Kapitel sollen die nach dem täterstrafrechtlichen Kriterium zu analysierenden Indikatoren der an 'Jugend' herangezogenen Vorstellungen herausgearbeitet werden.

Als Indikatoren dienen statements über Jugendliche und Heranwachsende, die in den Kommentaren zum JGG enthalten sind. Sie reflektieren einmal generelle, auf die Alterskategorie 'Jugend' bezogene Einschätzungen des psychologischen Entwicklungsstandes Jugendlicher - sozusagen einen Normalzustand des 'Soseins' -, zum anderen aber auch ganz spezifische Erwartungen im Hinblick auf das Verhalten straffälliger Jugendlicher und Heranwachsender.

1. Die Einschätzung des Entwicklungsstandes Jugendlicher durch das JGG

1.1. Die Beschreibung der Indikatoren

Nach § 3 JGG setzt die Verurteilung eines Jugendlichen voraus, daß dessen Altersreife positiv festgestellt wird²⁾, um daraus auf die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit und Verantwortlichkeit des beschuldigten Jugendlichen schließen zu können.

Zurechnungsfähigkeit und Verantwortlichkeit sind zwei im JGG³⁾ nicht eindeutig zu trennende Begriffe. Der Begriff der Zurechnungsfähigkeit ist mit den Bedingungen der Vorwerfbarkeit von Schuld befaßt und bezieht sich auf die schuldstrafrechtlichen Elemente des JGG. - Der Begriff der Verantwortlichkeit

1) Zum täterstrafrechtlichen Kriterium siehe in dieser Arbeit S. 58 f.

2) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.34 (§3 JGG).

3) Wie auch im Erwachsenenstrafrecht

Der Jugendliche sei deshalb kein 'kleiner Erwachsener'¹⁾, sondern ein 'Wesen eigener Art', "... das biologischen, soziologischen und charakterologischen Eigengesetzlichkeiten" folge²⁾.

Der Unterschied im Vergleich mit Erwachsenen bestehe darin, daß der Erwachsene ausgereift und selbständig sei, während der Jugendliche noch der Führung und des Vorbildes bedürfe³⁾.

1.2. Die Analyse der Indikatoren

Die Beurteilung der Verantwortlichkeit und der Handlungsfähigkeit des Jugendlichen gegenüber Rechtsnormen als Voraussetzung für die Judizierung impliziert eine generelle Einschätzung von 'Jugend' als Alterskategorie - also nicht nur eine Einschätzung straffällig gewordener Jugendlicher.

Das Bild des Jugendlichen, wie es sich aus der Einschätzung und Bewertung des sozialen Entwicklungsstandes herauskristalisieren läßt, wird in dualistischen Merkmalskategorien dar-

1) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.2. "... Jugendliche keine kleinen Erwachsenen, sondern ganz andere, eben in der Entwicklung stehende Wesen."

"Abenteuertrieb, Hang zum Übertreiben, Kraftmeierei, Neugierde, Phantasie, Spieltrieb, Grausamkeit, falsche Vorstellungswelt (z.B. falsch verstandene Kameradschaft), Sturm und Drang der Pubertät bestimmen weithin die Handlungen Jugendlicher." - "Der Unterschied besteht vor allem darin, daß der Jugendliche noch der Führung und des Vorbildes bedarf (auch wenn er sich selbständig gebärdet!), in seiner Unausgeglichenheit Verlockungen leichter erliegt und oft den Unrechtsgehalt der Tat nicht oder nicht in vollem Umfang erkennt."

2) Potrykus, Die tragenden Gedanken des Jugendstrafrechts, in: UJ, 7.Jg., 1955, Heft 1, S.7 f. "...biologischen in Form von körperlichen Wachstums- und Umschichtungsprozessen, soziologischen durch das Hineinwachsen aus der Welt des Kindes in die Erwachsenenwelt, die immer komplizierter wird, und charakterologischen durch das Übergangsstadium von hoher Labilität des Denkens, Fühlens und Handelns." Ähnlich W.Becker, Nochmals Grundsätzliches zum praktischen Jugendstrafrecht, RdJ, 1958, S. 339

3) Potrykus, Komm.JGG 1955, S.97

gestellt, und ist an einer Differenzierung sozialer Reife orientiert, in der unausgesprochen auch Vorstellungen vom Bild des (reifen) Erwachsenen enthalten sind.

Merkmale, die allgemein Jugend- Gegenteilige Merkmale, die den
lichen zugeschrieben werden: Maßstab für Erwachsene abgeben:

Unfertigkeit	Fertigkeit
Bedarf der Führung und des Vorbildes	Ist ausgereift und selbständig
Unausgeglichenheit	Ausgeglichenheit
Labilität	Sicherheit
Sturm und Drang	Konstanz
Andersartige Vorstellungswelt	Richtige Vorstellungswelt
Nicht abgeschlossene Entwicklung	Abgeschlossene Entwicklung
Beeinflußbarkeit	Unbeeinflußbarkeit
Schwankungen im Reifeprozess	Abgeschlossener Reifeprozess

Diese generelle Einschätzung der Alterskategorie 'Jugend' schlägt sich in entwicklungspsychologischen Merkmalen nieder, die als Symptom einer im Vergleich zum Erwachsenen noch nicht abgeschlossenen Entwicklung gewertet werden. 'Jugend' wird somit als Alterskategorie betrachtet, die sich bezüglich ihres psychologischen Entwicklungsstandes von der Alterskategorie der 'Erwachsenen' insofern unterscheidet, als die psychologischen Voraussetzungen für eine abgeschlossene Entwicklung, die nach der JGG das Kriterium der Alterskategorie der 'Erwachsenen' ausmachen, noch nicht erreicht sind. Das entspricht dem 'Verständnis'-Stereotyp¹⁾ der Jugendpsychologie der dreißiger Jahre (Spranger, Nohl).

Soziologische Kriterien zur Einschätzung des Jugendlichen und Heranwachsenden als Alterskategorie hingegen werden nur verschwommen als mangelnde Lebenserfahrung²⁾, als negativ gewertete Empfänglichkeit von äußeren Einflüssen³⁾ oder ganz allgemein als Hineinwachsen aus der Welt des Kindes in die Erwachsenenwelt⁴⁾ sichtbar.

1) H.Giesecke, Die Jugendarbeit, München 1971 (2.Aufl.1973) S.134

2) Potrykus, Komm.JGG 1955, S.97

3) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955, S.39

4) Potrykus, Die tragenden Gedanken des Jugendstrafrechts, in: UJ, 7.Jg.1955, Heft 1, S.7

Solche allgemeinen Annahmen über Jugendliche als Altersphase sind auch in der deskriptiv vorgehenden Jugendsoziologie durchaus üblich. So definiert G.Wurzbacher¹⁾ die Jugendzeit soziologisch als Phase krisenreicher Wandlungen, als Phase des Übergangs von der Kindes- in die Erwachsenengesellschaft und damit in Gesellschaft und Kultur; diese Phase sei verbunden mit Verunsicherungen; psychologisch sei diese Phase als jugendliche Reifezeit zu bezeichnen, die mit Pubertätskrisen verbunden sei, - J.Schiffer²⁾ umreißt die Charakterisierung des Phänomens Jugend unter dem Aspekt eines konfliktreichen Übergangs zwischen Kindheit und Erwachsenenheit. - F.Neidhardt³⁾ beschreibt diese Phase als Übergang vom Status oder der Rolle des Kindes zu dem/der eines Erwachsenen. - J.E.Ellemers⁴⁾ spricht vom Übergang von der 'family of orientation' zur 'family of procreation'.

Im JGG sichtbar werdende soziologische Kriterien, die in Beziehung zu gesamtgesellschaftlichen Erscheinungen stehen, werden als diffus umrissene 'Umwelteinflüsse' aus der Reflexion des Bildes von 'Jugend' im JGG ausgeklammert.

Unterziehen wir die außerjuristische Operationalisierung der generellen Einschätzung von 'Jugend' einer soziologischen Betrachtung, so wird deutlich, daß sich die juristische Begriffsbildung von 'Jugend' im JGG aus einer dichotomen Abstraktion zwischen 'Jugendlichen' und 'Erwachsenen' heraus begründet, die weder Jugend als eigenständige 'Phase' (F.Neidhardt) noch als Strukturmerkmal sieht.

Die dichotome, verallgemeinernde Vorstellung vom reifen Erwachsenen und vom unreifen Jugendlichen durchzieht die Diskussion um das JGG bereits weit vor dessen legislativer Verankerung (1923). Im Jahr 1892 wurde von H.Appelius diese Vorstellung als Kriterium für die strafrechtliche Altersreife angeführt. H.Appelius ging vom Standpunkt aus, daß für die Strafbarkeit der Grad der sittlichen Reife ausschlaggebend sein müs-

- 1) G.Wurzbacher, Sozialisation-Enkulturation-Personalisation, in: G.Wurzbacher (Hrsg.), Der Mensch als soziales und personales Wesen, Stuttgart 1963, S.1. 46
- 2) J.Schiffer, Zentrale Probleme der Jugendsoziologie, Bern 72, S.14
- 3) F.Neidhardt, Die junge Generation, Opladen 1967, S.14
- 4) J.E.Ellemers, Allgemeine Ursachen der Ausdrucksformen moderner Jugend, in: L.v.Friedeburg (Hrsg.), Jugend in der modernen Gesellschaft, Köln/Berlin 1965, S.202.

se. Das bedeute, daß das Kind erst soweit entwickelt sein müsse, "... daß sich bei ihm normale Vorstellungen bilden wie bei Erwachsenen...".¹⁾

Die dichotome Abstraktion zwischen 'Jugendlichen und 'Erwachsenen' kann somit nicht unabhängig von den rechtsdogmatischen Grundannahmen und den durch diese bestimmten außerjuristischen Argumentationen in der Rechtssprechung des JGG gesehen werden²⁾.

Eine solche Sichtweise bietet einen Erklärungsaspekt für die im JGG implizierten Bedeutungsinhalte von 'Jugend', denn sie umfaßt sowohl juristische Abgrenzungskriterien von Alterskategorien als auch rechtsdogmatisch vermittelte außerjuristische Kriterien der Statuszuweisung und verallgemeinernde psychologische Bewertungsschemata.

1.2.1. Die juristischen Kriterien der Statuszuweisung

Es ist ein grundsätzliches Erfordernis der Jurisprudenz, daß derjenige Personenkreis genau benannt wird, für den ein Gesetz zur Anwendung kommt, bzw. zu fixieren, welches Gesetz an welchen Personenkreis gebunden ist. In extensivster Weise ist das in Form von Grundgesetzen der Fall.

Damit verbunden ist, daß allen Individuen eines Rechtssystems als 'Mitgliedern einer Rechtsgemeinschaft', vor dem Gesetz der gleiche Status zugeschrieben wird (Gleichheitsprinzip des Art. 3 GrundG).

Nun gibt es Geltungsbereiche normierten sozialen Verhaltens, die für alle Individuen eines Rechtssystems relevant sind, wie beispielsweise strafrechtliche Normen (wenn auch die Sanktionen unterschiedlichen Charakter tragen (Strafvollzug)), und sich damit einem unmittelbar aus dem Gesetz ableitbaren, mit Ungleichheit verbundenem Wertschätzungsprozeß im soziologischen Sinn entziehen.

Darüber hinaus werden in Sub-Rechtssystemen, wie beispielsweise dem Ehrerecht, dem Familienrecht, dem Jugendrecht etc. auf

1) H.Appelius, Die Ursachen der hohen Kriminalitätsziffer der Jugendlichen, 1892, in: B.Simonsohn (Hrsg.), Jugendkriminalität, Strafjustiz und Sozialpädagogik, Frankfurt/M., 1969, S.30 f. S.31.

2) Von juristischer Seite kritisiert K.Peters (Tendenzen der Jugendstrafrechtsreform, in: UJ 1965, Heft 7, S.295) diese absolute (dichotome) Strafmündigkeits-Festsetzung und spricht sich für eine relative Strafmündigkeit aus.

spezifische Verhaltensbereiche bezogene Rechtsnormen konstituiert, denen auch eine spezifische Abgrenzung desjenigen Personenkreises entspricht, für den ein bestimmtes Gesetz Anwendung findet.

In allen diesen Fällen handelt es sich um reine Nominaldefinitionen, die allein aus dem Anwendungsbereich von Gesetzen heraus aufgestellt werden. Dabei werden entweder Alterskategorien, Statuskategorien, Eigentumskategorien, Einkommensverhältnisse etc. als Definiens herangezogen, innerhalb deren Individuen gleichgestellt sind.¹⁾

Das Jugendgerichtsgesetz geht aus von den für alle Mitglieder eines Rechtssystems relevanten strafrechtlichen Normen, sein Anwendungsbereich jedoch erfährt eine Spezifizierung auf die Alterskategorie der Jugendlichen und Heranwachsenden.

Für den Anwendungsbereich des Jugendgerichtsgesetzes wird nominal definiert, daß darunter die Alterskategorie der zwischen 14 und 18 Jahre alten Personen (Jugendliche)²⁾ und die zwischen 18 und 21 Jahre alten Personen (Heranwachsende) fällt³⁾.

In der juristischen, auf den Anwendungsbereich von Gesetzen bezogenen Nominaldefinition wird die Alterskategorie der über 21 Jahre alten Individuen als 'Erwachsene' bezeichnet⁴⁾, die

1) Erwachsene = alle Personen über 21 Jahre; Ehemann, Ehefrau = alle verheirateten Personen; Kinder = alle Personen unter 14 Jahre nach dem JGG; Kinder = alle Personen in direkter absteigender Verwandtschaft (Familienrecht).

2) Nach dem Entwurf des neuen Jugendhilfegesetzes wird die strafrechtliche Mündigkeit auf 16 Jahre heraufgesetzt.

3) Bei dieser juristischen Nominaldefinition des Jugendalters ist jedoch eine Parallele zwischen der psychologischen Abgrenzung der Hochpubertät und der Jugendkrise (Jugendliche) sowie der Adoleszenz (Heranwachsende) zu finden. Die Altersstufe um 20/21 Jahre wird als relativer Abschluß der Jugendentwicklung betrachtet. Nach Rempelin, Die seelische Entwicklung des Menschen im Kindes- und Jugendalter, München 1969, 16. Aufl., S. 367.

H. Rempelin wird hier angeführt, weil er in den Kommentaren als empfehlenswerte psychologische Literatur für Jugendrichter erwähnt und zur Untermauerung psychologischer Interpretationen erscheint. Die oben angeführte Altersabgrenzung entspricht zwar dem JGG, kann jedoch für die Psychologie nicht vereinheitlicht werden. Siehe dazu R. Bergius, In Richtung auf eine psychologische Theorie des Jugendalters, in: F. Neidhardt (Hrsg.), Jugend im Spektrum der Wissenschaften, München 1970, S. 51 ff.

4) Wenn auch die Rechtsmündigkeit auf 18 Jahre herabgesetzt wurde, so bezieht sich das nur auf die zivilrechtliche Mündigkeit, nicht auf die strafrechtliche.

darunter liegende Alterskategorie als Heranwachsende, Jugendliche¹⁾ und Kinder.

Danach ist es zunächst die Zugehörigkeit zu einer Alterskategorie, die den strafrechtlichen Status von Individuen im Sinne einer 'ascribed position' bestimmt und - einmal erreicht - ein irreversibles und statisches Moment darstellt, zumindest solange kein kriminelles oder psychisch abweichendes Verhalten zur Aberkennung dieses Status führt²⁾.

Dieses Moment formaler Statuszuweisung hat freilich auch graduelle Differenzierungen³⁾, ist jedoch nicht gekoppelt an einen Prozeß bzw. Grad der Wertschätzung, der einzelnen Individuen von anderen Menschen beigemessen wird, wie dieser die soziologische Kategorie des Status kennzeichnet.

1.2.2. Die außerjuristischen Kriterien der Statuszuweisung

Nun haben wir jedoch im Verlauf der Arbeit immer wieder die sozialwissenschaftlichen Implikationen aufgezeigt, die als Folge der Modifikationen des allgemeinen Strafrechts in das JGG einbezogen werden. Diese Implikationen führen dazu, daß die Institution Jugendrecht in ihren strafrechtlichen Teilen nicht nur das oben angeführte Moment formal-juristischer Statuszuweisung beinhaltet, sondern auch das Moment sozialer Statuszuweisung, mit dem sich die soziologische Statusforschung beschäftigt.

Anknüpfend auf dem auf Seite 64 f. erläuterten Stand der Statusforschung (Bolte, Dahrendorf, Kreckel) liegt dem soziologischen Kriterium der Statuszuweisung die gegenseitige Wertschätzung von Individuen zugrunde. Gemessen am soziologischen Statusbegriff, beziehen sich die außerjuristischen Kriterien der Statuszuweisung des Jugendlichen durch das JGG fast ausschließ-

-
- 1) Auf Heranwachsende und Jugendliche bezieht sich unser Begriff Jugendliche, wie in der Arbeit ständig angeführt wird.
 - 2) Verlust der bürgerlichen Rechte, Aberkennung von Rechten und damit veränderte Zugangschancen zu gesellschaftlichen Positionen; Entmündigung etc.
 - 3) Kinder, Jugendliche, Heranwachsende und unterschiedliche Altersgrenzen der Rechtsfähigkeit z.B. im Zivilrecht.

lich auf subjektive Merkmale, die aus der Beurteilung persönlichkeitsbestimmten Verhaltens im Nahbereich von Menschen resultieren und allgemeine normative Bewertungsschemata des psychologischen Entwicklungsstandes Jugendlicher anbieten. Daß im soziologischen Sinne objektive Merkmale als Statuskriterien nicht in Erscheinung treten, hat folgende Bewandnis: Erstens entsprechen solche Kriterien nicht dem Gleichheitsgrundsatz innerhalb bestimmter Rechtsbereiche, in unserem Fall des Strafrechts. Zweitens sind Jugendliche erst auf dem Wege dahin, ihren sozialen, an objektiven Kriterien¹⁾ meßbaren Status zu erreichen. Drittens ist der soziale Status im Gegensatz zum juristischen Status, im Verlauf des Lebens Wandlungen unterworfen.

Die allgemeinen, an die Alterskategorie 'Jugend' herangetragenen subjektiven Statuskriterien und psychologischen Bewertungsschemata legen bezüglich der aus ihnen resultierenden Bedeutungsinhalte von 'Jugend' den außerjuristischen Status des Jugendlichen als 'noch nicht erwachsen' dar. Somit dient die dichotome Abstraktion zwischen 'Jugendlichen' und 'Erwachsenen' - die Zwischenkategorie der Heranwachsenden sei hier außer acht gelassen - als Abgrenzungskriterium für eine generelle Rechtsfähigkeit des einzelnen Individuums, die die Eigenstellung des Jugendlichen vor dem Gesetz und damit den strafrechtlichen Status auch außerjuristisch definiert.

Diese Kompatibilität außerjuristischer Sichtweise mit juristischen Definitionen einer Alterskategorie erweist sich als ein Aspekt der rechtsdogmatischen Vermittlung der Kriterien der Statuszuweisung.

Das Festmachen der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' an subjektiven, auf persönlichkeitsbestimmtes Verhalten bezogenen Merkmalen der Statuszuweisung korrespondiert mit der einseitig verengten individualistischen Perspektive des Jugendgerichtsgesetzes, Ursachen und Anlaß von Rechtsverletzungen ausschließlich in der Persönlichkeit zu suchen.²⁾

1) Einkommen, Berufsposition, Bildung, Konfessionszugehörigkeit, äußere Symbole etc.

2) A.Weitl, Die dogmatischen Grundlagen des geltenden Jugendstrafrechts (JGG), S.99. Weitl betont, daß die Ursachen und der Anlaß von Rechtsverletzungen in der Persönlichkeit gesucht werden müßten.

Diese Tendenz stützt jedoch die immanente rechtsdogmatische Logik des JGG, denn sie kann unmittelbar mit den Grundannahmen des allgemeinen Strafrechts (Willensfreiheit des Menschen, Vorwerfbarkeit individueller Schuld) und dem darin enthaltenen Menschenbild¹⁾ assoziiert werden, nach dem nur das einzelne Individuum, nicht aber eine Gruppe von Individuen²⁾, z.B. die Familie, judiziert werden kann.

1.2.3. Die verallgemeinernden Bewertungsschemata des Entwicklungsstandes der Alterskategorie Jugend

Auch die im JGG zutage tretenden psychologischen Bewertungsschemata, denen generalisierende Aussagen über eine Alterskategorie zugrundeliegen, müssen mit deren rechtsdogmatischer Vermittlung in Zusammenhang gebracht werden.

Die psychologischen Merkmale und jugendtümlichen Eigenarten, mit denen der Jugendliche umschrieben wird, postulieren das mit den taterstrafrechtlichen Elementen des JGG kompatible 'Sosein' des Jugendlichen, dienen als Kriterium für die Begründung, daß der Jugendliche ein 'Wesen eigener Art' sei und gestehen ihm eine - im Gerichtsverfahren jeweils nachzuweisen - gegenüber Rechtsnormen eingeschränkte Handlungsfähigkeit zu, die den Jugendlichen von seiner vollen Rechtsfähigkeit trennen.

Wenn auch die Rechtsprechung und die Anwendung von Rechtsnormen vor der Notwendigkeit steht, Alterskategorien zu definieren, um den Anwendungsbereich von Rechtsnormen und -regeln allgemein verbindlich zu regeln, so können jedoch generalisie-

-
- 1) H.H.v.Schlotheim, Das Problem der Sühne in der Zukunft, in: RdJ 1956, S.376. V.Schlotheim formuliert das 'Ziel des Menschen in der modernen Gesellschaft' folgendermaßen: "Die Menschen erreichen ihr Leben nur sinnvoll, wenn sie sich und zwar jeder für sich als Person ('für seine Person') entscheiden, sich den Ordnungen einzufügen und dadurch zugleich diese Ordnungen mit dem Einsatz ihrer Person zu verwirklichen und zu gestalten. Deshalb muß es auch ein Irrtum bleiben, Ordnung sei nur dort, wo sie von außen her geregelt und notfalls durch Urteilsspruch als Recht festgestellt werden könne: schon die Familie kann nicht reglementiert und nicht judifiziert werden." (Hervorh. d. U.Höpf1).
- 2) Außer diese 'Gruppe' wird als Betrieb, als Verein etc., d.h. als 'juristische Person' konstruiert.

rende sozialwissenschaftliche Aussagen über Alterskategorien lediglich Tendenzen aufzeigen, die, bezogen auf das einzelne Individuum innerhalb dieser Alterskategorie, nicht unbedingt zutreffen müssen. Das gilt für soziologische Aussagen, noch ausschließlicher jedoch für psychologische Aussagen über eine Alterskategorie, auf die sich die statements über Jugendliche im JGG rückbeziehen.

Daß verallgemeinernde psychologische Aussagen über Jugendliche bei wissenschaftlicher Überprüfung an Aussagekraft einbüßen, belegt R.Bergius, der sich von psychologischer Seite aus mit dieser Problematik befaßt¹⁾. R.Bergius weist anhand von Literaturquellen und dort angeführten empirischen Untersuchungen nach, daß zum Beispiel 'Sturm und Drang' keineswegs generell bei allen Jugendlichen einer bestimmten Entwicklungsphase beobachtet werden könne²⁾ und auch die verallgemeinerten jugendlichen Verhaltensmerkmale wie Unsicherheit³⁾, innere Unruhe⁴⁾ bezüglich ihres Allgemeinheitsgrades eine Einschränkung erfahren.

Es liegt deshalb die Schlußfolgerung nahe, daß es sich bei den sehr allgemein psychologischen Aussagen über Jugendliche und Heranwachsende, wie sie in den Kommentaren des JGG aufzufinden sind, um stereotype, vorwissenschaftliche und dem sogenannten 'gesunden Menschenverstand' naheliegende Annahmen handelt, die unter dem Zwang aufgestellt sind, normative und klassifizierende Aussagen über eine bestimmte Altersgruppe machen zu müssen. Wer nach R.Bergius so klassifizieren müsse, "... wird zum Teil (kulturbedingte) Normen berücksichtigen, die den Grad der erlaubten Emotionalität und geforderten Rationalität des Verhaltens, der gewünschten Frustrationstoleranz und der 'normalen' Wertbestimmtheit jeweils für Jugendliche, Heranwachsende und Erwachsene gemäß den sozialen Erfordernissen und psychometrischen Daten bestimmen."⁵⁾

1) R.Bergius, In Richtung auf eine psychologische Theorie des Jugendalters, in: F.Neidhardt u.a.(Hrsg.), Jugend im Spektrum der Wissenschaften, München 1970, S.49 ff.

2) R.Bergius, a.a.O., S.76

3) R.Bergius, a.a.O., S.99

4) R.Bergius, a.a.O., S.103

5) R.Bergius, a.a.O., S.109. "Die nachhaltigen Wirkungen einer Reihe von typischen sozialen und pädagogischen Einflüssen

Diese These von R.Bergius stützt folgende, sich aus der Analyse des JGG ergebende Aussage. Die nach dem täterstrafrechtlichen Kriterium herausgearbeiteten generellen Persönlichkeitsmerkmale von 'Jugend' fixieren bestimmte Schemata zur Einschätzung von Jugendlichen. Diese Bewertungsschemata unterliegen weder einer undurchsichtigen Willkür, noch einer absoluten Negierung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse. Sie deuten vielmehr darauf hin, daß es sich um Bewertungsschemata handelt, die unter der rechtswissenschaftlichen Notwendigkeit aufgestellt sind, normative und klassifizierende Aussagen über eine bestimmte Alterskategorie machen zu müssen, einer Alterskategorie, die vor dem Gesetz gleich ist und denen auch ein gleicher sozialer Status bezüglich der Rechtsfähigkeit zugeschrieben werden muß.

sowie die individuelle Variation der somatischen Entwicklungsverläufe haben also zur Folge, daß nur äußerst allgemeine Aussagen über die beiden Perioden der Jugendentwicklung erlaubt sind und daß deren zeitliche Abgrenzung fragwürdig bleibt.

Trotzdem ist der Ertrag der Jugendforschung heute bereits beträchtlich: Es könnten viele Prinzipien, wenn nicht sogar Gesetze der Jugendentwicklung mit ziemlich großer Zuversicht formuliert werden. In ihnen wird die Wechselwirkung zwischen der biologischen Veränderung, dem individuellen somatischen Entwicklungstempo und einer Vielzahl sozialer Einflüsse berücksichtigt werden müssen.

Auf diese Weise mag es im Einzelfall gelingen - ... - das Verhalten eines Jugendlichen zu erklären und für gegebene Lebensräume vorauszusagen.

Die Revision der neueren Jugendforschungsliteratur dürfte nur für den zu einem enttäuschten Ergebnis geführt haben, der - ... - gut geordnete Klassen von Verhaltensweisen bei relativ klar abgegrenzten Klassen von Altersgruppen vorzufinden hoffte.

Dieser Typ der klassifizierenden Jugendtheorie gehört aller Wahrscheinlichkeit nach vorerst der Vergangenheit an. Wo aber kulturelle Einrichtungen klassifizierende Aussagen verlangen, wie z.B. in der Rechtsprechung, wird es mit Hilfe der erkannten Gesetze funktionaler Zusammenhänge zwischen den konditionalgenetischen Faktoren und den Verhaltensweisen auch gelingen, Aussagen über entwicklungsgemäße Merkmale eines Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen zu machen. Wer so klassifizieren muß, wird z.T. (kulturbedingte) Normen berücksichtigen, die den Grad der erlaubten Emotionalität und geforderten Rationalität des Verhaltens, der gewünschten Frustrationstoleranz und der 'normalen' Wertbestimmtheit jeweils für Jugendliche, Heranwachsende und Erwachsene gemäß den sozialen Erfordernissen und nach psychometrischen Daten bestimmen.

1.3. Zusammenfassung der Ergebnisse

Unter Verweis auf die eingangs aufgestellte Hypothese, in der die Fragestellung formuliert worden war, welche Wirkungen von den normativen Bestimmungsfaktoren des JGG auf die im JGG enthaltenen Bedeutungsinhalte von 'Jugend' ausgehen, können die bisherigen Ergebnisse der Analyse anhand des täterstrafrechtlichen Kriteriums zusammengefaßt werden.

Wie im vorangegangenen Abschnitt aufgezeigt wurde, kann die außerjuristische Argumentation über 'Jugend' in Zusammenhang mit den normativen Grundannahmen des JGG gebracht werden. Das gilt sowohl bezüglich der Entwicklung des Begriffs 'Jugend' als auch bezüglich der Kriterien der Statuszuweisung und der verallgemeinernden psychologischen Aussagen über die Alterskategorie 'Jugend'.

Sowohl die dichotome Betrachtungsweise Jugend/Erwachsene, als auch die Bewertung der charakteristischen Eigenheiten der Alterskategorie 'Jugend' lassen ein Bild entstehen, nach dem letztlich jeder Jugendliche bezüglich der subjektiven Einschätzung der Status-Rolle als potentieller Verletzer von Rechtsnormen¹⁾ gesehen werden kann, und zwar allein aufgrund seiner psychisch noch nicht voll entwickelten Persönlichkeitsstruktur.

Dieser Zusammenhang hat unmittelbare Konsequenzen nicht nur für die Sichtweise des Jugendlichen durch das JGG, sondern auch für den Jugendlichen selbst.

Die Einschätzung des psychologischen Entwicklungsstandes des Jugendlichen als noch nicht abgeschlossen, impliziert, daß der Jugendliche prinzipiell entwicklungsfähig, somit einer

1) Eine andere Sichtweise des Jugendlichen ist nur andeutungsweise in der Literatur erkennbar, wenn G.Roestl (im Zusammenhang mit einer Differenzierung der Fürsorgeerziehung) fordert, daß der Gesetzgeber sich dazu entschließen müßte, die Person des Jugendlichen als gefährdeten jungen Menschen zu sehen. G.Roestl, Das JGG wird den erzieherischen Aufgaben nicht gerecht, in: ZBlJR, 2/1770, S.38.

(erzieherischen) Beeinflussung zugänglich und damit im Sinne des JGG erziehungsfähig ist.

Diese auf Erziehungsfähigkeit hinzielenden Argumentationen stellen insofern eine juristische Notwendigkeit dar, als es aufgrund der rechtsdogmatischen Annahmen und der Absicherung der Rechtfertigung des Eingreifens gegenüber Jugendlichen darauf ankommt, eine generelle Erziehungsfähigkeit des Jugendlichen anzunehmen und nachzuweisen.

2. Die Erwartungen des JGG an das soziale Verhalten Jugendlicher

2.1. Die Beschreibung der Indikatoren

Von Jugendlichen und Heranwachsenden wird nach den Argumentationen des JGG eine nicht nur äußerliche Beachtung von Rechtsnormen erwartet, wie vom Erwachsenen, sondern ein Verhalten, aus dem sich eine "... die Rechtsordnung bejahende Gesinnung"¹⁾ erkennen läßt.

Diese Erwartung kann als Folge dessen gesehen werden daß das JGG nicht vom 'Ungesetzlichen', sondern vom 'Unrecht' der Tat

1) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 87 JGG), S.380. - "... gefordert wird eine positiv bestätigte, die Rechtsordnung bejahende Gesinnung (z.B. Verhalten und Leistungen in Beruf, Familie, Nachbarschaft; bei Unglücksfällen; für die Allgemeinheit)".
H.Maul, Jugendstrafe; Aussetzung der Vollstreckung zur Bewährung und Entlassung zur Bewährung, in: RdJ 1966, S.258. - "Zum zukünftigen rechtschaffenen Lebenswandel der §§ 21,88, 89 JGG gehört mehr als nur gesetzmäßiges und geordnetes Leben, wie es § 23 Abs.2 StGB vom Erwachsenen verlangt. Während sich der Erwachsene lediglich äußerlich den gesetzlichen Geboten und Verboten zu unterwerfen und sozialer Lebenshaltung anzupassen braucht, soll der zu Jugendstrafe Verurteilte aus Erziehungsgründen auch innerlich eine die sittlichen Lebenswerte und die Rechtsordnung der Gemeinschaft bejahende Haltung einnehmen."

- einem moralischen Begriff - spricht¹⁾, und daß es damit dem JGG auch um die hinter dem positiven Gesetz stehende rechtliche Ordnung geht²⁾. Infolgedessen impliziert diese Erwartung auch, daß der Jugendliche "... nach der geistigen Einsicht und dem sittlichen Empfinden handeln ..." müsse, " ... also den Verlockungen der Tat widerstehen können, und zwar kraft schützender Gegenvorstellungen, bzw. kraft der Einsicht in seine Rechtspflichten."³⁾

Diese Erwartung steht in enger Kongruenz mit dem im Jugendstrafrecht antizipierten Anspruch der Gesellschaft an den Jugendlichen und Heranwachsenden auf Erzogenheit⁴⁾, um die sich der Jugendliche selbst bemühen müsse.

Solche Erwartungen äußern sich zugleich in einer verschärften Beurteilung der Tatumstände, insofern z.B. verminderte Zurechnungsfähigkeit wegen Alkoholgenusses - im Gegensatz zum

1) G. Potrykus, Komm.JGG 1955, (§ 3 JGG), S.100

2) Peters, Komm.JGG 1943/44 (§ 3 JGG), S.35

3) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§3 JGG), S.32

4) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 17 JGG), § 193
"Das Vorhandensein schädlicher Neigungen beruht häufig nicht auf einem Verschulden des Jugendlichen. Gleichwohl ist eine Bestrafung bei Vorliegen der Voraussetzungen zulässig; denn es muß dem Jugendlichen im Interesse der Allgemeinheit und seiner eigenen Besserung die schwere Aufgabe zugemutet werden, mit den schädlichen Neigungen fertig zu werden. Daß er sich darum nicht oder nicht genügend bemüht, gereicht ihm zum Schuldvorwurf (vgl. N 7). Allerdings ist bei unverschuldeten Fehlentwicklungen Vorsicht geboten. Gerade hier kommt es oft vor, daß Jugendliche noch nicht die erforderliche Reife besitzen, um das Unrecht der Verfehlung aufgrund der vorliegenden schädlichen Neigungen einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln (§ 3). In solchen Fällen ist die Frage der Verantwortlichkeit mit besonderer Sorgfalt zu prüfen, weil hier leicht Fehlurteile möglich sind. Bei Verneinung der Schuldfähigkeit wird - wenn die Entwicklung des Täters Erfolg verspricht - häufig Fürsorgeerziehung zu erwägen sein (§ 3 Satz 2)."
Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 21 JGG), S.96.-"Das Gesetz fordert, daß ein rechtschaffener Lebenswandel zu erwarten sei. Dies steht in bewußtem Gegensatz zu der im ErWR von § 23 I StGB n.f. geforderten Prognose, daß der Verurteilte 'keine Straftaten mehr begehen wird'. Die weitergehende Forderung eines rechtschaffenen Lebenswandels folgt aus ErzZweck und ErzZiel des JGG, wird der besonderen Situation des J und Hw. gerecht und stellt auf die Formung des gesamten Menschen ab, 'deren Gelingen zugleich die beste Sicherung gegen weitere Straftaten darstellt' (Bundestagsdrucksache V/4094)."

Erwachsenenstrafrecht - bei bestimmten Angeklagten keinen Milderungsgrund für die Strafzumessung abgeben¹⁾.

Im Kontext mit § 97 JGG (Beseitigung des Strafmakels durch Richterspruch) kommen die überhöhten Anforderungen an das Verhalten Jugendlicher noch deutlicher zum Ausdruck²⁾. An sie ist zugleich die Erwartung geknüpft, daß der Jugendliche seine Sozialisationsmängel ('charakterliche Mängel', 'Anlage- und Milieuschäden', 'schädliche Neigungen') quasi von selbst und aus eigener Kraft überwinde³⁾.

-
- 1) Grethlein-Brunner, Komm.JGG (§ 3 JGG), S. 34. - "Verminderte Zurechnungsfähigkeit durch Alkoholgenuß gibt jedenfalls bei solchen Angeklagten keinen Milderungsgrund ab, die dem Alkohol trotz Kenntnis seiner enthemmenden Wirkung auch dann in unvernünftigem Ausmaß zusprechen, wenn die Gefahr besteht, daß sie sich nach dem Genuß des Alkohols zu einer strafbaren Handlung hinreißen lassen. In einer solchen Lage befinden sich namentlich die meisten umweltgeschädigten Heranwachsenden und fast regelmäßig solche, die einer sog. 'Bande' angehören. Zur wirksamen Bekämpfung im bes. der Jugend-Kriminalität wird es dienen, wenn Alkoholgenuß als Milderungsgrund bei der Strafzumessung tunlichst ausscheidet (BGH MDR 60/938)."
 - 2) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955, (§ 97 JGG), S.789. - "Als Erkenntnisquelle für die Beurteilung der Frage, ob der Jugendliche ein rechtschaffener Mensch geworden ist, dient seine Führung während der Zeit seiner früheren Verurteilung. Das Gesetz fordert ausdrücklich einwandfreie Führung, d.h. ein Verhalten, das zu Beanstandungen vom Standpunkt der bestehenden Gesellschaftsordnung keinen Anlaß gegeben hat. Dies allein genügt jedoch nicht. Die Führung des Jugendlichen muß vielmehr den Schluß rechtfertigen, daß die in der abgeurteilten Verfehlung offenbar gewordenen charakterlichen Mängel endgültig überwunden sind und der Jugendliche nunmehr ein vollwertiges Glied der Gemeinschaft geworden ist, das die Bewertung, ein rechtschaffener Mensch zu sein, verdient. Daraus folgt, daß die Anforderungen an die positive Haltung des Jugendlichen um so größer sind, je größer die Anlage- oder Milieuschäden waren, die anläßlich der Verurteilung zu Jugendstrafe hervorgetreten sind."
 - 3) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 21 JGG), S.94 sprechen von 'Selbsterziehung'.

Auch müsse- wie J.Hellmer meint¹⁾ - der junge Mensch einen Orientierungspunkt in sich selber haben, um die Diskrepanz zu überwinden zwischen der Welt, auf die hin erzogen werde, und der wirklichen Welt, wie sie der junge Mensch jeden Tag erlebe²⁾. H.Riedel postuliert³⁾, der Jugendliche müsse individuelle Freiheit in gesellschaftlicher Gebundenheit bewältigen können und sich dabei des Vehikels der Selbstbezwungung, der Selbstbeherrschung bedienen.

Es muß an dieser Stelle die Frage aufgeworfen werden, welche Normen solchen Erwartungen an das soziale Verhalten Jugendlicher zugrundeliegen und wie diese normativen Orientierungskriterien operationalisiert werden.

Als Orientierungskriterien für die Erwartungen an das soziale Verhalten Jugendlicher dienen juristische Blankettbegriffe, wie ein 'rechtschaffener Lebenswandel' bzw. 'Rechtschaffenheit', eine 'einwandfreie Lebensführung', 'Verwahrlosung', 'schädliche Neigungen', die einer außerjuristischen Operationalisierung bedürfen. Die Operationalisierung solcher Begriffe hat definitorischen Charakter und soll dem Jugendrichter Anhaltspunkte für die Gestaltung des Ermessensspiel-

-
- 1) J.Hellmer, Jugendstrafrechtspflege als Kulturpolitik, in: RdJ, 10.Jg.1962, S.3. - "Die soziale Ordnung muß in jeder Situation vom jungen Menschen gewissermaßen selbst erdacht werden, um ihm zum Besitz zu werden. Dazu muß er aber einen Orientierungspunkt in sich selbst haben. Dieser Orientierungspunkt kann nur das Gewissen sein. Das Gewissen muß geweckt werden, ... nur vom Gewissen können wir eine Standhaftigkeit in der Situation, eine Persönlichkeit erwarten."
 - 2) J.Hellmer, a.a.O., S.2
 - 3) H.Riedel, Maßnahmen nach Jugendwohlfahrts- und Jugendgerichtsgesetz unter dem Aspekt der Erziehung, in: M.Busch (Hrsg.), Erziehung zur Freiheit durch Freiheitsentzug, Neuwied/Berlin 1969, S.170 ff. - "Inhalt des Erziehungszieles ist Erziehung zur Freiheit. Der junge Mensch soll erzogen werden zu einem brauchbaren Gliede der Gesellschaft, also zur Selbstständigkeit in der Gesellschaft. Erziehungsziel ist Freiheit, aber nicht Willkür und Ungebundenheit, sondern Freiheit in Gebundenheit."
"... Freiheit im höchsten Sinne ist der Sieg über sich selbst, die Selbstbezwungung, die Selbstbeherrschung. Hier ist der Mensch innerlich frei und nicht mehr abhängig von den Vorurteilen der anderen. Dieses Ziel ist schwierig und hoch ...".

raumes¹⁾ bei der Begründung²⁾ der Strafaussetzung zur Bewährung, zur vorzeitigen Entlassung aus der Jugendstrafe, zur Strafmakelbeseitigung (§ 97 JGG), für Ermittlungen zur Person des Täters (§ 43 JGG) und generell zur Bemessung der zu verhängenden Sanktionen geben. Eine solche Operationalisierung ist juristisch notwendig, um einem Rechtsmittelgericht die Überprüfung des richterlichen Urteilsspruches im Sinne der Rechtssicherheit zu ermöglichen.

Eine Operationalisierung der Begriffe des 'rechtschaffenen Lebenswandels'³⁾ wie auch desjenigen der 'einwandfreien Lebensführung' findet sich einmal in positiver, auf Anerkennung der Rechtsordnung beruhender Form, wie die nachstehenden statements zeigen:

"Rechtschaffenheit umschreibt eine positive Eigenschaft, die nicht durch straffreies Verhalten allein erfüllt wird, sondern durch einsichtsmäßig fundierte und freiwillige bestätigte Anerkennung der Rechtsordnung, soweit diese mit ethisch begründeten Geboten und Verboten das Zusammenleben in der Rechtsgemeinschaft regelt." 4)

"Rechtschaffenheit, bewiesen durch einwandfreie Führung. Straffreies Verhalten genügt nicht; gefordert wird eine positiv bestätigte, die RechtsO bejahende Gesinnung." 5)

1) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 97 JGG), S.790. -

"Dieses Ermessen ist jedoch, wie in fast allen Fällen, in denen das Strafrecht ein Ermessen einräumt, insofern gebunden, als es nur auf Grund rationaler Erwägungen im Rahmen der kriminalpolitischen Ziele des Gesetzes halten, rechtlich fehlerfrei ausgeübt werden kann. Der Richter muß deshalb die Tatsachen, aus denen er auf das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein der Rechtschaffenheit des Jugendlichen schließt, im einzelnen darlegen, damit dem Rechtsmittelgericht die Prüfung möglich ist, ob er die Grenzen seines Ermessens beibehalten hat."

2) Potrykus, Komm.JGG (§17 JGG), S.206. - "Die Urteilsgründe müssen sich jedoch darüber aussprechen, worin die schädliche Neigung des Jugendlichen besteht."

3) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 97 JGG), S.790. - "Der Begriff 'rechtschaffener Mensch' ist einer exakten juristischen Abgrenzung nicht zugänglich."

H.-H.v.Schlotheim, Rechtschaffenheit. Zum Erziehungsziel der Jugendstrafe, in: RdJ 1968, Heft 3, S.70 - "... daß es sich bei 'Rechtschaffenheit' ... um ein Erziehungsziel handelt", dieser damit ein pädagogischer Begriff sei.

4) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 97 JGG), S.789

5) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 97 JGG), S.380.

"Das bisherige Verhalten des Beschuldigten vermittelt wesentliche Erkenntnisse, vor allem seine kriminelle Vergangenheit, seine Führung in Anstalten und Heimen sowie die Art und Weise, wie er sich in eine Gemeinschaft eingliedert. Aus seinem gesamten bisherigen Verhalten lassen sich Schlüsse auf seine geistigen, seelischen, sittlichen und charakterlichen Anlagen ziehen (Lebensführung einschl. Verwendung seines Einkommens, Gestaltung der Freizeit, Umgang mit anderen Personen, insbesondere sein Verhältnis zum anderen Geschlecht, Neigungen zu übermäßigem Rauchen oder zum Alkohol; (vgl. Heinen, UJ 1951, 469; Altnöder im Handbuch der Jugendwohlfahrt (1950), 160).

Unter den übrigen Umständen spielen eine Rolle die Herkunft sowie etwaige körperliche, seelische oder soziale Auffälligkeiten der Eltern oder anderer Verwandten, ...".1)

Im Zusammenhang mit der Beseitigung des Strafmarkels durch Richterspruch: "... Es genügt nicht die einwandfreie Führung allein, z.B. etwa die Tatsache, daß der Verurteilte nicht erneut straffällig geworden ist. Hinzu kommen muß vielmehr, daß der Verurteilte sich darüber hinaus als rechtschaffener Mensch erwiesen hat, der freiwillig und aus Überzeugung das Recht und die Sittenordnung achtet. Ob der Verurteilte diese Einstellung gewonnen hat, läßt sich nur nach den Umständen des Einzelfalles beurteilen. Das Verhalten im Beruf wird hierbei eine wichtige Rolle spielen, ebenso dasjenige im Dienste der Allgemeinheit, z.B. fleißige Mithilfe bei Gemeinschaftsarbeiten (Trümmerbeseitigung), eine Lebensrettung, hervorragende Beteiligung an der Löschung eines Brandes und sonstigen Handlungen, die erkennen lassen, daß der Verurteilte ein anderer geworden ist und daß keinerlei seelische Beziehung zur Jugendstraftat, die sich als einmalige Entgleisung darstellt, mehr besteht." 2)

Zum anderen jedoch werden diese Begriffe in negativer Form dargestellt, nämlich in einer Operationalisierung dessen, was nicht unter 'Rechtschaffenheit' zu verstehen ist. Deutlich zeigt sich diese negative Operationalisierung im Aufzeigen konkreter Merkmale, die mit der Definition von 'Verwahrlosung' und 'schädlichen Neigungen' verbunden sind. Auch dazu einige statements:

"Verwahrlosung (vgl. Art. 6 III GG) ist ein dem Erziehungsziel des § 1 JWG entgegengesetzter Entwicklungsprozeß; der Betroffene muß der körperlichen, geistigen oder sittlichen Eigenschaften ermangeln, die als Ergebnis einer ordnungsgemäßen Erziehung vorausgesetzt werden müssen." 3)

"Verwahrlosung ist das Fehlen geistig-sittlicher Eigenschaften, die bei einem Jugendlichen gleichen Alters normalerweise vorhanden und zur Weiterentwicklung erforderlich sind." 4)

1) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 43 JGG), S.380

2) Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 97 JGG), S.691

3) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 17 JGG), S.78

4) J.Hellmer, Jugendkriminalität, Neuwied 1969, S.14.

"Der Begriff Verwahrlosung ist im JWG nicht näher bestimmt. Die Rechtsprechung versteht darunter einen Zustand von einiger Dauer, in dem der davon Betroffene in erheblichem Grade derjenigen körperlichen, geistigen oder sittlichen Eigenschaften ermangelt, die bei einem Minderjährigen seines Alters unter sonst gleichen Verhältnissen als Ergebnis einer ordnungsgemäßen Erziehung vorausgesetzt werden müssen." 1)

"Typische Beispiele von Jugendlichen mit schädlichen Neigungen, bei denen voraussichtlich andere Erziehungsmittel versagen werden, sind Mitglieder von Diebesbanden, Gewohnheitsdiebe (Fahrradmarder) und -betrüger, gewalttätige Sittlichkeitsverbrecher, Strichjungen, kriminelle Straßendirnen usw."

Beide Begriffe hängen mit der Auswahl und der Bemessung spezifischer Sanktionen des JGG zusammen. Der Begriff der 'Verwahrlosung' mit der Sanktion der Fürsorgeerziehung (JWG, §12 JGG), der Begriff der 'schädlichen Neigungen' mit der Verhängung von Jugendstrafe (§ 17 JGG). Beide Begriffe müssen im Rahmen der Rechtsprechung beim Urteilsspruch positiv vom Jugendrichter festgestellt werden. Dazu nochmals einige statements:

"Nicht nur der von Peters Bem.5.m.R. angeführte Strichjunge, auch der jugendliche Gewohnheitsdieb und Betrüger, der berufsmäßige Landstreicher (Heinen UJ 1952, 431) sowie der illegale Grenzgänger (Thorun UJ 1952, 215) der, um nicht wieder ergriffen zu werden, die Personalpapiere fälscht und immer wieder aus Eigennutz die Zonengrenze überschreitet, der jugendliche Fahrradmarder und Autodieb fallen hierunter." (U.Höpfel unter ~~de~~ Jugendlichen mit schädlichen Neigungen). "Sie gehören alle nicht in den Jugendarrest, der sie nicht beeindruckt, auch nicht in die FE-Anstalt, aus der sie erfahrungsgemäß immer wieder entweichen, sondern in die Jugendstrafanstalt..." 3).

"Schädliche Neigung heißt ... mangelnde sittliche oder geistige Entwicklung. - Noch deutlicher tritt diese Identität bei der Verwahrlosung hervor. Verwahrlosung läßt sich keineswegs immer als 'Herabsinken' von einem schon erreicht gewesenem normalen Entwicklungsstand nachweisen, vielmehr ist sie - wie ihre Definition dartut - einfach ein Mangel in den körperlichen, geistigen oder sittlichen Eigenschaften, der meist auf einem Entwicklungsfehler beruht. Verwahrlosung eines Jugendlichen ist oft geradezu der Musterfall für ungenügende sittliche Entwicklung. Wenn der Richter also z.B. Fürsorgeerziehung anordnen will - bestätigt er damit nicht einen Mangel in der Entwicklung und damit in der Verantwortlichkeit geb. § 3, S.1 JGG?" 4)

1) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 12 JGG), S.158. - Gleich lautend F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.66, der zusätzlich nennt: häufiges Schulschwänzen, nächtliches Herumtreiben, Prostitution, regelmäßiger Verkehr in zweifelhaften Lokalen, hartnäckige Arbeitsverweigerung.

2) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 17 JGG), S.194.

3) Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 17 JGG), S.206

4) J.Hellmer, Schuld und Gefährlichkeit im Jugendstrafrecht, Tübingen 1962, S.46 f, 47, 48

H. Memmler¹⁾ grenzt den Begriff 'schädliche Neigungen' gegen den der 'schlechten Führung' ab. - "Wenn der Begriff 'schädliche Neigungen' bedeutet, daß von dem Jugendlichen infolge seiner Anlage- und Erziehungsmängel weitere Störungen der Rechtsordnung zu erwarten sind, hat er dann nicht bei noch so schlechter aber strafrechtlich unerheblicher Führung bewiesen, daß diese Erwartung bei ihm nicht besteht? Nun, er hat zumindest bewiesen, daß er sich längere Zeit - ... straf - frei führen kann". --- "Wenn ... die schlechte Führung in einem Verhalten besteht, das erfahrungsgemäß einen Nährboden für das Verbrechen darstellt, und wenn der Jugendliche davon trotz aller Bemühungen nicht abzubringen ist, dann rechtfertigt sich die Feststellung erheblicher schädlicher Neigungen auch für den Zeitpunkt der mißbilligenden Tat, insbesondere wenn der Jugendliche auch schon vorher ein solches Verhalten gezeigt hat. Arbeitsscheu oder -bummelei, zu häufiger Lokalbesuch, Alkoholmißbrauch, damit verbunden auch die Weigerung, ausreichend Kostgeld abzugeben, also alles das, was man als asozial bezeichnen würde, können solche Verhaltensweisen sein; auch wenn sie - ... - nicht zu neuen Straftaten geführt haben. Dadurch zeigt der Jugendliche, daß er kein geordnetes Leben führen will."

Die Begriffe 'Verwahrlosung' und 'schädliche Neigungen' werden mit entwicklungspsychologischen Argumentationen verknüpft, das heißt, einem 'Entwicklungsfehler' zugeschrieben, ähnlich wie 'asoziales Verhalten' des Jugendlichen auf Anlage- oder Milieuschäden²⁾ zurückgeführt wird. Oder es werden 'schädliche Neigungen' in einer in der Persönlichkeitsstruktur des Jugendlichen liegenden 'falschen Trieb- und Willensrichtung'³⁾ vermutet.

1) H. Memmler, Schuldspruch gem. § 27 JGG - und was dann?, in: RdJ 1966, S. 226 ff.

2) Dallinger-Lackner, Komm. JGG 1955 (§ 27 JGG), S. 247.

3) Dallinger-Lackner, Komm. JGG 1955 (§ 17 JGG), S. 193. - "Der Jugendliche muß sich daran gewöhnen haben (Neigung!) aus einer, in seiner Persönlichkeit wurzelnden falschen Trieb- und Willensrichtung zu handeln (Peters § 4 Abs. 5). Eine solche Fehllhaltung findet meist ihren Ausdruck in einer zugleich bestehenden Verwahrlosung, die es dem Jugendlichen infolge der Beherrschung seiner Gesamtpersönlichkeit durch das Triebleben unmöglich macht, sich der Gesellschaftsordnung einzufügen, und seine Pflicht der Allgemeinheit gegenüber zu erfüllen."

Allerdings führt auch eine soziologische Definition des Begriffs 'Verwahrlosung' nicht weiter, insbesondere, wenn dieser zum Zweck empirischer Untersuchungen definiert wird.¹⁾

2.2. Die Analyse der Indikatoren

Als ein Ergebnis der Analyse der Einschätzung des Jugendlichen durch das JGG wurde festgestellt, daß die Statuszuweisung durch das JGG primär auf der Beurteilung des persönlichkeitsbestimmten Verhaltens einer Alterskategorie beruht. Dieser Beurteilung liegen psychologische Bewertungsschemata zugrunde. Ferner wurde festgestellt, daß dieser zugewiesene Status mit Rollenerwartungen verknüpft ist, die den Jugendlichen als potentiellen Rechtsverletzer erscheinen lassen.

Es sollen nun im folgenden die anhand des täterstrafrechtlichen Kriteriums herausgearbeiteten verhaltensrelevanten Erwartungen analysiert werden.

Dabei muß unterschieden werden zwischen Rollenerwartungen, die an Positionen gebunden sind und statusrelevanten, auf subjektive Merkmale gerichtete Erwartungen.

An Positionen gebundene Rollenerwartungen werden in den Kommentaren nur verdeckt sichtbar²⁾, lassen sich jedoch aus dem Kommunikationsprozeß zwischen Richter und angeklagtem Jugendlichen während des Gerichtsverfahrens ablesen³⁾. Diesen positionellen Rollenerwartungen liegen soziologische Status-

-
- 1) L.Rosenmayr/H.Strotzka/H.Firnberg (Hrsg.), Gefährdung und Resozialisierung Jugendlicher, Wien 1968, S.154. "Soziologisch gesehen ist Verwahrlosung ein abweichendes Verhalten, das an der Nichterfüllung bestimmter Werte und der Durchbrechung von Normen - juristischen und außerjuristischen - gemessen wird und auf Sozialisationsschwächen zurückgeht."
 - 2) Zum Beispiel daran, daß nur bestimmte Handwerksberufe im Strafvollzug unterrichtet werden.
 - 3) Zum Beispiel, daß der Richter von einem Schüler erwartet, daß dieser sich gerade hinstellen könne; daß er von einem Lehrling erwartet, seine Lehrzeit nicht abzubrechen (Aus den stenographischen Protokollen).

kriterien zugrunde¹⁾, die dann allerdings dazu dienen, auf den Grad sozialer Reife zu schließen. Solche soziologischen Statuskriterien beziehen sich auf die Herkunftsfamilie des Jugendlichen, den Wohnort in einem bestimmten Stadtviertel oder auf die Erbringung individueller Leistungen in Ausbildung und Beruf²⁾ (Positionsstatus), wobei der erfolgreiche Abschluß von Schule und Lehrzeit oder ein langfristiger Verbleib an ein und derselben Arbeitsstelle positiv gewertet werden. Eine abgebrochene Ausbildung und ein häufiger Arbeitsplatzwechsel hingegen sind Negativkriterien, aus denen im Gerichtsverfahren auf den psychologischen Entwicklungsstand rückgeschlossen wird.

Eine solche positiv-negativ-Beurteilung des Positionsstatus des Jugendlichen läßt völlig außer acht die problematische Bewältigung der Berufsfindung, der Berufswahl und des Berufsentschlusses, verbunden mit der Lösung und des Wiedereingehens in Lehr- und Ausbildungsverhältnisse oder aber vielfach des Verzichts auf eine qualifizierte Ausbildung, auf die Th.Scharmann ausführlich hingewiesen hat³⁾, und die mit einem häufigen Berufs- und Arbeitsplatzwechsel verbunden ist. Auch werden in Gerichtsverhandlungen gewisse Vorstellungen von statuskonsistenten⁴⁾ Erwartungen deutlich, wenn beispielsweise von einem Schüler erwartet wird, daß er wisse, wie er sich im Gerichtssaal zu benehmen hätte; oder eine abgebrochene Lehrzeit mit dem Besuch der Sonderschule als konsistent betrachtet wird.

Positionelle Rollenerwartungen äußern sich in erster Linie in der Einschätzung des Jugendlichen durch den Jugendrichter in der Hauptverhandlung. Die verbalen Äußerungen sind schwer in Worten festzuhalten, weil deren emotionale Akzentuierung (mitfühlend, streng, urteilend, diskriminierend etc.) - wie von der Verf. teilnehmend beobachtet - bei der Beurteilung

1) Siehe in dieser Arbeit S. 64 ff.

2) H.Kreutz, Soziologie der Jugend, München 1974, S.166

3) Th.Scharmann, Die individuelle Entwicklung in der sozialen Wirklichkeit von Arbeit, Beruf und Betrieb, in: L.v. Friedeburg (Hrsg.). Jugend in der modernen Gesellschaft, Köln/Berlin 1965, S.462.

4) K.M.Bolte, Soziale Schichtung, Opladen 2. überarb.Aufl.1968, S.16.

dieses Kommunikationsprozesses von erheblicher Bedeutung ist.
- Zusammengefaßt werden kann, daß positionelle Rollenerwartungen ausschließlich im Zusammenhang mit dem Ermessensspielraum bei der Urteilsfindung stehen, und dem Jugendrichter Kriterien für die einzuleitenden jugendstrafrechtlichen Maßnahmen an die Hand gibt.

Die in den Kommentaren zum Ausdruck gebrachten Rollenerwartungen hingegen müssen in erster Linie als statusrelevante Rollenerwartungen aufgefaßt werden. Es geht bei diesen statusrelevanten Rollenerwartungen nicht um generelle, an die gesamte Alterskategorie der Jugendlichen gestellte Erwartungen, sondern ausschließlich um Verhaltenserwartungen, die an die Rolle des straffällig gewordenen Jugendlichen gestellt werden, und die sich spezifisch auf das Verhältnis dieser Jugendlichen zu den geltenden Rechtsnormen beziehen¹⁾.

Diese statusrelevanten Verhaltenserwartungen können in drei Klassen von Soll-Sätzen zusammengefaßt werden:

- (I) Sätze, die sich auf eine Verinnerlichung der Rechtsordnung beziehen.
Vom Jugendlichen wird erwartet, er soll ...
... eine die Rechtsordnung bejahende Gesinnung aufweisen, die über das strafrechtlich einwandfreie Verhalten hinausgeht;
... eine nicht nur äußerliche Beachtung von Rechtsnormen zeigen;
... einen Orientierungspunkt in sich selbst haben;
... einen rechtschaffenen Lebenswandel führen.
- (II) Sätze, die an der individuellen Willenskraft anknüpfen.
Vom Jugendlichen wird erwartet, er soll ...
... den Verlockungen der Tat widerstehen können und schützende Gegenvorstellungen haben;
... sich selber bezwingen können;
... Selbstbeherrschung aufweisen;
... eine einwandfreie Lebensführung befolgen.

1) J. Hellmer, Jugendstrafrechtspflege als Kulturpolitik, in: RdJ, 2/1962, S. 17. - "Die Jugendverfehlung als Episode muß die Gesellschaft hinnehmen, weil ihre Gesetze auf den Erwachsenen zugeschnitten sind und den Jugendlichen noch nicht eindringlich genug anzusprechen vermögen. In der symptomatischen Bedeutung der Jugendverfehlung aber liegt der Keim des dauernden Konfliktes mit dem Recht ohne Rücksicht auf den Entwicklungsstand der Persönlichkeit."

(III) Sätze, die die Überwindung von Sozialisationsmängeln fordern.

Vom Jugendlichen wird erwartet, er soll ...

... Sozialisationsmängel aus eigener Kraft überwinden;

... individuelle Freiheit in gesellschaftlicher Gebundenheit bewältigen können;

... keine verminderte Zurechnungsfähigkeit bei Alkoholgenuß.

Generell gehen solche statements über die an Erwachsene gestellte Erwartung der rein äußerlichen Beachtung von Rechtsnormen durch 'rechtsfähige' Individuen hinaus. Dem soll im folgenden anhand der drei Klassen von Soll-Sätzen nachgegangen werden.

2.2.1. Verhaltenserwartungen, die sich auf eine Verinnerlichung der Rechtsordnung beziehen

Solche Verhaltenserwartungen beziehen sich auf die Verinnerlichung prinzipieller sozialer Werte und Normen, die mit moralischer Verbindlichkeit auftreten. Sie appellieren teils an eine selbstregulative Kraft eines autonomen Individuums, teils beruhen sie auf einer verinnerlichten Anerkennung institutionalisierter Autorität, denen der Jugendliche - trotz der ihm noch nicht zugestandenen sozialen Reife - entsprechen soll.

Solche Vorstellungen gleichen dem von D.Riesman entwickelten Idealtypus des innengelenkten Verhaltens mit eingebautem 'seelischen Kreiselkompaß', der eine auf Verinnerlichung von Moralien beruhenden Weltorientierung ermöglicht und von D. Riesman als ein historisches Produkt des 19. Jahrhunderts bezeichnet wird¹⁾.

Die überhöhten Anforderungen an das soziale Verhalten straffällig gewordener Jugendlicher zielen auf ein positiv gewertetes soziales Verhalten hin, das seinen Maßstab in den Begriffen des 'rechtschaffenen Lebenswandels' und 'einer einwandfreien Lebensführung' findet. Dieses positiv gewertete soziale Verhalten ist mit einer die Rechtsordnung bejahenden Gesinnung und einer einwandfreien Lebensführung umschrieben. Gravierend jedoch ist, daß es sich dabei nicht nur um die

1) D.Riesman, Die einsame Masse, Hamburg 1958, S.57 f., S.59.

Verbalisierung eines Wertes handelt, sondern daß der straffällig gewordene Jugendliche seine positive Gesinnung und einwandfreie Lebensführung in bestimmten sozialen Handlungen auch faktisch nachweisen muß¹⁾.

Es erscheint somit geradezu widersprüchlich, daß im Vergleich mit der Einschätzung der Alterskategorie 'Jugend' (noch nicht abgeschlossener Entwicklungsprozeß, eingeschränkte Handlungsfähigkeit) an das soziale Verhalten des straffälligen Jugendlichen Maßstäbe angelegt werden, die im Vergleich mit dem Erwachsenen überhöhte Erwartungen und Anforderungen bezüglich seines Verhältnisses zu Rechtsnormen an ihn herantragen. Wird vom Erwachsenen eine nur äußerliche Beachtung der Rechtsnormen erwartet, so vom Jugendlichen darüber hinausgehend eine in sozialen Handlungen nachweisbare sittliche Anerkennung der Rechtsordnung.

Ein explikativer Nebenaspekt für diese überhöhten Erwartungen an das soziale Verhalten straffälliger Jugendlicher kann in den potentiell beschränkten Zugangschancen zur Verletzung bestimmter strafrechtlicher Normen durch Jugendliche und der Bewertung dieser Rechtsverletzungen gesehen werden. Wirtschaftsdelikte beispielsweise liegen für die Jugendlichen meist außerhalb ihres Handlungsbereiches. Einschneidender ist jedoch, daß Delikte, die im Handlungsbereich Jugendlicher und Heranwachsender liegen, wie einfacher und schwerer Diebstahl zum Beispiel, einer schwerwiegenderen negativen moralischen Beurteilung²⁾ durch die Öffentlichkeit unterliegen als die oft als 'Kavaliersdelikte' bezeichneten Wirtschaftsvergehen wie Steuerhinterziehung oder mitunter schwer nachweisbarer betrügerischer Konkurs. Diese stark moralische Bewertung des Verstoßes gegen Rechtsnormen kommt auch bei der Analyse

1) Siehe in dieser Arbeit die statements auf S.95-98

2) So stellt z.B. H.Schüler-Springorum (Die Jugendkriminalrechtspflege im Lichte der kriminologischen Forschung, in: MSchrKrim 1969, S.2) fest, daß Delikte im 'Nahraum' bedenklicher als gegenüber fernstehenden Personen, Einzeldelikte bedenklicher als Genossendelikte und früh einsetzende Delikte bedenklicher als spät einsetzende seien.

der in den Kommentaren des JGG an die Jugendlichen gestellten Verhaltenserwartungen zum Ausdruck.

Diese übermoralische Bewertung steht jedoch mitunter im Gegensatz zur minder moralischen Bewertung der Straftat durch den Täter selbst, wie das F.Sack¹⁾ bezüglich des Deliktes 'Warenhausdiebstahl' beschreibt.

2.2.2. Verhaltenserwartungen, die an die Willenskraft appellieren

Den normativen, dem Rechts- wie dem Moraldenken entstammenden Rollenerwartungen (Position von Dahrendorf), die gleichzeitig einen gesellschaftlichen Anspruch zum Ausdruck bringen, stehen Erwartungen an ein normabweichendes (tatsächliches) soziales Verhalten (Position von Popitz) gegenüber. Diese faktischen Rollenerwartungen beziehen sich auf diejenigen Jugendlichen, die in der Rolle des Beschuldigten, des Angeklagten oder des Verurteilten²⁾ mit der Institution des Jugendgerichtsgesetzes in Berührung kommen.

Normabweichendes soziales Verhalten ('asoziales', 'antisoziales' Verhalten, 'charakterliche Mängel') findet in den juristischen Blankettbegriffen der 'Verwahrlosung' und der 'schädlichen Neigungen' seinen Ausdruck und wird zurückgeführt auf:

- ... Ermangelung geistiger oder sittlicher Eigenschaften;
- ... Ergebnis einer nicht ordnungsgemäßen Erziehung;
- ... auf einem Entwicklungsfehler beruhend;
- ... eine ungenügende sittliche Entwicklung;
- ... Anlage und Erziehungsmängel;
- ... nicht willens sein, ein geordnetes Leben zu führen;
- ... Anlage- und Milieuschäden;
- ... eine in der Persönlichkeitsstruktur liegende falsche Trieb- und Willensrichtung.

Diese Indikatoren müssen ebenfalls im Zusammenhang mit den normativen Bestimmungsfaktoren des JGG gesehen werden, denn sie enthalten Erwartungsschemata, die abweichendes Verhalten als eine Folge des Nicht-Wollens (Willensfreiheit), des 'Seins' des Täters (Lebensführungsschuld) oder eines Nicht-Erzogenseins (Erziehungsbedürftigkeit) sehen.

1) F.Sack, Neue Perspektiven in der Kriminologie, in F.Sack/
R.König, Kriminalsoziologie, Frankfurt/M., 1968, S.456.

2) Diese Reihenfolge kennzeichnet die sukzessive Rollenumdefi-
lo4

Damit korrespondieren diejenigen Soll-Sätze der Verhaltenserwartungen, die implizieren, daß die Einhaltung von Rechtsnormen vom jeweiligen Grad der Willenskraft abhängt und damit Willenskraft schlechthin als Barriere gegenüber der Verletzung strafrechtlicher Normen betrachtet wird.

Die durch die normativen Bestimmungsfaktoren des JGG bedingte individualistische Betrachtungsweise - sei es bezüglich der Erwartungen normkonformen wie auch abweichenden Verhaltens - schließt es von vornherein aus, daß abweichendes Verhalten - unter welcher begriffsdefinitorischer Beziehung es auch auftritt¹⁾ - unter dem Aspekt sozio-ökonomischer Bedingtheit und damit verbundener spezifischer sozio-kultureller Ausprägung des Sozialisationsprozesses²⁾ in Betracht gezogen wird³⁾.

Das schließt jedoch nicht aus, daß solche Inhalte unreflektiert und unterschwellig in die individualistische Betrachtungsweise abweichenden Verhaltens eingehen⁴⁾.

2.2.3. Erwartungen, die an die Überwindung von Sozialisationsdefiziten durch den Jugendlichen selbst gestellt werden

Der Jugendliche soll jedoch nicht nur die Willenskraft aufbringen, strafrechtlichen Delikten zu widerstehen. Die generell überhöhten Erwartungen und Anforderungen an das Verhalten straffällig gewordener Jugendlicher kommen in aller Deutlich-

nition während des gesamten Strafverfahrens, d.h. von der Anzeige bis zur Verurteilung.

1) Juristisch: Verwahrlosung, schädliche Neigungen, Kriminalität, Asozialität.

Psychologisch: Entwicklungsstörungen, Sozialisationsrückstände und -mängel.

Soziologisch: Abweichendes Verhalten, Dissozialität (Mollenhauer) etc.

2) In der Hauptverhandlung wird z.B. bei der Erfassung des Lebenslaufs des Jugendlichen nie nach den Erziehungspraktiken der jeweiligen Familie gefragt. Z.B. ob die Erziehung streng oder milde ist und welches Verhalten überhaupt bestraft wird.

3) K.Mollenhauer, Jugendhilfe, Heidelberg 1968, S.60.

4) In den Kommentaren fällt z.B. auf, daß die Anforderungen an Jugendliche bezügl. Verhalten zur Arbeit sich ausschließlich auf ungelernte oder gelernte Berufe beziehen. Desgleichen die Ausbildungsmöglichkeiten in Jugendstrafanstalten. Die Kategorie des straffällig gewordenen Schülers (Gymnasiast) existiert nicht. Das JGG scheint damit bezügl. Resozialisierung in erster Linie an Unterschicht-Jugendlichen orientiert zu sein.

keit zum Ausdruck, wenn ausgerechnet von dem aufgrund von Sozialisationsdefiziten straffällig gewordenen Jugendlichen gefordert wird, er solle solche Sozialisationsmängel aus eigener Kraft überwinden.

Dem Soziologen scheint das nur mit therapeutischen Hilfen möglich: durch Veränderung von Sozialisationsfeldern oder im weitesten Sinne durch die Aufhebung solcher gesellschaftlicher Bedingungen, die tendenziell zu Sozialisationsdefiziten beitragen.

Die durch die normativen Bestimmungsfaktoren des JGG gelenkten juristischen Argumentationen jedoch zielen darauf, bei einem mangelnden Bemühen oder Gelingen seitens des Jugendlichen, Sozialisationsdefizite selbst zu überwinden, das Vorliegen von Lebensführungsschuld im Sinne des Täterstrafrechts abzuleiten.

2.3. Die an Jugendliche gestellten Verhaltenserwartungen in ihrem Zusammenhang mit den normativen Bestimmungsfaktoren des JGG

Wenn an den straffälligen Jugendlichen im Vergleich mit Erwachsenen überhöhte Erwartungen bezüglich eines Verhältnisses zu Rechtsnormen gestellt, von ihm - im Widerspruch zu seiner sozialen Reife stehend - eine stark ausgeprägte Willenskraft gefordert, gleichzeitig aber solchen Jugendlichen vorrangig persönlichkeitsdeterminierte Sozialisationsmängel zugeschrieben werden, so wird aus dem Auseinanderklaffen zwischen Erwartungen an das soziale Verhalten Jugendlicher und deren Sozialisationsmängeln in den Kommentaren zum JGG gefolgert, daß solche Jugendliche erziehungsbedürftig sind. Die Feststellung von Erziehungsbedürftigkeit ist jedoch ebenfalls eine notwendige Voraussetzung für die juristische Legitimation des Eingreifens gegenüber Jugendlichen.

3. Zusammenfassung der Analyse der täterstrafrechtlichen Elemente unter einem gemeinsamen Aspekt

Die Analyse der mit den täterstrafrechtlichen Elementen des JGG verbundenen Bedeutungsinhalten von 'Jugend' macht die Tendenz deutlich, daß das im JGG entworfene 'Bild vom Jugendlichen' - ob es sich nun um die generelle Einschätzung der Alterskategorie oder auf Erwartungen an das soziale Verhalten bezieht - den Jugendlichen zu einem abstrakten Typus formt, der in der Terminologie von E.E.Hirsch¹⁾ auch als 'gesetzlich fixierter Typ' bezeichnet werden kann.

Dieser 'abstrakte Typus' ist in seiner Erziehungsfähigkeit und Erziehungsbedürftigkeit kongruent mit den juristischen normativen Grundannahmen des JGG und wird damit aburteilbar (justiziabel) im Sinne des Jugendgerichtsgesetzes.

Exkurs. Die Darstellung des Jugendlichen als einen mit der Rechtsdogmatik kongruenten abstrakten Typus ist nicht gleichbedeutend mit dem Versuch, Tatertypologien zu entwickeln, um damit ein feineres Instrumentarium zu gewinnen, das dem Jugendrichter letztlich auch gewisse Anhaltspunkte bei der Entscheidung für eine bestimmte Sanktion und bei der Bemessung der Dauer von Erziehungsmaßregeln, Zuchtmitteln und Jugendstrafe gibt.

-
- 1) E.E.Hirsch, Der gesetzlich fixierte 'Typ' als Gefahrenquelle der Rechtsanwendung, in E.E.Hirsch, Das Recht im sozialen Ordnungsgefüge, Beiträge zur Rechtssoziologie, Berlin 1966, S.161 f. - E.E.Hirsch erläutert den gesetzlich fixierten 'Typ' allerdings am Beispiel des Handelsvertreters. Bedingt läßt sich dieses Beispiel auch zum Vergleich mit dem Jugendlichen vor Gericht heranziehen: "Wer rechtliche Verhaltensnormen für eine Kollektiveinheit (Gesellschaftsintegrat, Gruppe mit unbestimmten, wenn auch bestimmbar Mitgliedern) entwirft in der Erwartung, daß diejenigen, die es angeht, sich in ihrem Verhalten danach richten sollen, muß, wenn er das beabsichtigte Ziel erreichen will, das menschliche Verhalten, um dessen rechtliche Regulierung es ihm zu tun ist, mit Hilfe bestimmter, weil bestimmender Merkmale beschreiben. Dies geschieht in der Weise, daß 'Typen' des Verhaltens oder der Organisation vorgestellt und begrifflich fixiert werden, um die Mannigfaltigkeit sozialer Verhaltensweisen und Erscheinungen zu differenzieren und nach einheitlichen Gesichtspunkten (= systematisch) zu ordnen.

So bemüht sich H.Lefrenz¹⁾ um eine psychologisch und psychopathologisch differenzierte Erfassung von Probanden, bei denen die juristischen Voraussetzungen, insbesondere 'schädliche Neigungen' oder 'Schwere der Schuld' die Verhängung der Jugendstrafe erfordern. Er unterscheidet zwischen unterbegabten Tätern, psychopathischen Kriminellen, Sexualtätern und Entwicklungstätern.

F.Schaffstein²⁾ versucht vorsichtig zwischen 'Milieutätern', 'Entwicklungstätern' und 'Neigungstätern' zu unterscheiden.

Cohnitz³⁾ differenziert zwischen zufällig Angeklagten⁴⁾, Irregeleiteten⁵⁾, Verwahrlosten⁶⁾, den Pubertätstätern⁷⁾, den Kriminellen kraft Anlage⁸⁾. Verbunden ist diese Unterscheidung von Cohnitz mit Hinweisen für die Art und Bemessung der jugendstrafrechtlichen Sanktionen.

Allerdings finden solche Typologien unter Kriminologen und auch Juristen teils nur beschränkte Anerkennung⁹⁾, da solche Typologien doch letzten Endes nur eine abstrakte, aber keine konkrete Einordnung eines Menschen zuließen¹⁰⁾.

-
- 1) H.Lefrenz, Die Persönlichkeitsbeurteilung jugendlicher Rechtsbrecher, in: F.Schaffstein (Hrsg.), Weg und Aufgabe des Jugendstrafrechts, Darmstadt 1968, S.469
 - 2) F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.13
 - 3) Cohnitz, Die Anwendung des Jugendgerichtsgesetzes auf die verschiedenen Gruppen jugendlicher Rechtsbrecher, in: RdJ 1954, S.299 f., S.314 f.
 - 4) Dummejungenstreiche, die oft nicht zur Anzeige kommen.
 - 5) Irregeleitet durch ungünstige Umweltbedingungen. Solche Jugendliche haben feste, wenn auch verschobene Wertbegriffe. Hier bedarf es einer individuellen Betreuung im Strafvollzug.
 - 6) Die Verwahrlosten haben keinen oder nur wenig Wertbegriffe oder halten sich jedenfalls nicht an sie. Haben überhaupt keine oder eine unzulängliche Erziehung. Sie brauchen Schutzaufsicht, Wechsel der Umgebung, evtl. Anordnung der Fürsorgeerziehung.
 - 7) Pubertätstäter begehen oft plötzliche und scheinbar ganz unmotivierte Straftaten. Die Behandlung dieser Jugendlichen ist schwierig.
 - 8) Diese Kriminellen müssen möglichst früh erkannt werden und isoliert werden. Kann nur durch günstige Erziehungseinflüsse überwunden werden.
 - 9) H.Mieskes, Der Jugendliche in der Situation der Straffälligkeit, Jena 1956, S.473.
 - 10) J.Hellmer, Jugendkriminalität, Neuwied 1969, S.64.

Auch berücksichtigen solche Typologien lediglich die individuelle Seite der Persönlichkeitsstruktur, weniger die sozialen Ursachen abweichenden Verhaltens. Es interessieren vor allem Beurteilungskriterien, die der Urteilsfindung dienen oder ein erfolgreicherer kriminalpolitisches Einschreiten zu versprechen scheinen¹⁾.

1) Nellmer, Jugendkriminalität, Neuwied 1969, S.66

II. Die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' anhand des schuldstrafrechtlichen Kriteriums

1. Die Beschreibung der Indikatoren

Das schuldstrafrechtliche Kriterium spiegelt die am Schuldstrafrecht orientierte außerjuristische Betrachtung des Jugendlichen wider. Der Jugendliche kommt stets nur als Angeklagter, als Beschuldigter, der gegen strafrechtliche Normen verstoßen hat, vor Gericht. Schuldstrafrechtliche Elemente des JGG beziehen sich auf die Vorwerfbarkeit individueller Schuld und die Zurechnungsfähigkeit des Jugendlichen für die von ihm begangene Straftat (§ 3 JGG), denn das Schuldprinzip verlangt die Einsichtsfähigkeit des Jugendlichen in das Unrecht seiner Tat¹⁾. Die Jugendzurechnungsfähigkeit ist somit Schuldvoraussetzung²⁾ und damit Voraussetzung für die Verurteilung des Angeklagten.

Die Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit des Jugendlichen wird an einem 'normalen' Entwicklungsverlauf - wie er sich in den allgemeinen Erwartungen an die Alterskategorie Jugend widerspiegelt - gemessen. Die Zurechnungsfähigkeit kann auf Grund von Reifemängeln³⁾, denen regelwidrige oder krankhafte biologische Entwicklungsprozesse zugrundeliegen⁴⁾, in Zweifel

-
- 1) Potrykus, Die tragenden Gedanken des Jugendstrafrechts, in: UJ 7.Jg.1955, Heft 1, S.6. - "Das Prinzip der Schuldhaftigkeit verlangt vom Jugendrichter, daß der Jugendliche das Unrecht seiner Tat einsehen konnte und auch fähig war, sich nach der Rechtsordnung, die er durch seine Tat gestört hat, zu richten. Nicht die generelle, sondern die konkrete Prüfung in jedem Falle (§ 59 StGB) spielt hierbei eine besondere Rolle."
- 2) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 3 JGG), S.33
- 3) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§3 JGG), S.34. G.-B. kommentieren, daß allgemeine mangelnde Reife jedoch niemals der Zurechnungsfähigkeit gleichgestellt werden könne.
- 4) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§3 JGG), S.34 .

gezogen werden. Zurechnungsfähig und damit nach § 3 JGG justiziabel ist ein Jugendlicher oder Heranwachsender, wenn er aufgrund seiner intellektuellen Entwicklung (Verstandesreife) und seiner ethischen¹⁾ Reife einsichtsfähig (... in Unrecht) ist und die entsprechende Willenskraft besitzt, danach zu handeln²⁾. Ethische Reife bezieht sich somit auf den Grad der Konformität mit gesellschaftlichen Werten und Normen³⁾, Willenskraft erscheint als psychische Energie, die vom Individuum gegen Normverletzungen aufgewendet werden muß⁴⁾.

Schuldstrafrechtliche Elemente sind auch in der Argumentation enthalten, daß im Interesse des Jugendlichen die Konfrontation mit der Tat und Schuld notwendig seien⁵⁾. Andererseits stehe jedoch eine das Maß der Schuld überschreitende Strafe dem Erziehungsgedanken entgegen. "... denn nur die gerecht vergeltende Strafe hat pädagogischen Wert; der junge Mensch hat ein besonders ausgeprägtes und empfindliches Gefühl für

-
- 1) Bei Potrykus, Komm.JGG 1955, S.101 negativ operationalisiert, d.h. mangelnde 'ethische Reife' hätte ihren Ursprung in mangelndem Religions- und sonstigem Schulunterricht, in zahlreichen, von Erwachsenen begangenen Wirtschaftsstraftaten.
 - 2) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 3 JGG), S.31.
 - 3) Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 3 JGG), S.101
 - 4) Diese Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit besteht unverändert seit der Entstehung des JGG im Jahre 1923, und wurde bereits von Spranger, auf den sich die Kommentatoren des JGG so häufig berufen, kritisiert.
E.Spranger, Psychologie des Jugendalters, Heidelberg 1925, 22.Aufl.1951, S.184 f. - "Der Jugendrichter müßte demgemäß psychologisch richtig nicht nach der Strafbarkeitseinsicht allein fragen: sie bleibt in der Regel bestehen, wenn sie einmal da war; auch nicht nach der dunklen 'Fähigkeit', mit dieser Einsicht an das Willenspendel anzustoßen; sondern er müßte fragen, ob die Straftat unter Gesamtbedingungen erfolgt ist, die für den betreffenden Jugendlichen eine Normalstruktur bedeuteten, so daß ein normgemäßes Handeln erwartet werden durfte."
 - 5) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.7 - "Alle Praktiker stellen immer wieder fest, daß gerade die jungen Menschen ein überraschend starkes Gefühl für die Tat und ihre Folgen, für die Angemessenheit der Reaktion haben. Die Verletzung dieses Gefühls durch eine nicht angemessene richterliche Maßnahme könnte leicht zu einem Mißerfolg des erzieherischen Bemühens führen. Denn wirkliche Erziehung, d.h. eine positive Beeinflussung der Einstellung des Täters zum Leben und zu den Werten unserer Kultur ...".
 - 6) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 18 JGG), S.85-

die Gerechtigkeit." Diese Behauptung erfolgt unter Berufung auf E.Spranger¹⁾, der jedoch das Gerechtigkeitsempfinden von Kindern und Jugendlichen dort nicht im Zusammenhang mit dem positiven Recht²⁾, sondern im Hinblick auf einen außerjuristischen Gerechtigkeitsbegriff anspricht. Dieser sei sozialen Wandlungsprozessen unterworfen, die in der Rechtsprechung nicht mitreflektiert, sondern als statisches Merkmal des Jugendalters und damit als Faktum gewertet werden. E.Spranger scheint also in den Kommentaren entweder mißverstanden worden zu sein oder es wird der von E.Spranger gemeinte Begriff der 'idealen Gerechtigkeit' mit der juristischen Gerechtigkeit für identisch gehalten.

Das 'Sühne- und Strafbedürfnis'³⁾ Jugendlicher ist jedoch nicht so sehr als psychologische Determinante zu sehen, sondern stützt vielmehr das individualistische Prinzip des Stra-

-
- 1) E.Spranger, Psychologie des Jugendalters, Heidelberg 1925, 22.Aufl.1951, S.171 f.
 - 2) E.Spranger, a.a.O., S.170, - "... Man sieht, das positive Recht hat eine sehr komplizierte, nicht ohne weiteres verständliche Struktur. Es fordert mehr und mehr Fachkenntnis, während das ideale Recht (U.H. bei Spranger im Sinne einer sittlichen Idee (S.169)) im sittlichen Gewissenbestande gegeben sein kann, wenn nur die allgemeine geistige Lebensreife dafür vorhanden ist." - Im Zusammenhang damit das in den Kommentaren zitierte Spranger'sche Zitat: "Für die ideale Gerechtigkeit haben Kinder und Jugendliche ein überraschend stark entwickeltes Gefühl. Aber es handelt sich dabei um eine Art von freischwebender Idee der Gerechtigkeit. Sie kann weder auf Menschenkenntnis noch auf voller Kenntnis der Verhältnisse beruhen."
 - 3) Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 17 JGG), S.206. - "... Gerade bei besserungs- und erziehungsfähigen Jugendlichen pflegt ein gesundes Sühne- und meist auch Strafbedürfnis vorhanden zu sein, auf das der Gesetzgeber in den Worten 'Schwere der Schuld' Rücksicht genommen hat und das auch der Richter bei seinem Urteil in Rechnung stellen muß. Dieses im Strafvollzug sich vollziehende 'aktive Sühneerlebnis' ermöglicht erst dem Jugendlichen die innere Loslösung von der Schuld (Sieverts, Studium Generale 1952, S.300 f.). Diese sühnenden Wirkungselemente, die im Sinne einer Selbstreinigung des Täters, vergleichbar der scholastischen *conditio cordis* aufzufassen sind, muß auch das Jugendstrafrecht beachten. Insoweit ist der Sühnegeranke entscheidend für die Erziehung einzusetzen und der rechte Ansatzpunkt für ihre Durchführung."

fens, nämlich die dogmatische Rechtfertigung¹⁾ des Wesens der Strafe^{2) 3)} als 'sozialethische Mißbilligung'.

Eine ähnliche Ansicht vom Gerechtigkeitsempfinden Jugendlicher spiegelt die Annahme wider, daß der Jugendliche die Begegnung mit dem Richter brauche⁴⁾.

2. Interpretation der Indikatoren als Projektion emotionaler Bedürfnisse auf den Jugendlichen

Auch in der schuldstrafrechtlichen Variablen finden sich Indikatoren, die als jugendspezifisch gelten und das im JGG auffindbare Bild vom Jugendlichen abrunden. Allerdings muß festgehalten werden, daß sich diese Indikatoren soziologisch nur annähernd und interpretativ erfassen lassen.

1) Siehe in dieser Arbeit S.40

2) R.Lange, Erziehung und Strafe im Jugendstrafrecht, in: F.Schaffstein (Hrsg.), Weg und Aufgabe des Jugendstrafrechts, Darmstadt 1968, S.62, S.68 f. - "... die Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Strafe und Erziehung im Jugendstrafrecht: Sie lautet: Erziehung durch Strafe, und zwar durch sühnende Strafe; Erziehung durch Sühne." Das Wesen der Strafe läge nicht in ihrer Übelsnatur, sondern "..., daß sie eine sozialethische Mißbilligung zum Ausdruck bringt," und "dadurch sein besonderes Gepräge erhält, hat nicht nur sprachliche und positivrechtliche Gründe für sich, sie wurzelt im tiefsten Grunde unseres Strafrechts: in der Schuldidee. Alle Strafe, die wir verhängen, ist Schuldstrafe. Und Schuld ist Vorwerfbarkeit. Mit der Bestrafung erheben wir den Vorwurf."

3) Zu betonen ist, daß 'Strafe' im Sinne von § 17 JGG (Jugendstrafe) zu verstehen ist. Jugendstrafe wird im Strafregister eingetragen. Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel hingegen sind keine 'Strafen' im juristischen Sinne, sondern werden lediglich anlässlich der Tat verhängt; es erfolgt kein Eintrag in das Strafregister, ein 'Strafmakel' ist damit nicht verbunden.

4) H.H.v.Schlotheim, Zur Erziehungsaufgabe des Jugendrichters, in: M.Busch (Hrsg.), Erziehung zur Freiheit durch Freiheitsentzug, Neuwied, Berlin 1969, S.419. - Der Richter müsse "... vielmehr in dem Bewußtsein tätig werden, daß der Jugendliche, der sich vergangen hat, die Begegnung gerade mit dem Richter braucht."

Die schuldstrafrechtlichen Indikatoren implizieren, daß der Jugendliche

- ... ein besonders ausgeprägtes und empfindliches Gefühl für Gerechtigkeit habe
- ... ein Sühne- und Strafbedürfnis hätte (Selbstreinigung des Täters)
- ... daß der straffällige Jugendliche die Begegnung mit dem Richter brauche.

Diese am Schuldprinzip orientierten Bedeutungsinhalte beziehen sich auf das Verhältnis des Jugendlichen zur Tat selbst. Sie projizieren auf den Jugendlichen Gefühle und emotionale Bedürfnisse, denen die Institution JGG mit adäquaten Reaktionen im Rahmen des Schuldvorwurfs zu begegnen sucht.

Die Legitimation für das Eingreifen gegenüber Jugendlichen wird mit diesen Annahmen in das Individuum selbst hineinverlagert und entzieht sich damit einer im Einzelfall nachzuprüfenden Handlungsmotivation. Das impliziert zugleich die Annahme, daß die Reaktionen des JGG einer Bedürfnislage Jugendlicher entsprechen und - was Konsequenzen für den Jugendlichen hat - aus den Reaktionen des Jugendlichen vor Gericht Schlüsse für die einzuleitenden Maßnahmen gezogen werden¹⁾.

Diese Projektion ist mit der dogmatischen Rechtfertigung des Wesens der Strafe verknüpft und geht aus von einer scheinbaren Identität zwischen der Rechtfertigung des Wesens der Strafe als sozialetischer Mißbilligung und deren Internalisation durch das Individuum, die dann als individuelle Bedürfnislage des Individuums gegenüber der Rechtsordnung wieder in Erscheinung tritt.

Einen Anhaltspunkt für die Widerlegung des Indikators, daß der Jugendliche die Begegnung mit dem Richter brauche, mag die Befragung von 56 strafgefangenen Jugendlichen von P.Kühling²⁾ geben. In dieser Studie wurde die Frage nach dem Eindruck, den der verurteilende Richter bei den Jugendlichen hinterließ, zu 60% mit negativen statements beantwortet. Das kann andeutungsweise sichtbar machen, daß die Einstellungen

1) Aus den stenographischen Protokollen, insbes. Protokoll 61 GS (3) 281/70

2) P.Kühling, Richter und Strafvollzug aus der Sicht jugendlicher Gefangener, in: MSchrKrim 1970, S.270 f.

Jugendlicher mit diesen angenommenen Erwartungen keineswegs übereinstimmen müssen.

Ähnliche Befragungsergebnisse jugendlicher Probanden ergab die Studie von R.Eilsberger¹⁾, nach der auf die Frage nach der Fairness der Hauptverhandlung 41% der Befragten negative Empfindungen äußerten, d.h. Empfindungen, die gerade auf einer Verletzung des oben unterstellten Gerechtigkeitsbedürfnisses durch die Institution JGG beruhten.

Die wenigen empirischen Forschungen, die über das Verhältnis von Jugendlichen zum Problem Schuld und Strafe und über Leitbilder Jugendlicher über 'Recht' und 'Unrecht' vorliegen²⁾, weisen darauf hin, daß dieses "allgemeine Leitbild von 'Recht' und 'Unrecht' zumindest in Zeiten "extremer Krise" (U.H.: gemeint ist z.B. die Nachkriegszeit) einer "relativierenden Auffassung" unterliegt, also keineswegs absolut gesetzt werden kann, wie das in den Kommentaren des JGG und in mancher Sekundärliteratur getan wird.

Bei der Interpretation der schuldstrafrechtlichen Elemente des JGG wird - eindeutiger noch als bei der Analyse der Inhalte der täterstrafrechtlichen Elemente - die Tendenz sichtbar, daß die im JGG implizierten Bedeutungsinhalte von 'Jugend' in erheblichem Ausmaß durch die rechtsdogmatischen Grundannahmen und deren Modifikation im JGG mitbestimmt sind.

1) R.Eilsberger, Die Hauptverhandlung aus der Sicht jugendlicher und heranwachsender Angeklagter, in: MSchKrim.1969, S.304 ff. insb. S.313

2) M.Kelchner, Schuld und Sühne im Urteil jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen, *Böih.z.angew.Psycholog.* 63 (1932) H.Engels/H.Thomae, Schuld und Sühne im Urteil jugendlicher Arbeiter der Gegenwart, in: UJ 2/1950
Beide Literaturangaben zitiert nach H.Thomae, Vorbilder und Leitbilder der Jugend, München 1965, S.40 f.

III. Die Analyse der strafrechtlichen Sanktionen in ihrem Verhältnis zu den Zielen des Erziehungsgedankens, aufgezeigt anhand des Kriteriums der Legitimation der Strafzwecke

1. Die Interdependenz dieses Kriteriums mit dem täterstrafrechtlichen und dem schuldstrafrechtlichen Kriterium

Die Legitimation der Strafzwecke im JGG ist - dem Erziehungsgedanken des JGG folgend¹⁾ - ableitbar erstens aus den Folgen der Modifikation der Grundannahmen des allgemeinen Strafrechts²⁾, zweitens aus deren Interdependenz mit den außerjuristischen, auf 'Jugend' bezogenen Inhalten des JGG.

Unter dem erstgenannten Aspekt ist die Legitimation jugendstrafrechtlicher Sanktionen geprägt durch die Kontradiktorik zwischen den täterstrafrechtlichen und schuldstrafrechtlichen Elementen des JGG³⁾ und der permanenten Notwendigkeit, diese Elemente im Urteilsfindungsprozeß dialektisch miteinander zu verbinden. Beispiele hierfür finden sich in den nachstehenden Argumentationen zur Verhängung von Erziehungsmaßnahmen, Zuchtmitteln und Jugendstrafe.

Unter dem zweitgenannten Aspekt der Legitimation jugendstrafrechtlicher Sanktionen gehen die Ergebnisse der Analyse der außerjuristischen Inhalte des JGG anhand des täterstrafrechtlichen und des schuldstrafrechtlichen Kriteriums ein⁴⁾.

Diese Ergebnisse begründen die außerjuristischen Voraussetzungen für ein erzieherisches Eingreifen gegenüber straffälligen Jugendlichen in dreierlei Hinsicht.

1) In dieser Arbeit S.47

2) In dieser Arbeit S.48 ff.

3) In dieser Arbeit S.52

4) In dieser Arbeit Teil III, Kap.I und II

Erstens begründet die Einschätzung von 'Jugend' als eine Alterskategorie, die durch einen noch nicht abgeschlossenen Entwicklungsprozeß charakterisiert ist, die Voraussetzung, daß der Jugendliche im JGG grundsätzlich als erziehungsfähig betrachtet wird¹⁾.

Zweitens begründen nicht erfüllte Erwartungen (Verwahrlosung, schädliche Neigungen) an das soziale Verhalten Jugendlicher, deren prinzipielle Erziehungsbedürftigkeit²⁾.

Drittens wird unterstellt, daß der Jugendliche ein individuelles Bedürfnis nach Sühne und Strafe habe³⁾.

Erziehungsfähigkeit und Erziehungsbedürftigkeit als täterstrafrechtliche außerjuristische Elemente und das Bedürfnis nach Sühne und Strafe als schuldstrafrechtliches außerjuristisches Element werden damit zu juristischen Blankettbegriffen, die - wie im folgenden dargestellt wird - die Argumentationen zur Legitimation des Eingreifens durch Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel und Jugendstrafe stützen.

Die nach dem Kriterium der Legitimation der Strafzwecke zu erfassenden Bedeutungsinhalte von 'Jugend' beziehen sich nun nicht mehr auf Einschätzungen und normative Verhaltenserwartungen, sondern auf die in den Erziehungszwecken (unmittelbare Erziehungsziele) und im allgemeinen Erziehungsziel (mittelbare Erziehungsziele) des JGG beinhaltenen außerjuristischen Vorstellungen, zu was und wozu erzogen werden soll.

1) In dieser Arbeit S.90 f.

Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955, S.205 (§ 19 JGG). - "In der Regel wird man die Erziehungsfähigkeit eines jugendlichen Täters voraussetzen dürfen, weil seine Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist und deshalb eine - wenn auch bisweilen stark eingeschränkte - Formbarkeit in fast allen Fällen vorliegen dürfte." - Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955, S. 39. "... die Tatsache jedoch, daß man sie gerade bei Jugendlichen, die in ihrer Entwicklung noch nicht abgeschlossen sind und deshalb für jeden Einfluß von außen empfänglicher sind, für besonders erfolgversprechend hielt, war Veranlassung, zunächst auf dem begrenzten Gebiet des Jugendstrafrechts die Durchsetzung des Erziehungsgedankens zu versuchen."

2) In dieser Arbeit S.106

3) In dieser Arbeit S.114

2. Die Beschreibung der Indikatoren

Korrespondierend mit der im JGG vorgenommenen Unterscheidung der strafrechtlichen Reaktionen in Erziehungsmaßregeln (§§ 9 mit 12 JGG), Zuchtmittel (§§ 13 mit 16 JGG) und Jugendstrafe (§§ 17 mit 19 JGG) wird im folgenden die Argumentation zur Verhängung strafrechtlicher Sanktionen zunächst deskriptiv erfaßt.

2.1. Argumentation zur Erziehung durch Erziehungsmaßregeln (§ 9 JGG)

Zu den Erziehungsmaßregeln gehören deren spezifische Formen der (1.) Erteilung von Weisungen, (2.) der Anordnung von Erziehungsbeistandschaft und (3.) der Anordnung der Fürsorgeerziehung.

Erziehungsmaßregeln haben in der Rangfolge der zu verhängenden Sanktionen des JGG den Vorrang vor Zuchtmitteln und Jugendstrafe (Subsidiaritätsprinzip)¹⁾.

Anlaß für die jugendstrafrechtliche Reaktion der Erziehungsmaßregeln ist die Tat und nicht - wie bei der Jugendstrafe - das an der Tat gemessene Ausmaß der Schuld.

Bezüglich der Kontradiktorik zwischen täterstrafrechtlichen und schuldstrafrechtlichen Elementen und dem Versuch, beide Elemente dialektisch miteinander zu verbinden, wird in der Argumentation ausgetragen, daß einerseits Erziehungsmaßregeln ausschließlich der Erziehung dienen sollen²⁾ und nicht der Sühne. Andererseits müsse aber aus erzieherischen Gründen

1) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.9

2) F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.56. - "Erziehungsmaßregeln sind die aus Anlaß der Straftat anzuwendenden Maßnahmen, deren Zweck nicht in der Ahndung der Tat, sondern ausschließlich der Erziehung des Täters zu einem reschaffenen Leben besteht." Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 9 JGG), S.46. - ErzM" ... sie dienen der Erziehung". - S.47: "... die ErzM dienen nicht der Sühne" ... "... das bedeutet aber nicht, daß die ErzM keine sühnende Wirkung haben dürften.

die Beachtung des Sühnegedankens gefordert werden¹⁾.

Vorrang haben jedoch die außerjuristischen Voraussetzungen zur Verhängung von Erziehungsmaßregeln, nämlich die Erziehungsbedürftigkeit und die Erziehungsfähigkeit des Jugendlichen²⁾, denen auch die Ausgestaltung der Erziehungsmaßnahmen gerecht werden müsse.

Der im JGG gestellte Anspruch an die erzieherische Wirkung von Weisungen bezieht sich auf die gesamte Lebensführung des Jugendlichen³⁾; die Auswahl der Weisungen obliegt dem Richter; die Skala der Möglichkeiten erstreckt sich von der Teilnahme am Verkehrsunterricht, bis zum Rauchverbot, dem Besinnungsaufsatz, der Übernahme einer ständigen Arbeit (Arbeitsaufgabe), auf Werke der Nächstenliebe etc.⁴⁾. Auf den jugendgemäßen Charakter der Ausgestaltung von Weisungen und Auflagen wies immer wieder der Jugendrichter K.Holzschuh⁵⁾ hin, dessen Ausgestaltung von Weisungen zwar unter Jugendrichtern umstritten, aber heute noch beispielgebend ist⁶⁾.

Erziehungsbeistandschaft wird vom Jugendrichter lediglich angeordnet. Es finden sich in den Kommentaren darüber keine

1) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 9 JGG), S.47

Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 9 JGG), S.136

2) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 9 JGG), S.46

3) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 10 JGG), S.140

Weisungen "... nehmen die Straftat nur zum Anlaß, die Lebensführung des Jugendlichen so zu regeln, daß die Ursachen für sein fehlsames Verhalten beseitigt werden."

4) Grethlein-Brunner, Komm.JHH 1970 (§ 10 JGG), S.51 ff.

5) K.Holzschuh, ... aber ihr klagt uns an. Ein Jugendrichter erzählt, Frankfurt 1957, S. 115 ff.

6) Von einer bei K.Holzschuh, a.a.O., nachlesbaren und 1974 nachvollzogenen jugendrichterlichen Weisung berichtet die Süddeutsche Zeitung vom 2./3.2.74, S.22. "NEUMARKT (dpa) - Drei Jahre lang muß ein 19jähriger das Grab seines gleichaltrigen Freundes pflegen, dessen Tod er verschuldet hat. Diese Verpflichtung nahm Oberamtsrichter G. in das Urteil auf, das auf acht Monate Führerscheinentzug, zwei Freiheitsstrafen und 200 Mark Geldbuße lautete. Der Richter vertrat die Meinung, daß der jugendliche Angeklagte für die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts noch nicht reif sei. Der aus P. stammende junge Mann wollte seinen Freund mit dem Moped nach Hause fahren, wobei er in einer Kurve die Herrschaft über das Fahrzeug verlor. Beim Sturz in den Straßengraben zog sich der Freund tödliche Verletzungen zu."

Argumentationen, die für die Analyse von Bedeutung wären. Erziehungsbeistandschaft wird nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz (§§ 55 JWG) vollzogen. Die Durchführung der Maßnahmen liegt beim Jugendamt. Erziehungsbeistandschaft (Hilfe und Aufsicht zugleich) hat primär die Funktion, die familiäre Sozialisation von Kindern und Jugendlichen zu stützen bzw. intervenierend einzugreifen.

Die dritte der Erziehungsmaßregeln ist die Fürsorgeerziehung. Sie darf nicht allein aus einem allgemeinen Erziehungsbedürfnis des Jugendlichen anlässlich der Tat verhängt werden, sondern setzt täterstrafrechtliche Merkmale der Verwahrlosung voraus¹⁾. FE hat den Charakter öffentlicher Zwangserziehung mit dem Zweck, Verwahrlosung zu verhüten oder zu beseitigen²⁾, ohne jedoch auf die Ursachen der Verwahrlosung einzugehen³⁾.

Zusammenfassung. Erziehungsmaßregeln haben den Zweck, nicht nur juristische, sondern allgemeine normative Erwartungen mit institutionellem Nachdruck an den Jugendlichen heranzutragen (Weisungen) und die familiäre Sozialisation zu stützen (Erziehungsbeistandschaft); ferner negatives soziales Verhalten (Verwahrlosung) mit längerfristiger Zwangserziehung (Fürsorgeerziehung) zu verhüten und zu vermeiden.

Erziehungsmaßregeln sind darauf gerichtet, die gesamte Lebensführung unter Bezugnahme auf den noch nicht abgeschlossenen Entwicklungsprozeß des Jugendlichen korrigierend zu beeinflussen.

1) Siehe in dieser Arbeit S.96 ff.

F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.76

2) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 12 JGG), S.160

3) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 12 JGG), S.164
"... Da es jedoch auf die Ursachen der Verwahrlosung nicht ankommt ..."

2.2. Argumentation zur Erziehung durch Zuchtmittel (§ 13 JGG)

Zu den Zuchtmitteln¹⁾ gehören: die Verwarnung, die Auferlegung besonderer Pflichten, der Jugendarrest. Sie haben in der Skala der Reaktionen des JGG ein strafrechtlich schwereres Gewicht als Erziehungsmaßregeln, auch wenn unter den Erziehungsmaßregeln die Anordnung der Fürsorgeerziehung einschneidendere Folgen für das Leben eines Jugendlichen hat, als die Verwarnung oder die Verbüßung eines Jugendarrestes. Der gemeinsame Zweck der Zuchtmittel ist es, "... einem an sich gut gearteten Täter durch 'Ahndung' seiner Tat, aber ohne längeren Eingriff in seine Lebensführung, eindringlich zum Bewußtsein zu bringen, daß er für das von ihm begangene Unrecht einzustehen hat."²⁾ Im Unterschied zu den Erziehungsmaßregeln haben Zuchtmittel auch einen gewissen 'Übelscharakter'³⁾, deren erzieherischer Wert dazu dienen soll, das Ehrgefühl zu wecken und dem Täter die Autorität der Rechtsordnung zum Bewußtsein zu bringen⁴⁾.

Während die Verwarnung (§ 14 JGG) in einer "Zurechtweisung unter Vorhaltung des Unrechts der Tat"⁵⁾ besteht, und im Verlauf des Gerichtsverfahrens ausgesprochen und damit vollzogen wird, so haben besondere Pflichten (§ 15 JGG) als Zuchtmittel den Zweck, "... dem Jugendlichen seine Verantwortlichkeit vor dem Recht eindringlich vor Augen zu führen"⁶⁾, und zwar in Form von besonderen Auflagen (Wiedergutmachung des Schadens, Geldbetrag für gemeinnützige Einrichtungen etc.).

1) F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.74. - "Zuchtmittel --- sind die zwischen reinen Erziehungsmaßregeln und echter Kriminalstrafe stehenden Rechtsfolgen der Jugendstraftat, deren zwielichtiger und unterschiedlicher Charakter sich einer eindeutigen systematischen Einordnung entzieht. Was ihnen gemeinsam ist, ist nur ihr Zweck: nämlich einem an sich gut gearteten Täter durch 'Ahndung' seiner Tat, aber ohne längeren Eingriff in seine Lebensführung eindringlich zum Bewußtsein zu bringen, daß er für das von ihm begangene Unrecht einzustehen hat."

2) F.Schaffstein, a.a.O., S.74

Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955, S.170 (§ 13 JGG)

3) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 13 JGG), S.169

4) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 90 JGG), S.355

5) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 14 JGG), S.63

6) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 15 JGG), S.175

Mit der Verhängung von Jugendarrest (§ 16 JGG) werden erzieherische Wirkungen wie Selbstbesinnung¹⁾ - die möglichst durch Einzelhaft erreicht werden soll²⁾ - erwartet. Es soll ein eindringlicher Ordnungsruf³⁾ oder durch seine Einmaligkeit, Kürze und Härte eine Schockwirkung bezweckt werden⁴⁾. Generell soll der Jugendarrest dem Jugendlichen die "... Werte des Lebens in der Gemeinschaft erkennen lassen."⁵⁾ Den allgemein erwarteten Wirkungen von Zuchtmitteln entsprechen auch die Vorstellungen vom Vollzug des Jugendarrestes⁶⁾, dessen Funktion in der Anerkennung nicht näher beschriebener Gemeinschaftswerte durch den Jugendlichen, in der Anerkennung von Pflichten gegenüber der Gemeinschaft und in der zukünftigen Achtung des Rechts bestehen. Als Vehikel dieser Funktion des Jugendarrestes dienen als äußerlich formale Regulative der Lebensführung eine 'sinnvolle Arbeit innerhalb des Arrestzaumes', eine 'einfache, ordentliche Lebenshaltung', 'regelmäßige Körperpflege', 'Leibesübungen'⁷⁾, die durch 'strenge Tage' mit vereinfachter Kost intensiviert werden können. - Die psychologisch-ethische Erziehung

-
- 1) Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 5 JGG) - Jugendarrest "... soll die Selbstbesinnung des Jugendlichen fördern, insbesondere anzuwenden auf noch nicht straffällig gewordene Jugendliche." - Ähnlich F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.77. - Ähnlich Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, (§ 16 JGG), S.70.
 - 2) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 16 JGG), S.184
 - 3) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 16 JGG), S.70, (§ 90 JGG S.354.
 - 4) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 16 JGG), S.70, (§ 90 JGG), S.354. - Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 16 JGG) S.180. - G.Potrykus, Die tragenden Gedanken des Jugendstrafrechts, in: UJ, 7.Jg.1955, Heft 1, S.7.
 - 5) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 90 JGG), S.355
 - 6) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 90 JGG), S.354. - Unter Berufung auf den Erlaß von Richtlinien u.d.Vollzug des JA durch die Landesjustizverwaltungen, in dem sich Sinn und Ziel des Vollzugs folgendermaßen darstellen: "Der Vollzug des JA soll dem J seine Stellung in der Gemeinschaft und seine Pflichten ihr gegenüber vergegenwärtigen. Er soll ihm eindringlich zum Bewußtsein bringen, daß er für jede Verletzung der Rechtsordnung u.das von ihm dadurch begangene Unrecht einzustehen hat. Der JA soll dem J die Werte des Lebens in der Gemeinschaft erkennen lassen u.in ihm ein auf ihrer Achtung begründetes Ehrgefühl wecken. Das Erlebnis des Freiheitsentzugs und die Erkenntnis seiner Bedeutung sollen ihn vor weiterem Abgleiten bewahren u. dazu führen, das Recht fortan zu achten."
 - 7) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 90 JGG), S.355.

findet ihren Ausdruck in Isolierhaft (damit der Arrestant eine innere Erschütterung erfahre)¹⁾, in Aussprachen ('Erziehungsgesprächen') mit dem Vollzugsleiter (Jugendrichter), in gemeinsamen Veranstaltungen (zur Anregung des Nachdenkens über sittlich geistige Werte)²⁾ und durch 'erzieherisch wertvollen Lesestoff'³⁾.

Der Einschätzung der erzieherischen Wirkung des Jugendarrestes stehen nicht nur pädagogische Einwände⁴⁾, sondern auch juristische⁵⁾ entgegen, die sich auf die mangelnde inhaltliche Qualität des Vollzugs beziehen.

Ein empirischer Nachweis für eine erfolgreiche bzw. nicht erfolgreiche erzieherische Wirkung des Jugendarrestes ist schwierig zu erbringen, da die hierzu vorliegenden Untersuchungen auf Aktenauswertungen beruhen, die nach E.Kaiser⁶⁾ keine gesicherte Aussage für die Effektivität des Jugendarrestes zulassen.

Zusammenfassung. Die strafrechtlich schwerwiegendere Bedeutung der Zuchtmittel findet ihren erzieherischen Ausdruck in einem kurzfristigen Eingriff in die Lebensführung, um dem Jugendlichen das Unrecht - nicht nur das Ungesetzliche - seiner Handlungsweise zu verdeutlichen (Verwarnung), ihm seine Verantwortlichkeit gegenüber dem Recht bewußt zu machen (besondere Pflichten) sowie zur Selbstbesinnung zwingen (Jugendarrest).

-
- 1) A.Gramlich, Möglichkeiten und Grenzen des Jugendarrestes. Eine kriminologische und vollzugskundliche Untersuchung, Bonn 1964, S.179 (Vollzugsgestaltung in der Jugendarrestanstalt Kenzingen/Baden).
 - 2) A.Gramlich, a.a.O., S.179
 - 3) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 90 JGG), S.723
A.Gramlich, a.a.O., S.180
 - 4) M.Busch in einer Diskussion des § 16 JGG auf der Jugendrichtertagung in Fischbachau/Obb. (November 1971)
 - 5) F.Roestel, Hat Freizeitarrrest einen erzieherischen Wert?
in: ZblJR. 1969, S.223-227
 - 6) C.Kaiser, Zum Stand der Behandlungs- und Sanktionsforschung in der Jugendkriminologie, dargestellt am Beispiel des Jugendarrestes, in: MschKrim. 1969, S.16 ff.

2.3. Argumentation zur Erziehung durch Jugendstrafe (§ 17 JGG)

Bei der strafrechtlichen Reaktion der Jugendstrafe¹⁾ hat die Abwägung der täterstrafrechtlichen und der schuldstrafrechtlichen Elemente die schwerwiegendste Bedeutung. Einmal setzt die Verhängung von Jugendstrafe 'Schwere der Schuld' (schuldstrafrechtliches Kriterium), zum anderen 'schädliche Neigungen' (täterstrafrechtliches Kriterium voraus. Dieser Abwägungsprozeß²⁾ hat zu einer Flut juristischer Auseinandersetzungen geführt, die sich in den Kommentaren, wie auch in der Sekundärliteratur zum JGG niederschlägt.

Dem Schuldprinzip im JGG entspricht, daß allein die an der Tat gemessene Schwere der Schuld Jugendstrafe erforderlich machen kann³⁾ und - so wird in den Kommentaren angenommen - vom Jugendlichen auch erwartet werde⁴⁾. Die Rechtfertigung der Jugendstrafe müsse sich daher aus der Schuld des Täters ableiten lassen⁵⁾.

Dem täterstrafrechtlichen Charakter des JGG trägt beispielsweise die Argumentation Rechnung, daß unbestimmte Jugendstrafe (§ 19) dann verhängt werden solle, "... wenn die Straftat erhebliche Charakter- und Lebensführungsschuld erkennen läßt."⁶⁾ So kann die Verhängung von Jugendstrafe

-
- 1) Jugendstrafe ist - im Gegensatz zu den Erziehungsmaßnahmen und Zuchtmitteln - mit den vollen Rechtswirkungen einer Strafe verbunden (Eintrag in das Strafregister, Anwendung von strafrechtlichen Rückfallvorschriften).
 - 2) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 17 JGG), S.191. - "Der Schuld- und Erziehungsgedanke sind im Jugendstrafrecht selbständige Elemente, die sich gegenseitig durchdringen, während im allgemeinen Recht der Besserungszweck dem Sühnezweck der Strafe untergeordnet ist."
 - 3) Grethlein-Brunner, Komm.JGG (9 17 JGG), S.76
 - 4) Grethlein-Brunner, Komm.JGG (§ 17 JGG), S.77. - "Die Gerechtigkeit fordert bei schwerster Kriminalität eine kriminelle Strafe; der sühnebereite J erwartet sie, der uneinsichtige legt den Verzicht auf Strafe als Schwäche und Aufmunterung zu neuen Straftaten aus."
Ebenso Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955, N 19
 - 5) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 17 JGG) S.191
 - 6) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 19 JGG), S.89
Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 19 JGG), S.204.

aber auch aufgrund des Vorhandenseins 'schädlicher Neigungen' erfolgen¹⁾, die im Zusammenhang mit der Tat festgestellt werden²⁾. "Daß er (U.H. der Jugendliche) sich nicht oder nicht genügend bemüht (U.H. mit den schädlichen Neigungen fertig zu werden), gereicht ihm zum Schuldvorwurf."³⁾ - Auf diese Weise kann aus der Nichtüberwindung von 'schädlichen Neigungen' Schuld, nämlich Lebensführungsschuld, abgeleitet werden⁴⁾.

Die Bemessung der Dauer der Jugendstrafe richtet sich wiederum nach dem Grad der Erziehungsbedürftigkeit des Jugendlichen.

Erziehungsziele im Jugendstrafvollzug (§ 91 JGG) knüpfen unmittelbar an dem auf den Seiten 99 bis 106 dargestellten erwarteten Verhalten Jugendlicher an. Dominierendes Erziehungsziel des Jugendstrafvollzugs ist die 'Um'-Erziehung zu einem 'rechtschaffenen und verantwortungsbewußten Lebenswandel'⁵⁾, dessen inhaltliche Bestimmung durch Wertkatego-

1) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 17 JGG) S.193

2) Dazu folgendes Beispiel von A.Weitl, Die dogmatischen Grundlagen des geltenden Jugendstrafrechts (JGG), München 1965, Diss., S.121. - "Ein Urteil, das mir der Richter, der es gefällt hat, als Erziehungsurteil nannte, möchte ich noch besonders anführen. Ein 15jähriger Bub war angeklagt wegen Diebstahls einer Geldbörse mit einigen Mark, die er aus der abgelegten Kleidung eines Badenden an der Isar gestohlen hatte. In der Hauptverhandlung fragte ihn der Richter, ob er auch wirklich nur das eine Mal gestohlen habe. Da bekannte der Angeklagte, daß er mindestens 50 derartige Badediebstähle begangen habe. Nachtragsanklage wurde hierüber nicht erhoben. Der Richter verurteilte ihn wegen des einen, angeklagten Diebstahls zu 8 Monaten Jugendstrafe, wobei er wegen der Vielzahl der nicht angeklagten Fälle schädliche Neigungen bejahte. Vom Standpunkt des JGG aus ist dieses Urteil nicht angreifbar. Nichtangeklagte Straftaten können ohne weiteres zur Begründung schädlicher Neigungen herangezogen werden. Auf der anderen Seite ist das Wie der Ahndung nach dem Willen des JGG nur durch Erziehungserfordernisse, hier also durch das Maß der zu bekämpfenden schädlichen Neigungen, bestimmt. Trotzdem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als wären hier elementare, strafprozessuale Maximen (Anklageprinzip, rechtliches Gehör) verletzt worden."

3) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 17 JGG), S.193

4) In dieser Arbeit S. 56, 99-106.

5) Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 91 JGG), S.663

Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 91 JGG), S.735

Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 91 JGG), S.358.

rien ausgewiesen ist, die einmal taterstrafrechtlich-individualistische Züge tragen¹⁾, zum anderen schuldstrafrechtliche Charakteristika²⁾ beinhalten. Dadurch erweist sich das

- 1) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 91 JGG), S.736.

"... Auch in den hoffnungslosesten Fällen muß wenigstens der Versuch einer Umerziehung gemacht werden. So sehr bei vielen Gefangenen von vornherein feststehen mag, daß das Endziel der Anstaltserziehung, die Umbildung zu einer verantwortungsbewußten und rechtschaffenen Lebensführung, nicht erreichbar ist, muß doch wenigstens angestrebt werden, Einfluß auf die Entwicklung des Gefangenen in der Weise zu gewinnen, daß sie fähiger werden, ihre charakterlichen Schwächen zu überwinden."

Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 91 JGG), S.663. - "Durch entsprechende Erziehung (...) während des Strafvollzuges soll der Verurteilte soweit gefördert werden, daß er sich von seinem bisherigen Leben abwendet, und sich infolge gewonnener besserer Einsicht freiwillig einem gesetzmäßigen Leben zuwendet. Ein echter Erziehungserfolg ist nur erzielt worden, wenn der Jugendliche zur Selbstentscheidung für das Gute und gegen das Böse gebracht worden ist (Heinen, MDR 1954 S.266)".

Grethlein-Brunner, Komm.Jgg 1970 (§ 91 JGG), S.359. - "... am Ende soll er so weit sein, daß er sich aus eigenem Antrieb für das Gute und gegen das Böse entscheidet."

Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 S.39 (zum JGG von 1923). "Da jede Verfehlung eines jungen Menschen in erster Linie aus seiner Anlage und den Umweltbedingungen, unter denen er lebt, zu erklären ist, setzte sich die Erkenntnis durch, daß eine Einwirkung auf die Persönlichkeit des Täters, die sich unmittelbar gegen seine Anlage- und Erziehungsmängel richtet, erfolgreicher sein müsse als eine bloße Vergeltungsstrafe, der diese Beziehung fehlt. Es mußte also als Mittel zur Umgestaltung der charakterlichen Haltung eines Straffälligen die Erziehung in den Bereich des Strafrechts einbezogen werden."

- 2) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 91 JGG), S.735. - "Der materielle Inhalt der Jugendstrafe ist Strafe im Sinne der allgemeinen strafrechtlichen Doktrin (...). So sehr auch im einzelnen die Gewichte der Strafzwecke von der üblichen Freiheitsstrafe des allgemeinen Rechts verschieden sein mögen, ohne das Vorhandensein des Strafzweckes der Vergeltung und Sühne wäre der Boden strafrechtlichen Denkens verlassen und an seine Stelle ein System erzieherischer Maßnahmen getreten. Diese Loslösung von den Grundlagen des materiellen Strafrechts darf der Vollzug nicht durchführen; er würde sich damit in Gegensatz zu dem erklärten Willen des Gesetzes stellen. Die Forderung, daß der Vollzug der Jugendstrafe auch der Bewährung der Rechtsordnung und der Zufügung eines Leides zur Weckung der Sühnebereitschaft des Jugendlichen dient, bleibt deshalb auch im Jugendstrafrecht aufrechterhalten. (...). Sie hindert, daß die Jugendstrafanstalten zu reinen Erziehungsheimen werden, und bewirkt, daß nüchterne und sachliche Methoden anzuwenden sind, die sich von Milde und Weichheit bewußt distanzieren."

Verhältnis von Erziehung und Strafe im Jugendgerichtesgesetz als Formel, die lautet: "Erziehung durch Strafe, und zwar durch sühnende Strafe; Erziehung durch Sühne"¹⁾.

Eine weitere Wertkategorie ist an einer Wiedereingliederung in die Gesellschaft orientiert, sie weist eine sozialethische Gebundenheit an Werte auf²⁾.

-
- 1) R.Lange, Erziehung und Strafe im Jugendstrafrecht, in: F.Schaffstein (Hrsg.), Weg und Aufgabe des Jugendstrafrechts, Darmstadt 1968. Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.5.
 - 2) Potrykus, Komm.JGG 1955, S.664 (§ 91 JGG). - "Die Erziehung des Gefangenen erfolgt nicht nur durch ein Ansprechen des Intellekts, die ihn von der Unrichtigkeit seiner Handlungsweise aus verstandesmäßigen Gründen überzeugt. Eine solche Erziehung würde allein keinen Erfolg versprechen. Daneben kommt es entscheidend darauf an, daß auch die Kräfte des Gemüts gepflegt und auf diese Weise innere Bedingungen an echte Lebenswerte, wie Eltern, Eheschaft, Kinder, Beruf, Heimat, Vaterland, Religion hergestellt werden ...".

Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 91 JGG), S.741. - "Trotz aller Verschiedenheit der Wesensart der Gefangenen gibt es doch einige immer wiederkehrende Züge, die es ermöglichen, gewisse Grundsätze für die Richtung des erzieherischen Vorgehens näher zu umschreiben. Diese lassen sich ableiten aus der Erkenntnis, daß jede Erziehung an jungen Menschen, die durch ihr bisheriges Verhalten mangelnde soziale Einordnung und zugleich fehlendes Verständnis für die Rangordnung der sozialen Werte bewiesen haben, an der Gesamtpersönlichkeit ansetzen und versuchen muß, durch planvolle Steuerung aller Erziehungsfaktoren zu einer Umbildung der Lebensführung zu kommen. Damit erscheint als wichtigste Aufgabe des Anstaltsvollzugs, dem Gefangenen das Erlebnis der wahren sozialen Werte und ihres Verhältnisses zueinander zu verschaffen und in ihm den Willen wachzurufen, sein Leben so zu gestalten, wie es der sozialen Wertordnung entspricht. Erziehungsarbeit im Strafvollzug bezweckt daher nicht in erster Linie Wissensvermittlung, sondern die Vermittlung von Werten (Weber in Jugendkriminalität, Vorträge des Internationalen Kongresses über Probleme der Jugendkriminalität, S. 172)".

H.H.v.Schlotheim, Zur Erziehungsaufgabe des Jugendrichters, in: M.Busch (Hrsg.), Erziehung zur Freiheit durch Freiheitsentzug, Neuwied/Berlin 1969, S.414 f. - "Gegenüber jeder- auch der nicht nach staatlichem Gesetz strafbaren - Selbstverfehlung hat der Erzieher auf die Selbstbestimmung des jungen Menschen ebenso hinzulenken, wie auf die umgreifende Ordnung, innerhalb derer der junge Mensch sich zurechtfinden und seinen Weg gehen muß. ..."

Wertkategorien instrumental-leistungsbezogener Art beziehen sich auf die berufliche Aus- und Fortbildung¹⁾, die vorrangig auf eine Handwerkslehre ausgerichtet ist, sowie auf einen Unterricht²⁾, der sozialethische Elemente beinhaltet. Beide sollen im Rahmen des Strafvollzugs durchgeführt werden. Instrumentale und sozialethische Elemente vermengen sich, wenn z.B. in der Gartenarbeit im Erziehungsstrafvollzug menschenbildende Werte gesehen werden.³⁾

-
- 1) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 91 JGG), S.359.- Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 91 JGG), S.664. - "In der Richtung der erzieherischen Ausgestaltung des Jugendstrafvollzugs liegt es, daß der jugendliche Strafgefangene nunmehr kraft zwingender Vorschrift, nicht mehr wie gem.§ 64 Abs. II RJGG, soweit möglich, in seinen beruflichen Leistungen zu fördern ist. Es genügt nicht mehr die Beschäftigung allein, sondern der Jugendliche ist in seinem erlernten Beruf fortzubilden. Falls er noch keinen Beruf erlernt hat, ist er für einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Beruf in der Anstalt auszubilden." S.666. "... Er soll in der Anstalt, soweit er es noch nicht kann, anhaltend, fleißig und ordentlich arbeiten lernen, und soweit möglich, beruflich aus- und fortgebildet werden."
- 2) Potrykus, KommJGG 1955 (§ 91 JGG), S.666. - "Im Unterricht (...), an dem der Gefangene teilzunehmen hat und der sich an den Verstand, den Willen und das Gemüt wendet, soll die Bereitschaft des Gefangenen zur einwandfreien Lebensführung und Wiedereinordnung in die soziale Gemeinschaft geweckt, gefördert und regsam angehalten werden."
- 3) H.Jung, Die Bewährungshilfe als Mittel zur Bekämpfung der Jugendkriminalität, in: RdJ 1956, S.235.

3. Die Analyse der Indikatoren. Der unmittelbare und mittelbare Charakter der Erziehungszwecke in Beziehung zur vollen Rechtsfähigkeit des Individuums

"Sinn des Jugendstrafrechts ist es gerade, den jungen Menschen zur vollen, dem sozialen Standard entsprechenden Schuldfähigkeit des erwachsenen Menschen zu erziehen."

J. Hellmer¹⁾

3.1. Die Konkurrenz taterstrafrechtlicher und schuldstrafrechtlicher Elemente bei der Legitimation der Erziehungszwecke

Bei der außerjuristischen Legitimation der Sanktionen des JGG stehen die nach dem taterstrafrechtlichen und die nach dem schuldstrafrechtlichen Kriterium analysierten Inhalte in einer ständigen Konkurrenz zueinander.²⁾

Dem taterstrafrechtlichen Kriterium zufolge sind die Erziehungszwecke auf die Besserung des Täters (Eingriffe in die Lebensführung) gerichtet, während dem schuldstrafrechtlichen Kriterium entsprechend die Zielrichtung der Sanktionszwecke einmal auf die Ahndung der Tat, zum anderen auf die Wiederherstellung der verletzten Rechtsordnung gerichtet sind.

Spielen bei den Erziehungsmaßnahmen und den Zuchtmitteln die außerjuristischen Indikatoren des 'Bildes vom Jugendlichen' - in die zu juristischen Blankettbegriffen gefaßten Begriffe der Erziehungsfähigkeit und Erziehungsbedürftigkeit gefaßt - entsprechend dem taterstrafrechtlichen Kriterium eine dominierende Rolle, so geraten diese bei der Legitimation der Jugendstrafe vollends in Konkurrenz mit dem schuldstrafrechtlichen Kriterium. Einerseits fällt nunmehr die Schwere der Schuld bei der Bemessung der Strafe ins Gewicht, zum anderen aber auch Lebensführungsschuld, die sich in den auf Seite 100 f. dieser Arbeit aufgezeigten Kategorien negativen sozialen Verhaltens ausweist.

1) J. Hellmer, Auswahl und Bemessung der Sanktionen im Jugendstrafrecht, in: RdJ 9/1967, S. 227

2) Siehe die Zusammenfassungen auf den Seiten 89, 106, 105, 113f. in dieser Arbeit.

Indikatoren des Kriteriums der Legitimation strafrechtlicher Sanktionen, die auf das im JGG enthaltene Bild vom Jugendlichen schließen lassen, beziehen sich einmal auf die Inhalte des täterstrafrechtlichen Kriteriums. Nach den Inhalten dieses Kriteriums wird der jugendliche und heranwachsende Straffällige entsprechend der Dominanz des Erziehungsgedankens als grundsätzlich erziehungsfähig und erziehungsbedürftig betrachtet, was mit den allgemeinen Vorstellungen der noch nicht abgeschlossenen Entwicklung des Jugendlichen begründet wird.

Soziologisch gesehen, impliziert diese präskriptive Aussage¹⁾ die Annahme eines mit dem Erreichen der Altersgrenze von 18 bzw. 21 Jahren abgeschlossenen Sozialisationsprozesses, was identisch ist mit der Vorstellung vom reifen und auch voll justiziablen Erwachsenen und einem damit verbundenen 'abgeschlossenen Reifeprozess'.

W.Hornstein weist von pädagogischer Seite auf die Fragwürdigkeit einer Festlegung von Reifegrenzen hin²⁾, die das Problem der Legitimation pädagogischer Einwirkungen durch die Vorstellung einer Entwicklungsgesetzlichkeit des Reifeprozesses eliminiere, wodurch sich pädagogische Hilfe und Betreuung als nicht durchschautes Instrument zur Unterwerfung

-
- 1) R.Prim/H.Tilmann, Grundlagen einer kritisch-rationalen Sozialwissenschaft, Heidelberg 1973, S.65. - "Unter präskriptiven Sätzen verstehen wir Aussagen (kurz: präskriptive, wertende, auch normative Aussagen genannt), die Vorschriften, Einstellungen oder Stellungnahmen zu Ereignissen und Phänomenen zum Ausdruck bringen sollen."
 - 2) W.Hornstein, Aspekte und Dimensionen erziehungswissenschaftlicher Theorien zum Jugendalter, in: F.Neidhardt u.a. (Hrsg.), Jugend im Spektrum der Wissenschaften, München 1970, S.188. "In dem Augenblick, in dem die Ideologie der Entwicklungsgesetzlichkeit der 'Reife' als unhaltbar erkannt wurde, ergibt sich die Notwendigkeit einer Begründung pädagogischer Einwirkungen. Mit anderen Worten: In dem Augenblick, in dem die pädagogische Reflexion sich nicht mehr auf eine gleichsam naturgesetzlich wirksame Entwicklungsgesetzlichkeit des Individuums bezieht, stellt sich das Problem der Legitimation pädagogischer Einwirkungen mit aller Schärfe. Wird diese Problematik nicht gesehen, erweist sich pädagogische Hilfe und Betreuung unversehens als nicht durchschautes Instrument zur Unterwerfung der Jugend. Unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Überlegenheit bestimmen die Erwachsenen, was 'Reife' und 'Mündigkeit' ist, und sie bestimmen ihre erzieherischen Einwirkungen auf der Grundlage dieser Festlegungen."

der Jugend erweise und unter Ausnützung der Überlegenheit Erwachsener, bestimmt wird, was 'Reife' sei.

Die auf S.101 d.A. aufgezählten Soll-Sätze über die Erwartungen an das soziale Verhalten Jugendlicher, sowie auch beispielsweise der Appell, daß der Jugendliche seine 'schädlichen Neigungen' von sich selbst aus überwinden müsse, treffen genau den von W.Hornstein angesprochenen Sachverhalt im Bereich des Jugendgerichtsgesetzes.

Zusammenfassung. Die in den ersten beiden analytischen Kriterien dargestellten Bedeutungsinhalte von 'Jugend' bilden - als Abstraktion dessen, was im JGG als 'Jugend' betrachtet wird - die notwendigen außerjuristischen Postulate zur gesetzlichen Verwirklichung des Erziehungsgedankens im JGG. Notwendig insofern, als sie die Voraussetzungen formulieren, die die Art und den Umfang der erzieherischen Sanktionen mitbestimmen. Das Postulat der generellen Erziehungsfähigkeit der Alterskategorie 'Jugend' legitimiert den Erziehungsgedanken schlechthin; das Postulat der Erziehungsbedürftigkeit hat Auswirkungen auf Art und Umfang der Bemessung der erzieherischen Sanktionen; das Sühne- und Strafbedürfnis, das dem Jugendlichen unterstellt wird, muß als Postulat im Zusammenhang mit der Schwere der Schuld gesehen werden.

3.2. Zum Verständnis der Legitimation der Erziehungsziele des JGG

Entsprechend der Legitimation der strafrechtlichen Reaktionen (Rechtfertigung des Eingreifens gegenüber Individuen als Sanktionsinstanz) ist auch die Legitimation der Zielrichtung der Sanktionen (Rechtfertigung des JGG als Sozialisationsinstanz) sowohl am täterstrafrechtlichen als auch am schuldstrafrechtlichen Kriterium ausgerichtet.

In dieser Feststellung kommt jedoch auch der doppelte Charakter des Legitimationsprozesses des JGG zum Ausdruck. Einmal setzen die Inhalte der beiden vorgenannten analytischen Kriterien die Voraussetzungen fest, unter denen sich der juri-

stische Eingriff erst vollziehen kann und in denen das 'Sein' des Jugendlichen fixiert ist. Zum anderen zeigt die oben vorgenommene Trennung des Legitimationsprozesses den gleichzeitigen à-priori-Charakter der zu analysierenden Inhalte bezüglich der Zielrichtung des Eingreifens auf.

Dieser Zielrichtung des Eingreifens - wie auf Seite 117 dieser Arbeit bereits angedeutet - soll nunmehr nachgegangen werden. Dabei muß unterschieden werden zwischen den in der Hauptverhandlung unmittelbar auf den Jugendlichen ausgerichteten, von ihm psychisch und physisch wahrnehmbaren und an ihm vollzogenen Erziehungszwecken und den sich an gesellschaftlichen Wertvorstellungen orientierenden Erziehungszielen des JGG, die mittelbar an den Jugendlichen herangetragen werden sollen.

3.2.1. Unmittelbare Erziehungszwecke und -ziele

Unmittelbare Erziehungszwecke sind - dem taterstrafrechtlichen Kriterium folgend - auf die Besserung des Täters durch spürbare Eingriffe in dessen Lebensführung gerichtet.

Erziehungsmaßregeln haben den Zweck, nicht nur juristische, sondern auch allgemeine normative Erwartungen mit institutionellem Nachdruck an den Jugendlichen heranzutragen (Weisungen) und die familiäre Sozialisation zu stützen (Erziehungsbeistandschaft); ferner negatives soziales Verhalten (Verwahrlosung) mittels längerfristiger Zwangserziehung (Fürsorgeerziehung) zu verhüten und zu korrigieren.

Erziehungsmaßregeln sind darauf gerichtet, die gesamte Lebensführung unter Bezugnahme auf den noch nicht abgeschlossenen Entwicklungsprozeß des Jugendlichen korrigierend zu beeinflussen.

Zuchtmittel haben in der Skala strafrechtlicher Reaktionen ein schwereres Gewicht als Erziehungsmaßregeln, insofern sie auf Zufügung eines gewissen Grades an 'Übel' ausgerichtet sind. Unmittelbare Sanktionszwecke dieser Art beziehen sich darauf, daß der Jugendliche zurechtgewiesen und ihm das Unrecht der Tat vorgehalten wird (Verwarnung), er durch die 'Schockwirkung' eines kurzfristigen Freiheitsentzuges zur Selbstbesinnung kommen soll (Jugendarrest); ferner ist der Strafzweck auf Wiedergutmachung und Verantwortlichkeit vor dem Recht, auf Weckung des Ehrgefühls (besondere Pflichten) ausgerichtet.

Unmittelbare Sanktionszwecke sind jedoch nicht nur im Kontext mit den taterstrafrechtlichen Elementen zu sehen (Eingriffe in die Lebensführung), sondern auch mit dem schuldstrafrechtlichen Kriterium. Es geht dann nicht nur um die

Besserung des Täters, sondern auch um die Ahndung der Tat und die Wiederherstellung der verletzten Rechtsordnung. Das ist der Fall bei der Jugendstrafe.

Jugendstrafe ist die einschneidendste und repressivste Form jugendstrafrechtlicher Sanktionen. Sie besagt Freiheitsentzug bis zu fünf Jahren. Die Legitimierung dieses unmittelbaren Erziehungszweckes vollzieht sich in einem Prozeß der Abwägung der täter- und schuldstrafrechtlichen Elemente als "Erziehung durch Strafe, und zwar durch sühnende Strafe; Erziehung durch Sühne" (R.Lange). - Unmittelbares Erziehungsziel ist die Hinführung zu einem 'rechtschaffenen und verantwortungsbewußten Lebenswandel, ferner die Vermittlung von Wertkategorien.

Damit geht es - wenn zunächst von weit gesteckten, an Wertkategorien orientierten Erziehungszielen des JGG abgesehen wird - um einen gegenüber dem Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG)¹⁾ durch strafrechtliche Denkformen eingeschränkten Erziehungsbegriff²⁾. Dieser bezieht sich spezifisch auf defizitäre Sozialisationsverläufe, die häufig mit negativen statements wie 'schädliche Einflüsse' etc. besetzt sind. Dieser Erziehungsbegriff umfaßt damit jenen Sozialisationsbereich, der im Sinne von Resozialisierung auf Wiederherstellung einer normativen Normalstruktur des Individuums hinzielt oder versucht - um mit P.L.Berger/Th.Luckmann³⁾ zu sprechen - ,die Wirklichkeit neu zu konstruieren.

Erziehung im Sinne des JGG⁴⁾ bezieht sich demnach auf eine repressive Interventionsstrategie, die dann zum Eingreifen in die Lebensführung berechtigt, wenn primäre (Familie) Sozialisationsinstanzen versagten, sekundäre Sozialisationsinstanzen (Schule, außerfamiliäre Sozialisation) nicht in der Lage waren, Korrekturen anzubringen und dieses Versagen von

1) Siehe in dieser Arbeit S. 45 ff.

2) Immanente Kritik daran durch G.Roestel, Das Jugendgerichtsgesetz wird den erzieherischen Aufgaben nicht gerecht, in: ZBlJR 2/1970, S.36 ff.

3) P.L.Berger/Th.Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, New York 1966, Frankfurt/M. 1970, S.173

4) W.Becker/H.Clausen, Sozialreform und Jugend (Übersicht über Reformbestrebungen) 1959, S.28. - "J u r i s t i s c h gesehen ist also der Begriff der Erziehung kaum zu definieren. Wenn rechtliche Grundlagen für eine öffentliche Jugendhilfe geschaffen werden, die beim Versagen des Elternhauses eintritt, muß hier die nötige Verbindung von Recht und Erziehung bedacht werden, denn alles Recht der Jugend ist im Grunde genommen Jugenderziehungsrecht."

Sozialisationsinstanzen in delinquenten Erscheinungen sichtbar wird.

Infolgedessen haben unmittelbare erzieherische Interventionen im Bereich der Resozialisierung, insbesondere wenn wir Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel zum Vergleich heranziehen, eine offensichtliche Affinität zu Sozialisationsmechanismen im Bereich der primären Sozialisation (familiäre Sozialisation), nämlich einer Normverdeutlichung durch psychische und physische Sanktionen. Sie haben ferner ihren Zweck in der intensiven Vermittlung von Autoritätsstrukturen, denen sich tendenziell das Kind in der Familie, insbesondere in der Unterschicht-Familie, wie auch der Jugendliche z.B. im Jugendarrest-Vollzug, in der Fürsorge-Erziehung, im Jugendstrafvollzug, zu unterwerfen hat. Dabei haben diese Sanktionen des JGG den Charakter punitiver Erziehungstechniken¹⁾, die der Tendenz nach mehr eine defensive bzw. aggressive (A.Freud) im Gegensatz zu einer anaklytischen Identifikation auslösen²⁾.

Der Charakter der unmittelbaren erzieherischen Interventionen kann zwar in Beziehung gesetzt werden zu Erziehungsstilen und Erziehungstechniken anderer Sozialisationsinstanzen, wie Familie, Schule, Beruf, Jugendarbeit, oder es kann eine Assoziation der im JGG enthaltenen Erziehungszwecke mit unterschichtspezifischen Sozialisationstechniken hergestellt werden. Es findet sich hier jedoch noch kein direkter Zusammenhang mit den rechtsdogmatischen Bestimmungsfaktoren des JGG und deren Wirkung auf die Bedeutungsinhalte von 'Jugend'. Dazu ist es notwendig, sich den mittelbaren Erziehungszielen zuzuwenden, die an Jugendliche herangetragen werden.

-
- 1) J.Habermas, Thesen und Theorie der Sozialisation, Vorlesungsskriptum 1968, S.39. - Punitive Erziehungstechniken: Strafe durch körperliche Drohung, Sanktionierung von unmittelbaren Handlungsfolgen, inkonsistentes Erziehungsverhalten ohne Transparenz für das Kind.
- 2) Nach der Darstellung von B.Caesar, Autorität in der Familie, Reinbek b.Hamburg 1972, S.72.

3.2.2. Mittelbare, an Wertvorstellungen orientierte Erziehungsziele

Als mittelbare Erziehungsziele sollen jene Inhalte des Erziehungsgedankens des JGG bezeichnet werden, die sich in allgemeinen Wertvorstellungen niederschlagen. Es geht damit um das Vorverständnis für die unmittelbar zu realisierenden Interventionen des JGG.

Mittelbare Erziehungsziele sind einmal auf die Person des Jugendlichen selbst gerichtet, zum anderen aber auch auf Wiederherstellung der Rechtsordnung, auf die hin der Jugendliche erzogen werden soll. Mittelbare Erziehungsziele erscheinen insofern als Reflex auf die in den vorangestellten Kriterien herausgearbeiteten Inhalte über Jugend.

Sehr weit gesteckte Erziehungsziele des JGG (und auch des JWG), wie "... Das Erziehungsziel ist Freiheit, aber nicht Willkür und Ungebundenheit, sondern Freiheit in Gebundenheit"¹⁾ sind Anforderungen an ein soziales Verhalten, das über die äußerliche Beachtung von Rechtsnormen hinausgeht und eine individuelle Bewältigung gesellschaftlicher Diskrepanzen zwischen 'Welt- und Lebensentwurf' einerseits und tatsächlichem Erfahren von Realität durch den Jugendlichen antizipiert²⁾. Das Erziehungsziel ist damit auf die ganze Person des Delinquenten - und nicht auf partielle, unmittelbare Sozialisationsinhalte - und dessen Bindung an Werte der Gesellschaft (z.B. Freiheit³⁾) gerichtet⁴⁾. Dabei wird die Bildsamkeit der jugendlichen Straftäter⁵⁾ angenommen, und vorausgesetzt, daß sich "... noch manches nachholen läßt, was Elternhaus und Schule versäumt haben."⁶⁾ Daß das nicht der Fall ist, bezeugen die nach wie vor hohen Rückfallquoten.

-
- 1) H.Riedel, Maßnahmen nach Jugendwohlfahrts- und Jugendgerichtsgesetz unter dem Aspekt der Erziehung, in: M.Busch (Hrsg.), Erziehung zur Freiheit durch Freiheitsentzug, Neuwied/Berlin 1969, S.170 ff.
 - 2) H.Riedel, a.a.O., S.170 f.
 - 3) H.Riedel, a.a.O., S.170/171
 - 4) Siehe die Diskussion von G.Blau, Aufgaben und Grenzen der Kriminalpädagogik, in: M.Busch (Hrsg.) a.a.O., S.383 ff.
 - 5) F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.12
 - 6) Krüttner, Jugendstrafvollzug, in: ZBlJR 1953, S.133 ff.

Aus den gegenüber Erwachsenen überhöhten Forderungen und Erwartungen an das soziale Verhalten Jugendlicher und Heranwachsender wie auch aus dem Anspruch, daß der Jugendliche Diskrepanzen zwischen Erziehungszielen (Werten der Gesellschaft) und dem tatsächlichen sozialen Verhalten von Individuen in der Gesellschaft von sich aus überwinden müsse, kann geschlossen werden, daß es dem Jugendgerichtsgesetz keineswegs darauf ankommt, einen 'Schonraum' für Jugendliche zu schaffen¹⁾.

Daß es sich bei der Forderung, der Jugendliche müsse die Diskrepanz zwischen der Welt, auf die hin erzogen werde, und der Welt, wie er sie jeden Tag erlebe, von sich aus überwinden, um eine überhöhte und unrealistische Forderung handelt, wird auch von T.Brocher und D.Eckensberger bestätigt²⁾. T.Brocher und D.Eckensberger sind der Meinung, daß im Hinblick auf die faktische Lebensbewältigung die unangemessenen Verhaltensmuster der Gesellschaft zu einer allgemeinen Verhaltensunsicherheit führen würden, die die Ambivalenz des Jugendlichen verstärken und seine Ich-Stärkung vernachlässigen. Extreme Folgen dieser Verhaltensunsicherheit können einerseits Verwahrlosung (direkte Triebbefriedigung) und andererseits neurotische Lähmung (bloße Triebunterdrückung) herbeiführen.

Eine den rechtsdogmatischen Bestimmungsfaktoren des Jugendgerichtsgesetzes adäquate Auffassung des Erziehungsgedankens im JGG sieht J.Hellmer in den Grundsätzen des Verantwortlichmachens, der Gerechtigkeit der Reaktion und der Resoziali-

-
- 1) Es bleibt die Frage hier offen, ob es diesen Schonraum (Moratorium) noch gibt, bzw. je gegeben hat, wenn z.B. Jugend unter schichtspezifischen Aspekten betrachtet wird. Siehe dazu auch K.R.Allerbek/L.Rosenmayr, Neue Theorien und Materialien zur Soziologie der Jugend - Ergebnisse eines internationalen Symposiums, in: K.R.Allerbeck/L.Rosenmayr (Hrsg.), Aufstand der Jugend? Neue Aspekte der Jugendsoziologie, München 1971, S.14
 - 2) T.Brocher/D.Eckensberger, Zur psychoanalytischen Theorie des Jugendalters, in: F.Neidhardt u.a. (Hrsg.), Jugend im Spektrum der Wissenschaften, München 1970, S.117 ff, 138.

sierung¹⁾. Diese drei Grundsätze lassen sich sowohl auf die rechtsdogmatische Axiomatik der Grundannahmen²⁾, als auch auf die drei Kriterien der Analyse außerjuristischer Vorstellungen von 'Jugend' im JGG beziehen³⁾. Der Grundsatz des Verantwortlichmachens bezieht sich auf das täterstrafrechtliche Kriterium, nach dem der Jugendliche noch nicht einsichtsfähig und noch nicht voll verantwortlich ist. Der Grundsatz der Gerechtigkeit der Reaktion bezieht sich auf das schuldstrafrechtliche Kriterium, das das Schuld- und Sühnebedürfnis des Jugendlichen herausstellt. Der Grundsatz der Resozialisierung knüpft am Kriterium der Legitimation der Strafzwecke an.

Es ist anzunehmen, daß eine solche Interpretation des Erziehungsgedankens wohl deshalb als juristisch 'richtig' empfunden und postuliert wird, weil das juristische Denken und damit das Denken derjenigen, die über die erzieherischen Maßnahmen des JGG zu befinden haben, im allgemeinen durch einen gemeinsamen, an der Rechtsdogmatik orientierten Wertkonsensus verbunden ist, der auch die Identität mit der Berufsrolle stützt.

Dabei sind die im JGG zum Tragen kommenden Gedankengänge individualistischer und idealistischer Natur⁴⁾ und haben - wie bereits konstatiert - eine augenfällige Affinität mit dem idealtypischen Bild von D. Riesman's innengelenktem Menschentypus⁵⁾.

Ob dieses im JGG postulierte und an den Jugendlichen herangetragene Erziehungsziel verwirklicht werden kann, muß in

1) J. Hellmer, Jugendstrafrechtspflege als Kulturpolitik, in: RdJ, JG 1962, S. 22. - "Die Erziehungsanordnung im Jugendstrafrecht und damit das kulturpolitische Ermessen des Jugendrichters ist durch Grundsätze gebunden, die sich aus dem besonderen Wesen der Erziehung im Rechtsbereich ergeben. Solche Grundsätze sind vor allem: das Verantwortlichmachen, die Gerechtigkeit der Reaktion und die Resozialisierung."

2) Verantwortlichmachen ---> Willensfreiheit } explanans
 Gerechtigkeit ---> Schuld }
 Resozialisierung ---> Legitimation der } explicandum
 Strafzwecke }

3) Siehe in dieser Arbeit S. 58 f.

4) G. Blau, Aufgaben und Grenzen der Kriminalpädagogik, in: M. Busch (Hrsg.) Erziehung zur Freiheit durch Freiheitsent-

Frage gestellt werden. Von psychologischer Seite betont H. Remplein¹⁾ - der hier angeführt wird, weil er auch in den Kommentaren zitiert wird -, daß das Versagen der Erziehung sich in der Hochpubertät nicht mehr ausgleichen ließe. Mit Erziehung meint H. Remplein vor allem das Erlernen des Verzichts auf unmittelbare Bedürfnisbefriedigung sowie das Erlernen von Pünktlichkeit, Höflichkeit und Rücksichtnahme, also einen Erziehungsinhalt, der vornehmlich in der Mittelschicht (grob ausgedrückt) vermittelt wird.

Vom pädagogischen Standpunkt aus weist K. Mollenhauer²⁾ darauf hin, daß die institutionellen Bedingungen der Resozialisierung der Verwirklichung des Erziehungsgedankens im JGG prinzipiell entgegenstünden.

Aus soziologischer Sicht betonen P. L. Berger/Th. Luckmann³⁾ die Schwierigkeit, Defizite der primären Sozialisation aufzuheben. Resozialisierung heißt im Verständnis von P. L. Berger/Th. Luckmann, den Zusammenhang mit der Vergangenheit radikal abzubauen, die Suche nach Zusammenhängen aufzugeben und die Wirklichkeit neu zu konstruieren. - Solange jedoch der Erziehungsgedanke im JGG an die Vorwerfbarkeit von Schuld und das Erlebnis von Sühne gekoppelt ist, ist Resozialisierung als Neukonstruktion der Wirklichkeit ausgeschlossen.

Die Verwirklichung des Erziehungszieles im JGG wird zwar auf der Ebene eines Vergleichs zwischen Anspruch und sozialer Realität diskutiert, oder auf der Ebene kritisiert, daß die Rückständigkeit der Resozialisierungsinstanzen⁴⁾ der Verwirk-

zug, Neuwied/Berlin 1969, S. 391 f.

5) Siehe in dieser Arbeit S. 102. - D. Riesman, Die einsame Masse, Hamburg 1958.

1) H. Remplein, Die seelische Entwicklung des Menschen im Kindes- und Jugendalter, 16. Aufl. München 1969, S. 461 f. - Ebenso E. M. Brauneck, Die Entwicklung jugendlicher Straftäter, Hamburg 1961, S. 540.

2) K. Mollenhauer, Jugendhilfe, Heidelberg 1968, S. 62.

3) P. L. Berger/Th. Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, New York 1966, Frankfurt/M. 1970, S. 172 f.

4) Grethlein-Brunner, Komm. JGG 1970, S. 7 - G.-B. kommen im Zusammenhang mit der Begrenzung der Strafe durch das Ausmaß der Schuld zu folgender Feststellung: "...daß Jugendstraf- und Jugendarrestvollzug in der Praxis noch immer mit erheblichen Mängeln behaftet sind (...), weshalb in der Erziehung oft auch Erreichbares nicht erreicht wird. Ähnliches gilt, wenn auch eingeschränkt, bei den ambulanten Maßnahmen wegen der weithin bestehenden Überlastung von Jugendämtern und Bewährungshelfern."

lichung des Erziehungsgedankens entgegenstünden. Der Hintergrund des Zusammenhangs rechtsdogmatischer Grundannahmen und der Bestimmung des Erziehungsgedankens durch diese Grundannahmen ist jedoch bisher in die öffentliche Diskussion nicht miteinbezogen.

Festgehalten werden muß auch, daß die Diskussion des Erziehungsgedankens im JGG in ausschließlicher Orientierung an der bürgerlichen Pädagogik erfolgt, während ein Bezug zur proletarisch ausgerichteten Pädagogik, einschließlich der Literatur der 20er Jahre (S. Bernfeld, Ruehle) nicht vorliegt.

3.2.3. Die Wertkategorien der mittelbaren Erziehungsziele

In den mittelbaren Erziehungszielen sind Wertkategorien zum Ausdruck gebracht, die sich in folgenden statements aus den Kommentaren zusammenfassen lassen:

- .. Ordnung der Werte wird gleichgesetzt mit Gemeinschaft
- .. Strafe stellt die verletzte Ordnung im Individuum wieder her
- .. Ziel der Sanktion, dem Jugendlichen seine Stellung in der Gemeinschaft und seine Pflichten ihr gegenüber zu vergegenwärtigen
- .. Sanktion ... soll die Werte des Lebens in der Gemeinschaft erkennen lassen
- .. der Jugendliche soll sich für das Gute und gegen das Böse entscheiden
- .. Bindung an echte Lebenswerte (Eltern, Eheschaft, Kinder, Beruf, Heimat, Vaterland, Religion)
- .. Verständnis für die Rangordnung der Werte
- .. dem Gefangenen muß das Erlebnis der wahren sozialen Werte und ihres Verhältnisses zueinander verschafft werden.

Dieses Ziel der Bindung an gesellschaftliche Werte kann in einer Interpretation des Bezugsrahmens von T. Parsons¹⁾ als wesentlich effektiverer Steuerungsmechanismus sozialen Handelns in sozialen Systemen betrachtet werden als bloße Legalität in Form von Konformität gegenüber Rechtsnormen, zumal die Werte einer Gesellschaft auch in Rechtsnormen ihren Ausdruck finden.

1) T. Parsons, Die jüngsten Entwicklungen in der strukturell-funktionalen Theorie, in: KZfSS, Jg1964, S.30 ff., S.35.

In diesem Kontext muß auf den Zusammenhang zwischen geäußerten - siehe die vorstehenden statements - und verhaltensrelevanten Werten hingewiesen werden. H.Kreutz¹⁾ stellt die Vermutung auf, daß die Phase der Jugend durch die Überprüfung der Zusammenhänge zwischen geäußerten und verhaltensrelevanten Werten gekennzeichnet sei, da in der vorhergehenden Kindheit diese zwei verschiedenen Formen von Werten relativ isoliert gelernt worden seien und die kognitive Möglichkeit der Verbindung beider Ebenen nicht bestanden habe.

Insofern bilden die geäußerten Wertkategorien, die in den Vorstellungen über die Zielrichtung von Sozialisation im JGG enthalten sind, den einen Pol der Diskrepanz zwischen Welt- und Lebensentwurf und tatsächlicher Realität, dem zugleich der Vorrang vor tatsächlichen Verhaltensmustern eingeräumt wird.

Die Wertkategorien, mit denen die Zielrichtung der Erziehung operationalisiert sind, werden in den Kommentaren selbst in keinen gesellschaftlichen Begründungszusammenhang gestellt.

Sie beziehen sich jedoch auf Kategorien, die nach Th.Geiger auf einer Verinnerlichung von Ordnungserscheinungen²⁾ beruhen, und die im Gegensatz zur Veranständlichung (Th.Geiger) oder Institutionalisierung und damit zur Veräußerlichung von Ordnungserscheinungen stehen. Die Veräußerlichung von Ordnungserscheinungen - als Recht sich ausweisend - ist nach Th.Geiger mit einer Verlagerung des von einer Umgebung ausgehenden sozialen Drucks auf den von einer Institution ausgehenden organisierten Zwang verbunden³⁾, während mit der Verinnerlichung von Ordnungserscheinungen die Entstehung von Moral

1) H.Kreutz, Soziologie der Jugend, München 1974, S.180

2) Th.Geiger, Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts, 1. Aufl.Kopenhagen 1947, Neuwied 1964, S.294

3) Th.Geiger, a.a.O., S.295. - "Mit Verlegung des ordnungsbehaltenden Kontrollmechanismus von der 'Gemeinde selbst' (Gesamtheit der Mitglieder eines Gesellschaftsintegrats.U.H.) in eine funktionell abgegliederte Instanz (Rechtspflege-Instanz. U.H.) wird der innere Anteil des einzelnen am Ordnungsgefüge gelockert. Es erscheint nunmehr als ein außerhalb seiner bestehendes organisatorisch objektiviertes Sozialgebilde, das von außen her mit gewissen Forderungen an ihn herantritt."

einhergeht¹⁾.

Recht und Moral haben nach Th.Geiger ihre "... gemeinsame Wurzel in einer kommunitären Lebensordnung, aus der sie durch polare Entfaltung in ihr komplex vorhandener Elemente hervorgegangen sind. Primum jus und primae mores sind ein und dasselbe."²⁾ Mit anderen Worten, Recht und Moral sind "... die systematisch differenten Begriffe von interferierenden Erscheinungskreisen."

Als Minimalkonsensus über den Begriff der Moral bezeichnet Th.Geiger die Vorstellung, daß Moral ein Gefüge von Handlungsmustern sei, die als gut beurteilt und befolgt werden³⁾ und damit tatsächlich ein spezifisches System des Handelns konstituiert sei⁴⁾.

Auch die mit der Zielrichtung der Sanktionen im JGG verbundenen Wertkategorien bewegen sich in einer Gut-Böse-Dichotomie, die auf moralischen Beurteilungskriterien beruhen und die letztlich von einer Einheit der Veräußerlichungen von Ordnungserscheinungen in Form des Rechts und der Verinnerlichung von Ordnungserscheinungen, ausgeprägt als Moral, ausgeht (die von Th.Geiger widerlegt wird!) und die sich rückblickend auch in den überhöhten Anforderungen an das Verhalten Jugendlicher widerspiegelt⁵⁾.

Die aufgeführten Wertkategorien sind auch mit jenem Vorgang zu vergleichen, den Th.Geiger als Vergeistigung (Spiritualisierung) der Moral bezeichnet⁶⁾ und die zu einer Verlagerung

1) Th.Geiger, a.a.O., S.294 - Spezifische Vorstellungen, mit dem Begriff der Moral verknüpft: "Der Gedanke des Gewissens, der Selbstverantwortung, der inneren Pflicht, des Guten. Von diesen Vorstellungen geleitet bezeichne ich die Moral als Produkt einer Verinnerlichung von Ordnungserscheinungen."

2) Th.Geiger, a.a.O., S.296

3) Th.Geiger, a.a.O., S.297

4) Brauch, Regel, Konvention

5) Siehe in dieser Arbeit S.102 ff.

6) Th.Geiger, a.a.O., S.301. - Vergeistigung der Moral als Gegenstück der Institutionalisierung (Veranstaltlichkeit) des Rechts.

der sittlichen Autorität von außen nach innen und damit zur sogenannten autonomen Gewissensmoral führe¹⁾. Als Beispiel dafür mag die Forderung des JGG dienen, daß sich der Jugendliche aus eigener Kraft für das Gute und gegen das Böse entscheiden solle.

Da das Thema der vorliegenden Arbeit sich nicht unmittelbar auf die Analyse der im JGG enthaltenen Wertkategorien und deren ideologischer Funktion bezieht, sondern auf die Wirkungen, die von diesen Wertkategorien auf die Vorstellungen über Jugendliche ausgehen, soll weiter Bezug auf Th.Geiger genommen werden, um diese Wertkategorien einordnen zu können.

Die Wertkategorien des JGG beziehen sich einmal auf diejenige Form von Moral, die Th.Geiger als dogmatische Moral bezeichnet²⁾ und die ihren Ursprung in der ethischen Spekulation über die Wertidee des Guten habe, aus der - zum Prinzip erhoben - deduktiv ein System von moralischen Lebensgrundsätzen entwickelt wird. Als Beispiele aus dem JGG sind hier anzuführen der Rekurs auf eine allgemeine Ordnung der Werte,

-
- 1) Th.Geiger, a.a.O., S.301. - "In der kommunitären Ordnung sind die Motive des sozialen Drucks und der Ehrfurcht vereint. Betrachtet man sie als gemeinsame Frühform sowohl der Moral als des Rechts (*primae mores et primum jus*), so kann man sagen: die Autorität dieses Ordnungsgefüges, als Recht gesehen, war nicht nur die äußere des sozialen Drucks seitens der Mitglieder eines Gesellschaftsintegrates, sondern auch die innere der Ehrfurcht. Die Autorität dieses gleichen Ordnungsgefüges als Moral gesehen war nicht nur der innere der Ehrfurcht, sondern auch die äußere des sozialen Drucks. Mit der polaren Entfaltung von Recht und Moral als zwei expliziten, selbständigen Systemen wird die äußere Autorität, vertreten durch die Staatsmacht, spezifisch für das Recht und gewinnt hier im Entwicklungsverlauf zunehmend das Übergewicht. Die innere Autorität, die Wissensehrfurcht vor dem Guten, wird spezifisch für die Moral, gewinnt in ihr das Übergewicht und verdrängt äußere Rücksichten. Nicht mit einem Mal und bis heute nicht völlig. In der dem Stadium der Sitte entsprechenden Volksmoral sind nicht nur die sittlichen Normen ihrem Inhalt nach allelo-nomisch gegeben, der einzelne findet sie vor, lernt und übt ein, was 'gut' ist. ... Die Verlegung der richtenden Autorität nach innen führt folgerichtig von der Tatmoral zur Gesinnungsmoral."
- 2) Th.Geiger, a.a.O., S.303. - Th.Geiger unterscheidet zwischen traditioneller Moral, dogmatischer Moral und autonomer Gewissensmoral.

auf die Auffassung, daß Strafe die verletzte Ordnung im Individuum wiederherstelle. Elemente der von Th.Geiger als traditionelle Moral bezeichneten Form von Moral enthalten Sätze, die sich auf das Verhältnis des Individuums zur Gemeinschaft beziehen, da hier - im Sinne Th.Geigers¹⁾ - das Handeln des einzelnen an den "... in der Gruppe gewohnheitsmäßig eingespielten Gebarensmodellen, also nach dem Maßstab seiner sozialen Angepaßtheit ..." gemessen wird.

Nun kann unter Bezugnahme auf Th.Geiger jedoch auch festgestellt werden, daß die in den schuldstrafrechtlichen Elementen implizierten Wertkategorien des JGG unter rechtsstaatlichem Gesichtspunkt²⁾ über die Verpflichtung hinausgehen, allein rechtlich bzw. rechtmäßig korrekt zu handeln³⁾. Es werden moralische Geltungsansprüche zum Tragen gebracht, die sich jedoch als Diskrepanz zwischen der Welt auf die hin erzogen werde und der wirklichen Welt, wie sie der junge Mensch jeden Tag erlebe (J.Hellmer) ausweise und die der Jugendliche kraft seiner autonomen Gewissensmoral (Th.Geiger) von sich aus überwinden müsse.

Insofern erscheinen die nach dem täterstrafrechtlichen Kriterium herausgearbeiteten Erwartungen des JGG an das Verhalten von straffällig gewordenen Jugendlichen auch wieder in den Wertkategorien der Erziehungsziele des JGG, die bei der Legitimation der Strafzwecke sichtbar werden.

Die Wertkategorien, an denen sich die mittelbaren Erziehungsziele des JGG in den Kommentaren ausweisen, haben wissenschaftstheoretisch gesehen den Charakter leerformelhafter Aussagen⁴⁾. Diese erlauben es, gegenüber einer tatsächlichen Reflexion gesellschaftlicher Werte zu immunisieren, indem ein für alle Gesellschaftsmitglieder akzeptierbarer Wertkonsensus angenommen wird. Dieser Wertkonsensus beruht auf einer

1) Th.Geiger, a.a.O., S.304

2) Th.Geiger, a.a.O., S.329. - "Moral beruht auf innerer, Recht auf äußerer Verpflichtung."

3) Siehe in dieser Arbeit S.102.

4) E.Topitsch, Sprachlogische Probleme der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung, in: E.Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln/Berlin 1966, 3.Aufl. S.26 ff.

Einbindung des Individuums in eine diffuse und nicht näher operationalisierte Gemeinschaft. Eine solche Sichtweise ist zwar vereinbar mit der Gleichheit aller Individuen vor dem Gesetz, verschließt sich jedoch gegenüber Einsichten in sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Bedingungen, denen die vor Gericht stehenden Jugendlichen unterworfen sind.

Damit sind die sich in den Kommentaren zur jugendstrafrechtlichen Jurisprudenz niederschlagenden Werte der Gesellschaft insofern mit den dargestellten rechtsdogmatischen Grundannahmen kongruent, als sich in ihnen normative Immunisierungsstrategien¹⁾ widerspiegeln, die die Rechtsdogmatik gegenüber einer Reflexion der außerhalb ihres Systems liegenden²⁾ gesellschaftlichen Realität abschirmen und dadurch die immanente Logik unangetastet lassen.

Zusammenfassung. Die juristische Auffassung des Erziehungsgedankens verschließt sich infolgedessen - auch was die außerjuristischen Implikationen anbetrifft - sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen über ihren Gegenstand 'Jugend' im gesellschaftlichen Kontext und weist die Tendenz auf, sich primär innerhalb rechtsdogmatischer Vorstellungen zu bewegen. Die auf Jugendliche gerichteten unmittelbaren Erziehungszwecke und mittelbaren Erziehungsziele sind damit auf die Aufhebung jener außerjuristischen Momente gerichtet, die den Jugendlichen und Heranwachsenden von seiner vollen Rechtsfähigkeit trennen.

1) E.Topitsch, a.a.O., S.26

2) Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß das Recht durchaus eine gesellschaftliche, mit Machtprozessen verbundene Realität darstellt, hier aber als Denksystem gemeint ist, das nur einen bestimmten Ergebnissbereich gesellschaftlicher Realität in Betracht zieht.

IV. Die Übertragung der Bedeutungsinhalte auf den Jugendlichen im Gerichtsverfahren

Die Übertragung der Bedeutungsinhalte auf den Jugendlichen im Gerichtsverfahren kann in dieser Arbeit nicht empirisch untersucht werden. Ein Zugang zu diesem Vorgang kann jedoch dadurch eröffnet werden, indem die Funktion des Jugendrichters in die Analyse miteingeschlossen wird.

Das Jugendgerichtsgesetz ist eine in sich widersprüchliche Gesetzgebung¹⁾, in der rechtsdogmatische und außerjuristische Inhalte, täterstrafrechtliche und schuldstrafrechtliche Elemente, Strafe und Erziehung, Resozialisierung des Täters und Vergeltung der Tat in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander stehen. Der Ausgleich dieses antinomischen Verhältnisses wird dabei in den Bereich der Rechtsprechung verlagert. Als dem Träger der Rechtsprechung wird damit dem Jugendrichter die besondere Funktion zugewiesen, diese Widersprüche zwar nicht aufzuheben, aber zu vermitteln und miteinander zu vereinbaren. Dabei gehen die bisherigen Ergebnisse der Analyse, ohne hier ausdrücklich genannt zu werden, in die Handlungsstruktur des Jugendrichters ein.

Es ist deshalb erforderlich, die mit der Vermittlungsfunktion des Jugendrichters verbundenen diffus-emotionalen und instrumentellen Rollenerwartungen herauszuarbeiten. Auf diese Weise können Kriterien sichtbar gemacht werden, die die Handlungsstruktur derjenigen einsehbar machen, die die Beurteilung der Persönlichkeit des Jugendlichen im Gerichtsverfahren und durch die Jugendgerichtshilfe vornehmen.

1. Die Vermittlungsfunktion des Jugendrichters in der Rechtsprechung

Wenn hier von der Vermittlungsfunktion des Richters die Rede ist, so soll damit gleichzeitig eine Eingrenzung der Betrachtungsweise vorgenommen werden. Der Intention der Arbeit nach,

1) Siehe in dieser Arbeit S.50-54.

ist sowohl die Betrachtung der Richterschaft bzw. der Juristen als einer 'einigermaßen homogenen Elite'¹⁾ als auch die Schichtzugehörigkeit des Richters²⁾ nur ein Randproblem. Sicher ist die 'konservative Polle des Richters', verbunden mit Berufsvererbung, Herkunft aus der Oberschicht bzw. aus Beamtenfamilien³⁾ auch in dem nachstehend analysierten Leitbild des Richters deutlich. Ferner kann die Annahme, daß sich ein erheblicher Teil der Straffälligen aus der den Richtern "... fremden Welt der Unterschichten"⁴⁾ rekrutiert, auch für das JGG herangezogen werden. Der Nachweis hierfür kompliziert sich insofern, daß Jugendliche und Heranwachsende - wie die Jugendsoziologie durchgängig betont -, soziale Positionen und damit verbundenen sozialen Status, an dem Schichtzugehörigkeit gemessen werden könnte, eben noch nicht erreicht haben. Allenfalls ließe sich aufgrund der Plazierungsfunktion der Herkunftsfamilie (F.Neidhardt) ein abgeleiteter sozialer Status konstruieren.

Auch die empirische Studie von K.D.Opp und R.Peuckert⁵⁾, die sich auf unseren Untersuchungszusammenhang, nämlich die Vermittlungsfunktion des Richters in der Rechtsprechung bezieht, erbringt aufgrund der darin angewandten Methode der fiktiven Fälle⁶⁾ lediglich solche Annäherungswerte, wie sie sich aus der Richtersozio-logie ohnehin schon ergeben (Oberschicht-Unter-

-
- 1) W.Kaupen, Die Hüter von Recht und Ordnung, Neuwied 1969, S.219. - "Die soziale Herkunft, Erziehung und Ausbildung der deutschen Juristen als der einzigen einigermaßen homogenen 'Elite' in der Bundesrepublik ist in diesem Zusammenhang (U.H. im Zusammenhang mit der repressiven Funktion der staatlichen Gewalt) ein Schlüssel zur Erklärung - und damit zur Veränderung - der gesellschaftlichen Situation in Deutschland im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts."
 - 2) Mittelschicht/Oberschicht-Richter stehen Unterschicht-Angeklagten gegenüber.
 - 3) R.Dahrendorf, Deutsche Richter. Ein Beitrag zur Soziologie der Oberschicht, in: R.Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit München 1961, 11.-14.Tsd. 1965, S.193
 - 4) R.Dahrendorf, a.a.O., S.194
 - 5) K.D.Opp,/R.Peuckert, Ideologie und Fakten in der Rechtsprechung. Eine soziologische Untersuchung über das Urteil im Strafprozeß, in: KrimJ, Heft 1, 1969
 - 6) Aufgrund von Expertengesprächen auf der Jugendrichtertagung in Fischbachau/Obb. 1971 konnte festgestellt werden, daß diese 'fiktive' Methode, d.h. die Vorgabe von fiktiven Fällen, um daran die Unterschiedlichkeit der Auswahl und Bemessung strafrechtlicher Reaktionen nachzuweisen, abgelehnt wurde.

schicht-Gegenüberstellung, Stereotypen und Vorurteile in der Urteilsfindung). Die Methode der fiktiven Fälle muß jedoch deshalb als unzureichend bezeichnet werden, weil mit ihr einer der wichtigsten Beteiligten der Gerichtsverhandlung, nämlich der Angeklagte, nicht miteinbezogen ist. Vor allem der sich zwischen Angeklagtem und Richter entwickelnde Kommunikationsprozeß kann dadurch nicht erfaßt werden.

Im folgenden soll die Tätigkeit des Jugendrichters auf den Zusammenhang seiner Vermittlungsfunktion zwischen den rechtsdogmatischen Grundannahmen und den mit Hilfe der analytischen Kriterien¹⁾ unterschiedenen außerjuristischen Inhalten des JGG beschränkt werden.

Ort und Situation dieser Vermittlungsfunktion ist das Gerichtsverfahren. In ihm wird zwischen der Tat des Angeklagten und dessen Persönlichkeit, den rechtsdogmatischen Grundannahmen und den außerjuristischen Implikationen eine vermittelnde Beziehung hergestellt, die darauf hinzielt, eine Entscheidung in Form eines Urteilsspruchs herbeizuführen.

Dazu einige theoretische Anmerkungen: Die Tätigkeit des Richters soll im Zusammenhang mit der verfolgten Thematik nach N.Luhmann definiert werden, daß "... eine Entscheidungsfindung auf Grund von Normen"²⁾ herbeigeführt werden soll und muß. N.Luhmann sieht Normen als kongruente normative Verhaltenserwartungen innerhalb der Struktur eines sozialen Systems. - Eine deskriptivere und weniger abstrakte Erklärung dessen, was im Gerichtsverfahren vor sich geht, leistet ein Ansatz, nach dem Normen nicht nur Verhaltenserwartungen innerhalb des Rechtssystems darstellen, sondern auch Regeln an die Hand geben, die die Rekonstruktion und Beschreibung beobachteten Verhaltens zulassen³⁾. Die im Teil II der Arbeit als Prämisse

1) Siehe in dieser Arbeit S.58 f.

2) N.Luhmann, Legitimation durch Verfahren, Neuwied/Berlin 1969

3) F.Sack, Neue Perspektiven in der Kriminologie, in: F.Sack/R.König, Kriminalsoziologie, Frankfurt/M. 1968, S.465. - "Im Falle des Strafrechts etwa sagen die Strafvorschriften dem einzelnen Mitglied des Rechtsverbandes, welche Handlungen negative Sanktionen nach sich ziehen, sie sagen aber andererseits den Strafbehörden des Rechtsverbandes auch, welche Bedingungen die Rekonstruktion eines Verhaltens erfüllen muß, damit eine Verurteilung gelingt."

der rechtsdogmatischen Grundannahmen dargestellten Rechtsnormen, deren Verbindlichkeit im StGB niedergelegt ist, sind danach Regeln, die für die Mitglieder eines Rechtssystems allgemeine Geltung besitzen und deren Nichtbeachtung Sanktionen nach sich zieht. Gleichzeitig werden aus der Rechtsaxiomatik insgesamt Regeln deduziert, die einen Urteilsspruch überhaupt erst ermöglichen und dessen Endgültigkeit nicht in Frage stellen (Revisionssicherheit).

Gerade in den anhand der analytischen Kriterien untersuchten außerjuristischen Inhalten, die sich - wie aufgezeigt wurde - als kongruent mit den normativen Grundannahmen des JGG erwiesen haben, sind jedoch auch Regeln enthalten, die mehr als eine Beschreibung und mehr als eine Rekonstruktion zulassen.¹⁾ Für das Jugendstrafrecht, in dem die analysierten Inhalte auch Gedankengänge und Argumentationen enthalten, die von außen her an ein immanent geschlossenes Rechtssystem herangetragen werden, spielen solche Regeln eine eminent wichtige Rolle. Diese Regeln auszubalancieren ist Aufgabe des Richters im Gerichtsverfahren.

Es ist deshalb notwendig, die Tätigkeit des Jugendrichters daraufhin zu untersuchen, welche außerjuristischen Elemente in die Urteilsfindung - die nach F.Sack²⁾ eine bereits von vorneherein feststehende Sache sei - eingehen.

Die Behauptung von F.Sack wird durch die Überlegung gestützt, daß der Jugendrichter mit einer durch Aktenstudium vorstrukturierten Erwartungshaltung die Gerichtsverhandlung einleitet.

Für die Jugendgerichtsverhandlung liegen dem Jugendrichter vor:

- .. die Strafanzeige, z.B. Anlaß und Ergebnis der Ermittlungen durch die Polizei;
- .. ein schriftliches Protokoll der Vernehmung des Beschuldigten durch die Polizei einschließlich Lebenslauf;

1) Siehe dazu auch Th.Geiger, Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts, Neuwied 1964, 1.Aufl.Kopenhagen 1947, S.253ff

2) F.Sack, a.a.O., S.466. - "Das Urteil ist oft schon von Beginn an eine entschiedene und feststehende Sache, auch wenn es im Urteilstext erst ganz am Ende anzutreffen ist."

- .. die schriftliche Anschuldigung der Staatsanwaltschaft oder eventuelle Äußerungen zur Anklageschrift;
- .. der Jugendamtsbericht (Jugendgerichtshilfe).

Den Angeklagten hat der Jugendrichter in den meisten Fällen in der Gerichtsverhandlung zum ersten Mal vor sich; er kennt ihn nur aus den Akten.

Die dem Jugendrichter vorliegenden Akten über den Angeklagten sowie die anhand des täterstrafrechtlichen Kriteriums analysierten Erwartungen an das soziale Verhalten des jugendlichen Angeklagten, müssen in ihrer Mehrdeutigkeit sprachlich und inhaltlich miteinander abgewogen werden. Im Prozeß des Judizierens müssen dadurch letztlich auch Rechts- und Sozialwissenschaft syntheseshaft miteinander vereinbar gemacht werden. H.Kantorowicz hat diesem Prozeß besondere Aufmerksamkeit gewidmet¹⁾ und ihn als Judizieren 'sine lege' bezeichnet. H.Kantorowicz hat damit das Gebiet des sog. 'freien Rechts' zum Gegenstand der Soziologie gemacht, um zu verdeutlichen, daß auch sozialwissenschaftliche Anforderungen an den Juristen herangetragen werden²⁾.

-
- 1) H.Kantorowicz, Rechtswissenschaft und Soziologie, in: Th. Würtemberger (Hrsg.), Freiburger Rechts- und staatswissenschaftliche Abhandlungen, Bd.19, Karlsruhe 1962, S.126.
 - 2) H.Kantorowicz, a.a.O., S.127. - "Bei der Findung solcher Sätze freien Rechts hat sich nun der Richter - ... - womöglich an die jeweilig im Volke herrschenden Werturteile zu halten. Diese Werturteile, in ersterem Falle die Beurteilung der Schwere eines derartigen Diebstahls, sind aber, bis sie durch Verwertung als Prämissen des Urteils zu Normen (freien Rechts) umgeschaffen werden, selbst Tatsachen des sozialen Lebens, die Kenntnis dieser Tatsachen, die demgemäß zur Erfüllung der richterlichen Aufgabe unentbehrlich ist, aber leider manchen Richtern mangelt, ist also auf soziologischem Weg zu erlernen. Dabei ist aber wohl zu beachten, daß es hierbei mehr auf gesundes, volkstümliches, nicht 'weltfremdes Empfinden' und geraden Verstand ankommt: nicht alles, was man erlernen kann und erlernen muß, braucht und kann in der Form der Wissenschaft gelehrt werden. Lassen sich die im Volke herrschenden Werturteile nicht ermitteln oder sind sie widersprechend, so muß der Richter letzten Endes durch eigene Aufstellung von Regeln freien Rechts schöpferisch tätig werden, das Urteil nach der Regel fällen, 'die er als Gesetzgeber aufstellen würde'. Da es sich hierbei aber nie um die Aufstellung letzter Ziele handeln kann, diese vielmehr dem Richter in den Zwecken der Rechtsordnung autoritativ und unantastbar vorgegeben sind, so handelt es

Eine Integration der Sozialwissenschaft in die von der Rechtsdogmatik bestimmte Rechtsprechung ist seit dem Wirken von H.Kantorowicz nicht gelungen. Nach wie vor stehen sich, wie Ludwig Bendix betont, zwei unvereinbare Imperative gegenüber. Auf der einen Seite die formalen Grundlagen des Rechts, auf der anderen Seite die fortwährend im Wandel begriffene Gesellschaft, in der strittige Fälle entschieden werden müssen¹⁾.

Cerade im Jugendgerichtsgesetz jedoch wurde von Anbeginn an (1923) die verpflichtende Forderung gestellt, die Unvereinbarkeit dieser Imperative durch die jugendrichterliche Rechtsprechung zu überbrücken²⁾ und dem Jugendrichter in Verhandlung, Urteil und Vollstreckung erzieherische Funktionen zuzuweisen³⁾. Deshalb bezeichnen Dallinger-Lackner⁴⁾ die Vorschrift über die Auswahl der Richter bei den Jugendgerichten (§ 37 JGG) und der Jugendstaatsanwälte als den "... vielleicht wichtigsten Grundsatz des Gesetzes", da - mit den Worten F. Schaffstein's - wichtiger als gesetzliche Vorschriften die Person dessen sei, der sie handhabt. Das gelte auf keinem Gebiet mehr als auf dem des Jugendstrafrechts⁵⁾, ist jedoch

sich in der Hauptsache um das Auffinden von Mitteln zu diesen Zwecken. Das ist also eine theoretische, auf die kausalen Zusammenhänge gerichtete Aufgabe, sie ist zu lösen mit den Mitteln der verschiedenen Wissenschaften des sozialen Lebens. Dabei hat der Richter, genau wie der wirkliche Gesetzgeber, das Verhältnis der ihm unterbreiteten Regelungen genau zu erwägen. Auch die schöpferische Tätigkeit der Findung freien Rechts bedarf also rechtssoziologischer Begründung."

- 1) L.Bendix, Zur Psychologie der Urteilsfähigkeit des Berufsrichters und andere Schriften, Neuwied/Berlin 1968, S.40.
- 2) K.Holzschuh, ... aber ihr klagt uns an. Ein Jugendrichter erzählt, Frankfurt 1957, S.159. - "Das Jugendgerichtsgesetz läßt dem Richter die Freiheit, jeden Fall anders in eigener Verantwortung zu entscheiden. Er darf die Erkenntnisse nutzen und anwenden, zu denen im 'Jahrhundert des Kindes' Pädagogik, Psychologie und Psychiatrie gelangt sind."
- 3) F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.24. - "...dem Richter selbst in Verhandlung, Urteil und Vollstreckung erzieherische Funktion zugewiesen. Der weite Ermessensspielraum, den ihm das Gesetz zu diesem Zweck gewährt, erfordert für seine richtige Ausfüllung mehr kriminal-politische und kriminologische Einsicht als eine das allgemeine Strafrecht kennzeichnende formale Strenge der rechtsdogmatischen Begriffsbildung."
- 4) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 37 JGG), S.319
- 5) F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.106.-

"...daß wichtiger als gesetzliche Vorschriften (Ü.H.im JGG)

ein Standpunkt, der ganz allgemein für die Rechtssprechung gilt¹⁾.

Die Interdependenz von Rechts- und Sozialwissenschaften postuliert E.E.Hirsch²⁾ im Zusammenhang mit der Juristenausbildung. Man sehe oder wolle nicht sehen, daß jedes Gesetz eine gezielte Aktion des Gesetzgebers im Hinblick auf empirisch erfaßbare oder jedenfalls vorstellbare Zwecke sei, als Lenkung menschlichen Verhaltens mit Mitteln des Rechts. Das aber setze ein kausaltheoretisches Verständnis der Wirklichkeit voraus, weil die konsequente Zweckeinstellung zum Recht sich nur dann wirksam zu entfalten vermöge, wenn sie in der Einsicht auf Kausalzusammenhängen aufbaue.

Kritisch muß dazu angemerkt werden, daß E.E.Hirsch hier nicht die Unvereinbarkeit der Denkkategorien der normativen Rechtsdogmatik und den erfahrungswissenschaftlich und analytisch orientierten Sozialwissenschaften ins Kalkül zieht. E.E.Hirsch ist vielmehr ebenfalls der Auffassung, es bestehe zwar eine gewisse Divergenz zwischen zwei Wissenschaftssystemen, diese könne jedoch auf dem Wege der Personifizierung, d.h. der sozialwissenschaftlichen Ausbildung bestimmter Personengruppen, aufgehoben werden.

die Person dessen ist, der sie handhabt. Das gilt auf keinem Gebiet mehr als auf dem des Jugendstrafrechts. Wie die Jugendstrafe gleichzeitig ahnden und erziehen soll, so ist der Jugendrichter Richter und Erzieher zugleich. Sehr oft erlebt der junge Mensch in der Person des Jugendrichters die erste Begegnung mit dem Recht. Um so wesentlicher ist es, diese Begegnung so zu gestalten, daß sie auf sein weiteres Leben bestimmenden Einfluß hat."

- 1) E.J.Kratz (Landgerichtsrat), Zur Richterwahl, in: DRiZ 1970, S.15. - "Die Qualität der Rechtssprechung hängt in erster Linie von den Männern und Frauen ab, die als Richter tätig sind. Es ist selbstverständlich, daß wir nicht nur juristisch versierte, sondern lebensstüchtige und aufgeschlossene Richter brauchen."
- 2) E.E.Hirsch, Rechtssoziologie heute, Einleitung zu E.E.Hirsch /M.Rehbinder (Hrsg.), Studien und Materialien zur Rechtssoziologie, Köln/Opladen 1967, Sonderheft 11 KzfSS, S.26, S.28.

Es wird jedoch insbesondere im Jugendgerichtsgesetz deutlich, wie die immanente Logik der normativen Rechtswissenschaft mit den - sehr allgemein gesagt - auf empirischen Erfahrungen beruhenden Sozialwissenschaften durch Personifizierung von Merkmalen in der Rolle des Jugendrichters überwunden und kompatibel gemacht werden sollen.

Deshalb ist es aufschlußreich diesem in der Rolle des Richters personifizierten Vermittlungsprozeß nachzugehen und - zumindest im Ansatz - die Leitbildfunktionen aufzudecken, die mit dieser Personifikation verbunden sind.

Mit dieser Leitbildfunktion des Jugendrichters sind einmal diffus-emotionale Rollenanforderungen verbunden, wie auch instrumentelle Anforderungen an die Ausbildung des Jugendrichters.

2. Diffus-emotionale Rollenerwartungen¹⁾ an das Leitbild des Jugendrichters

Als diffus-emotional sollen jene Rollenerwartungen bezeichnet werden, die sich weder aus einer zwingenden Logik der Rechtsdogmatik ableiten lassen, noch sozialwissenschaftlich untermauert sind, sondern vielmehr einem juristischen Ethos entstammen, dem die Persönlichkeit des Richters entsprechen sollte.

2.1. Die juristische Selbsteinschätzung des allgemeinen Richter-Leitbildes

Es interessiert hier nicht das Leitbild des Richters wie es divergierende Rechtsschulen entwerfen. Z.B. die sogenannte Begriffsjurisprudenz, die Interessenjurisprudenz oder die Jurisprudenz der Freirechtslehre. Dieser Zusammenhang wurde von K.Zwingmann soziologisch erfaßt, der betont, daß dem

1) Zur Kategorie der sozialen Rolle, siehe in dieser Arbeit S. 69.

2) K.Zwingmann, Zur Soziologie des Richters in der BRD, Berlin 1966, S.106-116.

jeweiligen Typus der Rechtsprechung auch jeweils ein ganz spezifischer Typus von Richter zugeordnet werden könne. Das verbindende Kriterium dabei sei das jeweilige Verhältnis des Richters zu Staat und Autorität.

Exemplarische Beispiele für die juristische Selbsteinschätzung des allgemeinen Richterleitbildes sollen aus der 'Deutschen Richterzeitung' entnommen und in knappen Zügen im Zeitablauf von 1951 bis 1970 dargestellt werden.

Unter Bezugnahme auf F.Darmstaedter¹⁾ wird vom Richter 'Unabhängigkeit' und 'Unterwerfung unter das Gesetz' gefordert (Gerichtsverfassungsgesetz), deren verbindendes Moment das 'Rechtsgewissen' und der 'Wille zur Gerechtigkeit' sei, die somit die "... logische und psychologische Voraussetzung für die beschränkende Unterwerfung unter das Gesetz" sei²⁾. Eine Operationalisierung psychologischer Rollenattribute der Richterpersönlichkeit läßt sich aus einem in der DRiZ veröffentlichten Vortrag von L.Flehinghaus³⁾ entnehmen, aus dem sich Eigenschaftsmerkmale in Positiv-Negativ-Polarität herausarbeiten ließen. Es handelt sich dabei um einen polemischen Vortrag, in dem folgende Eigenschaftsmerkmale eines guten Richters aufgeführt werden:

Positive Merkmale: Weltaufgeschlossenheit, Universalbildung, verpflichtet gegenüber der freiheitlichen Grundordnung,

1) F.Darmstaedter, Richterliche Unabhängigkeit und Rechtsgewissen, in: DRiZ 1951, S.170

2) F.Darmstaedter, a.a.O., S.171. - "... muß man sich fragen: genügt für den Richter als einen generellen Typus, das unbedingte und schrankenlose Gestelltsein auf sein Rechtsgewissen, damit er den von der Rechtspflege an ihn gestellten Forderungen entsprechen kann? Wird er alsdann, besonders in einem umfangreichen und komplizierten Gesellschaftsaufbau, nicht häufig der Gefahr ausgesetzt sein, in die Irre zu gehen oder ratlos keinen Ausweg zu finden? Dies ist gewiß kein Einwand gegen Pflege und Einsatz des Rechtsgewissens, wohl aber gegen dessen Überspannung und Überbeanspruchung."
"... Das Dasein des richterlichen Rechtsgewissens ist die logische und psychologische Voraussetzung für die beschränkende Unterwerfung unter das Gesetz, ohne das Vorhandensein des ersteren wäre die Forderung nach Unterwerfung sinnlos, da es an dem Gebilde fehlen würde, dessen Unterwerfung zu fordern wäre."

3) O.Flehinghaus, Rechtsprechung und Richterpersönlichkeit (Vortrag), in: DRiZ 1959, S.67 ff.

Durchdrungensein von der Sache der Gerechtigkeit, Das Ringen um Recht, das Mäshalten, die Demut vor der Aufgabe des Richters; Macht verleitet zur Überheblichkeit, vor ihr muß sich der Richter hüten; tritt dem Angeklagten mit Achtung gegenüber; sachliche, aber nicht unfreundliche Haltung; Unvoreingenommenheit; Beherrschung der Grunderkenntnisse der Psychologie; klare und erschöpfende Ausdrucksweise; Überzeugungskraft; Verhalten der Würde des Gerichts entsprechend; innerliche Unabhängigkeit.

Negative Merkmale: Weltblindheit, Formalismus, Selbstüberschätzung, Selbstgefälligkeit gegenüber anderen; herablassende, frostige Art; gewollte Vertraulichkeit.

Derjenige Richter, der über die positiven Eigenschaftsmerkmale nicht von vornherein verfüge, müsse sich dahin selbst erziehen, dieses Leitbild zu erreichen¹⁾; es läge im Interesse der Wahrheitsfindung, zu vermeiden, daß sich der Angeklagte aufgrund von Arroganz, Gefühlskälte, Ironie etc. des richterlichen Verhaltens gegen den Richter abkapsle.²⁾

Diese Eigenschaftsmerkmale entsprechen auch der Vorstellung, daß der Richter ein 'göttliches Amt' innehave (womit die Sonderstellung des Richters betont wird³⁾ und an ein ideelles

-
- 1) H.Tröndle, Über den Umgang des Richters mit den anderen Verfahrensbeteiligten, in: DRiZ 1970, S.213 ff. - H.Tröndle gibt in populär-wissenschaftlicher Art dem Richter Hinweise, wie er sich in der Hauptverhandlung gegenüber den am Prozeß beteiligten Personen verhalten soll. Der Richter soll demnach eine Atmosphäre des Vertrauens schaffen; das gelinge im allgemeinen nur demjenigen, "... der in Persönlichkeit und Haltung überzeugt." Dadurch wird dem Richter Achtung entgegengebracht. "... dazu muß er sich zunächst selbst prüfen und selbst erkennen." ... "Es gehört daher zum Beruf eines Richters, Eigenheiten seiner Persönlichkeit, die dem richterlichen Amt nicht gemäß und nicht förderlich sind, abzulegen..." - "... Wer temperamentvoll ist, mag sich daher zur Ruhe zwingen; wer leicht aufbraust, an sich halten; wer mißgestimmt ist, sich zu freundlichem Wort und Gesicht durchringen; wer sich selbst gerne reden hört, mag lernen zu schweigen und aufmerksam zuzuhören; wem leicht ein boshafte Wort auf der Zunge liegt, möge sich die Bemerkung verkneifen und in der Sache fortfahren. Das ist alles viel, sehr viel verlangt. Es gelingt nur dem, der seine Mängel kennt und gegen sie angeht." ... usw.
- 2) H.Ackermann, Der Angeklagte und sein Richter, in: DRiZ 1958, S.330 ff.
- 3) Amelunxen, Volksnahe Rechtsprechung durch umfassend gebildete und entsprechend ihrer Sonderstellung besoldete Richter (Ansprache), in: DRiZ 1952, S.180 f., 181. - Amelunxen beruft sich auf eine allgemeine humanistische Ausbildung des Richters. Der Richter müsse Einblick in die Universalien des Wissens und Denkens genommen haben. -

jeweiligen Typus der Rechtsprechung auch jeweils ein ganz spezifischer Typus von Richter zugeordnet werden könne. Das verbindende Kriterium dabei sei das jeweilige Verhältnis des Richters zu Staat und Autorität.

Exemplarische Beispiele für die juristische Selbsteinschätzung des allgemeinen Richterleitbildes sollen aus der 'Deutschen Richterzeitung' entnommen und in knappen Zügen im Zeitablauf von 1951 bis 1970 dargestellt werden.

Unter Bezugnahme auf F.Darmstaedter¹⁾ wird vom Richter 'Unabhängigkeit' und 'Unterwerfung unter das Gesetz' gefordert (Gerichtsverfassungsgesetz), deren verbindendes Moment das 'Rechtsgewissen' und der 'Wille zur Gerechtigkeit' sei, die somit die "... logische und psychologische Voraussetzung für die beschränkende Unterwerfung unter das Gesetz" sei²⁾.

Eine Operationalisierung psychologischer Rollenattribute der Richterpersönlichkeit läßt sich aus einem in der DRiZ veröffentlichten Vortrag von L.Flehinghaus³⁾ entnehmen, aus dem sich Eigenschaftsmerkmale in Positiv-Negativ-Polarität herausarbeiten ließen. Es handelt sich dabei um einen polemischen Vortrag, in dem folgende Eigenschaftsmerkmale eines guten Richters aufgeführt werden:

Positive Merkmale: Weltaufgeschlossenheit, Universalbildung, verpflichtet gegenüber der freiheitlichen Grundordnung,

1) F.Darmstaedter, Richterliche Unabhängigkeit und Rechtsgewissen, in: DRiZ 1951, S.170

2) F.Darmstaedter, a.a.O., S.171. - "... muß man sich fragen: genügt für den Richter als einen generellen Typus, das unbedingte und schrankenlose Gestelltsein auf sein Rechtsgewissen, damit er den von der Rechtspflege an ihn gestellten Forderungen entsprechen kann? Wird er alsdann, besonders in einem umfangreichen und komplizierten Gesellschaftsaufbau, nicht häufig der Gefahr ausgesetzt sein, in die Irre zu gehen oder ratlos keinen Ausweg zu finden? Dies ist gewiß kein Einwand gegen Pflege und Einsatz des Rechtsgewissens, wohl aber gegen dessen Überspannung und Überbeanspruchung."

"... Das Dasein des richterlichen Rechtsgewissens ist die logische und psychologische Voraussetzung für die beschränkende Unterwerfung unter das Gesetz, ohne das Vorhandensein des ersteren wäre die Forderung nach Unterwerfung sinnlos, da es an dem Gebilde fehlen würde, dessen Unterwerfung zu fordern wäre."

3) O.Flehinghaus, Rechtsprechung und Richterpersönlichkeit (Vortrag), in: DRiZ 1959. S.67 ff.

delnder begreifen, einen politischen Standpunkt beziehen müsse¹⁾ und sozial-politisches Verständnis haben sollte²⁾.

Mit solchen Argumentationen wird jedoch eine Reform, das 'Iag' um das juristische Leitbild des Richters einem Demokratie-Verständnis anzugleichen, erst eingeleitet. Diese Diskussion kann in dieser Arbeit nicht fortgesetzt werden, sondern sollte lediglich in einigen Zügen exemplarisch angedeutet werden, da die Dimension - Staat - Richter-Leitbild - in bezug auf das spezifische Leitbild des Jugendrichters in den Hintergrund tritt.

2.2. Spezifische Rollenerwartungen an das Leitbild des Jugendrichters

Die hervorstechende Dimension des spezifischen Leitbildes des Jugendrichters aus juristischer Sicht ist psychologisch-pädagogischer Art.

bleibt er ein Mann der Mitte und des Ausgleichs. Sein Amt ist heute gewiß nicht mehr unpolitisch. Er ist gleichsam der Politiker wider Willen." - "... muß die rechtsprechende Gewalt gefragt werden, ob sie nach Organisationen, Selbstverständnis und Persönlichkeit den gewandelten Funktionen in unserer Gesellschaft gewachsen ist. Hier setzt die Diskussion um die Reform ein, die vielleicht mit dem Schlagwort umrissen werden kann: mehr Demokratie in der Justiz, mehr Unabhängigkeit für die Justiz, Ablehnung übernommener Hierarchien, Stärkung der richterlichen Persönlichkeit".

- 1) R.Wassermann, Politisierung der Rechtsprechung?, in: DRiZ 1970, S.81. - "Der unpolitische Richter diene dem Staat als solchem, der Obrigkeit, wie diese auch immer beschaffen war. Der politisch bewußte Richter (ich betone: politisch bewußt) ist demgegenüber genau das Gegenteil eines ergebenen Dieners der Staatsleitung, ja geradewegs der Antipode jenes angepaßten Staatsbeamten, wie ihn der Obrkeitsstaat erhoffte." ... "Er soll ein kritischer Richter sein, ein wachsamer Richter" .. Dadurch Unabhängigkeit, aber nicht extreme Parteipolitik, wohl aber Parteizugehörigkeit.
- 2) E.J.Kratz, Zur Richterwahl, in: DRiZ 1970, S.15. - "... Nach und nach setzt sich die Forderung durch, daß der Richter neben den genannten Eigenschaften (U.H. juristisch versiert, lehenstüchtig, aufgeschlossen) vor allem auch sozialpolitisches Verständnis haben sollte, worunter jenes feine Verständnis für unsere verschiedenen Wertordnungen zu verstehen ist, das es ermöglicht, die wegen der wachsenden Komplizierung unserer Lebensverhältnisse immer größer werdenden Lücken in unserer Rechtsordnung mit Rechtsätzen auszufüllen, die auf lange Zukunft Bestand haben."

Die pädagogischen Qualifikationen, die in den Kommentaren zum JGG an die Erzieherfunktion des Jugendrichters gekoppelt sind, reichen von der Vorstellung, daß der Jugendrichter Menschenkenner sein solle¹⁾, daß bei der Auswahl von Jugendrichtern und Jugendstaatsanwälten "... in besonderem Maße auf Eignung und Neigung Rücksicht zu nehmen" sei²⁾ und daß es dazu "... gewisser Charaktereigenschaften bedürfe, die mehr oder weniger angeboren" seien³⁾. Ferner wird angenommen, daß den Erfordernissen des § 37 JGG (Auswahl der Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte) "... in den meisten Fällen nur ein verheirateter oder verheiratet gewesener Richter, der selbst Kinder erzogen hat oder erzieht" genügen werde⁴⁾.

Für diese diffus-emotionalen Anforderungen an die Persönlichkeit des Jugendrichters mögen als Beispiele die nachstehenden Textauszüge dienen:

"... Das Erfordernis der erzieherischen Befähigung bringt zum Ausdruck, daß der JR nicht reiner Strafrichter, sondern auch Erziehungsrichter sein und über eine Befähigung für die Erziehung verfügen soll. Der JR muß also zugleich Richter und Erzieher sein. (...) Er soll nicht nur verurteilen, sondern verstehen, weniger richten als aufrichten. Das wird nur ein Richter sein können, der im gleichen Maße über Herz und Charakter verfügt, der, kurz gesagt, eine Persönlichkeit und kein 'verdrossener Paragraphenknecht' ist (...) und sich besonders ein junges Herz bewahrt hat, ein Mann, der sich in die Nöte der Jugend einzufühlen und mit der Jugend mitzugehen vermag, der etwas wagt, den Jugendlichen mit sich reißt und zur Mitarbeit an sich selbst aktiviert, ein Mensch, der noch selbst innerlich jung ist, was mit dem Lebensalter nichts zu tun haben braucht, und auch ein feines soziales Empfinden aufweist. Mit allzu großer Weichheit wird der JR nicht immer etwas erreichen. Seine Menschenkenntnis muß ihm sagen, wo Milde und wo Strenge angebracht ist. Verständnissvolle Liebe zur Jugend, edle Menschlichkeit, Humanität im besten Sinne des Wortes sollte den Jugendrichter auszeichnen. Nur ein solcher Richter wird die Begegnung zwischen Jugendrichter und Jugendlichen, die in jeder Hauptverhandlung stattfindet, zum vollen Erfolg gestalten können..."" 5)

"Neben den allgemeinen Richtertugenden müssen sie (U.H. die Jugendrichter) eine innere Beziehung und Liebe zur Jugend haben, die ihnen auch das erforderliche Einfühlungsvermögen und das Verständnis für die Besonderheiten der Jugend bietet.

-
- 1) Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 21 JGG), S.240
 - 2) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 37 JGG)m S.150
 - 3) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 37 JGG) S.319
 - 4) Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 37 JGG), S.338
 - 5) Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 37 JGG), S.335.

Wahre Menschlichkeit und echte humanitas müssen sie über die Akten und das äußere Bild der Tat hinweg immer und in erster Linie den Menschen sehen und ihn in seiner Eigenart erkennen lassen. Dazu müssen die für die Jugendstrafrechtspflege Verantwortlichen pädagogische Begabung, Mäßigung, Geduld und Selbstbeherrschung besitzen sowie jugendliche Frische mit sittlichem Ernst und Verantwortungsbewußtsein für die hohe Aufgabe vereinen. Das wird sie die richtige Synthese zwischen gerechter Strenge und Milde finden lassen, die vor Schablone und Bürokratismus bewahren und ihnen den Weg in die Seele des jugendlichen Menschen öffnen." u.s.m. 1)

"Das praktische Jugend-Strafrecht erhält Richtung und Inhalt von dem Jugendrichter. Er ist der Herr des Verfahrens. Die Ansprüche, die an ihn gestellt werden, sind außerordentlich hoch. ... Und deshalb wird eine verantwortungsvolle Personalpolitik des Justiz-Ministeriums, deshalb wird das Präsidium das besondere Augenmerk darauf richten, daß gerade der Jugendrichter entsprechend vorgebildet wird, daß er, aufgrund seiner Individualität, ein wirklicher Jugend-Richter ist. Denn der Jugendrichter muß den 'Lebens-Tatbestand' richtig 'sehen' können, er muß Lebensnähe und Lebensfülle haben, er muß ein Mensch des gesunden Menschenverstandes sein, einer, der sich nicht zuletzt durch seine Phantasie in die Psyche des Jugendlichen 'einfühlen' kann und der von dem Jugendlichen, nicht von sich aus judiziert. Er muß ein 'vitaler' Mensch sein, der Sinn für das 'Maß' (auch das Strafmaß) hat, er muß Fingerspitzen- und Taktgefühl besitzen, das gerade den im Werden befindlichen Jugendlichen gegenüber ganz besonders vonnöten ist. Er muß souverän über dem Leben, über den Leidenschaften, den Sorgen, den Schmerzen der jugendlichen Täter stehen, er muß ein Mensch der Milde und Güte, aber auch der Strenge sein, er muß den Sinn und das Gefühl für die Notwendigkeit der 'Distanz' haben. Dies alles muß ... sich in einer 'Persönlichkeit' zusammenfinden und genau dies ist das Entscheidende. Wir brauchen reife, feste ... Persönlichkeiten als Jugendrichter!" 2)

Diese als Beispiel herangezogenen Textauszüge beziehen sich auf allgemeine menschliche Charakterzüge, die dem juristischen Leitbild des Jugendrichters entsprechen, aber weder mit juristischen noch mit außerjuristischen sozialwissenschaftlicher Ausbildung im Zusammenhang zu stehen brauchen.

1) Dallinger-Lackner, KommJGG 1955 (§ 37 JGG), S.319

2) W.Knögel, Grundsätzliches zum praktischen Jugendstrafrecht, in: RdJ 1958, S.298.

Das diffus-emotionale Leitbild des Jugendrichters in juristischer Sicht ist somit ,der Tendenz nach, an einem autoritativen, pädagogisch talentierten Verhaltenstypus orientiert, dessen Rollenbild mit der familialen Vaterrolle identisch und darüber hinaus mit dem allgemeinen juristischen Selbstbild des Richters kompatibel ist.

3. Die instrumentellen Rollenerwartungen an das Leitbild des Jugendrichters

Die diffus-emotionalen Anforderungen an das Leitbild des Jugendrichters, die sich in 'allgemeinen Richtertugenden'¹⁾ niederschlagen, werden im Jugendstrafrecht ergänzt durch instrumentelle Rollenanforderungen an die außerjuristische Ausbildung des Jugendrichters²⁾, die in erster Linie auf Kenntnisse in Psychologie und Pädagogik gerichtet ist.

Damit taucht die Frage auf, inwieweit der Jugendrichter auch Fachmann in außerjuristischen Bereichen sein sollte. Zwei Ebenen einer Argumentation für bzw. gegen eine außerjuristische Ausbildung von Richtern werden dabei sichtbar. Die eine Ebene bezieht sich auf Empfehlungen von Bundes- und Länderministerien, die andere auf Erfordernisse, die sich aus der Problematik der Rechtsprechung ergeben.

1) F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.106

2) F.Schaffstein, a.a.O., S.106, 108 ff. - "... die außerordentliche Weite des Spielraums, die das Jugendstrafrecht dem richterlichen Ermessen durch seine vielfältigen Reaktionsmöglichkeiten gewährt, setzt bei demjenigen, dem ihre Auswahl anvertraut ist, über die allgemeinen Richtertugenden hinaus besonderen psychologischen Scharfblick gerade im Umgang mit jungen Menschen, spezielle Kenntnisse, vor allem aber Liebe zur Jugend und Verständnis für ihre Nöte voraus ...".

Von bundesministerieller Seite wird die außerjuristische Ausbildung befürwortet¹⁾ mit der Einschränkung, daß die Kompetenz bei den Ländern liege. - Im Bundesland Bayern wird einmal jährlich eine Jugendrichtertagung abgehalten. Es ist Sache des einzelnen Jugendrichters, sich um seine außerjuristische Ausbildung zu kümmern und Nachweise dafür zu erbringen²⁾.

K. Zwingmann stellt eine Entwicklung im heutigen Recht und ihre Auswirkungen auf die Stellung des Richters fest, die dazu führen würde, daß der Richter "... allerdings auch nur die Autorität eines Fachmannes" hätte und sich Kritik an seiner Leistung gefallen lassen müsse wie jeder andere Fachmann auch³⁾. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Heranziehung von Sachverständigen für die Beurteilung eines Falles oder eines Täters.

Die juristische Selbsteinschätzung des richterlichen Leitbildes distanziert sich deutlich von dieser Entwicklungstendenz⁴⁾,

- 1) Der Bundesminister für Justiz vor dem Deutschen Bundestag am 4.12.69. Aus DRiZ 1970, S.97. - "...Es kommt darauf an, die Aus- und Fortbildung der Richter, Staatsanwälte und Verteidiger so zu gestalten, daß diese in weiterem Umfang als bisher in die Lage versetzt werden, Gutachten von Sachverständigen einer kritischen Wertung zu unterziehen. ... Die Möglichkeiten der Bundesregierung, auf die Ausbildung der jungen Juristen im einzelnen einzuwirken, sind relativ gering. Diese Ausbildung ist Sache der Länder. Wir können dafür nur einen gewissen Rahmen abstecken."
- 2) Siehe dazu auch J.Sach, Jugendrichterausbildung: Erzieherisch befähigt und in der Jugendernziehung erfahren?, in: RdJ 1969/10, S.268-301.
- 3) K.Zwingmann, Zur Soziologie des Richters in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1966, S.146. Unter Berufung auf M.Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S.511.
- 4) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 3 JGG), S.105. - "Wird im Verfahren ein Sachverständiger zugezogen, so darf sich der Richter nicht völlig in dessen Hand geben; denn letztlich trifft ihn und nicht den Sachverständigen die Verantwortung für die zutreffende Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit. Der Sachverständige kann dem Richter nur wertvolle Hilfestellung aus der Fülle seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse und seiner praktischen Erfahrungen im Bereich der Medizin, der Psychiatrie, der Psychologie usw. leisten. Gerade der Richter muß deshalb auf Grund eigener Sachkunde in der Lage sein, die aus dem Gutachten des Sachverständigen abzuleitenden Folgerungen selbständig zu würdigen. Fehlt ihm diese Fähigkeit, so büßt er seine Rolle als Richter ein und macht zum wahren Richter den im Verfahren mitwirkenden Sachverständigen."

daß der Richter ein Fachmann unter anderen sei und damit der Sachverständige zum wahren Richter im Verfahren gemacht werde¹⁾. Der Sachverständige müsse vielmehr Gehilfe des Richters sein, wo es diesem an Sachkunde fehle²⁾.

Deshalb wird immer wieder an den Jugendrichter die Erwartung herangetragen, sich zumindest soweit außerjuristische Sachkunde anzueignen, daß er zu einer Beurteilung oder Abwägung von Gutachten in der Lage ist.

So werden in den Richtlinien zum § 37 JGG Kenntnisse auf den Gebieten der Pädagogik, der Jugendpsychologie, der Jugendpsychiatrie, der Kriminologie und der Soziologie gewünscht sowie die Fühlungnahme mit Einrichtungen der Jugendhilfe empfohlen³⁾. Es sollen spezifische Kenntnisse über die beson-

-
- 1) Dazu auch F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.126. "de lege ferenda ist vielfach gefordert worden, die Untersuchung der Jugendlichen durch einen Sachverständigen obligatorisch zu machen. Doch auch abgesehen von dem Mangel an wirklich geeigneten Sachverständigen und der vielfach unvermeidlichen Verzögerung des Verfahrens durch die Begutachtung kann diese Forderung nicht befürwortet werden. Schon jetzt ist der Richter durch die wachsende Spezialisierung des Fachwissens vielfach in einer bedenklichen Abhängigkeit vom Sachverständigen geraten, die seine Entscheidungsfreiheit, Autorität und Verantwortungsfreudigkeit gefährdet und damit die richterliche Tätigkeit an ihren Wurzeln (Bockelmann) bedroht. Doch kriminologische Persönlichkeitsbeurteilung setzt nicht nur Fachwissen, sondern vor allem auch Lebenserfahrung und intuitive Menschenkenntnis voraus. Diese aber sind bei dem erfahrenen Richter ebenso sehr zu erwarten, wie bei dem psychologischen Sachverständigen. Allerdings ist zuzugeben, daß manche Jugendrichter ihre Menschenkenntnis überschätzen und die Zuziehung von Sachverständigen auch dann unterlassen, wenn sie geboten ist."
 - 2) H.Riedel, Sachverständiger Jugendrichter und Sachverständiger, in: RdJ 1955, S.368 f. - "Wenn der Sachverständige Gehilfe des Richters ist, wie wir feststellten, so ergibt sich, daß umgekehrt ein Sachverständiger dort nicht benötigt wird, wo der Richter oder das Gericht die notwendige Sachkunde selbst besitzt."
 - 3) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, Richtlinien zu § 37 JGG. Dallinger-Lackner, Komm.JGG, 1955, S.70.

deren Probleme der Entwicklungszeit mitgebracht werden¹⁾ und außerjuristische theoretische Kenntnisse durch praktische Anschauung (Tätigkeit bei Jugendämtern, im Jugendstrafvollzug, bei Jugendverbänden etc.) vertieft werden²⁾. Der Sonderaus- und fortbildung müsse besonderes Augenmerk geschenkt werden³⁾, um die gewünschten spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen des Jugendrichters zu vervollständigen.

Die Anforderungen an die außerjuristische Ausbildung, wie sie vorstehend postuliert wurden, weisen einen Standard auf, wie er in der Praxis wohl kaum erreicht werden kann. Eine empirische Untersuchung über den tatsächlichen außerjuristischen theoretischen und praktischen Wissens- und Erfahrungshorizont von Jugendrichtern liegt nicht vor. Zahlreiche persönliche Gespräche mit Jugendrichtern machten jedoch die Schwierigkeiten der Umsetzung solcher Anforderungen deutlich, die in mangelnden Gelegenheiten zu außerjuristischen praktischen Erfahrungen, Motivationshemmungen, Überhäufung mit Fällen und laufbahnbedingtem kurzfristigen Verbleib am Jugendgericht zutage treten; ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, aus spezifischen sozialwissenschaftlichen Disziplinen jene Kenntnisse zu selektieren und interdisziplinär zu verbinden, die für den Jugendrichter - über eine rechtsdogmatische Bestimmung der Inhalte hinaus - von Wichtigkeit sind.

- 1) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.151 (§ 37 JGG). - Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 37 JGG), S.320. - "Das juristische Wissen allein reicht bei weitem nicht aus, wie eine echte Jugendarbeit überhaupt nicht aus gesetzlichen Vorschriften kommen kann. Es bedarf einer besonderen Ausbildung in den Grundlagen der Jugendpsychologie (Standardwerk Spranger, Psychologie des Jugendalters), Jugendpsychiatrie, Jugendpädagogik und der Jugendkunde überhaupt, natürlich stets mit besonderer Berücksichtigung der Kriminologie. (....). Nur eine Kenntnis dieser Disziplinen macht eine wirkliche Persönlichkeitserforschung (§ 43) möglich." - Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 37 JGG), S.336. - "... spezielle Kenntnisse auf dem Gebiet der Kriminalbiologie, der Jugendpsychiatrie, der Jugendpsychologie und der Soziologie. ... daß jeder Jugendrichter Sprangers 'Psychologie des Jugendalters' gelesen haben sollte. Zum Fachpsychologen wird er hierdurch nicht, aber er vermag den psychologischen Sachverständigen dann besser zu verstehen und ihn zu 'leiten'."
- 2) Dallinger-Lackner, Komm.JGG (§ 37 JGG), S.320. - K.Peters, Tendenzen der Jugendstrafrechtsreform, in: UJ 1965, S.293
- 3) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 37 JGG), S.321
Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 37 JGG), S.337

Nicht nur von seiten der Juristen¹⁾, sondern auch von seiten der Psychologen werden jedoch Bedenken angemeldet, sich lediglich in Kursen und Lehrgängen Spezialkenntnisse in Psychologie anzueignen und deshalb von einem Sachverständnis des Jugendrichters nicht gesprochen werden könne²⁾. Eine spezielle Ausbildung des Jugendrichters müsse daher im Rahmen der universitären Studienzeit erworben werden³⁾.

Ferner werden in den Kommentaren Anforderungen an die Erfahrungen des Jugendrichters durch langfristigen Verbleib in seinem Referat gestellt, was jedoch der Laufbahnordnung in der Justiz zuwiderläuft.⁴⁾

Auch das Postulat der Gerichtsverfassung, daß der Richter die Befähigung zu jedem Richteramt haben müsse⁵⁾, stellt eine gegenläufige Tendenz dar, die Hand in Hand mit der Forderung nach einer einheitlichen Juristenausbildung und damit auch eines einheitlichen juristischen Standesbewußtseins geht⁶⁾,

1) H.Friedrichs, Gedanken über die Ausbildung des Richternachwuchses, in: DRiZ 1952, S.99

2) M.Waldeck, Der Jugendrichter, Gedanken eines Psychologen, in: RdJ 1956, S.232 f.

3) W.Sirp, Die Ausbildung des Richters nach dem Entwurf des Deutschen Richtergesetzes, in: DRiZ 1960, S.204. - Th.Würtenberger, Jugendrichtertagung (Referat) Fischbachau 1970. - A.Griffel, Herausforderung der Soziologie, in: DRiZ 1970, S.44. - "...In diesem Zusammenhang mag noch die Frage angefügt werden, ob es nicht ernstlich erwogen werden sollte, eine gründliche wissenschaftliche Ausbildung für den richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst in Aussicht genommen - bisher fast ausschließlich auf Rechtskenntnisse geprüften - Anwärter in den Randdisziplinen der Psychologie, Psychiatrie, Kriminologie und Kriminalistik, wohl auch einigen Gebieten der Wirtschaftswissenschaften und der Soziologie, mit deren Begriffen der praktische Jurist heute täglich konfrontiert wird, tunlichst vor Beginn einer Amtstätigkeit durchzuführen."

4) Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 37 JGG), S.336

5) F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.108

6) K.Hirschmann, Zur Funktionseinheit der rechtsprechenden Gewalt, in: DRiZ 1955, S.133. - "Die Rechtsförmigkeit unseres gesamten Staatslebens, ..., erfordert eine einheitliche Ausbildung aller Richter, ja sogar der Juristen. Die Spezialisierung sollte erst einsetzen, nachdem die Fähigkeit zum juristischen Arbeiten erworben und nachgewiesen ist." "Eine Aufspaltung der Juristen hingegen in Fachsparten ... muß notwendig eine ... Einengung des richterlichen Horizontes nach sich ziehen."

was dem Selbstverständnis des Richters als 'Funktionselite' (Dahrendorf) sehr nahe kommt.

Erwähnt werden muß jedoch in diesem Zusammenhang, daß die theoretischen Bemühungen um die Juristenausbildung in Arbeitskreisen ('Mainzer Empfehlungen', 'Hamburger Modell', 'Münchener Modell', 'Bonner-Modell', Loccumer Arbeitskreis) gerade im Hinblick auf den Einbezug der Sozialwissenschaften diskutiert werden.¹⁾ Eine Reflexion dieser diversen Ansätze kann jedoch im Rahmen dieser Arbeit nicht erfolgen.

Zusammenfassung und Ergebnis. Die Anforderungen an die außerjuristische Ausbildung werden - wie auf Seite 161 bereits hingewiesen - nur in geringem Maße erfüllt. Die Gründe dafür liegen nicht so sehr in einer Abwehr außerjuristischen Wissens durch die einzelnen Jugendrichter oder in der Ansicht, daß solches Wissen nicht notwendig sei. Sie liegen vielmehr in der Uneinigkeit der Vorstellungen über eine außerjuristische Ausbildung schlechthin, wie sie vorstehend zum Ausdruck gekommen ist.

Gravierender jedoch scheint bezüglich der Einbeziehung außerjuristischer wissenschaftlicher Erkenntnisse zu sein, daß - wie die in dieser Arbeit durchgeführte Analyse zeigt - die Jurisprudenz zwingend an die aufgezeigte Ableitung des Urteils und der damit verhängten Strafe (... durch Erziehung) aus den rechtsdogmatischen Grundannahmen gebunden ist. Damit sind die bewertenden Maßstäbe bereits von vorneherein festgelegt und nur denjenigen sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen selektiv eine Chance der Beachtung gegeben, die kompatibel mit der Rechtsdogmatik sind.

Das ist ein Erklärungsaspekt für die Tendenz, die Psychologie als dominierende Hilfswissenschaft zu betrachten. Die Soziologie dagegen ist allenfalls als 'Sozialkunde' gefragt, nicht aber bezüglich ihrer theoretischen Erklärungsversuche abweichenden Verhaltens, der sozio-ökonomischen Betrachtung spezifischer Familienstrukturen und der besonderen Problematik **gesellschaftlicher Randgruppen.**

1) R. Wassermann, Einstufige Juristenausbildung, in: DRiZ 1970, S. 241 f.

Gerade in der Vermittlungsfunktion des Jugendrichters, des damit verbundenen Selbstbildes der Rolle des Jugendrichters sowie in den Vorstellungen von einer qualifizierten außerjuristischen Ausbildung des Jugendrichters wird jedoch deutlich, daß die Rechtsprechung nicht in erster Linie mangels sozialwissenschaftlicher Einsichten auf ethische und weltanschauliche Postulate zurückgreifen müsse - wie E.E.Hirsch das meint¹⁾ - , die Handhabung des JGG auch nicht in erster Linie eine Personenfrage sei²⁾, sondern wesentlich grundsätzlicher durch die aufgezeigten normativen Grundannahmen des Rechts bedingt ist. Wird dieser Sachverhalt verdeutlicht, so kann damit ein spezifischer Erklärungsaspekt für die analysierten Bedeutungsinhalte von 'Jugend' herausgearbeitet werden. Die mangelnde sozialwissenschaftliche Ausbildung und die selektive Einbeziehung bestimmter sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse kann danach nur noch als Symptom für die tiefer liegenden wissenschaftstheoretischen Implikationen zwischen den Disziplinen der Rechtswissenschaft und denen der Sozialwissenschaft gewertet werden. Darauf hat bereits Th.Geiger³⁾ hingewiesen.

Von sozialer Auswirkung wird dieses Dilemma jedoch dann, wenn der Jugendrichter den Boden der Rechtsdogmatik verlassen und bei der Urteilsfindung soziale Fakten aufgreifen (Jugendgerichtsbericht) oder nach der Urteilssprechung durch seine Zuständigkeit im Bereich der Resozialisierung beim Vollzug des Jugendarrestes⁴⁾ tätig werden muß. Das gleiche gilt

- 1) E.E.Hirsch, Rechtssoziologie heute. Einleitung zu E.E.Hirsch /M.Rehbinder (Hrsg.), Studien und Materialien zur Rechtssoziologie, Köln/Opladen 1967, Sonderheft 11 KZfSS, S.28.
- 2) W.Becker, Zur Frage der Vor- und Ausbildung der Jugendrichter, in: RdJ 1955, S.362. - "Solange es Jugendgerichte und eine Jugendgerichtsbewegung gibt, hat man verkannt, daß die gesamte Jugendgerichtsbarkeit in erster Linie eine Personenfrage ist; sie steht und fällt mit den Persönlichkeiten, die Recht und Erziehung handhaben."
- Ebenso F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.26
- 3) Th.Geiger, Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts, Neuwied 1964 (1.Aufl.Kopenhagen 1947), S.253-261.
- 4) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 90 JGG), S.723. - Persönliche Aussprache mit dem Vollzugsleiter (Jugendrichter) als Erziehungsmittel. - Potrykus, Komm.JGG 1955 (§ 90 JGG), S.657. "... Der in den Aussprachen auszuübenden persönlichen Erziehungsarbeit des Vollzugsleiters kommt gerade in JArrestvollzug eine entscheidende Bedeutung zu. 'Nur so ist zunächst und unerwünschte Erziehungsarbeit' (Böttler 1944, S.8) muß den guten Kern im Jugendlichen freilegen und ihn zur Selbstbesinnung und Besserung veranlassen."

für seine Aufsicht über die Bewährungshilfe¹⁾ und die Auswertung des Jugendgerichtsberichtes.

In der Vermittlungsfunktion des Jugendrichters wird damit deutlich, daß die analysierten Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im JGG nicht nur abstrakte Vorstellungen sind, sondern in der Hauptverhandlung sowie im ganzen Gerichtsverfahren auf den Jugendlichen tatsächlich übertragen und an ihm vollzogen werden. Die Erforschung der Täterpersönlichkeit durch die Jugendgerichtshilfe liefert dazu noch ergänzende Aspekte.

4. Die Erforschung der Täterpersönlichkeit durch die Jugendgerichtshilfe

Die Jugendgerichtshilfe ist eine organisatorische Einrichtung des Jugendgerichtsgesetzes. Ihre Aufgaben sind in § 38 JGG umrissen: Ermittlungshilfe, Teilnahme an der Hauptverhandlung (Beratungsfunktion), Vollzugshilfe, Wiedereingliederung des Jugendlichen (Betreuung des Jugendlichen).

Im Prozeß der Urteilsfindung durch den Jugendrichter nimmt die Jugendgerichtshilfe eine doppelbödige Funktion ein. Die Jugendgerichtshilfe ist gleichzeitig 'Hilfe für das Gericht', aber auch 'Hilfe für den Täter'²⁾. Sie steht damit weder im Dienste des Staatsanwalts, noch im Dienste der Verteidigung, sondern sie dient der Urteilsfindung durch den Jugendrichter. Die Jugendgerichtshilfe untersteht den Jugendämtern. Das Jugendamt hat die Möglichkeit, die sachlichen Aufgaben der Jugendgerichtshilfe an die Familienfürsorge oder an freie Vereinigungen der Sozialarbeit zu delegieren. Das hat zur Folge, daß der Ermittlungsbericht durch den Besuch eines Sozialarbeiters beim Beschuldigten eingeholt

1) R.Werner, Zu den Aufgaben des Bewährungshelfers am Straffälligen, in: RdJ 1955, S.259. - "Der Herr der Bewährungshilfe bleibt stets der Richter; er hat die Verantwortung übernommen."

2) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 38 JGG), S.154.

wird und der Jugendgerichtshelfer (der dem Jugendamt unterstellte sog. Gerichtsgänger) den Jugendlichen - ebenso wie der Jugendrichter - erstmals in der Hauptverhandlung zu Gesicht bekommt.

Der sachliche Aufgabenbereich der Jugendgerichtshilfe ist allein in der Erforschung der Täterpersönlichkeit zu sehen¹⁾, deren Ergebnis im Ermittlungsbericht (Bestandteil der Akten) festgehalten ist. Der Vertreter der JGH kann als Zeuge vernommen werden²⁾.

Diese Doppelfunktion der JGH wird nicht als Widerspruch gesehen, sondern als harmonisches Miteinander, "... weil nach dem Wesen des Jugendstrafrechts als eines auf die Persönlichkeit des Jugendlichen gerichteten Erziehungsrechts auch das Gericht mit seinen kriminaltherapeutischen Bemühungen das Beste des Jugendlichen erstrebt."³⁾

Die Jugendgerichtshilfe muß daher in ihrer ausschließlichen Bedeutung für das Gerichtsverfahren gesehen werden, indem sie durch Interpretation der Fakten über den angeklagten Jugendlichen einen Beitrag zur Definition der Situation⁴⁾ liefert. Dabei kommt im Zusammenhang mit der Erforschung der Täterpersönlichkeit ein Selektionsprozeß in Gang⁵⁾, der beginnt bei der Auswahl der erhobenen Tatsachen (Bericht des Sozialarbeiters), fortgeführt wird durch die Auswahl der Methoden, mit denen die Tatsachen gesammelt werden sollen (Sekundärdaten in Form von Akten) und eine Rolle spielt bei der Gewichtung der Tatsachen im Hinblick auf Schlußfolgerungen (Gewichtung positiver und negativer Fakten), sowie bei der Empfehlung von Maßnahmen, die aufgrund der ermittelten Fakten als angemessen erscheinen.

-
- 1) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 38 JGG), S.154. - "Im Gegensatz zur Polizei, die durch die Aufklärung der Tat die Grundlagen für den Schuldspruch legt, schafft die JGH durch die Erforschung der Täterpersönlichkeit die Voraussetzungen für die Wahl der richtigen Unrechtsreaktion"
 - 2) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970 (§ 38 JGG), S.158
 - 3) Dallinger-Lackner, Komm.JGG 1955 (§ 38 JGG), S.325
 - 4) Im Sinne des symbolischen Interaktionismus und seiner Weiterentwicklung im 'labeling approach'.
 - 5) F.Sagebiel, Definitionspotential der Jugendgerichtshilfe beim Kriminalisierungsprozeß, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, Heft 5/1974, S.186

Dabei tritt in den Berichten der Jugendgerichtshilfe bzw. der ermittelnden Sozialarbeiter bereits eine Rekonstruktion der Fakten in juristischer¹⁾ und psychologisierender Terminologie auf, die dem Richter den Fall eindeutiger erscheinen lassen. Er braucht sich dann nicht mehr um die Anhebung operationaler Definitionen in abstrakte Begriffe, wie z.B. Verwahrlosung, zu bemühen. Dem angeklagten Jugendlichen wird damit jedoch aufgrund von Verständnisschwierigkeiten in der Hauptverhandlung eine Berichtigung unmöglich gemacht.

F.Sack²⁾ weist darauf hin, daß sich besonders in Jugendgerichtsprozessen häufig eine Situation vorfinde, in der der Angeklagte die Rekonstruktion dessen, was er getan hat, in der Sprache des Gesetzes oder des Richters nicht versteht und akzeptiert. Die teilnehmenden Beobachtungen durch die Verf. in zahlreichen Jugendgerichtsverhandlungen lassen den gleichen Schluß zu. M.Busch³⁾ drückt diesen Sachverhalt so aus, daß es für den Jugendlichen in der Hauptverhandlung sehr darauf ankäme, das 'Bewußtsein nicht zu verlieren'.

Insofern dient das Gerichtsverfahren im JGG nur eingeschränkt der Absicht, der psychischen und sozialen Situation des Täters gerecht zu werden. Auch in der Hauptverhandlung tritt der abstrakte Strafrechtsaspekt in den Vordergrund, nach dem in der Urteilsfindung nur ein ganz bestimmter Ergebnisbereich in Frage kommt, zu dem die Jugendgerichtshilfe in affirmativ-prognostischer Weise ihren Beitrag für juristisch

-
- 1) J.Hellmer, Der Jugendgerichtshelfer im Spannungsfeld seiner Funktionen, in: RdH 1967, S.312. - Hellmer weist auf die Gefahr hin "... daß der Jugendgerichtshelfer sich als Beamter verpflichtet glaubt, den Willen des Richters im voraus zu erforschen, um danach seinen Vorschlag einzurichten oder daß er sich deshalb gar mit dem Richter bereits vor der Verhandlung auf einen Vorschlag geeinigt hat." Ähnlich lauten die Argumente von K.Peters, Die Grundlagen der Behandlung junger Rechtsbrecher, in: Erstkriminalität und Frühkriminalität, 13.Jugendgerichtstag 1965, 1966 S.24
 - 2) F.Sack, Neue Perspektiven in der Kriminologie, in: F.Sack/ R.König (Hrsg), Kriminalsoziologie, Frankf./M.1968, S.465
 - 3) Persönliches Gespräch mit M.Busch.

und sozialpädagogisch legitimierte Maßnahmen liefert¹⁾. Daß dabei die gegenseitigen Erwartungen des Richters und der Jugendgerichtshilfe bezüglich ihrer Einwirkungsmöglichkeiten nicht übereinzustimmen brauchen, zeigt ein Vergleich der Fußnoten 1) Seite 168 und 1) Seite 169.

Zusammenfassung. Die vorstehenden Ausführungen über die Jugendgerichtshilfe konnten deren Stellenwert für den Kommunikationsprozeß der Hauptverhandlung klären. Die Jugendgerichtshilfe muß in ihrer ausschließlichen Bedeutung für das Gerichtsverfahren gesehen werden, insbesondere für die Hauptverhandlung, indem sie in erster Linie der Operationalisierung und Interpretation der außerjuristischen, täterstrafrechtlichen Elemente dient. Dabei erfahren die anhand des täterstrafrechtlichen Kriteriums ermittelten Bedeutungsinhalte von 'Jugend' ihre unmittelbare Transformation, bezogen auf den einzelnen, vor Gericht stehenden Jugendlichen.

1) Jugendgerichtshilfe im Spiegel der Statistik, in: RdJ 1968, S.329, - "Die Mitwirkung der Jugendämter in der Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren ist ein Stück schöpferischer Gestaltung und Schicksalsformung, weil das Ergebnis einer Persönlichkeitsforschung, das Aufspüren der zur Delinquenz führenden Ursachen zusammen mit erzieherischen und strafrechtlichen Belangen im Urteil seinen Niederschlag findet. Durch die Möglichkeit, dem Gericht Vorschläge über die Behandlung des Täters zu unterbreiten, ist der Jugendgerichtshilfe Gelegenheit zu einer konstruktiven sozialpädagogischen Mitarbeit geboten."

TEIL IV

ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE DER ANALYSE.

ASPEKTE GESELLSCHAFTSPOLITISCHER EINFLÜSSE AUF DIE
BEDEUTUNGSINHALTE VON 'JUGEND'

I. Vorbemerkung

Zum Ausgangspunkt dieser Arbeit dienten die Grundannahmen des Erwachsenen-Strafrechts (ESTr), die ein allgemeines Menschenbild beinhalten. Dieses Menschenbild ist geprägt durch Willensfreiheit als Wesensbestandteil des Menschen, durch freie verantwortliche sittliche Selbstbestimmung¹⁾ in Beziehung zu einer gegebenen Rechtsordnung. Die individuelle Entscheidung, sich gegen diese Rechtsordnung zu stellen, kann zum individuellen Schuldvorwurf erhoben werden²⁾.

Diese normativen Vorstellungen vom Menschen in bezug zur Rechtsordnung haben zunächst noch nicht unmittelbar mit den spezifischen Bedeutungsinhalten von Jugend im Jugendgerichtsgesetz zu tun, da sie für den an die Rechtsordnung gebundenen Menschen schlechthin gelten.

Wie ausgeführt wurde³⁾, haben die normativen Grundannahmen des ESTr im JGG bestimmte Modifikationen erfahren. Diese Modifikationen haben keinerlei Rückwirkungen auf die Grundannahmen des ESTr und stellen diese keineswegs in Frage. Der Anstoß zu den Modifikationen im JGG kommt nicht aus der Rechtsdogmatik, sondern ist ausgelöst durch einen gesellschaftlichen sozialen Wandel, dessen Symptom u.a. das Ansteigen von Kriminalität, insbesondere auch der Jugendkriminalität war und noch ist, und dem mit anderen Mitteln zu begegnen versucht wurde. Verbunden damit ist eine andersartige Auffassung des Strafvollzugs und der gesellschaftlichen Stellung des Täters. Nicht Ausschluß aus der Gesellschaft, sondern Wiedereingliederung in die Gesellschaft durch Resozialisierung des Täters. Umgesetzt wurde dieser erste Schritt vom reinen Schuldstrafrecht zum Täterstrafrecht im Jugendstrafrecht, in dem sich Resozialisierung in spezifischem Sinne als Erziehung ausweist.

1) Siehe in dieser Arbeit S. 29 f.

2) In dieser Arbeit S. 33 ff.

3) In dieser Arbeit S. 38 ff.

Auch im Täterstrafrecht muß jedoch der Zusammenhang mit den normativen Grundannahmen des EStR gewahrt bleiben. So wird einerseits 'Schuld' zur 'Lebensführungsschuld', andererseits erfordert das Täterstrafrecht, daß die Person des Täters in einer bestimmten Weise im Gesetz antizipiert wird.

Wenn ein Gesetz als Täterstrafrecht ausgestaltet ist, in dem das 'Sosein' des Täters zum Schuldvorwurf erhoben werden kann, dann müssen auch Kriterien gesetzt werden, nach denen dieses 'Sosein' nicht nur anhand des Verstoßes gegen das Gesetz (strafrechtlicher Tatbestand) beurteilt werden kann, sondern auch Kriterien aufgestellt werden, nach denen sich die Persönlichkeit des Täters beurteilen läßt und die nicht aus dem Rechtssystem selbst abgeleitet werden können. Diese außerjuristischen Kriterien beziehen sich jedoch auf das Rechtssystem, müssen mit ihm vereinbar sein.

Diese Antizipation der Person des Jugendlichen soll anhand der analytischen Kriterien in ihren Ergebnissen zusammenfassend wiedergegeben werden. Dabei soll jedoch deutlich darauf hingewiesen werden, daß in dieser Zusammenfassung der Ergebnisse die kritischen Anmerkungen zu einzelnen Aspekten der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' aus Gründen des Umfangs dieser Arbeit nicht miteinbezogen werden und auf den analytischen Teil der Arbeit verwiesen werden muß.

II. Die Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse nach dem täterstrafrechtlichen Kriterium

Die Analyse der antizipierten Vorstellungen vom Jugendlichen mit Hilfe des täterstrafrechtlichen Kriteriums hat spezifische Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im JGG sichtbar gemacht, die in folgender Zusammenfassung wiedergegeben werden sollen. Die kritischen Stellungnahmen zu Detailergebnissen der Analyse werden dabei außer acht gelassen.

Die Ergebnisse der Analyse beziehen sich einmal auf eine generelle Einschätzung des psychologischen Entwicklungsstandes Jugendlicher - sozusagen auf einen Normalzustand des 'Soseins' -, zum anderen auf spezifische Erwartungen im Hinblick auf das Verhalten straffälliger Jugendlicher.

1. Die Einschätzung des psychologischen Entwicklungs- standes Jugendlicher¹⁾

Die Beurteilung der Verantwortlichkeit und der Handlungsfähigkeit des Jugendlichen gegenüber Rechtsnormen ist Voraussetzung für die Judizierung. Diese Beurteilung impliziert eine generelle Einschätzung von 'Jugend' als Alterskategorie - also nicht nur eine Einschätzung straffällig gewordener Jugendlicher. Die in den ausschließlich psychologischen statements der Kommentare operationalisierten und Jugendlichen zugeschriebenen Merkmale werden als Symptom einer im Vergleich zum Erwachsenen noch nicht abgeschlossenen Entwicklung gewertet. Sie bestimmen die Eigenstellung des Jugendlichen vor dem Gesetz. Soziologische Kriterien zur Einschätzung des Jugendlichen werden vage als Hineinwachsen aus der Welt des Kindes in die Erwachsenenwelt angesprochen.

1) Siehe in dieser Arbeit S.74-91

Unterziehen wir die psychologischen Merkmalskategorien einer soziologischen Betrachtung, so wird deutlich, daß sich die Verallgemeinerung der Vorstellungen vom Jugendlichen durch das Rechtsinstitut JGG aus einer dichotomen Abstraktion zwischen 'Jugendlichen' und 'Erwachsenen' heraus entwickelt, die zugleich bestimmte Statuskriterien enthält.

Verglichen mit dem bisherigen Stand der Statusforschung (Bolte, Kreckel, Dahrendorf) beziehen sich diese an der gegenseitigen Wertschätzung von Individuen orientierten Kriterien ausschließlich auf subjektive Statusmerkmale, wie Unausgeglichenheit, Labilität, Beeinflußbarkeit, Unfertigkeit, mangelnde Reife etc.. Diese aus der Beurteilung persönlichkeitsbestimmten Verhaltens im Nahbereich von Menschen resultierenden Merkmale bieten allgemeine Bewertungsschemata des psychologischen Entwicklungsstandes Jugendlicher an.

Diese Bewertungsschemata müssen nunmehr im Zusammenhang mit den rechtsdogmatischen Grundannahmen¹⁾ und den durch diese bestimmten außerjuristischen Argumentationen in der Rechtsprechung gesehen werden.

Eine solche Sichtweise bietet einen Erklärungsaspekt für die im JGG implizierten Bedeutungsinhalte von 'Jugend', die im folgenden thesenartig zusammengefaßt werden sollen:

Die allgemeinen, an die Alterskategorie 'Jugend' herangetragenen psychologischen Bewertungsschemata legen bezüglich der aus ihnen resultierenden Bedeutungsinhalte den außerjuristischen Status des Jugendlichen als 'noch nicht erwachsen' dar. Somit dient die dichotome Abstraktion zwischen 'Jugendlichen' und 'Erwachsenen' - die Zwischenkategorie der Heranwachsenden sei hier außer acht gelassen - als Abgrenzungskriterium für eine generelle Rechtsfähigkeit des einzelnen Individuums (Anwendungsbereich), die auch im Zusammenhang mit anderen Rechtsbereichen gesehen werden muß.

1) Siehe Zusammenfassung von Teil I, S. 55 ff.

Die psychologischen Merkmale, mit denen der Jugendliche umschrieben wird, postulieren das mit den taterstrafrechtlichen Elementen des JGG kompatible normale 'Sosein' des Jugendlichen. Sie dienen nicht als Kriterium für strafrechtlich abweichendes Verhalten, aber als Begründung, daß der Jugendliche ein 'Wesen eigener Art' sei und sich von Erwachsenen bezüglich seiner Persönlichkeitsstruktur unterscheide. Daraus kann eine - in der Hauptverhandlung jeweils nachzuweisende - gegenüber Rechtsnormen eingeschränkte Handlungsfähigkeit abgeleitet werden.

Die nach dem taterstrafrechtlichen Kriterium herausgearbeiteten generellen Persönlichkeitsmerkmale von 'Jugend' deuten darauf hin, daß es sich einmal um Bewertungsschemata handelt, die unter der rechtswissenschaftlichen Notwendigkeit aufgestellt sind, normative und klassifizierende Aussagen über eine bestimmte Alterskategorie machen zu müssen (R.Bergius), einer Alterskategorie, die vor dem Gesetz gleich ist und denen auch ein gleicher sozialer Status bezüglich der Rechtsfähigkeit zugeschrieben werden muß.

Das Festmachen der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' an subjektiven, auf persönlichkeitsbestimmtes Verhalten bezogenen Merkmale der Statuszuweisung stützt die immanente Logik des JGG, denn sie kann unmittelbar mit den Grundannahmen des allgemeinen Strafrechts (Willensfreiheit des Menschen, Vorwerfbarkeit individueller Schuld) und dem darin implizierten Menschenbild assoziiert werden, indem nur das einzelne Individuum, nicht aber eine Gruppe von Individuen, z.B. die Familie, judiziert werden kann.

Sowohl die dichotome Betrachtungsweise Jugend/Erwachsene, als auch die Bewertung der charakteristischen Eigenheiten der Alterskategorie 'Jugend' lassen ein Bild entstehen, nach dem letztlich jeder Jugendliche bezüglich der subjektiven Einschätzung der Status-Rolle als potentieller Ver-
letzer von Rechtsnormen (Täter) gesehen werden kann, und

zwar allein aufgrund seiner psychisch noch nicht voll entwickelten Persönlichkeitsstruktur.

Die Einschätzung des psychologischen Entwicklungsstandes des Jugendlichen als noch nicht abgeschlossen beinhaltet, daß der Jugendliche prinzipiell entwicklungsfähig, einer (erzieherischen) Beeinflussung zugänglich und damit im Sinne des JGG erziehungsfähig ist. Diese auf Erziehungsfähigkeit hinzielenden Argumentationen stellen insofern eine juristische Notwendigkeit dar, als es aufgrund der rechtsdogmatischen Annahmen und der Absicherung der Rechtsfertigung des Eingreifens gegenüber Jugendlichen, darauf ankommt, eine generelle Erziehungsfähigkeit des Jugendlichen nachzuweisen.

2. Die an straffällig gewordene Jugendlichen gestellten Verhaltenserwartungen¹⁾

Die anhand des täterstrafrechtlichen Kriteriums vorgenommene Analyse der auf das Verhalten straffällig gewordener Jugendlicher gerichteten spezifischen Erwartungen verdeutlicht, daß diese Erwartungen sich orientieren am Verhältnis Jugendlicher zu den geltenden Rechtsnormen. Es geht also hier nicht um die Einschätzung einer Alterskategorie, sondern um Verhaltenserwartungen, die an die Rolle des straffälligen Jugendlichen gestellt werden.

An Positionen (Lehrling, Schüler, Hilfsarbeiter, Hilfsschüler, Soldat etc.) gebundene Rollenerwartungen sind zwar in der Hauptverhandlung relevant, wenn sich das Gericht und der Jugendliche gegenüberstehen und in den Kommunikationsprozeß bestimmte Wertungen einfließen. In den Kommentaren zum JGG handelt es sich jedoch ausschließlich um statusrelevante Rollenerwartungen, die auf subjektive Verhaltensmerkmale gerichtet sind. Diese Rollenerwartungen beziehen sich auf die Verinnerlichung prinzipieller sozialer Werte und Normen, die mit moralischer Verbindlichkeit auftreten; sie appellie-

1) Siehe in dieser Arbeit S.91-109

ren an die selbstregulative Kraft eines autonomen Individuums und beruhen auf einer verinnerlichten Anerkennung institutionalisierter Autorität, denen der Jugendliche - trotz der ihm noch nicht zugestandenen sozialen Reife - entsprechen soll. Die statements in den Kommentaren implizieren, daß die Einhaltung von Rechtsnormen vom jeweiligen Grad der Willenskraft - als psychischer Determinante - abhängen, und immunisieren damit gegenüber einer soziologischen Sichtweise abweichenden Verhaltens.

Es erscheint somit geradezu widersprüchlich, daß im Vergleich mit der Einschätzung der Alterskategorie 'Jugend' (noch nicht abgeschlossener Entwicklungsprozeß, eingeschränkte Handlungsfähigkeit) an das soziale Verhalten des straffälligen Jugendlichen Maßstäbe herangetragen werden, die im Vergleich mit dem Erwachsenen überhöhte Erwartungen und Anforderungen bezüglich seines Verhältnisses zu Rechtsnormen anlegen. Wird vom Erwachsenen eine nur äußerliche Beachtung der Rechtsnormen erwartet, so vom Jugendlichen darüber hinausgehend eine sittliche Bejahung der Rechtsordnung.

Die Erwartungskriterien, die zur Beurteilung des sozialen Verhaltens dienen, sollen wiederum im Zusammenhang mit den Grundannahmen der Rechtsdogmatik und der Rechtsprechung gesehen und thesenartig wiedergegeben werden.

Erwartungskriterien positiven sozialen Verhaltens finden ihren Ausdruck in den juristischen Blankettbegriffen des 'rechtschaffenen Lebenswandels' und der 'einwandfreien Lebensführung'; negatives soziales Verhalten in den Blankettbegriffen 'Verwahrlosung' und 'schädliche Neigungen'. Normabweichendes soziales Verhalten wird auf folgende Indikatoren zurückgeführt: Ermangelung geistiger oder sittlicher Eigenschaften, Ergebnis einer nicht ordnungsgemäßen Erziehung, Entwicklungsfehler, Anlage- und Erziehungsmängel; nicht Willens sein, ein geordnetes Leben zu führen; in der Persönlichkeitsstruktur liegende falsche Trieb- und Willensrichtung.

Der Jugendliche soll nun nicht nur der Tat widerstehen, sondern darüberhinausgehend solche Sozialisationsmängel aus eigener Kraft überwinden. Dem Soziologen scheint das nur mit therapeutischen Hilfen und durch Veränderung von Sozialisationsfeldern möglich. Die juristische Argumentation zielt jedoch darauf, bei einem mangelnden Bemühen seitens des Jugendlichen, Sozialisationsdefizite selbst zu überwinden, das Vorliegen von Lebensführungsschuld im Sinne des Täterstrafrechts abzuleiten.

Wenn die Erwartungen und Anforderungen an das soziale Verhalten straffälliger Jugendlicher als überhöht festgestellt, gleichzeitig solchen Jugendlichen persönlichkeitsdeterminierte Sozialisationsmängel zugeschrieben werden, so wird aus dem Auseinanderklaffen zwischen Erwartungen an das soziale Verhalten Jugendlicher und dessen Sozialisationsmängeln, in den Kommentaren des JGG gefolgert, daß solche Jugendliche erziehungsbedürftig sind. Die Feststellung von Erziehungsbedürftigkeit ist jedoch ebenfalls eine notwendige Voraussetzung für die Legitimation des Eingreifens gegenüber Jugendlichen.

Somit enthalten die an den Jugendlichen gestellten Erwartungsschemata Indikatoren, die abweichendes Verhalten als eine Folge des Nicht-Wollens (Willensfreiheit), des 'Soseins' des Täters (Lebensführungsschuld) oder eines Noch-nicht-Erzogenseins (Erziehungsbedürftigkeit) aufzeigen.

Zusammenfassung. Die Analyse der mit den täterstrafrechtlichen Elementen des JGG verbundenen Bedeutungsinhalte von 'Jugend' macht deutlich, daß das im JGG entworfene 'Bild vom Jugendlichen' - ob es sich nun um die generelle Einschätzung als Alterskategorie oder auf Erwartungen an das soziale Verhalten bezieht - den Jugendlichen zu einem abstrakten Typus formt, der in seiner Erziehungsfähigkeit und Erziehungsbedürftigkeit kongruent mit den juristischen Annahmen des JGG und damit justiziabel ist.

III. Die Ergebnisse der Analyse anhand des schuldstrafrechtlichen Kriteriums

Bei der zusammenfassenden Darstellung der Ergebnisse der Analyse anhand des schuldstrafrechtlichen Kriteriums muß festgehalten werden, daß diese sich nur annähernd sozialwissenschaftlich erfassen lassen. Die am Schuldprinzip orientierten Bedeutungsinhalte beziehen sich auf das Verhältnis des Jugendlichen zur Tat selbst. - Sie projizieren auf den Jugendlichen Gefühle (wie z.B. Gerechtigkeitsempfinden) und emotionale Bedürfnisse (wie Einsicht, Sühne- und Straftedürfnis), denen die Institution JGG mit adäquaten Reaktionen im Rahmen des Schuldvorwurfs zu begegnen sucht. Das impliziert zugleich die Annahme, daß die Reaktionen des JGG einer Bedürfnislage Jugendlicher entsprechen und - was Konsequenzen für den Jugendlichen hat - aus den Reaktionen des Jugendlichen vor Gericht Schlüsse für die einzuleitenden Maßnahmen gezogen werden. Solche Reaktionen sind wahrnehmbare Zeichen von Reue und Einsicht; bleiben diese aus, so kann sich das negativ bei der Strafzumessung auswirken (teilnehmende Beobachtung; stenographische Protokolle).

Solche Projektionen sind mit der dogmatischen Rechtfertigung des Wesens der Strafe verknüpft und gehen aus von einer scheinbaren Identität zwischen der Rechtfertigung des Wesens der Strafe als sozialetischer Mißbilligung und deren Internalisation durch das Individuum, die dann als individuelle Bedürfnislage des Individuums gegenüber der Rechtsordnung wieder in Erscheinung tritt.

Hier wird - eindeutiger noch als bei der Analyse der Inhalte des täterstrafrechtlichen Kriteriums - die Tendenz sichtbar, daß die im JGG implizierten Bedeutungsinhalte von 'Jugend' in erheblichem Ausmaß durch die rechtsdogmatischen Grundannahmen und deren Modifikation im JGG mitbestimmt sind.

1) Siehe in dieser Arbeit S.110-115

IV. Die Ergebnisse der Analyse der Legitimation der Strafzwecke¹⁾

"Es muß eine Rechtfertigung für
das Strafen gefunden werden.
Diese kann nur in der Erziehung
liegen."

J.Hellmer²⁾

Die anhand des täterstrafrechtlichen und des schuldstrafrechtlichen Kriteriums dargestellten Bedeutungsinhalte von 'Jugend' bilden - als Abstraktion dessen, was im JGG als 'Jugend' betrachtet wird - die notwendigen außerjuristischen Postulate zur gesetzlich abgestützten Verwirklichung des Erziehungsgedankens im JGG. Notwendig insofern, als sie die Voraussetzungen formulieren, nach denen das JGG in den Sozialisationsprozeß von Jugendlichen eingreifen kann und die die Art und den Umfang der erzieherischen Sanktionen mitbestimmen.

Das Postulat der generellen Erziehungsfähigkeit der Alterskategorie 'Jugend' legitimiert den Erziehungsgedanken schlecht-hin. Das Postulat der Erziehungsbedürftigkeit hat Auswirkungen auf Art und Umfang der Bemessung der erzieherischen Sanktionen. Das postulierte Sühne- und Strafbedürfnis des Jugendlichen muß im Zusammenhang mit der Schwere der Schuld gesehen werden.

Die nach dem Kriterium der Legitimation der Strafzwecke zu erfassenden Bedeutungsinhalte von 'Jugend' beziehen sich nun nicht mehr auf Einschätzungen und normative Verhaltenserwartungen, sondern auf die in den Erziehungszwecken (unmittelbare Erziehungsziele) und im allgemeinen Erziehungsziel (mittelbare Erziehungsziele) des JGG beinhalteten außerjuristischen Vorstellungen, zu was und wozu erzogen werden soll.

1) In dieser Arbeit S.116-144

2) J.Hellmer, Jugendkriminalität, 2.Aufl., Luchterhand
Arbeitsmittel 1969, S.118

Dabei muß unterschieden werden zwischen den in der Hauptverhandlung unmittelbar auf den Jugendlichen ausgerichteten, von ihm psychisch und physisch wahrnehmbaren und an ihm vollzogenen Erziehungszwecken, und den sich an gesellschaftlichen Wertvorstellungen orientierenden Erziehungszielen des JGG, die damit mittelbar an den Jugendlichen herangetragen werden sollen.

Unmittelbare Erziehungszwecke sind - dem täterstrafrechtlichen Kriterium folgend - auf die Besserung des Täters durch spürbare Eingriffe in dessen Lebensführung gerichtet.

Erziehungsmaßregeln haben den Zweck, nicht nur juristische, sondern allgemeine normative Erwartungen mit institutionellem Nachdruck an den Jugendlichen heranzutragen (Weisungen), und die familiäre Sozialisation zu stützen (Erziehungsbeistandschaft); ferner negatives soziales Verhalten (Verwahrlosung) mittels längerfristiger Zwangserziehung (Fürsorgeerziehung) zu verhüten und zu korrigieren. Erziehungsmaßregeln sind darauf gerichtet, die gesamte Lebensführung unter Bezugnahme auf den noch nicht abgeschlossenen Entwicklungsprozeß des Jugendlichen korrigierend zu beeinflussen.

Zuchtmittel haben in der Skala strafrechtlicher Reaktionen ein schwereres Gewicht als Erziehungsmaßregeln, insofern sie auf Zufügung eines gewissen Grades an 'Übel' ausgerichtet sind. Unmittelbare Sanktionszwecke dieser Art beziehen sich darauf, daß der Jugendliche zurechtgewiesen und ihm das Unrecht der Tat vorgehalten wird (Verwarnung), er durch die 'Schockwirkung' eines kurzfristigen Freiheitsentzuges zur Selbstbesinnung kommen soll (Jugendarrest); ferner ist der Strafzweck auf Wiedergutmachung und Verantwortlichkeit vor dem Recht, auf Weckung des Ehrgefühls (besondere Pflichten) ausgerichtet.

Unmittelbare Sanktionszwecke sind jedoch nicht nur im Kontext mit dem täterstrafrechtlichen Kriterium zu sehen (Eingriffe in die Lebensführung), sondern auch mit dem schuldstrafrechtlichen Kriterium. Es geht dann nicht nur um die Besserung des Täters, sondern auch um die Ahndung der Tat und die Wiederherstellung der verletzten Rechtsordnung. Das ist der Fall bei Jugendstrafe.

Jugendstrafe ist die einschneidendste und repressivste Form jugendstrafrechtlicher Sanktionen. Sie besagt Freiheitsentzug bis zu fünf Jahren. Die Legitimierung dieses unmittelbaren Erziehungszweckes vollzieht sich in einem Prozeß der

Abwägung der täter- und schuldstrafrechtlichen Elemente als "Erziehung durch Strafe, und zwar durch sühnende Strafe; Erziehung durch Sühne" (R.Lange). - Unmittelbares Erziehungsziel ist die Hinführung zu einem 'rechtschaffenen und verantwortungsbewußten Lebenswandel', ferner die Vermittlung von Wertkategorien (berufliche Aus- und Fortbildung, sozialetische Inhalte).

Unmittelbare erzieherische Interventionen haben - insbesondere, wenn Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel zum Vergleich herangezogen werden - eine offensichtliche Affinität zu Sozialisationsmechanismen und -techniken im Bereich der primären Sozialisation, nämlich einer Normverdeutlichung durch psychische und physische Sanktionen, wie sie die Sozialisationsforschung als in der Unterschicht dominierend herausgestellt hat. - Sie haben ferner ihren Zweck in der intensiven Vermittlung von Autoritätsstrukturen, denen sich das Kind in der Familie (von Schichtung muß hier abstrahiert werden), wie auch der Jugendliche im Arrest-Vollzug, in der Fürsorge-Erziehung, im Jugendstrafvollzug, zu unterwerfen hat. Dabei haben diese Sanktionen des JGG den Charakter punitiver Erziehungstechniken (Habermas), die der Tendenz nach eine defensive bzw. aggressive Identifikation (A.Freud nach B.Caesar) im Gegensatz zu einer anaklytischen Identifikation auslösen.

Der Charakter der unmittelbaren erzieherischen Interventionen kann zwar in Beziehung gesetzt werden zu Erziehungsstilen und Erziehungstechniken anderer Sozialisationsinstanzen, wie Familie, Schule, Beruf, Jugendhilfe oder es kann eine Assoziation der im JGG enthaltenen Erziehungszwecke mit unterschichtspezifischen Sozialisationstechniken hergestellt werden. Es findet sich hier jedoch kein direkter Zusammenhang mit den rechtsdogmatischen Bestimmungsfaktoren des JGG und deren Wirkung auf die Bedeutungsinhalte von 'Jugend'.

Dazu ist es notwendig, sich den mittelbaren Erziehungszielen zuzuwenden, die an Jugendliche herangetragen werden.

Als mittelbare Erziehungsziele sollen jene Inhalte des Erziehungsgedankens im JGG bezeichnet werden, die sich in allgemeinen Wertvorstellungen niederschlagen. Es geht damit um das Vorverständnis für die unmittelbar zu realisierenden erzieherischen Interventionen des JGG.

Mittelbare Erziehungsziele sind einmal auf die Person des Jugendlichen selbst gerichtet, zum anderen aber auch auf Wiederherstellung der Rechtsordnung, auf die hin der Jugendliche erzogen werden soll. Mittelbare Erziehungsziele erscheinen insofern als Reflex auf die nach den vorangestellten Kriterien herausgearbeiteten Inhalte über Jugend.

Sehr weit gesteckte Ziele, wie "... das Erziehungsziel ist Freiheit, aber nicht Willkür und Ungebundenheit, sondern Freiheit in Gebundenheit" (H.Piedel), sind Anforderungen an ein soziales Verhalten, das über die Beachtung von Rechtsnormen hinausgeht und eine individuelle Bewältigung gesellschaftlicher Diskrepanzen zwischen 'Welt- und Lebensentwurf' und tatsächlichem Erfahren von Realität durch den Jugendlichen antizipiert.

Das Erziehungsziel ist somit auf die ganze Person des Delinquenten - und nicht auf partielle unmittelbare Sozialisationsinhalte - und dessen Bindung an Werte der Gesellschaft (z.B. Freiheit) gerichtet (G.Blau), wobei die Bildsamkeit jugendlicher Straftäter angenommen (F.Schaffstein) und vorausgesetzt wird, daß sich noch "... manches nachholen ließe, was Elternhaus und Schule versäumt hätten" (Krüttner). Daß das nicht der Fall ist, bezeugen die hohen Rückfallquoten.

Eine dem JGG adäquate Auffassung des Erziehungsgedankens vom juristischen Standpunkt aus, sieht J.Hellmer in den Grundsätzen des Verantwortlichmachens, der Gerechtigkeit der Reaktion der Resozialisierung. Diese drei Grundsätze lassen sich sowohl auf die rechtsdogmatischen Grundannahmen als auch auf die drei Kriterien außerjuristischer Vorstellungen von Jugend im JGG beziehen.

Die mittelbaren Erziehungsziele sind in Wertkategorien zum Ausdruck gebracht, die auf einer Verinnerlichung von Ordnungserscheinungen (Th.Geiger) insistieren.

Ordnung der Werte wird gleichgesetzt mit Gemeinschaft
Strafe stelle die verletzte Ordnung im Individuum wieder her

Ziel der Sanktion, dem Jugendlichen seine Stellung in der Gemeinschaft und seine Pflichten ihr gegenüber zu vergegenwärtigen

Sanktion soll die Werte des Lebens in der Gemeinschaft erkennen lassen

Der Jugendliche soll sich für das Gute und gegen das Böse entscheiden

Bindung an echte Lebenswerte (Eltern, Eheschaft, Kinder, Beruf, Heimat, Vaterland, Religion)

Verständnis für die Rangordnung der Werte

Dem Gefangenen muß das Erlebnis der wahren sozialen Werte und ihres Verständnisses zueinander verschafft werden.

Die geäußerten Wertkategorien bilden somit - im Unterschied zum tatsächlichen Erfahren der Realität - die Vorstellungen eines durch den Jugendlichen anzustrebenden 'Welt- und Lebensentwurfs'. Die Wertkategorien, mit denen die Zielrichtung der Erziehung operationalisiert sind, bewegen sich entsprechend in einer Gut-Böse-Dichotomie. Sie beruhen auf moralischen Beurteilungskriterien, die letztlich von einer Einheit der Veräußerlichung von Ordnungserscheinungen (Th.Geiger) in Form des Rechts und der Verinnerlichung von Ordnungserscheinungen, ausgeprägt als Moral, ausgeht, und die - rückblickend - auch die überhöhten Erwartungen an das soziale Verhalten Jugendlicher widerspiegelt.

Die aufgeführten Wertkategorien sind auch mit jenem Vorgang zu vergleichen, den Th.Geiger als Vergeistigung (Spiritualisierung) der Moral bezeichnet und zu einer Verlagerung der sittlichen Autorität von außen nach innen und damit zur sogenannten autonomen Gewissensmoral führe. Als Beispiel dafür mag die Forderung dienen, daß sich der Jugendliche aus eigener Kraft für das Gute und gegen das Böse entscheiden solle.

Insofern finden die anhand des täterstrafrechtlichen Kriteriums herausgearbeiteten Erwartungen des JGG an das Verhalten von Jugendlichen auch ihren Ausdruck in den Wertkategorien der Erziehungsziele des JGG, die in der Legitimation der Strafzwecke sichtbar werden.

Als Ergebnis der Analyse der Legitimation der Strafzwecke wird die Tendenz deutlich, daß die auf Jugendliche gerichteten unmittelbaren Erziehungszwecke und mittelbaren Erziehungsziele auf die Aufhebung jener außerjuristischen Momente gerichtet sind, die den Jugendlichen und Heranwachsenden von seiner vollen Rechtsfähigkeit trennen und dem Erwachsenen gleichstellen. Das impliziert gleichzeitig die Vorstellung eines mit 18 bzw. 21 Jahren abgeschlossenen Sozialisationsprozesses und das Erreichen des Entwicklungsstandes des 'reifen' Erwachsenen, der sich - dem allgemeinen Menschenbild des Strafrechts folgend - autonom und selbstbestimmend für das Recht und gegen das Unrecht entscheiden könne.

V. Die Ergebnisse der Analyse der Funktion des Jugendrichters

Um die Interdependenz der Handlungsstruktur des Jugendrichters mit den Inhalten der vorangegangenen drei Kriterien zu betonen, soll hier zusammenhängend nochmals wiederholt werden: Die Bedeutungsinhalte des täterstrafrechtlichen und des schuldstrafrechtlichen Kriteriums bilden die außerjuristischen Voraussetzungen der Legitimation der Strafzwecke im JGG. Die Strafzwecke sind aufs engste mit dem Erziehungsgedanken verknüpft. Der Jugendrichter muß am einzelnen Jugendlichen sowohl dessen Erziehungsfähigkeit als auch dessen Erziehungsbedürftigkeit feststellen, um erzieherische Maßnahmen einleiten zu können¹⁾. - Gleichzeitig muß die Legitimation der Strafzwecke aus der auf normative Handlungsstrukturen gerichteten Rechtsaxiomatik abgeleitet werden²⁾, in der die kontradiktorisch zueinander stehenden täterstrafrechtlichen und schuldstrafrechtlichen Elemente des JGG miteinander in Einklang gebracht werden müssen.

Die Legitimation der Strafzwecke selbst zielt auf eine zukünftige Handlung hin, nämlich auf das Eingreifen gegenüber Individuen, die an den analysierten unmittelbaren und mittelbaren Erziehungszielen orientiert ist.

Die Vermittlung all dieser inhaltlichen Aussagen im Gerichtsverfahren obliegt dem Jugendrichter. Dessen Handlungsstrukturen sind durch diese Vorgabe bereits in einem bestimmten, aber in sich widersprüchlichen Rahmen festgelegt. Der Jugendrichter steht damit vor der schwierigen Aufgabe, die formalen Grundlagen des JGG auf der einen Seite und die außerjuristischen Implikationen des JGG - insbesondere den Erziehungsgedanken - auf der anderen Seite in eine vollziehbare Handlungsstruktur umzusetzen.

1) Siehe in dieser Arbeit S.145 ff.

2) Siehe in dieser Arbeit S.57.

Den Ausführungen in den Kommentaren zum JGG folgend, sollte er hierzu außerjuristische psychologische und pädagogische Qualifikationen aufweisen, die entweder im Rahmen der universitären Studienzeit oder in einer die Ausübung des Jugendrichteramtes begleitenden Ausbildung erworben wurden.

Bei der Analyse der Funktion des Jugendrichters macht sich die Schwierigkeit jugendrichterlicher Rechtsprechung in folgenden Zusammenhängen deutlich:

Im JGG stehen schuldstrafrechtliche und täterstrafrechtliche Charakteristika kontradiktorisch zueinander. Der Widerspruch zwischen Schuldprinzip und Erziehungsprinzip muß in der Hauptverhandlung durch die Argumentationen des Jugendrichters im Urteilsspruch aufgehoben werden. Diese Kompromißfindung, die der Jugendrichter auszutragen hat, scheint eine Belastung und ständige Intrarollenkonflikte (Dahrendorf) heraufbeschwörende Situation im Gerichtsverfahren zu produzieren, die nur durch den Abbau kognitiver Dissonanzen (Festinger) gelöst werden kann. In diesem Konflikt wird der juristischen Normanwendung und der Rechtssicherheit der Vorrang gegeben, während bezüglich der außerjuristischen Argumentationen ein Rekurs auf den 'gesunden Menschenverstand' und damit auf gesellschaftlich vermittelte Einstellungs-Stereotypen erfolgt.

Schuldprinzip und Erziehungsprinzip entwickeln sich aus zwei unterschiedlichen wissenschaftlichen Denkansätzen heraus, die auf der einen Seite durch die normativen Kategorien der Rechtswissenschaft, auf der anderen Seite durch die empirisch-analytisch orientierten Ansätze der Sozialwissenschaften auszumachen sind. Beide Wissenschaftsdisziplinen scheinen bezüglich ihrer theoretischen Ansätze, wie auch ihrer methodischen Vorgehensweise, unvereinbar. Diese Unvereinbarkeit wissenschaftlicher Disziplinen soll durch die Personifizierung von Merkmalen (Leitbild) in der Rolle des Jugendrichters überwunden und die Inhalte rechtswissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Denkens kompatibel gemacht werden.

Das diffus-emotionale Leitbild des Jugendrichters ist in juristischer Sicht an einem autoritativen, pädagogisch talentierten Verhaltenstypus orientiert, dessen Rollenbild mit der familialen Vaterrolle identisch ist und darüber hinaus mit dem allgemeinen juristischen Selbstbild des Richters korreliert.

Der außerjuristischen Ausbildung - die die instrumentale Seite des Jugendrichter-Leitbildes ausmacht - sind insofern Grenzen gesetzt, als außerjuristische, sozialwissenschaftliche Kenntnisse des Jugendrichters durch den Filter rechtsdogmatischer Grundannahmen gehen müssen. Insofern sind die den Jugendlichen bewertenden Maßstäbe von vorneherein festgelegt und nur denjenigen sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen selektiv eine Chance der Beachtung gegeben, die vereinbar mit der Rechtsdogmatik sind. Dieser Aspekt der Betrachtung läßt sich anhand der stenographischen Protokolle, die wegen ihres Umfangs nicht in die Dissertation mit aufgenommen werden konnten, nachweisen.

Zusammenfassung. Die zwischen Schuld- und Erziehungsprinzip vermittelnde Funktion des Jugendrichters, das damit verbundene Selbstbild des Jugendrichters, die Forderungen nach einer qualifizierten außerjuristischen Ausbildung des Jugendrichters, zeigen die Tendenz auf, daß die Rechtsprechung nicht in erster Linie mangels sozialwissenschaftlicher Einsichten auf ethische und weltanschauliche, damit ideologische Postulate zurückgreifen muß -, die Handhabung des JGG auch nicht ausschließlich eine Personalfrage ist, sondern wesentlich grundsätzlicher durch die aufgezeigte normative Axiomatik des Rechts bedingt ist. Dies wäre ein Erklärungsaspekt dafür, daß der Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse in die Gesetzgebung gewisse Grenzen gesetzt sind.

Mit der Analyse der Vermittlungsfunktion des Jugendrichters wird deutlich, daß die ermittelten Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im JGG nicht nur abstrakte Vorstellungen sind, sondern im Gerichtsverfahren und in der Hauptverhandlung am Jugendlichen auch tatsächlich vollzogen werden.

VI. Aspekte gesellschaftspolitischer Einflüsse auf die Bedeutungsinhalte von 'Jugend'

Die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im JGG war mit der Absicht vorgenommen worden, herauszufinden, welche Vorstellungen über 'Jugend' im JGG enthalten sind und ob und unter welchen Kriterien ein Zusammenhang mit den normativen Bestimmungsfaktoren (Rechtsregeln, rechts-cogmatische Grundannahmen, Legitimation der Strafe) bestehen.

Dieser Zusammenhang kann, wenn auch nicht als ausschließlicher Begründungszusammenhang, aufgrund der Ergebnisse der Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' bejaht werden. Der inhaltliche Schwerpunkt lag dabei auf den mit den Implikationen des Täterstrafrechts verbundenen außer-juristischen Vorstellungen über Jugendliche und der Legitimation der Strafzwecke durch den Erziehungsgedanken.

Diese Thematik bildete den Kern der vorliegenden Arbeit.

Wenn das JGG von seinen normativen Bestimmungsfaktoren aus analysiert wird, so wird zunächst sein gesellschaftlicher Zusammenhang dadurch verdrängt, daß das Rechtssystem für sich betrachtet wird. Die gesellschaftlichen Aspekte sollen hier - wenn auch keineswegs erschöpfend - aufgegriffen werden. Dabei muß nach den in den Kommentaren nicht eindeutig zum Ausdruck kommenden gesellschaftspolitischen Einflüssen gesucht werden, die unterschwellig in die Sichtweise von 'Jugend' durch das Jugendgerichtsgesetz eingehen.

Eingangs¹⁾ war die Frage nach dem Entstehungszusammenhang der Institutionalisierung von auf Jugendliche gerichteten Zielen und Zwecken gestellt worden. Institutionalisierung in diesem Sinne bedeutet einen durch die historische Entwicklung der Gesellschaft ausgelösten Prozeß, die Soziali-

1) In dieser Arbeit S. 13 f.

sation aus dem primären Bereich der Familie durch vergesellschaftete Einrichtungen zu ergänzen. Schule und Berufsausbildung sind Teilbereiche solcher herausgelösten Sozialisationsfelder. Ende des 19. Jahrhunderts setzte die Institutionalisierung eines weiteren Sozialisationsfeldes ein, nämlich des Bereiches, in dem sich Jugend selbst organisierte und versuchte, ihre Interessen durchzusetzen. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts konstituierten sich die ersten Organisationen, die unter den Begriffen der bürgerlichen und proletarischen Jugendbewegung zusammengefaßt werden können. Erste Reaktionen des Staates richteten sich zunächst gegen die Jugend, genauer gesagt, gegen die um Aufhebung sozialer Mißstände am Arbeitsplatz kämpfende proletarische Jugend¹⁾. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts zeigt sich jedoch ein zunehmendes Interesse des Staates, die sozialen Problemlagen, aus denen heraus sich Organisationsformen von Jugendlichen entwickelten, selbst in den Griff zu bekommen, die Konflikte zu institutionalisieren, damit handhabbar und der sozialen Kontrolle zugänglich zu machen. Diese Institutionalisierung hat sich in sukzessiven auch legislativ abgesicherten Einwirkungsmöglichkeiten auf Kinder und Jugendliche niedergeschlagen.²⁾ Legislative Absicherung bedeutet aber immer, den Zusammenhang mit übergeordneten oder nebeneinanderstehenden Subsystemen des Rechts zu wahren; im Falle des JGG mit dem Erwachsenenstrafrecht.

Schutz der Jugend einerseits und deren soziale Kontrolle andererseits standen und stehen sich ambivalent gegenüber³⁾.

-
- 1) Reichsvereinsgesetz 1908. Es zielte darauf ab, die Arbeiterjugendorganisationen zu zerschlagen.
 - 2) Preußischer Jugendpflegeerlaß 1911 (Trennung zwischen Jugendpflege und Jugendhilfe)
Reichsjugendwohlfahrtsgesetz 1922 (Einschränkung des Elternrechts zugunsten eines Anspruchs des Kindes)
Reichsjugendgerichtsgesetz 1923 (Ablösung jugendlicher Täter vom EStR)
 - 3) A.Keil, Jugendpolitik und Bundesjugendplan, München 1969, S.28

Diese Ambivalenz kennzeichnet nach wie vor auch das JGG, in dem sich der Anspruch der Gesellschaft an den Jugendlichen wie auch dessen Individualanspruch auf Erziehung - wie auf den Seiten 46 bis 49 ausgeführt - gegenüberstehen. Die Attribute, mit denen Jugendliche belegt werden, werden so zum Argument wechselseitigen Ausspielens des Erziehungsgedankens pro und contra Jugendliche.

In diesen Zusammenhang muß auch das Jugendgerichtsgesetz gestellt werden. Als akute soziale Problemlage war die ansteigende Jugendkriminalität um die Jahrhundertwende genannt worden. Auf dieses soziale Problem konnte mit den Mitteln des EStR nicht mehr adäquat reagiert werden¹⁾.

Jugendkriminalität als Problemlage einerseits und der Versuch, auf diese Problemlage mittelbar über die Person des Jugendlichen einzuwirken²⁾, legen den Standort der Institution Jugendgericht auf der Skala der sozialen Kontrolle in Form von Sozialisationshilfen (Jugendpflege bis Jugendhilfe) im repressivsten Bereich der öffentlichen Jugendarbeit fest.

In der Arbeit wurde wiederholt darauf hingewiesen³⁾, daß das JGG, dem Prinzip formaler Gleichheit vor dem Gesetz folgend, klassifizierende Aussagen über eine Alterskategorie aufstellt, die für alle Jugendlichen gleichermaßen gelten und damit schichtenspezifische und politische Aspekte der Beurteilung und Selektion Jugendlicher nicht in Betracht zieht. Zumindest nicht offiziell formuliert in Kommentaren und Richtlinien.

In offiziellen Leitlinien nicht ausgewiesen, aber latent vorhanden, ist jedoch die Tendenz öffentlicher Jugendhilfe und insbesondere auch des Jugendgerichtsgesetzes auf spezi-

1) Im Jahre 1913 befanden sich noch 13.000 Kinder im Alter zwischen 12 und 13 Jahren in Gefängnissen, verbüßten dort zusammen mit Erwachsenen ihre Strafe, waren zusammen mit Erwachsenen den gleichen schlechten Bedingungen des Strafvollzugs unterworfen. (Nach W. Gernert, Jugendhilfe, München 1973, S. 21)

2) Siehe in dieser Arbeit S. 46

3) Siehe z.B. in dieser Arbeit S. 89

fische Gruppen und Schichten von Jugendlichen gerichtet. Das bedeutet, daß in institutionalisierten, auf Jugendliche gerichteten Maßnahmen latent die Vorstellung enthalten ist, daß bestimmte Teile der Jugend einer verstärkten sozialen Kontrolle unterworfen werden müßten.

So waren die ersten Ansätze einer staatlich geförderten Jugendpflege im Jahre 1901¹⁾ nur auf die Jugend einer bestimmten sozialen Schicht, nämlich auf die arbeitende Jugend, und unter dieser nur auf deren männlichen Teil, gerichtet. Die Absichten der staatlich geförderten Jugendarbeit zielten auf die Freizeit- und Konsumkontrolle dieser Jugend. Dabei stand die ansteigende Jugendkriminalität im Hintergrund, deren Ursachen in einem falschen Freizeit- und Konsumverhalten gesucht wurde²⁾.

Von hier aus ist es nicht schwer, einen Bezug zu den Inhalten des heute geltenden Jugendstrafrechts herzustellen.

Aufgrund der Einschätzung der Alterskategorie 'Jugend' mittels entwicklungspsychologischer Merkmale kann jeder Jugendliche potentiell in die Gefahr geraten, gegen Rechtsnormen zu verstoßen (Gleichheitsprinzip). Das JGG scheint sich also an alle Jugendlichen gleichermaßen zu wenden.

Davon abweichend wird jedoch die schichtspezifische Zielrichtung in folgenden Punkten deutlich.

1. In den Operationalisierungsmerkmalen, die mit den Blankettbegriffen 'Verwahrlosung' und der 'schädlichen Neigungen' verbunden sind³⁾, werden z.B. die Merkmale Arbeitsscheu oder -bümmelei, zu häufiger Lokalbesuch, die Weigerung, ausreichend Kostgeld abzugeben, der Tendenz nach nur auf den arbeitenden Jugendlichen bezogen. Argumentationen, mit denen Schüler einer ähnlichen Kontrolle unterworfen werden sollen, fehlen.

1) Jugendpflegeerlaß der preußischen Staatsregierung 1901

2) H.Giesecke, Die Jugendarbeit, München 1971, (2.Aufl.73) S. 46.

3) In dieser Arbeit S.95-98

4) In dieser Arbeit S.98

2. Die nur verdeckt sichtbar werdenden, an Positionen gebundenen Rollenerwartungen, wie sie auf S.99/100 erläutert wurden, beziehen sich ebenfalls auf Verhaltensweisen, die in erster Linie vom arbeitenden Unterschicht-Jugendlichen erwartet werden.

3. Die analysierten statusrelevanten Rollenerwartungen¹⁾ beziehen sich hauptsächlich auf Verhaltenskategorien, die Bestandteil einer mittelschichtspezifischen Sozialisation sind (Selbstbeherrschung und -~~be~~zwungung, Internalisation einer autonomen Gewissensmoral, Gesinnungsbildung etc.).

4. Die Anforderungen an Jugendliche bezüglich ihres Verhältnisses zur Arbeit beziehen sich ausschließlich auf ungelernte oder gelernte einfache Berufe. Desgleichen die Ausbildungsmöglichkeiten in Jugendstrafanstalten. Die Kategorie des straffällig gewordenen Schülers (Gymnasiast) existiert in den Kommentaren nicht. Das kann als weiteres Indiz dafür angeführt werden, daß das JGG in erster Linie an Unterschicht-Jugendlichen orientiert zu sein scheint.²⁾

5. Die unmittelbaren erzieherischen Interventionen des JGG³⁾ im Bereich der Resozialisierung haben eine offensichtliche Affinität zur familialen Sozialisation der Unterschicht, nämlich einer Normverdeutlichung, die nicht auf der Einsicht in Zusammenhänge beruht, sondern auf repräsentativen psychischen und physischen Sanktionen. Sie haben ferner ihren Zweck in der intensiven Vermittlung von Autoritätsstrukturen und traditionellen⁴⁾ Wertorientierungen (im Gegensatz zu demokratischen Werten).

6. Der Erziehungsgedanke des JGG ist ausgefüllt mit Inhalten der auf Mittelschicht-Jugendliche zielenden bürgerlichen Pädagogik⁵⁾ der 30er Jahre einschließlich des in ihr vorherrschenden 'Verständnis-Stereotyps' (H.Giesecke)⁶⁾ der Jugendpsychologie. Dieses Verständnis-Stereotyp - auf

1) In dieser Arbeit S.101-106

2) Siehe in dieser Arbeit S.105, 128

3) In dieser Arbeit S.134

4) In dieser Arbeit zusammengefaßt auf S.184

5) In dieser Arbeit S.138/139. Bezugnahme auf E.Spranger, der in den Kommentaren, den Maximen des Gesetzes folgend, mitunter auch falsch ausgelegt wurde.

6) H.Giesecke, a.a.O., S.134 f.

Seite 81 dieser Arbeit zusammengefaßt - kommt in seiner Allgemeinheit der Charakterisierung einer Alterskategorie sehr entgegen.

7. Die scheinbare Neutralität der Jugendpsychologie der 30er Jahre kommt der Auffassung vom Jugendlichen durch das JGG insofern entgegen, als das Gleichheitsprinzip eine Parteinahme für (oder gegen) eine soziale Klasse (z.B. die proletarische Jugend) verbietet.

8. Ein Überdenken des Erziehungsprinzips im JGG und dessen Revision auf dem Hintergrund neuerer pädagogischer Konzeptionen, z.B. emanzipatorischer Jugendarbeit, erfährt ihre Grenzen in der Jugendarbeit selbst, indem emanzipatorische Jugendarbeit bisher da endet, wo strafrechtliche Tatbestände einsetzen¹⁾ (z.B. Hausfriedensbruch).

Zusammenfassend können die im JGG tendenziell in den Kommentaren aufgenommen gesellschaftspolitischen Einflüsse folgendermaßen charakterisiert werden: Die latent vorhandene Zielrichtung des JGG auf arbeitende Jugendliche und unter diesen auf Jugendliche der Unterschicht steht im Widerspruch zum Gleichheitsprinzip des Rechtssystems. Dieser Widerspruch läßt sich erklären als eine Folge des Zusammenhangs der Entwicklung des JGG mit der Jugendarbeit in den Anfängen des 20. Jahrhunderts, durch die auch heute noch die Inhalte des JGG (traditionale Wertmuster, jugendpsychologische Stereotypen der 30er Jahre) bestimmt sind.

Die Analyse der Bedeutungsinhalte von 'Jugend' auf dem Hintergrund ihrer normativen Bestimmungsfaktoren legt jedoch den Schluß nahe, daß eine Überarbeitung der Inhalte des JGG durch Anpassung an demokratische Werte, Einbeziehung des neuesten Forschungsstandes der Sozialwissenschaften, Entwicklung einer adäquaten pädagogischen Konzeption,

1) H.Giesecke, a.a.O., S.170

diese Inhalte zwar aktueller gestalten, aber nichts an ihrer normativen Festlegung ändern kann.

Damit ist gemeint, daß eine Überarbeitung und Angleichung der in den Kommentaren enthaltenen Inhalte über Jugendliche und das Sozialisationsziel nur wenig daran ändern würde, daß auch solche aktuelleren Argumentationen darauf hinzielen müssen, den Jugendlichen als erziehungsfähig und erziehungsbedürftig bezeichnen zu können und auch die Zielrichtung der Erziehung darauf wird ausgerichtet sein müssen, die erzieherischen Eingriffe gegenüber dem einzelnen Individuum zu legitimieren.

TEIL V

DIE RELEVANZ DER ERGEBNISSE DER ANALYSE DER BEDEUTUNGS-
INHALTE VON 'JUGEND' IM KONTEXT DES FORSCHUNGSINTERESSES
(AUSBlick)

I. Die Ergebnisse der Analyse im Kontext zum politisch-praktischen Forschungsinteresse

Im Zusammenhang mit dem politisch-praktischen Forschungsinteresse an der Arbeit kann die Analyse die normativ-wertenden Inhalte aufzeigen, die an die Zielgruppe der jugendlichen Altersgruppe schlechthin sowie an die straffällig gewordenen Jugendlichen im engeren Sinne hergetragen werden.¹⁾ Es konnte nachgewiesen werden, daß diese normativ-wertenden Aussagen über Jugendliche an die rechtsdogmatischen Grundannahmen des JGG gebunden sind und daher nur einen begrenzten Ergebnisbereich sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse zulassen.

In der explikativen Begründung dieses Zusammenhangs kann ein Beitrag zur Diskussion um das JGG gesehen werden, insbesondere auch im Anschluß an den Entwurf des neuen Jugendhilfegesetzes. Für die juristische Diskussion um die Effizienz des JGG kann die Arbeit zeigen, daß mit partiellen Veränderungen des Gesetzes, wie zum Beispiel die Heraufsetzung des Strafmündigkeitsalters, wenig gewonnen ist. Die in dieser Arbeit auf S.194 gezogenen Schlußfolgerungen würden es nahelegen, eine Loslösung des JGG vom Erwachsenenstrafrecht - wofür K.Peters plädiert²⁾ - wieder stärker als bisher in den Bereich der Diskussion einzubeziehen. Vom soziologischen Standpunkt aus wäre zu fordern, die Immunisierung des JGG gegen gesellschaftliche Bedingungen

1) Siehe dazu von juristischer Seite M.Grieser, Neues Recht auf altem Fundament - Kritische Anmerkungen zum Referenten-Entwurf eines Jugendhilfegesetzes, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 9/74, S.325

2) Dabei müßte die grundsätzliche Diskussion um den rechtswissenschaftlichen Standort des Jugendgerichtsgesetzes verschärft wieder aufgegriffen werden. Unterschiedliche Standorte gehen von der Loslösung des JGG vom E-Strafrecht (K.Peters), über eine mittlere Position des Ausgleichs zwischen Straf- und Erziehungsprinzip (E.Schaffstein) bis zur stärkeren Bindung an das Schuldprinzip des E-Strafrechts (R.Lange, A.Weitl). K.Peters, Tendenzen der Jugendstrafrechtsreform, in: UJ, Jg.1965, S.289 ff. F.Schaffstein, Jugendstrafrecht, Berlin 1966, S.25 f, 107 A.Weitl, Die dogmatischen Grundlagen des geltenden Jugendstrafrechts, München 1959, Diss.

abweichenden Verhaltens Jugendlicher und Heranwachsender aufzuheben, in die Reflexion miteinzuschließen und innerhalb eines gesellschaftspolitischen Rahmens aller institutionalisierter Einwirkungen auf 'Jugend' zu stellen.

Das hieße auch, die pragmatische Zielsetzung des JGG, wie auf S.54 dieser Arbeit erläutert, zu überprüfen und die Frage aufzuwerfen, ob die Sanktionen des JGG adäquate Reaktionen in Anbetracht der tendenziell Jugendkriminalität verursachenden Faktoren sind. Der Gesetzgeber dürfte sich dann nicht mehr auf den Standpunkt stellen, daß die Ursachen der Jugendkriminalität der Einwirkung der Jugendgerichtsbarkeit entzogen seien¹⁾, obgleich der Anspruch erhoben wird, daß neben die Jugendgerichtsbarkeit "... im großen Umfang vorbeugende Maßnahmen" treten müßten²⁾, ohne jedoch darauf einzugehen, worin diese Maßnahmen bestehen sollen und ob nicht das JGG bezüglich dieser Maßnahmen mit eingeschlossen werden könnte.

So gesehen, kann das JGG nur im Gesamtzusammenhang gesellschaftspolitischer Konzeption diskutiert werden, die auch die verursachenden Bedingungen der Jugendkriminalität mit

Siehe zu dieser Diskussion ferner: J.Hellmer, Schuld und Gefährlichkeit im Jugendstrafrecht, Tübingen 1962. - J.Schaffstein, Weg und Aufgabe des Jugendstrafrechts, Darmstadt 1968. -

W.Becker/H.Clausen, Sozialreform und Jugend (Übersicht über Reformbestrebungen), 1959. -

H.Riedel, Maßnahmen nach Jugendwohlfahrts- und Jugendgerichtsgesetz unter dem Aspekt der Erziehung, in: M.Busch (Hrsg.), Erziehung zur Freiheit durch Freiheitsentzug, Neuwied/Berlin 1969. -

G.Roestel, Das Jugendgerichtsgesetz wird den erzieherischen Aufgaben nicht gerecht, in: ZBlJR, 2/1970. -

B.Simonsohn, Jugendstrafrecht und Jugendhilferecht - Ihr Verhältnis im neuen Entwurf eines Jugendhilfegesetzes, in: Neue Praxis, Sonderheft 1973. - B.Simonsohn (Hrsg.), Jugendkriminalität, Strafjustiz und Sozialpädagogik, Frankfurt/M. 1969.

(Diese Literaturhinweise erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit):

1) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.1

2) Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.1

einbezieht. Im Zusammenhang damit müßte die einseitige Projektion dieser Ursachen auf die Familie¹⁾ hinterfragt²⁾ und unter soziologischen Gesichtspunkten die Situation der Familie in einen gesellschaftlichen Zusammenhang gestellt, und der Tendenz zur Unterprivilegierung der Familie durch Prozesse, die Familien in die Nähe von Randgruppen abdrängen, nachgegangen werden.

Ein solcher Schritt würde jedoch eine wesentlich intensivere interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaften voraussetzen, d.h. auch eine interdisziplinäre Besetzung von Entscheidungsgremien erfordern.

-
- 1) Grethlein, Komm.JGG 1955, S.2 - Potrykus, Komm.JGG 1955, S.98. Grethlein-Brunner, Komm.JGG 1970, S.3 f.
W.Becker, Die Entwicklung der Jugendkriminalität in Westdeutschland, in: UJ, Jg. 1955, S.547, 550.
W.Brandt, Kriminalität Jugendlicher aus vollständiger Familie, in: RdJ 1963, S.75
G.Potrykus, Die polizeiliche Kriminalstatistik 1970, in: Jugendwohl 1970, S.208
- 2) Institut für Sozialforschung (Hrsg. M.Horkheimer, Th. Adorno), Familie, in: D.Claessens/P.Millhoffer, Familiensoziologie. Ein Reader als Einführung. Frankfurt/M. 1973, S.72 f.

II. Die Ergebnisse der Analyse im Kontext mit dem wissenschaftlichen Forschungsinteresse

Unter dem zweiten Aspekt des wissenschaftlichen Forschungsinteresses¹⁾ konnte der Nachweis geführt werden, daß die Bedeutungsinhalte von Jugend tatsächlich nicht unabhängig von den Intentionen, bzw. im spezifischen Fall des JGG, den normativen Bestimmungsfaktoren des JGG gesehen werden können, sondern unmittelbar von ihnen bestimmt werden und damit einen Aspekt der Herausbildung des gesellschaftlichen Begriffs 'Jugend' darstellen.

Die Bemühung, die Ergebnisse der Analyse mit jugendsoziologischen Erkenntnissen in Zusammenhang zu bringen, stößt zunächst auf die grundsätzliche Problematik einer soziologischen Bestimmung des Begriffs 'Jugend'. Begriffsbestimmungen von 'Jugend' haben ihren Bezugspunkt in theoretischen Positionen²⁾, in spezifischen Annahmen über eine verzögerte Eingliederung in Erwachsenenrollen, nach denen Jugend nur von den charakteristischen sozialen Gruppen her verstanden werden könne³⁾; oder sie gehen von einem Vergleich der Lebensalter aus, um die Frage nach der Zuerkennung sozialer Reife durch die Erwachsenengesellschaft zu stellen⁴⁾.

Begriffsbestimmungen von 'Jugend' haben ferner ihren Zweck als gedankliches Hilfskonstruktum zur Abgrenzung des Gegenstandes⁵⁾, um komparative Aussagen zu gewinnen. Eine andere

1) In dieser Arbeit S.17

2) Zum Beispiel: S.N.Eisenstadt, Von Generation zu Generation (1956), München 1966. Eisenstadt nimmt seine Analyse jugendlicher Altersgruppen im Bezugsrahmen der strukturell-funktionalen Theorie vor.

Ausubel, Das Jugendalter (1954), München 1968, geht mehr von einer interpretierenden Position aus, die in dem theoretischen Ansatz des symbolischen Interaktionismus ihren Standort hat.

3) F.H.Tenbruck, Jugend und Gesellschaft, Freiburg 1962

4) F.Neidhardt, Die junge Generation Opladen 1967

5) J.Schiffer, Zentrale Probleme der Jugendsoziologie, Bern 1972.

Perspektive ist es, den Begriff 'Jugend' in Abhängigkeit von der Festlegung von Forschungszielen und dem damit verbundenen methodischen Vorgehen definitorisch zu fassen.

Diese Positionen und Annahmen einer soziologischen Begriffsbestimmung mit den Ergebnissen der Analyse zu vergleichen, hieße, die eingangs¹⁾ in der Hypothese von der institutionellen Bestimmung der Bedeutungsinhalte von Jugend konstatierte - und als Voraussetzung der Analyse verworfene - Annahme wieder aufgreifen, nach der das JGG die Bedeutungsinhalte von 'Jugend' an wissenschaftlichen Erkenntnissen über Jugend gewinne, das heißt an einer sozialwissenschaftlichen Begriffsbestimmung des Gegenstandes Jugend orientiert ist.

Daß sich die Bedeutungsinhalte von 'Jugend' im JGG zwar selektiv auf sozialwissenschaftliche Erkenntnisse beziehen, sofern diese mit den rechtsdogmatischen Grundannahmen übereinstimmen, aber nicht an einer sozialwissenschaftlichen - im engeren Sinne jugendsoziologischen - Begriffsbestimmung gewonnen sind, hat die vorgenommene Analyse verdeutlichen können.

Infolgedessen kann eine detaillierte Darstellung jugendsoziologischer Positionen und deren Vergleich mit den Ergebnissen der Analyse keinen zusätzlichen Gewinn für die Arbeit erbringen. Denn die Untersuchungshypothese selbst zielte nicht auf eine theoretische, klassifizierende oder definitorische Begriffsbestimmung von Jugend ab, sondern auf inhaltliche Aussagen über die Altersgruppe 'Jugend' aus dem spezifischen Blickwinkel des Jugendgerichtsgesetzes. Daß sich die analysierten Inhalte in der jeweiligen Operationalisierung ihrerseits als definitorisch, klassifizierend, normativ-wertend erwiesen haben, ist ein Aspekt des Ergebnisses der Analyse, nicht aber ihre Ausgangsbasis.

Ausgangsbasis war vielmehr eine soziologische Problemstellung, die zwar ein bestimmtes Ergebnis intendierte und

1) In dieser Arbeit S. 15 f.

hypothetisch formulierte, aber nicht von vorneherein eine soziologische Definition des Begriffs 'Jugend' in Betracht zog.

Mit dem exemplarisch an einer spezifischen Institution - dem JGG - vollzogenen Nachweis, daß tatsächlich ein explikativer Zusammenhang zwischen den normativen Bestimmungsfaktoren dieser Institution und den Bedeutungsinhalten, die mit der Zielgruppe dieser Institution verknüpft werden, besteht, kann folgende Anregung gegeben werden:

Bei jugendsoziologischen Analysen des Zusammenhangs zwischen Institutionen und 'Jugend' sollten grundsätzlich die normativen Bestimmungsfaktoren (rechtliche, politische) der jeweiligen Institutionen und deren Auswirkungen auf den theoretischen Begriff 'Jugend' methodisch und inhaltlich in diese Untersuchungen miteinbezogen werden.

LITERATURVERZEICHNIS

1. Kommentare zum Jugendgerichtsgesetz (JGG)

- W. D a l l i n g e r / K. L a c k n e r , Jugendgerichtsgesetz mit ergänzenden Vorschriften, München/Berlin 1955, 2.neub.Aufl. 1965
- G. G r e t h l e i n , Jugendgerichtsgesetz, Kommentar. Berlin 1959
- G. G r e t h l e i n / R. B r u n n e r , Jugendgerichtsgesetz. Kommentar. Berlin 1969. 2.neubearb. u.erw.Aufl. Gesetzesstand 1.4.1970
- G. P o t r y k u s , Kommentar zum Jugendgerichtsgesetz, 4.neubearb. u.verm.Aufl., Darmstadt 1955

2. Stenographische Protokolle

Die Aktenzeichen der Protokolle sind der Verfasserin bekannt, können aber nach Rücksprache mit dem Leiter des Jugendgerichts München nicht veröffentlicht werden.

3. Sammelwerke

- A l l e r b e c k , K.R./ R o s e n m a y r , L. (Hrsg.)
Aufstand der Jugend? Neue Aspekte der Jugendsoziologie,
München 1971
- A r b e i t s g e m e i n s c h a f t Bielefelder Sozio-
logen (Hrsg.), Alltagswissen, Interaktion und gesell-
schaftliche Wirklichkeit, ro ro ro Studium Nr.54
- B u s c h , M. (Hrsg.) Erziehung zur Freiheit durch Frei-
heitsentzug, Neuwied/Berlin 1969
- C l a e s s e n s , D./M i l h o f f e r , P. (Hrsg.)
Familiensoziologie. Ein Reader als Einführung. Frank-
furt/M. 1973
- F e i g l , H./ B r o d b e c k , M. (eds.), Readings in
the Philosophy of Science, New York 1953
- F r i e d e b u r g , L.v. (Hrsg.), Jugend in der modernen
Gesellschaft, Köln/Berlin 1965
- G o s l i n , D.A. (Ed.), Handbook of Socialization.
Theory and Research, Chicago 1969
- H i r s c h , E.E., Das Recht im sozialen Ordnungsgefüge,
Berlin 1966
- H i r s c h , E.E. /R e h b i n d e r , M (Hrsg.), Stu-
dien und Materialien zur Rechtssoziologie, Köln/Opladen
1967, Sonderheft 11 KZfSS
- H o l l s t e i n , W./ M e i n h o l d , M. (Hrsg.) Sozial-
arbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen,
Frankfurt/M. 1973
- M a i h o f e r , W. (Hrsg.), Ideologie und Recht, Frank-
furt/M. 1968
- N a s s , G. Kinderkriminalität. Ursachen und Vorbeugung,
Wiebaden 1969
- R o s e n m a y r , L. /S t r o t z k a , H. /F i r n b e r g ,
H. (Hsg.), Gefährdung und Resozialisierung Jugendlicher
Wien 1968
- S a c k , F./ K ö n i g , R. (Hrsg.), Kriminalsoziologie,
Frankfurt/M. 1968
- S c h a f f s t e i n , F. (Hrsg.), Weg und Aufgabe des
Jugendstrafrechts, Darmstadt 1968
- S i m o n s o h n , B. (Hrsg.), Jugendkriminalität, Straf-
justiz und Sozialpädagogik, Frankfurt/M. 1969
- T o p i t s c h , E. (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaf-
ten, Köln/Berlin, 3.Aufl.1966
- W ü r t e n b e r g e r , Th. (Hrsg.), Rechtswissenschaft und
Soziologie, Karlsruhe 1962
- W u r z b a c h e r , G. (Hrsg.), Der Mensch als soziales
und personales Wesen, Stuttgart 1963.

4. Alphabetisches Literaturverzeichnis

- A b b o u d , N., Jugend: Strukturbegriff oder historische Konstellation, in: K.R.Allerbeck/L.Rosenmayr (Hrsg.), a.a.O., S.29
- A l b e r t , H., Wertfreiheit als methodisches Prinzip, in: E.Topitsch (Hrsg.), a.a.O., S.181 ff.
- A l l e r b e c k , K.R./R o s e n m a y r , L., Neue Theorien und Materialien zur Soziologie der Jugend - Ergebnisse eines internationalen Symposiums, in: K.R.Allerbeck/L.Rosenmayr, (Hrsg.), a.a.O., S.11 ff.
- A m e l u n x e n , Volksnahe Rechtsprechung durch umfassend gebildete und entsprechend ihrer Sonderstellung besoldete Richter (Ansprache), in: DRiZ 1952, S.180
- A p p e l i u s , H., Die Ursachen der hohen Kriminalitätsziffer der Jugendlichen (Auszüge) 1892, in: B.Simonsohn (Hrsg.), a.a.O., S.30 ff.
- A u s u b e l , Das Jugendalter, New York 1954, München 1968
- B e c k e r , W., Die Entwicklung der Jugendkriminalität in Westdeutschland, in: UJ 1955, S.547
- d e r s., Zur Frage der Vor- und Ausbildung der Jugendrichter, in: RdJ 1955, S.362.
- d e r s., Nochmals Grundsätzliches zum praktischen Jugendstrafrecht, in: RdJ 1958
- B e c k e r , W./ C l a u s e n , H., Sozialreform und Jugend (Übersicht über Reformbestrebungen) 1959
- B e n d i x , L., Zur Psychologie der Urteilsfähigkeit des Berufsrichters und andere Schriften, mit einer biographischen Einleitung von R.Bendix. Hrsg. M.Weiß, Neuwied/Berlin 1968
- B e r g e r , P.L. / L u c k m a n n , Th., Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, New York 1966, Frankfurt/M., 1970
- B e r g i u s , R., In Richtung auf eine psychologische Theorie des Jugendalters, in: F.Neidhardt u.a. (Hrsg.) a.a.O., S.49 ff.
- B l a u , G., Aufgaben und Grenzen der Kriminalpädagogik, in: M.Busch (Hrsg.) a.a.O.
- B l u m e r , H., Der methodologische Standort des symbolischen Interaktionismus, in: Arbeitsgemeinschaft Bielefelder Soziologen (Hrsg.), a.a.O., S.80 ff.
- B o c k e l m a n n , Studien zum Täterstrafrecht, Berlin 1939, 1940
- B o l t e , K.M., Soziale Schichtung, Opladen 1966, 2.überarb. Aufl. 1968

- Brandt, W., Kriminalität Jugendlicher aus vollständiger Familie, in: RdJ 1963, S.49 ff, S.74 ff.
- Brocher, T / Eckensberger, D., Zur psychoanalytischen Theorie des Jugendalters, in/ F.Neidhardt u.a. (Hrsg.), a.a.O., S.117 ff
- Cesar, B., Autorität in der Familie, Reinbek b.Hamburg 1972
- Campbell, E.Q., Adolescent Socialization, in: D.A. Goslin (Ed.), a.a.O.
- Cohnitz, Die Anwendung des Jugendgerichtsgesetzes auf die verschiedenen Gruppen jugendlicher Rechtsbrecher, in: RdJ 1954, S.299 ff.
- Dahrendorf, R., Deutsche Richter. Ein Beitrag zur Soziologie der Oberschicht, in: R.Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit, München 1961, 11.-14.Td. 1965,, S.76 ff
der s., Homo Sociologicus, in R.Dahrendorf, Pfade aus Utopia, München 1967
- Darmstaedter, F., Richterliche Unabhängigkeit und Rechtsgewissen, in: DRiZ 1951, S.169
- Eilsberger, R., Die Hauptverhandlung aus der Sicht jugendlicher und heranwachsender Angeklagter, in: MSchKrim 1969, S.304 ff.
- Eisenstadt, S.N., Von Generation zu Generation (1956), München 1966
- Ellemers, J.E., Allgemeine Ursachen der Ausdrucksformen moderner Jugend, in: L.v.Friedeburg (Hrsg.), a.a.O., S.200 ff.
- Engels, H. / Thomae, H., Schuld und Sühne im Urteil jugendlicher Arbeiter der Gegenwart, in: UJ 2+L950
- Festinger, L., A Theory of Cognitive Dissonance, Illinois 1957
- Flehinghaus, O., Rechtsprechung und Richterpersönlichkeit (Vortrag), in: DRiZ 1959, S.67 ff.
- Flitner, A., Soziologische Jugendforschung, Heidelberg 1963
- Friedrichs, H., Gedanken über die Ausbildung des Richternachwuchses, in: DRiZ 1952, S.99
- Geiger, Th., Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts, 1.Aufl.Kopenhagen 1947, Neuwied 1964
- Gernert, W., Jugendhilfe, München 1973
- Giesecke, H., Die Jugendarbeit, München 1971 (2. Aufl.1973)
- Göttschalch, W. u.a., Sozialisationsforschung, Frankfurt/M. 1971
- Gramlich, A., Möglichkeiten und Grenzen des Jugendarrestes. Eine kriminologische und vollzugskundliche Untersuchung, Bonn 1964.

- G r i e s e r , M., Neues Recht auf altem Fundament - Kritische Anmerkungen zum Referenten-Entwurf eines Jugendhilfegesetzes, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 9/1974, S.335 ff.
- G r i f f e l , A. Herausforderung der Soziologie, in: DRiZ 1970, S.42 ff.
- H a b e r m a s , J., Theorie und Praxis, Frankfurt/M 1963, Neuausg. 1971
d e r s., Thesen zur Theorie der Sozialisation, Vorlesungsskriptum 1968
- H a u g , F., Kritik der Rollentheorie, Frankfurt/M.1972
- H e l l m e r , J., Jugendstrafrechtspflege als Kulturpolitik, in: RdJ 1962, S. 1 ff, S.17 ff.
d e r s., Schuld und Gefährlichkeit im Jugendstrafrecht, Tübingen 1962
d e r s., Auswahl und Bemessung der Sanktionen im Jugendstrafrecht, in: RdJ 1967, S.225 ff.
d e r s., Der Jugendgerichtshelfer im Spannungsfeld seiner Funktionen, in: RdJ 1967, S.309 ff.
d e r s., Jugendkriminalität, Neuwied 1969
- H e m p e l , C.G. / O p p e n h e i m , P., The Logic of Explanation, in: H.Feigl/M.Brodbeck (eds.) aa.O., S.319-352
- H e u s i n g e r , Gesetzlichkeit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit als Leitstern richterlichen Strebens, in: DRiZ 1955, S.125 ff.
- H i r s c h , E.E., Der gesetzlich fixierte 'Typ' als Gefahrenquelle der Rechtsanwendung (erläutert am Beispiel des Handelsvertreters), in: E.E.Hirsch, a.a.O., S.161 ff.
d e r s., Die Rechtssoziologie als wissenschaftliche Disziplin, in: E.E.Hirsch, a.a.O.
d e r s., Aufriß einer Vorlesung 'Rechtssoziologie', in: E.E.Hirsch, a.a.O.,
d e r s., Rechtssoziologie heute (Einleitung), in: E.E.Hirsch/M.Rehbinder, (Hrsg.), a.a.O., S.9 ff.
- H i r s c h m a n n , K., Zur Funktionseinheit der rechtssprechenden Gewalt, in: DRiZ 1955, S.132
- H o f s t ä t t e r m P.R., in: Die Zeit, Nr.33 v.17.8.62, zit. nach E.E.Hirsch, a.a.O., S.47 f.
- H o l z s c h u h , K., ... aber ihr klagt uns an. Ein Jugendrichter erzählt, Frankfurt/M. 1957
- H o r k h e i m e r , M., / A d o r n o , Th., Familie (Institut f. Sozialforschung), in: D.Claessens/P.Milhofer (Hrsg.), a.a.O., S.63 ff.
- H o r n s t e i n , W., Aspekte und Dimensionen erziehungswissenschaftlicher Theorien zum Jugendalter, in: F. Neidhardt u.a. (Hrsg.), a.a.O., S.151 ff.
- H ü l l e , W., Der soziologische Standpunkt des Juristen in der Gegenwart, in: DRiZ 1956, S.240 f.

- J a n s, K.W. / H a p p e, G., Kommentar zum JWG, Stuttgart 1963
- J u n g, H., Die Bewährungshilfe als Mittel zur Bekämpfung der Jugendkriminalität, in: RdJ 1956, S.233 ff.
- K a i s e r, G., Zum Stand der Behandlungs- und Sanktionsforschung in der Jugendkriminologie, dargestellt am Beispiel des Jugendarrests, in: MschKrim.1969, S.16 ff.
- K a n t o r o w i c z, H., Rechtswissenschaft und Soziologie, in: Th.Würtenberger (Hrsg.), a.a.O., S. 117 ff.
- K a u p e n, W., Die Hüter von Recht und Ordnung, Neuwied 1969
- K e i l, A., Jugendpolitik und Bundesjugendplan, München 1969
- K e l c h n e r, M., Schuld und Sühne im Urteil jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen, Beih.z.angew.Psychologie 63 (1932), Lit.Ang. bei H.Thomae, Vorbilder und Leitbilder der Jugend, München 1965, S.40 f.
- K e l s e n, H., Aufsätze zur Ideologiekritik, Neuwied 1964
- K n ö g e l, W., Grundsätzliches zum praktischen Jugendstrafrecht, in: RdJ 1958, S.296 ff.
- K ö n i g, R., Das Recht im Zusammenhang der sozialen Normensysteme, in: E.E.Hirsch/M.Rehbinder (Hrsg.), a.a.O., S.36 ff.
- d e r s., Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd.I., Stuttgart 1967
- K r a t z, E.J., Zur Richterwahl, in: DRiZ 1970, S.15
- K r e c k e l, R., Soziale Ungleichheit und 'offene Gesellschaft', in: SW, Jg.23, 1972, Heft 1
- K r e u t z, H., Soziologie der Jugend, München 1974
- K r ü t t n e r, Jugendstrafvollzug, in: ZBlJR 1953, S.133 ff.
- K ü h l i n g, P., Richter und Strafvollzug aus der Sicht jugendlicher Gefangener, in: MSchKrim.1970, S. 270 ff.
- L a n g e, R., Erziehung durch Strafe im heutigen Jugendstrafrecht, in: Festsch.f.Illivecrona, 1964
- d e r s., Erziehung und Strafe im Jugendstrafrecht, in: F.Schaffstein (Hrsg.), a.a.O., S. 62 ff.
- L e f e r e n z, H., Die Persönlichkeitsbeurteilung jugendlicher Rechtsbrecher, in: F.Schaffstein (Hrsg.), a.a.O.,
- L u h m a n n, N., Funktionen und Folgen formaler Organisationen, Berlin 1964
- d e r s., Legitimation durch Verfahren, Neuwied 1969
- d e r s., Rechtssoziologie, Band I und II, Reinbek b. Hamburg 1972
- M a i h o f e r, W., Ideologie und Recht, Frankfurt/M.1968
- M a u l, H., Jugendstrafe; Aussetzung der Vollstreckung zur Bewährung und Entlassung zur Bewährung, in: RdJ 1966 S.257 ff.

- M e a d, G.M., Mind, Self and Society, Chicago 1934,
9.Aufl.1952
- M e m m l e r, H., Schuldsspruch gem.§ 27 JGG - und was dann?
in: RdJ 1966, S.225
- M i e s k e s, H., Der Jugendliche in der Situation der
Straffälligkeit, Jena 1966
- M o l l e n h a u e r, K., Jugendhilfe. Soziologische
Materialien, Heidelberg 1968
- N e i d h a r d t, F., Die junge Generation Opladen 1967
- N e u l a n d t, G. Zum Problem der Beurteilung krimi-
nellen Verhaltens Jugendlicher, in: G.Nass (Hrsg.), a.a.O.
- N o w i c k i, M., Zur Geschichte der Sozialarbeit. Histo-
rischer Abriß und politischer Stellenwert von Sozialar-
beit in einer 'Geschichte von Klassenkämpfen', in:
W.Hollstein/M.Meinhold (Hrsg.), a.a.O., S. 44 ff.
- O p p, K.D./P e u c k e r t, R., Ideologie und Fakten
in der Rechtsprechung. Eine soziologische Untersuchung
über das Urteil im Strafprozeß, in: KrimJ 1969, Heft 1,
S.31 ff.
- P a n t e r, U. (Bearb.), Staat und Jugend, Weinheim 1965
- P a r s o n s, The Social System, New York 1951, Paperback
2. Aufl. 1965
- d e r s., Die jüngsten Entwicklungen in der strukturell-
funktionalen Theorie, in: KZfSS 1964, S.30 ff.
- P e t e r s, K., Die Grundlagen der Behandlung junger
Rechtsbrecher, in: Erstkriminalität und Frühkriminali-
tät, 13. Jugendgerichtstag 1965
- d e r s., Tendenzen der Jugendstrafrechtsreform, in:
UJ 1965, S.290 ff.
- P o p i t z, Der Begriff der sozialen Rolle als Element
der soziologischen Theorie, Tübingen 1967
- P o t r y k u s, G., Die polizeiliche Kriminalstatistik 1970
in: Jugendwohl 1970, S.204 ff.
- d e r s., Die tragenden Gedanken des Jugendstrafrechts,
in: UJ 1955, S.6 ff.
- P r i m, R. / T i l m a n n, H., Grundlagen einer kritisch-
rationalen Sozialwissenschaft, Heidelberg 1973
- R e m p l e i n, H., Die seelische Entwicklung des Men-
schen im Kindes- und Jugendalter, 16.erg.Aufl. München
1969
- R i e d e l, H., Sachverständiger Jugendrichter und Sach-
verständiger, in: RdJ 1955, S.368 ff.
- d e r s., Maßnahmen nach Jugendwohlfahrts- und Jugend-
gerichtsgesetz unter dem Aspekt der Erziehung, in:
M.Busch (Hrsg.) a.a.O.
- R i e s m a n, D. Die einsame Masse, Hamburg 1958
- R o e s t e l, G., Hat Freizeitarrrest einen erzieherischen
Wert? in: ZBlJR 1969, S.223 ff.
- d e r s., Das Jugendgerichtsgesetz wird den erzieher-
schen Aufgaben nicht gerecht, in: ZBlJR 2/1970, S.36 ff.
- R o h l o f f, P., Die Bestrebungen zwischen der gesetzge-
benden und der rechtsprechenden Gewalt, in: DRiZ 1970, S.284

- Rosenmayr, L., Zur theoretischen Neuorientierung der Jugendsoziologie, in: K.R.Allerbeck/L.Rosenmayr, a.a.O., S.229 ff.
- Sach, J., Jugendrichterausbildung: Erzieherisch befähigt und in der Jugenderziehung erfahren? in: RdJ 1969/10. S.268-301
- Sack, F., Neue Perspektiven in der Kriminologie, in: F.Sack/R.König (Hrsg.), a.a.O., S.431 ff.
- Sagebiel, F., Definitionspotential der Jugendgerichtshilfe beim Kriminalisierungsprozeß, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, Heft 5/74, S.186 ff.
- Schaffstein, F., Jugendstrafrecht, Berlin 1966 der s., Die Bemessung der Jugendstrafe. Erfahrungen und Folgerungen, in: B.Simonsohn (Hrsg.) a.a.O.
- Schärmann, Th., Die individuelle Entwicklung in der sozialen Wirklichkeit von Arbeit, Beruf und Betrieb, in: L.v.Friedeburg (Hrsg.) a.a.O.
- Schelsky, H., Das Bild der Jugend und des Jugendgemäßen in unserer Gesellschaft, in: L.v.Friedeburg (Hrsg.), a.a.O. S.105 ff.
- Scheunemann, O., Die Einheitsstrafe im Jugendstrafrecht, in: UJ 11/1952, S.413
- Schiffner, J., Zentrale Probleme der Jugendsoziologie, Bern 1972
- Schlotheim, H.-H.v., Das Problem der Sühne in der Zukunft, in: RdJ 1956, S.376 ff.
der s., Rechtschaffenheit. Zum Erziehungsziel der Jugendstrafe, in: RdJ 1968, S.65-72
der s., Zur Erziehungsaufgabe des Jugendrichters, in: M.Busch (Hrsg.), a.a.O., S.413 ff.
- Schüler-Springorum, H., Die Jugendkriminalrechtspflege im Lichte der kriminologischen Forschung, in: MSchKrim, 1969, S.1 ff
- Sievert, R., Das Jugendgerichtsgesetz von 1953 und die deutsche Jugendgerichtsbewegung, in: B.Simonsohn (Hrsg.), a.a.O.
- Simonsohn, B., Vom Strafrecht zur Jugendhilfe. Ein geschichtlicher Überblick, in: B.Simonsohn (Hrsg.), a.a.O., S. 7 ff
der s., Jugendstrafrecht und Jugendhilferecht - Ihr Verhältnis im neuen Entwurf eines Jugendhilfegesetzes, in: Neue Praxis, Sonderheft 1975 (Kritik am Diskussionsentwurf eines neuen Jugendhilfegesetzes), S.98 ff.
- Sirp, W., Ausbildung des Richters nach dem Entwurf des Deutschen Richtergesetzes, in: DRiZ 1960, S.204
- Spranger, E., Psychologie des Jugendalters, Heidelberg 1925, 22.Aufl. 1951
- Tenbrück, F.H., Jugend und Gesellschaft, Freiburg/Br. 1962
- Thomae, H., Vorbilder und Leitbilder der Jugend, München 1965

- Topitsch, E., Sprachlogische Probleme der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung, in: E.Topitsch (Hrsg.), a.a.O.
- Tröndle, H., Über den Umgang des Richters mit den anderen Verfahrensbeteiligten, in: DRiZ 1970, S.213 ff.
- Viehweg, Th. Ideologie und Rechtsdogmatik, in: W.Maihofer (Hrsg.), a.a.O.
- Waldeck, M., Der Jugendrichter I u.II, in: RdJ 1956, S.215 ff, S.232 f.
- Wassermann, R., Politisierung der Rechtsprechung, in: DRiZ 1970, S.79 ff.
- ders., Einstufige Juristenausbildung, in: DRiZ 1970, S.241
- Weser, M., Soziologische Grundbegriffe, Sonderdruck aus Wirtschaft und Gesellschaft, 4. neu herausgeg. Aufl.Tübingen 1960
- Weitl, A., Die dogmatischen Grundlagen des geltenden Jugendstrafrechts, München 1965, Dissertation
- Werner, R., Zu den Aufgaben des Bewährungshelfers am Straffälligen, in: RdJ 1955, S.257
- ders., Jugendstrafe und Fürsorgeerziehung, Ein Beitrag zur Indikation der stationären Sanktionen im Jugendstrafrecht, in: RdJ 1964, S.113 ff.
- Wietölter, P., Rechtswissenschaft, Frankfurt/M. 1968, 3. Aufl. 1971
- Wilson, Th.P., Theorien der Interaktion und Modelle soziologischer Erklärung, in: Arbeitsgemeinschaft Bielefelder Soziologen (Hrsg.), a.a.O., S.54 ff.
- Würtenberger, Th., Referat auf der Jugendrichtertagung in Fischbachau 1970, persönliches Stenogramm
- Wurzbacher, G., Sozialisation - Enkulturation - Personalisation, in: G.Wurzbacher (Hrsg.), a.a.O.,
- Zwingmann, K., Zur Soziologie des Richters in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1966

5. Benützte Abkürzungen für Zeitschriften

DRiZ	Deutsche Richterzeitung
KrimJ	Kriminologisches Journal
MschKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
KZfSS	Kölner Zeitschr. für Soziologie und Sozialpsychologie
RdJ	Recht der Jugend
UJ	Unsere Jugend
ZBLJR	Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt
SW	Soziale Welt

LEBENS LAUF

Geboren am 20.3.30 in München. Eltern: Heinrich Schrag, Forstmeister, verst. 1938; Gertrud Schrag, geb. von Zezschwitz. Familienstand: Seit 1952 verheiratet mit Kurt Ed. Höpfl, Verlagsfachmann. Wir haben zwei Söhne, geboren 1956 und 1959.

1949 Abitur in Traunstein/Obb. Nach Absolvierung einer Verlagslehre von 1948 bis 1950 war ich in verschiedenen Berufen tätig (Herstellungsassistentin im Callwey-Verlag, München; freie Mitarbeit im Ernst Reinhardt Verlag, München. Von 1958 bis 1969 Redakteurin und freie Journalistin.)

Von 1965 bis 1969 Studium der Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Staatswirtschaftliche Fakultät, mit dem Abschluß als Diplom-Soziologin. Seit 1970 Doktorandin bei Prof. K.M.Bolte.

Nach einem Lehrauftrag im Jahr 1971/72 bin ich seit 1.10.72 als Dozentin an der Fachhochschule München, Fachbereich Sozialwesen tätig.

